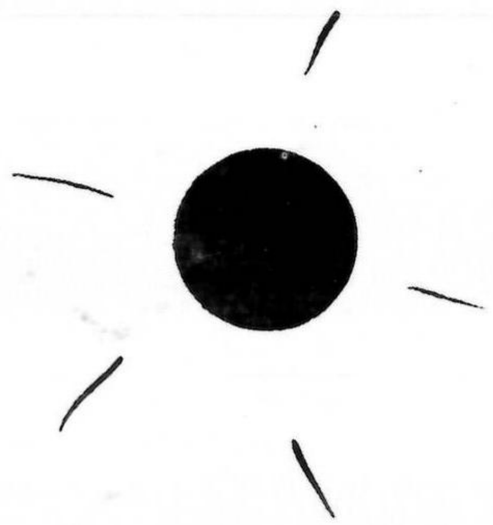
links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 252 Mai 1991
23. Jahrgang **W: DM 6,—/O: DM 4,—**



SÜDAFRIKA

Joachim Becker

Kontrollierter Wandel

NAHER OSTEN

Marléne Schnieper

Die Kurden — Spielball der Mächte

John Ely /Sigrid Müller

Die Friedensbewegung in den USA

ROT-GRÜN

***links*-Interview**

mit Rupert von Plottnitz

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Wut, Ohnmacht und Resignation vermischen sich in den Reaktionen auf das Massaker im Irak und das Flüchtlingselend im Grenzland zur Türkei und zum Iran. Wut angesichts einer Diktatur, deren Grausamkeit die Grenzen des Vorstellbaren erreicht, Wut aber auch angesichts des Zynismus, mit dem hier Menschenleben zum Spielball machtpolitischer Kalküle gemacht werden. Dies gilt für die Türkei genauso wie für die USA und die Sowjetunion, aber es gilt auch für die europäischen Staaten und die BRD. Denn die viel zu spät angelaufende Hilfe kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine solche Entwicklung im Rahmen des Golf-Krieges zu erwarten war. Wieder einmal zeigt sich, daß nur der von einem Krieg Vorteile erwarten kann, der ihn aus sicherer Entfernung betrachtet. Hier liegt aber auch der Grund für das Gefühl der Hilflosigkeit. Denn welche Schritte wären über die direkte und schnelle Hilfe hinaus zu fordern, um hier eine Lösung des Problems einleiten zu können? Auch in der Redaktion gab es dazu unterschiedliche Meinungen, die sich in den beiden Kommentaren niedergeschlagen haben.

Die viel zu spät in Gang gekommenen Proteste zeigten aber noch anderes über die Verfassung der bundesdeutschen Öffentlichkeit: Resignation als Erfahrung des fehlgeschlagenen Protests gegen den Golfkrieg, Gleichgültigkeit, wo man selbst scheinbar nicht betroffen war, aber auch ein manchmal erstaunliches Umschlagen der Argumente. Ein Grund mehr, die Diskussion hier weiterzuführen. In diesen Zusammenhang gehört jedoch auch die schon in der letzten Nummer begonnene Auseinandersetzung über die zu erwartenden Migrationsbewegungen. Am 8. Juni 1991 findet in Frankfurt/Main die Arbeitsgruppentagung des Sozialistischen Büros zum Thema „Eine andere Moderne?" statt. Auch dort soll die Frage im Vordergrund stehen, welche Perspektiven und Vorstellungen für eine „Zivilisierung des Kapitalismus" denn denkbar und den Problemen angemessen sind (s. Ankündigung in diesem Heft).

Personelle Veränderungen sind erneut aus der Redaktion zu vermelden: Die Entscheidung von Joachim Hirsch, wieder in der Redaktion mitzuarbeiten, kann als Zeichen dafür gewertet werden, daß die *links* trotz, ja gerade wegen aller Differenzen, die die „ehemalige Linke" und auch die Redaktion in der Beurteilung des Golfkrieges durchzogen, auch in Zukunft ein Forum zur offenen und produktiven Austragung dieser Kontroversen sein wird. Neu ist Helga Haas-Rietschel, die bisher die WIDERSPRÜCHE redaktionell betreute und als Redaktionssekretärin der *links* Gerhard Krum ersetzen wird, der zum 30. Juni aus dieser Tätigkeit ausscheidet.

Die Redaktion

Das **SOZIALISTISCHE BÜRO (SB)**
(nicht verwandt und nicht verschwägert mit der SED/PDS)

sucht **KOORDINATORIN**

— für die redaktionelle Betreuung der Vierteljahrschrift WIDERSPRÜCHE
— für die Konzeption und Organisation von Projektarbeit
— für die Finanzplanung und Akquisition von „Drittmitteln"
— für die Information und politische Motivation der Mitglieder und „Kunden" (Werbung), kurz:
— für alles, was Spaß (und ein bißchen Arbeit) macht.

Wir wünschen uns jemanden
— mit politischem Interesse und Eigeninitiative
— mit vielen Ideen, Konfliktbereitschaft und Durchsetzungsvermögen
— mit Geduld zur Zusammenarbeit in „ehrenamtlichen" Gruppen und
— mit Lust auf neue Erfahrungen und Leute.

Wir bieten: flexible Arbeitszeiten und einen selbstbestimmten Arbeitsplatz.

Wir zahlen: was wir können (DM 3000,— brutto, bescheidene Haus- und Sozialleistungen).

Aussagefähige Bewerbungen bitte bis zum 31.5.1991 an:
Sozialistisches Büro, Postfach 10 20 62, Bleichstr. 5/7, D-6050 Offenbach
☏ 069 / 88 50-06 oder -07 (Gerhard Krum)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Petra Bonavita-Lindloff, Ulrich Brand, Christoph Görg, Heinrich Grün, Joachim Hirsch, Peter-Erwin Jansen, Peter Kern, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Rüdiger Pusch, Sebastian Reinfeldt, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, Detlev Claussen, Carl-Wilhelm Macke, „Sovieticus"

REDAKTIONSSEKRETÄR: Gerhard Krum (v.i.S.d.P.), Helga Haas-Rietschel

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Undine Büch, Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELGESTALTUNG: Harald Goldhahn

LAYOUT: Gerhard Krum, Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Juni-Ausgabe 1991 ist der 16.5.1991

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 6,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Ulrich Brand
Notwendige Diskussionen **4**

Thomas Kunz
Einmischung in innere Angelegenheiten? **5**

AKTUELL

Joachim Becker
Südafrika: Kontrollierter Wandel? **6**

Mathias Mergelstein
Übergang in Chile **9**

Ingo Zander
Stiftungen für NS-Verfolgte **10**

HINTERGRUND

***links*-Interview mit Rupert von Plottnitz**
Die dicken Bretter von Reformen **11**

AKTUELLE DEBATTE

Paul Ciupke, Andreas Heß, Karl-Heinz Klein-Rusteberg, Norbert Reichling
Der Golfkrieg als zweites Bitburg **14**

Hans Füchtner
Irrtümer? — Schön wär's! **17**

Diskreditierungsversuche auf erweiterter Stufenleiter **18**

THEMA: Krieg ohne Ende?

medico international
Humanitäre und medizinische Hilfe für Kurdistan/Irak **20**

Marléne Schnieper
Die Kurden — Spielball der Mächte **21**

John Ely, Sigrid Müller
Der Golfkrieg und die Friedensbewegung in den USA **44**

Micheal Klare
Pax Americana II **47**

MENSCHENRECHTE

Ludi Lodovico
„Die Deutschen sind das Volk" **49**

Rolf Gössner
Europäische Gemeinschaft der „Inneren Sicherheit" **50**

Carl-Wilhelm Macke
Los von Rom **52**

Liebe Autorinnen und Autoren,
AutorInnen, die zum Erstellen ihrer Artikel mittlerweile einen Computer (MS DOS) benutzen, können uns stark entlasten, wenn sie uns zusammen mit einem Ausdruck ihren Text auch auf Diskette zuschicken (wird auf Wunsch umgehend zurückgeschickt).

Dabei ist zu beachten, daß
— Eure 5-1/4-Zoll-Diskette mit einem Label versehen ist, das 1. Euren Namen, 2. den Namen des abgespeicherten Dokuments sowie 3. des verwendeten Textverarbeitungsprogramms* trägt,
— dieselben Angaben auf dem Ausdruck stehen,
— der zur Erfassung verwendete Computer IBM-kompatibel ist (also kein Atari oder Macintosh).

Vielen Dank im voraus.

Eure Redaktion

(* Am besten ist für uns, wenn Eure Texte im ASCI-Format gespeichert sind.)

BÜRGERBEWEGUNGEN

Demokratie Jetzt (DJ) / Initiative für Frieden- und Menschenrechte (IFM)
Bündnis 2000 **23**

THEORIE

Hauke Brunkhorst
Demokratische Frage und volonté générale **55**

Christoph Görg
Die Verfassung des Fortschritts **58**

RUBRIKEN

Editorial 2

Internationale Pressestimmen 19
Interview Kendal Nezam
Samir-al-Chalil:
Wie ist der Irak zu retten?

LeserInnenbriefe 48

Lektüre 54
Peter Kern:
Reformismus von unten
Joachim Volke:
Der Mensch inmitten der Geschichte

Rückblick 60
Rüdiger Dannemann:
Zum 50. Geburtstag von Bob Dylan

Termine 62

Cosa Nostra
Arbeitsgruppentagung des SB **56**
Abonnement **63**
Buchläden **64**

KOMMENTAR

ULRICH BRAND

Notwendige Diskussionen

Das Scheitern der Aufstandsbewegung im Irak Ende März und die brutale Gegenoffensive der Truppen Saddam Husseins haben das Schicksal der kurdischen Bevölkerung für einige Zeit in den Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt. Mit erheblicher Verzögerung liefen auch bei den staatlichen Stellen der militärischen Kriegsgewinner des Golfkrieges, der im Januar und Februar dieses Jahres geführt wurde, ,,humanitäre'' Hilfen für Millionen flüchtender Menschen an. Während Organisationen wie medico längst präsent waren, wurde in Bonn und Washington noch über die Höhe der Hilfsleistungen diskutiert und inwieweit internationale Befindlichkeiten zu beachten wären.

Auffallend ist in diesen Tagen, daß neben der Verurteilung des Völkermords und dem Ruf nach ,,politischen Lösungen in der Region'' die Forderung nach Aufnahme der Flüchtlinge lediglich an die Türkei und Iran gerichtet wird. Inwieweit aber andere Länder, beispielsweise die Bundesrepublik, der kurdischen Bevölkerung Aufenthaltsmöglichkeiten gewähren sollen, wird nicht thematisiert. Orte, an denen die Menschen sicher wären vor Napalmbomben und Maschinengewehren, nicht bedroht von türkischen Soldaten und fern des Zufalls, ob das Versorgungspaket aus dem Flugzeug erreichbar ist oder nicht. Dabei sind die Möglichkeiten, für die Menschen, in der Region ein sicheres Leben zu führen, natürlich wichtig. Welche Optionen gibt es?

Ein Volksaufstand im Irak, die Absetzung des Baath-Regimes und mehr Demokratie sowie eine gerechtere Verteilung der Ressourcen ist gerade fehlgeschlagen und wird nun blutig gerächt. Die irakische Regierung wird ihre Legitimationskrise, hervorgerufen durch die militärische Niederlage gegen die alliierten Truppen, durch einen Sieg im dritten Golfkrieg zu überwinden versuchen. Die USA und ihre Verbündeten hatten zu keinem Zeitpunkt Interesse an dem Sieg der kurdischen und schiitischen Opposition. Denn ein schwacher Saddam Hussein ist ihnen allemal lieber als ein erfolgreicher Volksaufstand. Zudem wäre durch die Auswirkungen eines Umsturzes im Irak die Lage im gesamten Nahen Osten unkalkulierbarer geworden.

So ist auch erklärbar, daß die Hilfsaktionen der westlichen Regierungen erst nach Ostern anliefen. Zu einem Zeitpunkt, da die kurdischen Aufständischen bereits die wichtigsten Städte verloren hatten und auf dem Rückzug waren. (Die Niederlage der Schiiten im Süden war ebenfalls absehbar.) Das festhalten der US-Spitze an der bestehenden irakischen Regierung, der häufige Verweis auf die ,,innere Angelegenheit'' des Bürgerkrieges wurde gestärkt, indem der irakischen Armee im Norden die Benutzung von Kampfhubschraubern gestattet wurde. Mit ihnen werden Napalmbomben auf die Flüchtlingstrecks und auf kurdisch kontrollierte Dörfer und Städte geworfen. Bush wollte kein ,,kostbares amerikanisches Leben in diese Schlacht schicken''.

Was hätte die US-amerikanische Regierung vermittels UNO denn daran gehindert, als eine Bedingung des Waffenstillstandes für den zweiten Golfkrieg ein vorläufig autonomes Südkurdistan zu formulieren? War den Verfechtern von Demokratie und Menschenrechten die jahrzehntelange Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung, der Giftgasangriff auf Halabja 1988 nicht bekannt? Was die Einrichtung von Flüchtlingslagern auf nordirakischem Gebiet unter dem Schutz US-amerikanischer Truppen bringen wird, ist noch ungewiß. Dauerhafte friedliche Verhältnisse aber wohl kaum.

Eine Möglichkeit der KurdInnen für ein friedliches Leben im Irak ist damit auf absehbare Zeit unmöglich. ,,Solange Saddam Hussein und die Baath-Partei an der Macht bleiben, solange werden wir die irakische Erde nicht als unsere Erde betrachten'', meint ein Kurde.

Wie sieht es in den beiden anderen relevanten kurdischen Siedlungsgebieten, in der Türkei und im Iran aus? Seit der Gründung der ,,modernen'' Türkei durch Mustafa Kemal in den zwanziger Jahren werden die als ,,Bergtürken'' diskriminierten Menschen im türkisch-kurdistanischen Teil unterdrückt. Im letzten Juli sprach Präsident Özal zwar zum ersten Mal von den ,,kurdischen Mitbürgern'', gewandelt hat sich deren Lebenslage aber zum Schlechteren. Ihre eigene Sprache ist weiterhin verboten, physische Repressionen und die systematische Verarmung der Dörfer und Städte im Südosten der Türkei waren und sind Mittel einer absurden ,,Türkisierung''. Die Golfkriege dienen als Vorwand, um weitere türkische Truppen dorthin zu verlagern, Menschenrechte außer Kraft zu setzen und kurdische Dörfer zu schleifen. Dazu kommt die lange Zeit fehlende Bereitschaft der türkischen Regierung, die Flüchtlinge aus dem Nordirak aufzunehmen und ihnen wenigstens zeitweise eine Zuflucht zu bieten. Die Angst vor einer Verschärfung des eigenen Kurdenproblems war bis Mitte April größer und nur massiver internationaler Druck änderte die türkische Position. Selbst die Hilfslieferungen durch internationale Organisationen und nationale Gruppen — die Regierung schickte Soldaten statt Lebensmittel ins Grenzgebiet — werden durch die Behörden und Armee massiv behindert oder sogar für eigene Zwecke mißbraucht. Von der iranischen Regierung ist nach dem iranisch-irakischen Krieg, dem ersten Golfkrieg, bekannt, daß sie die kurdische Bevölkerung je nach politischer Wetterlage instrumentalisiert. So verbündeten die iranischen KurdInnen sich mit den Theokraten, um den Schah zu stürzen. Die im Vergleich zur Türkei offeneren Grenzen sind momentan zwar positiv, dennoch ist Skepsis angebracht, ob der kurdischen Minderheit langfristig in dem theokratisch-autoritären Staat Selbstbestimmungsrechte zugestanden werden.

Die genannten Punkte zeigen, daß aus heutiger Perspektive die Chancen der kurdischen Bevölkerung auf Gleichberechtigung und Freiheit gering sind. (Einen eigenen kurdischen Staat hat nur eine Minderheit zum Ziel.) Sowohl die Interessen der Großmacht USA samt Anhang als auch die regionalen Staaten stehen dem Anliegen der verfolgten Kurdinnen und Kurden entgegen.

Wir können und müssen hier für das Anliegen der kurdischen Bevölkerung protestieren. So zum Beispiel in der Frage der türkischen Grenzöffnung. Innenpolitischer Druck kann erreichen, daß die Bundesregierung vom NATO-Mitglied Türkei, die zudem mit der EG assoziiert ist, fordern, der Minderheit Selbstbestimmungsrechte einzuräumen. Mittel dazu sind neben internationalen Verträgen ein Stopp der Waffenlieferungen und der Wirtschaftshilfe an die Türkei. Mehr Hilfslieferungen können das Leid der Menschen verringern. Aber wer garantiert die Sicherheit des dann vielleicht formal gleichberechtigten kurdischen Volkes, wenn sich die katastrophengeilen Augen der fernsehenden Weltöffentlichkeit auf andere Regionen richten?

Andere Fragen stellen sich zusätzlich: Wenn in der Region die Aussichten auf ein menschenwürdiges Leben nicht bestehen, wenn also die vielfach geforderten ,,politischen Lösungen'' nicht greifen können, ist es dann nicht notwendig, diesen unterdrückten und bedrohten Menschen hier eine Lebensmöglichkeit zu bieten? Sollten nicht tatsächlich die mit Hilfsgütern beladenen Flugzeuge auf dem Rückweg Flüchtlinge mitbringen? Können wir weiterhin auf die Notwendigkeit der ,,Veränderungen in der Region'' verweisen, während täglich Menschen abgeschlachtet werden? ■

KOMMENTAR

THOMAS KUNZ

Einmischung in innere Angelegenheiten

Erst mit merklicher Zeitverzögerung artikulierte sich der öffentliche Protest gegen die Kurdenverfolgung. Auf einer Solidaritätsdemonstration in Frankfurt eine Woche vor der bundesweiten wurde das Bild noch vornehmlich von protestierenden Exil-Kurden geprägt.

Die bundesweite Solidaritätsdemonstration am 13.4. verdeutlichte dann ein Dilemma, das sich bereits während des Golfkrieges bemerkbar gemacht hatte: allgemeine Ratlosigkeit, was die Konturen einer „Nachkriegsordnung" im Nahen Osten betrifft. Charakteristisch war die Reduktion des Protestes auf Betroffenheitsbekundungen und den Ruf nach mehr humanitärer Hilfe.

Mit Blick auf die Zukunft muß jedoch parallel zu den aktuellen Hilfeaufrufen verstärkt auf eine politische Lösung des Konfliktes *in der Region* gedrungen werden. Die im Übereifer erhobene Forderung nach einer „Umsiedlung" der Kurden nach West-Europa würde alsbald andere Konflikte entstehen lassen. Das derzeitig vielleicht vorhandene Verständnis und Mitleid könnte nur allzu schnell umschlagen in Fremdenhaß, wie die aktuellen Zwischenfälle in der ehemaligen DDR zeigen. Die Flucht zigtausender Kurden nach West-Europa würde die Situation in der Region mittelfristig nicht entspannen.

Auch die Schaffung von „Schutzzonen" für Kurden, wie sie von Politikern, allen voran dem britischen Premier-Minister, gefordert und durchgesetzt wurde, bleibt sehr ambivalent. Über den Sofort-Schutz hinaus können solche „Reservate" keine adäquate Lösung auf Dauer darstellen. Zudem lenken sie von einem wichtigen Aspekt ab: die Region, die von den Kurden bevölkert wird, ist kein kleines Gebiet im Nord-Irak und für einen wirksamen Schutz muß der Blick über den Irak hinausgehen!

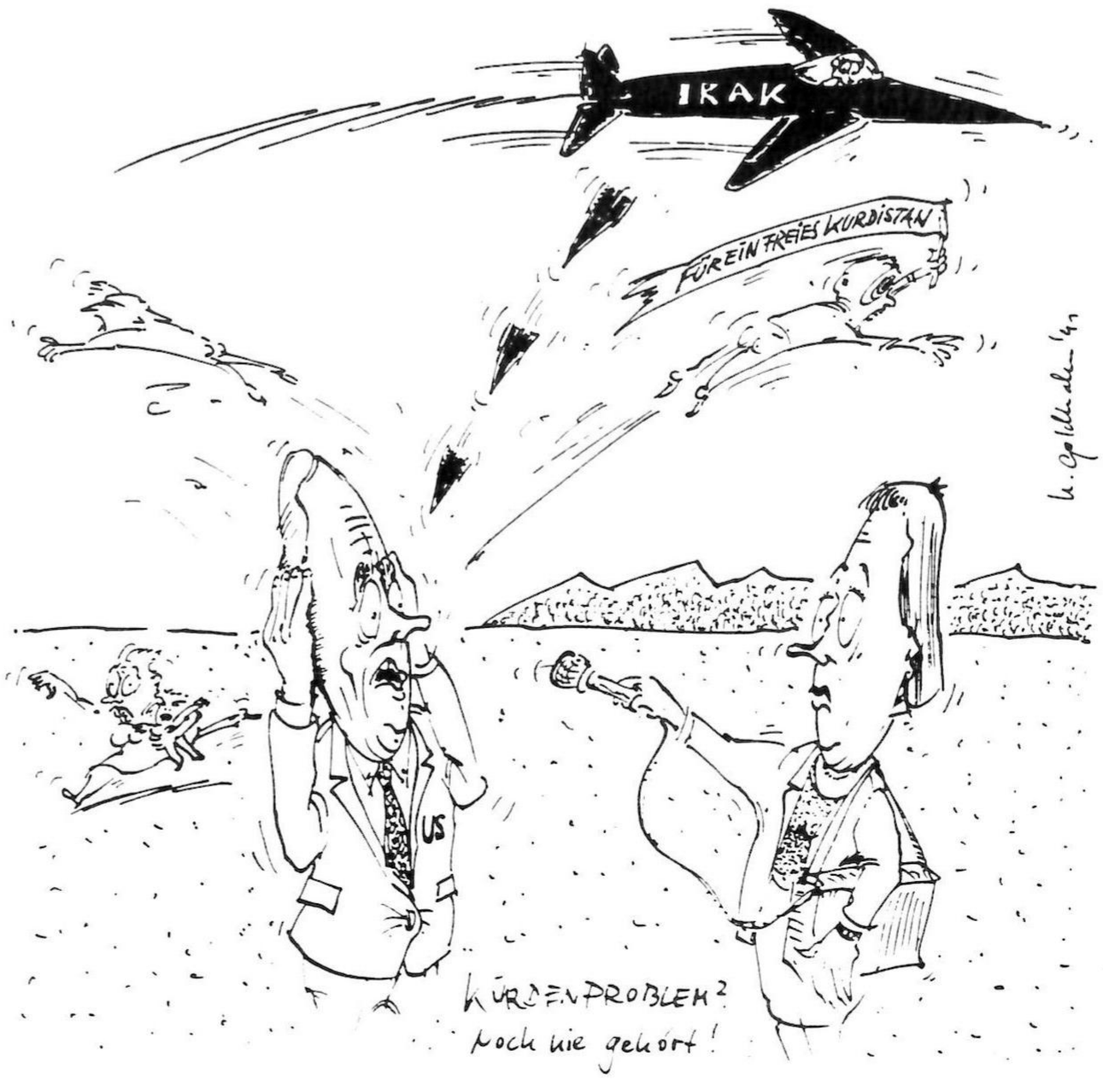
Doch schon eine konsequente Einbeziehung der Türkei stößt auf politische Schwierigkeiten. Dies beginnt bereits bei der längst überfälligen, offiziellen Verurteilung und Sanktionierung der türkischen „Kurdenpolitik". Alle Welt blickt auf den Nord-Irak während in Saddams Schatten in der Türkei weiter „mitgemordet" wird. Anders kann man es nicht nennen, wenn türkische Behörden die Weiterleitung von Hilfsgütern behindern und türkische Soldaten unter Anwendung von Waffengewalt Kurden den Zugang zu Hilfe verwehren. Dennoch wird die Türkei als „treuer Bündnispartner" (NATO) und potentieller Hegemon in der Region wirtschaftlich unterstützt und politisch gehätschelt.

Eine regionale Lösung bedeutet aber auch eine Einbeziehung des Iran, Syriens, der UdSSR und vor allen Dingen die gleichberechtigte Einbeziehung kurdischer Repräsentanten bei etwaigen Verhandlungen. Hauptziel muß zumindest eine Stärkung der Autonomie sein. Wie das aussehen und wer sie garantieren könnte, bleibt jedoch eine offene Frage. Auf den Golfkonflikt ließ sich das Völkerrecht, wie man sehen konnte, von der internationalen Völkergemeinschaft anwenden. Hier handelte es sich aber auch um Völkerrechtssubjekte in Form von Nationalstaaten, und deren Ansprüche waren eindeutig: Wiederherstellung und Anerkennung der nationalstaatlichen Grenzen wie sie vor dem Überfall des Irak auf Kuwait bestanden. Im Falle der Kurdenverfolgung zeigt sich jedoch die Schwäche einer „Weltfriedensordnung", die lediglich den Nationalstaat als Rechtssubjekt ins Zentrum stellt. Wie geht man mit Unterdrückung von Minderheiten um, ohne gleichzeitig den Grundsatz der Nichteinmischung zu verletzen.

Wo es um die Repression von Minderheiten geht, können sich Staaten mit Erfolg hinter dem Argument verschanzen, es handele sich um eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Das prägt in besonderem Maße das Verhalten der Sowjetunion. Die Zurückhaltung ist verständlich, wenn man bedenkt, daß ein lautstarkes Eintreten für die freie Selbstbestimmung des kurdischen Volkes in Anbetracht der innensowjetischen Nationalitätenkonflikte das Ende des Vielvölkerstaats UdSSR zur Folge hätte.

Die Forderung nach einem militärischen Eingreifen der USA, die ja immer noch mit einem großen Truppenkontingent am Golf präsent sind, wird nicht mehr nur von „alten Kriegsbefürwortern" erhoben. Eine solche Position aber würde die militärische Logik des Golfkrieges im Nachhinein zum zukünftigen, akzeptierten Konfliktlösungsmodell adeln. Es besteht die Gefahr, daß der Einsatz militärischer Mittel fortan kein Ausnahmefall bleibt, sondern als ein adäquates Mittel angesehen wird, um Konflikten in der „Dritten Welt" und ihren Folgen zu begegnen.

Nicht politische Aktivitäten auf allen Ebenen und Bemühungen um friedlichere Einflußnahme, auch nicht die Öffnung der „Wohlstandsinseln" sind die Antwort der „zivilen Gesellschaften" auf die Konflikte in der Welt. Ablaßscheine in Form von Feldbetten, Care-Paketen und Notlazaretten und vor allem Hightech-Militärs werden es zunehmend sein! ■



JOACHIM BECKER

Südafrika:

Kontrollierter Wandel?

Am 5. April 1991 stellte der African National Congress (ANC) der Regierung de Klerk ein dramatisches Ultimatum: Entweder entlasse Präsident F.W. de Klerk bis zum 9. Mai seine Minister für Verteidigung und Recht und Ordnung, Magnus Malan und Adriaan Vlok, und ergreife entschiedene Maßnahmen zur Eindämmung der Gewalt oder der ANC breche seine Gespräche mit der Regierung ab. Dieses Ultimatum ist kein Zeichen der Stärke, sondern der bedrängten Lage des ANC. Durch die maßgeblich von Kräften im Staatsapparat orchestrierte Gewalteskalation der letzten 14 Monate ist die Befreiungsbewegung nach ihrer Legalisierung beim Neuaufbau ihrer Strukturen stark behindert und an einer wirksamen Mobilisierung für eine tiefgreifende Demokratisierung von Politik und Wirtschaft gehindert worden.

Weitere Komponenten dieser im namibischen Unabhängigkeitsprozeß bereits erprobten Strategie sind eine kontrolliert politische Liberalisierung und staatlich initiierte Reformen.

Der Pro-Verhandlungsfraktion in der regierenden National Party (NP) geht es um die Bewahrung eines — sozialstaatlich möglichst wenig gezähmten — Kapitalismus in Südafrika. In den als letzten Schritt des Verhandlungsprozesses anstehenden Verfassungsverhandlungen will sie dementsprechend einen schwachen, kaum regulierungsfähigen Zentralstaat und die uneingeschränkte Garantie von Eigentumsrechten durchsetzen. Die Festschreibung von Minderheitsrechten, in einer künftigen Verfassung sieht sie als wünschenswerte, nicht aber unverzichtbare, zusätzliche Sicherung für eine weitgehende Fortschreibung des sozioökonomischen Status quo.

Um im Verhandlungsprozeß die Grenzen wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen selbst bestimmen zu können, scheint der Regierung de Klerk die direkte Kontrolle des Verhandlungs- und Übergangsprozesses unverzichtbar. Sie will daher den Staatsapparat in der Übergangsphase unter ihrer ungeschmälerten Kontrolle behalten. Dies würde ihr ermöglichen, das politische Umfeld von Verhandlungen zu bestimmen. Damit die NP und ihre Verbündeten auf die Ausarbeitung der Verfassung direkt starken Einfluß nehmen können, gibt die Regierung de Klerk einem „runden Tisch", an dem die NP und mit ihr verbündete Homelandparteien ein überproportionales Gewicht hätten, den klaren Vorzug vor einer gewählten Verfassungsgebenden Versammlung.

Mit dieser Politik eines „kontrollierten Wandels" ist die Regierung de Klerk in erster Linie Sachwalterin des Big Business. Die traditionelle Basis der NP — weiße Arbeiter, Staatsangestellte und kleine Landwirte — hat die Abkehr von der Politik der Neo-Apartheid nur zum Teil mitvollzogen. Große Teile dieser Schichten lehnen einen Kompromiß mit der Befreiungsbewegung ab, da die Wahrung ihrer materiellen Privilegien von der Bewahrung der direkten politischen Vorherrschaft der Weißen abhängt. Eine Alternative zur Verhandlungspolitik konnte die organisatorisch stark zersplitterte extreme Rechte allerdings nicht entwickeln.

Die de Klerksche Version der Verhandlungspolitik wird auch von einem kleinen Segment der schwarzen Bevölkerung mitgetragen — vor allem einem Teil der Homelandbourgeoisien und der schwarzen Angestellten in den Homelands und anderen schwarzen Verwaltungsstrukturen. Ihre Zukunft hängt vom Fortbestand auf den Homelands und anderer auf Apartheidstrukturen bauender Regionalstrukturen ab. Einzige relevante Vertreterin dieser Interessen ist die Inkatha Freedom Party (IFP), die in Natal und im Homeland Kwa Zulu über eine nennenswerte soziale Basis verfügt.

Verhandlungsziel des ANC ist die umfassende Demokratisierung des südafrikanischen Staates und die Durchsetzung der Option auf soziale und wirtschaftliche Veränderungen. Um für seine Vision eines demokratischen Südafrika mobilisieren zu können, ist dem ANC die Herstellung eines Klimas freier politischer Betätigung essentiell. In der Übergangsphase will er das Machtmonopol der NP brechen, damit am Verhandlungstisch „Waffengleichheit" herrscht. Der ANC favorisiert die Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung, da die Befreiungsbewegung hier entsprechend ihres Rückhaltes in der Bevölkerung vertreten wäre.

Über die Forderung nach einer gewählten Verfassunggebenden Versammlung herrscht in der nationalen Befreiungsbewegung zwar Konsens, nicht aber über den Stellenwert und Zeitpunkt von Verhandlungen. Kleine linkssozialistische Gruppen stehen Verhandlungen ablehnend gegenüber, weil ein Bruch mit dem Kapitalismus in Verhandlungen nicht durchsetzbar ist. Anfänglich wandte sich auch der durch innere Konflikte und den Mangel an strategischer Konzeption geschwächte Pan Africanist Congress of Azania (PAC), der Südafrika als typischen Kolonialfall begreift und in den Vorstellungen des afrikanischen Nationalismus der 50er und 60er Jahre verhaftet ist, in scharfer Form gegen Verhandlungen. Auf seinem Kongreß im Dezember letzten Jahres hielt sich der PAC dann aber doch eine Tür zu Verhandlungen offen. Parteikräfte im PAC fürchteten, der PAC könnte sich andernfalls in die völlige politische Marginalität manövrieren. Eine realistische Alternative zu Verhandlungen haben die Verhandlungsgegner im Widerstand nicht entwickeln können.

Um in einem Verhandlungsprozeß in einer möglichst starken Position zu sein, for-

mulierte der ANC Ende der 80er Jahre Vorbedingungen für seinen Eintritt in Verhandlungen: die Aufhebung aller Organisationsverbote, die Freilassung aller politischen Gefangenen, Aufhebung der Sicherheitsgesetze und des Ausnahmezustandes und den Abzug des Militärs aus den schwarzen Ghettos.

Unter dem Druck des südafrikanischen Widerstandes und des westlichen Auslands, das nach dem Scheitern der Aufstandsbekämpfung auf eine baldige Verhandlungslösung drängte, bei der die Verhandlungsparameter zugunsten des weißen Establishments ausgestaltet werden könnte, vollzog die Regierung de Klerk den Schwenk von der reinen Repressions- zur Verhandlungspolitik und kam Anfang 1990 den Vorbedingungen des ANC teilweise nach. Am 2. Februar

▶ Einseitige Zugeständnisse ◀

1990 hob de Klerk das Verbot des ANC, des PAC, der SACP und anderere Widerstandsorganisationen auf, kündigte die Aussetzung der Hinrichtungen, die Freilassung Nelson Mandelas und die Lockerung der Pressezensur an.

Die Regierung nutze die für sie in den Abkommen mit dem ANC enthaltenen Handlungs- und Interpretationsspielräume konsequent. Fortschritte bei der Amnestierung machte sie einseitig von Konzessionen seitens des ANC bei der Definition der Suspendierung ,,bewaffneter Aktionen und verwandter Aktivitäten'' abhängig. Während der ANC hierunter allein die Einstellung seiner bewaffneten Aktionen verstand, wollte die Regierung hierunter u.a. auch die Beendigung von Massenaktionen, die Auflösung politischer und militärischer Untergrundstrukturen und die Beendigung der Rekrutierung und Ausbildung von ANC-Militärkadern verstanden wissen. Nach weiteren Gesprächen mit der Regierung sagte der ANC am 12.2.1991 zu, die Infiltration von Militärkadern und Material nach Südafrika, die Militärausbildung innerhalb des Landes und die Schaffung von Untergrundstrukturen einzustellen. Im Gegenzug erkannte das Regime Selbstverständliches an — das Recht des ANC auf Massenaktionen und die Rechtmäßigkeit der Zugehörigkeit zu ANC-Militärstrukturen. Weitere Nachverhandlungen über die Amnestierung sind nicht auszuschließen. Denn bei einigen politischen Gefangenen, meist Guerilleros, steht eine Einzelfallprüfung durch eine Regierungskommission an, ihre Haftentlassung ist nicht sicher. Als Ergebnis der Verzögerungstaktik Pretorias wurden bis Mitte April nur 558 von etwa 3 000 politischen Gefangenen freigelassen. Politische Prozesse und Verhaftungen ohne Anklageerhebung gingen weiter. Bis Mitte April sagte die Regierung nur 3 700 von über 30 000 Exilanten bei ihrer Rückkehr Straffreiheit zu. Die Rückführung der Exilanten wird sich noch länger hinziehen.

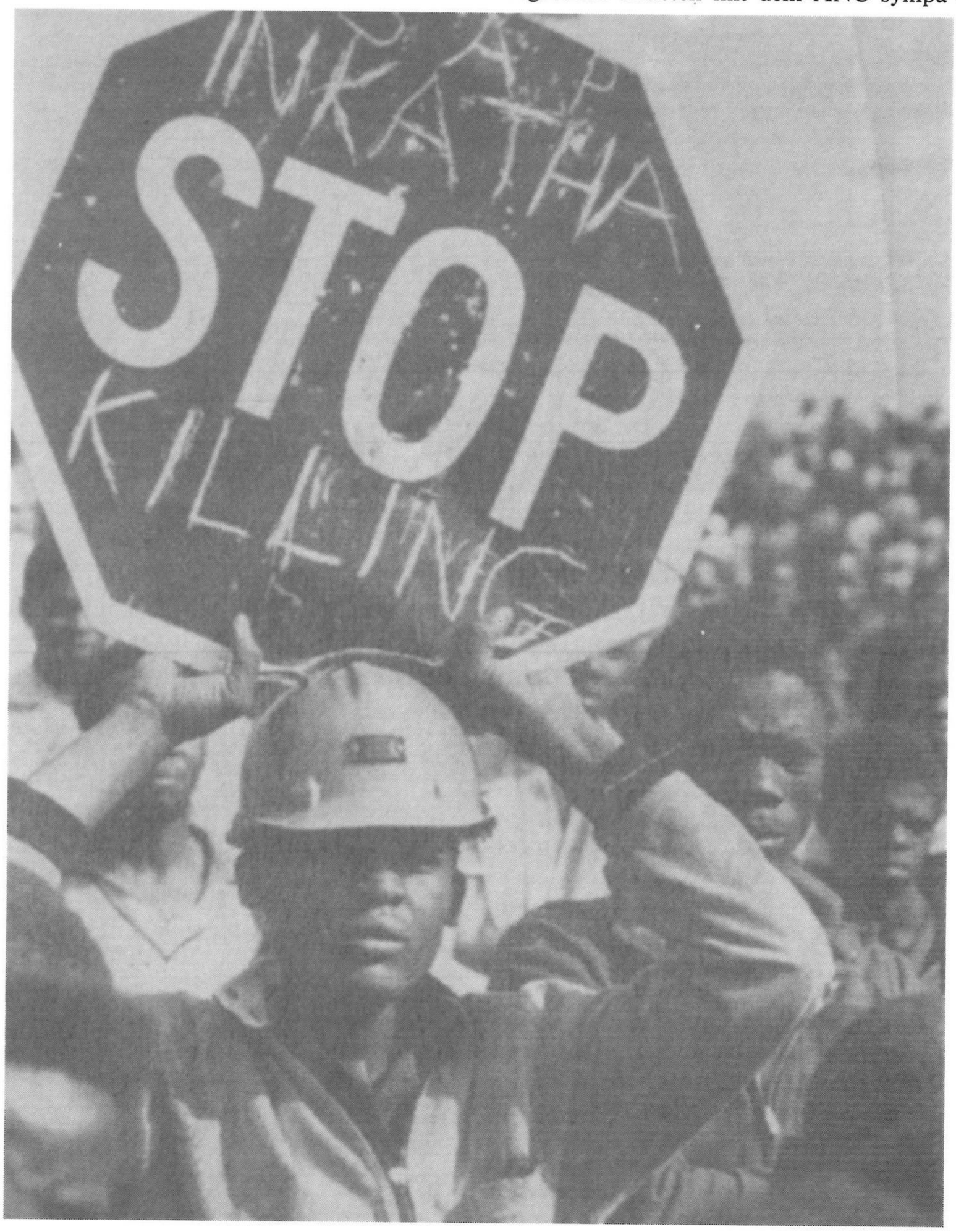
Am 12. Juni 1990 ließ die Regierung im ganzen Land — mit Ausnahme der Provinz Natal den Ausnahmezustand auslaufen. Am 13. Oktober 1990 hob sie ihn auch in Natal auf. Allerdings erklärte die Regierung 1990 mehrere Bezirke in der Provinz Transvaal zu ,,Unruhegebieten'', was der Verhängung eines lokalen Ausnahmezustandes gleichkommt. Die Sicherheitsgesetze sind unverändert in Kraft. So können u.a. weiterhin Personen ohne Anklageerhebung inhaftiert, Organisationen verboten, Personen gebannt und Publikationen verboten werden. Das Regime kann jederzeit den Ausnahmezustand neu verhängen.

In den Vorgesprächen mit der Regierung konnte der ANC größere Handlungsspielräume für die Befreiungsbewegung durchsetzen. Allerdings behielt das Regime, wie schon im Testfall Namibia, die Kontrolle über den politischen Liberalisierungsprozeß, der Pretoria zu neuem Ansehen im Ausland und damit zu einer Lockerung seiner internationalen Isolierung verhalf.

Wie im Fall Namibias verlor die Befreiungsbewegung einen großen Teil der im Rahmen der Liberalisierung gewonnenen Spielräume durch die Eskalation der Gewalt gleich wieder. Die Regierung de Klerk streitet öffentlichkeitswirksam jede Verantwortung für die Gewalteskalation ab. Aus dem Muster der Gewalt läßt sich jedoch klar erkennen, daß die Drahtzieher der Gewalt im Regime zu finden sind.

▶ Ausweitung der Gewaltpolitik ◀

Bereits in der zweiten Hälfte der 80er Jahre forderten von den Medien zu Gewalt ,,Schwarzer gegen Schwarze'' vereinfachte Konflikte in Natal und im Homeland Kwa Zulu Tausende von Toten. Als die Notablen und Warlords der Staatspartei Kwa Zulus, Inkatha, ihr weitverzweigtes Patronagersystem und damit ihre Machtposition durch lokale Basisinitiativen und Gewerkschaften bedroht sahen, gingen sie mit Gewalt gegen die Oppositionellen vor. Rasch wurde der Schritt von der Ermordung radikaler Anti-Apartheid-AktivistInnen zum Angriff auf ganze Ortschaften, die als UDF- bzw. ANC-nah galten, getan. Die südafrikanischen Sicherheitskräfte unterstützten Inkatha vielfach bei diesen Angriffen, zumindest aber tolerierten sie den Inkatha-Teror. Auf der Gegenseite bildeten mit dem ANC sympa-



Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik 1949-89 - 2 Bände

K. Voy, W. Polster
C. Thomasberger (Hg.)

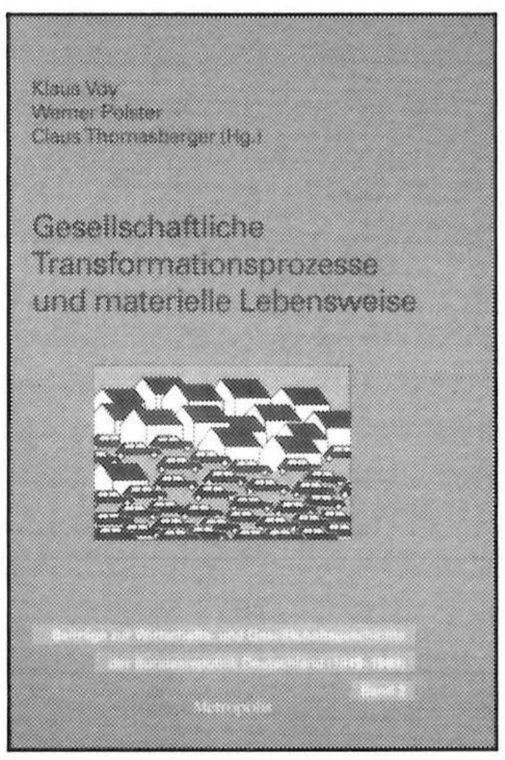
Mit Beiträgen von: M. Braig, H. Herr, P. Lohauß, F. Ossing, W. Polster, C. Thomasberger, K. Voy

Band 1

Marktwirtschaft und politische Regulierung

Inhalt: Die Entfaltung der Industriewirtschaft * Von der politischen Regulierung zur Selbstregulierung der Märkte * Der Merkantilismus der Bundesrepublik in der Weltwirtschaft * Globalisierung der Märkte und Nationalisierung der Währungen * Langfristige wirtschaftliche Entwicklungen, gesellschaftliche Transformationen und politische Regulierungen * Vom Besatzungsgebiet zur souveränen Großmacht.

395 Seiten, 36,80 DM



Band 2

Gesellschaftliche Transformationsprozesse und materielle Lebensweise

Inhalt: Projekte der Moderne und Modernisierungen * Über den Wandel von Sozialstrukturen, Lebensstilen und Bewußtsein * Von der Hausfrau zur doppeltbelasteten Halbverdienerin * Wandlungen der Lebensweise im Spiegel der Konsumentwicklung * Eigenheim und Automobil - Materielle Fundamente der Lebensweise * Innere Widersprüche und äußere Grenzen der materiellen Lebensweise.

390 Seiten, 36,80 DM

Gesamtverzeichnis anfordern

Metropolis-Verlag
Bahnhofstr. 16, 3550 Marburg

thisierende Jugendliche Selbstschutzkomitees. Diese sind teils diszipliniert und gut organisiert, teils aber aufgrund fehlender politischer Einbindung und elender Lebensverhältnisse in die Grauzone zwischen politischer Aktivität und Kriminalität abgeglitten. Mit zunehmender Dauer verselbständigen sich die Konflikte auf lokaler Ebene.

Direkt nachdem der ANC im August 1990 seinen bewaffneten Kampf suspendiert hat, weitete Inkatha seine Gewaltpolitik auf das industrielle Herzland Südafrikas im Raum Johannesburg aus. Inkatha-FunktionärInnen rekrutierten hier Kämpfer für die Angriffe auf ANC-nahe schwarze Vorstädte unter Zulu-Wanderarbeitern, die in Wohnheimen isoliert vom Rest der Township-Bevölkerung leben. Auch hier assistierte die Polizei vielfach Inkatha-Schlägertrupps. Gegengewalt der Township-BewohnerInnen folgte, trotz Versuchen des ANC, die Wogen zu glätten, vielfach auf derartige Angriffe.

Immer wieder gab es in den letzten Monaten Anschläge spezialisierter Mordkommandos, die zahlreiche Tote forderten und oftmals eine neue Spirale der Gewalt in Gang setzten. Diese Mordkommandos sind offensichtlich Teil der Geheimdienste. Hauptverantwortliche für Gewalteskalation seit dem Februar 1990 sind mithin Inkatha und Kräfte im weißen Staatsapparat.

Inkatha versucht mit der Gewalteskalation die Erosion seiner regionalen Machtbasis in Natal/Kwa Zulu zu stoppen, die durch ANC und den Gewerkschaftsdachverband Cosatu vor allem in städtischen Gebieten gefährdet ist, und sich für die Verhandlungen als nationalen Machtfaktor aufzubauen. Diese Politik hat sich für Inkatha bereits bezahlt gemacht: Viele der in der schwarzen Bevölkerung verhaßten schwarzen Stadträte, deren Posten und Pfründe an Apartheid-Verwaltungsstrukturen hängen, haben sich landesweit Inkatha angeschlossen. Politisch wurde Inkatha durch das Exklusivtreffen des Inkatha-Präsidenten, Gatsha-Buthelezi, mit ANC-Vizepräsident Nelson Mandela am 29. Januar 1991 aufgewertet, das mittels der Gewaltpolitik durchgesetzt wurde. Eine reaktionäre Fraktion im Staatsapparat, die vor allem in Polizei und Militär starken Rückhalt hat, hofft mit der Gewalteskalation den Verhandlungsprozeß zum Scheitern zu bringen.

Der Pro-Verhandlungsfraktion im weißen Establishment ist insofern an der Eskalation der Gewalt gelegen, als diese die Befreiungsbewegung stark schwächt und damit das Kräfteverhältnis am Verhandlungstisch zugunsten der um die NP gruppierten Kräfte verschiebt. Allerdings ist die Gewalteskalation für die Pro-Verhandlungskräfte im weißen Establishment auch mit Kosten und Risiken verbunden. Die Welle der Gewalt ist für die wirtschaftlichen Entwicklung schädlich. Die entstehende Eigendynamik der Gewalt kann für die Zukunft eine schwere Hypothek darstellen.

Das Kalkül der Gewaltpolitiker ist insoweit aufgegangen, als die Befreiungsbewegung ihr wichtigstes Druckmittel, Massenaktionen, kaum mehr zur Anwendung bringen kann. Der organisatorische Neuaufbau der Widerstandsorganisationen ist stark behindert worden. Ihre Funktionäre sind vornehmlich mit der Gewaltproblematik beschäftigt, die Planung und Durchführung eigener politischer Initiativen ist ihnen nur sehr eingeschränkt möglich. Zur Rückgewinnung der politischen Initiative ist die Eindämmung der Gewalt für den ANC der entscheidende Schritt. Daher hat der ANC an die Regierung de Klerk, von der die entscheidenden Schritte zur Eindämmung der Gewalt, wie eine Verpflichtung der Sicherheitskräfte auf eine neutrale Rolle, kommen müssen, ein Ultimatum gestellt, das am 9. Mai abläuft. Ein starkes Druckmittel ist das Ultimatum allerdings nicht, da die Regierung weiß, daß der ANC keine Alternative zum Verhandeln hat.

Staatlich initiierte Reformen

Das dritte Element der Regierungspolitik des ,,kontrollierten Wandels'' sind staatlich initiierte Reformen. 1990 hob sie das Gesetz über getrennte soziale Einrichtungen auf, im Frühjahr 1991 brachte sie Gesetzesintiativen zur Abschaffung des Bevölkerungsregistrierungsgesetzes und zur Abschaffung des Gesetzes über getrennte Wohngebiete sowie verschiedene Novellen zum Landrecht ein. Das weiße Schulwesen wurde einen Spalt für schwarze SchülerInnen geöffnet. Diese Reforminitiativen zielen auf eine graduelle Ablösung der Rassen- durch Klassenprivilegien, vielfach erhalten, derzeit rassisch noch getrennte, lokale und regionale Staatsstrukturen großen Einfluß auf die Umsetzung der Reform, z.B. über Kompetenzen in Fragen der Landnutzung. Auch über Privatisierungen in der Wirtschaft und im Sozialbereich versucht die Regierung de Klerk die Zukunft zu präjudizieren.

Die Initiative lag im ersten Jahr des Verhandlungsprozesses eindeutig nicht beim Widerstand, sondern beim südafrikanischen Regime. Es gelang der Regierung de Klerk, wie schon im Probelauf des namibischen Unabhängigkeitsprozesses, das Umfeld der Verhandlungen nach eigenen Vorstellungen zu gestaiten, die Zukunft präjudizierende gesellschaftliche Reformen zur Ablösung der Rassen- durch Klassenprivilegien voranzutreiben und sich international neue Spielräume zu verschaffen. Der ANC geht aus einer schwierigen Position in die anstehende Konfliktrunde um die Einsetzung einer Interimsregierung und die Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung. ■

Der Autor ist als Redakteur bei den Anti-Apartheid-Nachrichten und dem informationsdienst südliches afrika, Bonn, tätig. Die nächste Ausgabe des Informationsdienstes erscheint voraussichtlich im Juni '91. Bestellungen können gerichtet werden an: informationsstelle südliches Afrika, Königswinter Str. 116, 5300 Bonn 3.

MATHIAS MERGELSTEIN

Übergang in Chile

Immer wenn der Kellner kam, senkte mein Gesprächspartner die Stimme und wechselte aus dem spanischen zur Sprache seines ehemaligen Exillandes. Auf der Autofahrt zum Restaurant im Zentrum von Santiago hatte er gesagt, er fürchte einen neuen Putsch. Zu deutlich sei die Sprache der fast täglichen Attentate. Nur Stunden, bevor die Regierung einen bis dahin nach Inhalt und Zeitpunkt vertraulichen Beschluß gefaßt habe, sei die Bombe gestern vor dem Haus des Richters explodiert. Es kann der immer noch im Untergrund operierende Geheimdienst der früheren Militärregierung gewesen sein oder der linksextreme Untergrund oder die Geheimpolizei, die diesen Untergrund infiltiert hat. Auf jeden Fall solle Unsicherheit erzeugt werden. Mein Gesprächspartner mußte es wissen. Er gehört selbst zur Regierung. Die Regierung hat Angst vor dem Kellner, während zwei Tische weiter eine chilenisch-deutsche Burschenschaft poltert und jodelt. Das ist Chile 1991.

Die transición, der Übergang also von der Pinochetdiktatur zu stabilisierten demokratischen Verhältnissen, trägt Krawatte. Das protzige Kongreßgebäude im runtergekommenen Valparaiso ist eine viel zu teure Hinterlassenschaft Pinochets. Hier klopfen sich rechte, christdemokratische und sozialistische Abgeordnete die Schultern und dutzen sich. Es bleibt ihnen auch nichts anderes übrig. Pinochet hat gemäß der auf ihn zugeschnittenen Verfassung von 1980 neun Senatoren delegiert, die der rechten Fraktion im Senat eine Mehrheit verschaffen, die alle Gesetze des Abgeordnetenhauses blockieren kann.

Pinochet hat seinem christdemokratischen Präsidenten Patricio Aylwin, der vor kurzem in Bonn vorsprach, ein makroökonomisches Musterland übergeben. Haushaltsstruktur, Außenhandels- und Leistungsbilanz, das Verhältnis von Währungsreserven und Verschuldung bilden eine Insel der Stabilität inmitten der übrigen lateinamerikanischen Katastrophe. Die Regierung Aylwin kann nichts tun als diese Wirtschaftspolitik fortzuführen, will sie Inflation und Aufblähung des Staatsapparates vermeiden. Sie setzt darauf, erst die Wirtschaft in Schwung zu bringen und dann umzuverteilen. Auf absehbare Zeit aber wächst nur der Export von Kupfer und land- und forstwirtschaftlichen Produkten. Diese Branchen schaffen wenig Arbeitsplätze und die Entwicklung des Binnenmarktes stagniert. Die Armen, die fast die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, werden arm bleiben.

Die Menschenrechte sind eines der ideologischen Schmiermittel der transición. Kurz nach seiner Amtsübernahme im März 1990 kündigte Aylwin die Bildung einer ,,Nationalen Kommission für Wahrheit und Gerechtigkeit'' an, die die Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur aufarbeiten sollte. Juristische Vollmachten hatte diese Kommission von Anfang an nicht. Ein Jahr

Vorenthaltene Wahrheiten

später, im März 1991, stellt Aylwin den Bericht der Kommission vor. Der Bericht ist die erste offizielle Anerkennung seitens einer chilenischen Institution, daß die Pinochetdiktatur mordete und folterte. ,,Exzesse'', nennen es die Generäle, da sie die Fakten nicht mehr leugnen können. Viel zu halbherzig ist für die Menschenrechtsorganisationen der Bericht: Er enthält keine Namen der Schuldigen, obwohl die Kommission sie kennt, er klärt das Schicksal nicht auf, und er handelt deren Schicksal in peinlicher Weise zusammen mit den paar Dutzend Toten des Sicherheitskräfte seit dem Sturm auf den Präsidentenpalast im September 1973 ab. Für die Regierungskoalition aus Christdemokraten und Sozialisten kommt diese Art der Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen gerade gelegen. Der als ,,nationaler Konsens'' bezeichnete Schlingerkurs der Regierung ist einmal mehr legitimiert. Der listige Kalkül geht allerdings nicht auf. Es gibt längst einen parallelen Markt der Informationen über Menschenrechtsverletzungen und ihre Urheber. Die Presse liefert die vom Kommissionsbericht vorenthaltene Wahrheit scheibchenweise nach. Außerdem gehen die Kommissionsakten unzensiert an die jeweils zuständigen Gerichte. Die chilenische Justiz ist dem Pinochetregime bis auf die Knochen hörig gewesen und hat sich seitdem nicht geändert. Aber sie muß irgendetwas mit den in den Akten protokollierten Ungeheuerlichkeiten machen. Das große Offenlegen wurde verhindert, aber es wird in vielen kleinen Querelen teilweise nachgeholt werden.

Die Widersprüchlichkeit der chilenischen transición ist symptomatisch für viele ehemals diktatorisch regierten Länder des Südens. Die Militärs taten gut daran abzutreten oder sind dazu gezwungen worden. Eine revolutionäre Perspektive oder ein Ausweg aus dem Massenelend bieten sich nirgends. Die Zivilregierung verwaltet die Hinterlassenschaft der Diktatur. Die Staatsmacht ist zwischen dem alten Sicherheitsapparat und der jetzt zivilen Verwaltung aufgeteilt. Da keiner der beiden Machtblöcke gewinnen darf, kann die transición zum Dauerprovisorium werden. ■

,,Wo sind sie'', fragen Angehörige politischer Gefangener in Chile

INGO ZANDER

Stiftungen für NS-Verfolgte

Zum Ende der Legislaturperiode 1990 mußten Abgeordnete der Opposition konstatieren, daß auch nicht annähernd erreicht werden konnte, was im Interesse der Opfer notwendig und selbstverständlich gewesen wäre. Nahezu 20 Änderungsanträge zur Öffnung der Härte-Richtlinien für nichtberücksichtigte NS-Opfer, die die Grünen und SPD allein 1990 einbrachten, wurden von den Koalitionsfraktionen abgelehnt. Ebenso erging es der von den Oppositionsparteien vorgeschlagenen Stiftungskonzeption auf Bundesebene, die die unselige Härterichtlinienregelung (die für die Opfer keinen gesetzlichen Anspruch vorsah, Leistungen zu erhalten) zugunsten einer weniger bürokratischen ,,Entschädigungs-Praxis'' ablösen sollte. Völlig ausgeklammert blieben die Ansprüche der ausgebeuteten und versklavten Zwangsarbeiter aus osteuropäischen Ländern. Jahrelang begründete dies die Bundesregierung damit, daß man in kommunistischen Staaten keine Leistungen für NS-Verfolgte transferieren wolle. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zeigt sich, daß dies nur eine opportune Exkulpation war. Die Bundesrepublik hatte nie die Bereitschaft aus innerer Überzeugung zur sogenannten **Wiedergutmachung** gezeigt; sondern ,,entschädigt'' wurde aufgrund außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Interessen, dies gilt für alle Bundesregierungen. Nachdem die Bundesrepublik seit ein paar Wochen vollends souverän geworden ist, entfällt für die Exekutoren der Staatsräson letzter äußerer Druck, den überlebenden NS-Verfolgten eine Altersversorgung zu ermöglichen, so daß die Opposition heute wenigstens unterhalb der Bundesebene für alle NS-Verfolgten in der Bundesrepublik eine Rentengrundversorgung bzw. Fürsorge in materieller Not implementieren müßte. Dies ist auf Länderebene, aber auch im kommunalen Rahmen prinzipiell möglich.

Wichtig dabei ist, auch terminologisch festzuhalten, daß es sich dabei nicht um Wiedergutmachungsleistungen handelt, für die der Bund prinzipiell ,,kompetent'' (sprich: verantwortlich) bleibt.

Erfreulich ist, daß in einigen Bundesländern gerade aufgrund der Erfahrungen mit der zynischen Bonner Politik Initiative gezeigt wurde. Der Bremer Senat begründete im September 1988 die Einrichtung einer landesbezogenen Härteregelung ausdrücklich damit, daß die im Dezember 1987 von den Koalitionsfraktionen als abschließend beschlossenen Härteregelungen nicht die in sie gesetzten Erwartungen erfüllten. Wer am 1.1.1988 seinen Hauptwohnsitz in Bremen oder Bremerhaven hatte und bisher noch keine Leistungen wegen einer Schädigung durch die NS-Gewaltherrschaft erhalten konnte, kann vom Land Bremen bis zu 5000 DM als einmalige Hilfe oder 500 DM als laufende Leistung erhalten. Bis Ende Februar 1991 sind fast 250 Anträge von NS-Verfolgten eingegangen. Der Senat hat sich bisher bereit erklärt, die Mittel über die ursprünglich festgelegte Marge anzuheben. In Hamburg beschloß im selben Monat der sozial-liberale Senat mit Zustimmung der CDU (bei Stimmenthaltung der GAL, aber grundsätzlicher Befürwortung) eine Stiftung für NS-Verfolgte. Auch in Schleswig-Holstein hatte der Landtag 1988 einstimmig beschlossen, einen Härteausgleichsfond für vergessene NS-Opfer einzurichten.

In Niedersachsen kam es im März 1990 zum Konsens aller Fraktionen, einen Härtefond einzurichten, was mit dem Antritt der rot-grünen Koalition Ende 1990 aber erst realisiert wurde.

Hilfe für Opfer

Eine Vorreiter-Rolle spielte Berlin. Bereits 1987 wurde noch unter christdemokratischer Ägide, wenngleich auch aus taktischem Zugeständnis gegenüber dem Druck der Oppositionsparteien, der Verfolgtenverbände und Öffentlichkeit, eine Stiftung für NS-Verfolgte eingerichtet. Jahrelang hatten die Christdemokraten eine Landesinitiative abzublocken versucht, indem immer wieder auf die Bundeskompetenz in diesem Bereich verwiesen wurde. Der rot-grüne Senat beschloß 1990 darüberhinaus, wie ursprünglich erhofft, eine Novellierung des (Landes-) Gesetzes für politisch und rassisch Verfolgte, daß seit dem 1.1.1991 gilt und sich von allen anderen Länder-Initiativen dadurch unterscheidet, daß in Berlin ein gesetzlicher Anspruch auch auf eine Grundrente im Alter besteht. Für Alleinstehende werden maximal 1600 DM bezahlt.

Die Neuregelung hat in vielen Punkten zu einer Erleichterung geführt. Viele Antragsteller bei der Berliner Stiftung können jetzt alternativ den gesetzlichen Anspruch wahrnehmen — sozusagen Asoziale, Sinti und Roma, Zwangsarbeiter, Zwangssterilisierte, Euthanasiegeschädigte, Homosexuelle, ,,Wehrkraftzersetzer'' und Deserteure, aber auch indirekt Mitbetroffene. Auch wird niemand mehr ausgeschlossen, wenn er sich nach 1948 gegen die ,,freiheitlich-demokratische Grundordnung'' (sprich: als Kommunist) betätigt haben soll. Wichtig ist auch, daß ein privatärztliches Attest genügt, um einen Verfolgungsschaden anerkannt zu bekommen. Verfolgte, die in Heimpflege leben, erhalten wenigstens 250 DM Taschengeld. Die Berliner Stiftung wird daneben aber nicht überflüssig — über ihre Ressourcen können jetzt z.B. jüdische Emigranten aus der UdSSR eine bestimmte finanzielle Hilfe erhalten, wenn sie NS-Opfer waren, aber erst nach dem 1.1.1991 in Berlin leben.

In Hessen soll jetzt eine Stiftung zur Anerkennung und Hilfe für NS-Verfolgte verankert werden, wie die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen vorsieht. Dort kann man auf einen Antrag der Grünen aus dem Sommer 1990 zurückgreifen, der damals im Landtag zwar von der SPD befürwortet wurde, jedoch an den Mehrheitsverhältnissen scheiterte. Die Hilfe wird auch als Ausdruck der öffentlichen Anerkennung des Unrechts verstanden und soll in Form einmaliger oder laufender finanzieller Leistungen gewährt werden.

Auch in Nordrhein-Westfalen ist eine solche Initiative von der Informations- und Beratungsstelle für NS-Verfolgte, einer Einrichtung von Verfolgtenverbänden mit Sitz in Köln, jetzt angemahnt worden, in Anlehnung an die Berliner Regelung seit dem 1.1.1991. In Nordrhein-Westfalen hatte die sozialdemokratische Landesregierung jedoch bisher jede Anregung in diese Richtung mit dem stereotypen Argument abgewiegelt, Ziel müsse es sein, den Bund zu weitergehenden Wiedergutmachungsleistungen zu veranlassen. Auch dürfe die mühsam erreichte Einheit im Entschädigungsrecht nicht aufgehoben werden. Nach dem Anschluß der DDR-Länder ist jedoch von einer solchen einheitlichen Regelung de facto noch weniger als es vorher der Fall war möglich zu reden. Immerhin ist aber der Innenminister Herbert Schnoor dem Gedanken grundsätzlich zugetan. Entscheidend wird nun sein, wieviel öffentlicher Druck in dieser Frage mobilisiert werden kann — insofern ist auch eine rasche Implementierung in Hessen für die Diskussion im größten Bundesland relevant. ■

links-INTERVIEW MIT RUPERT VON PLOTTNITZ

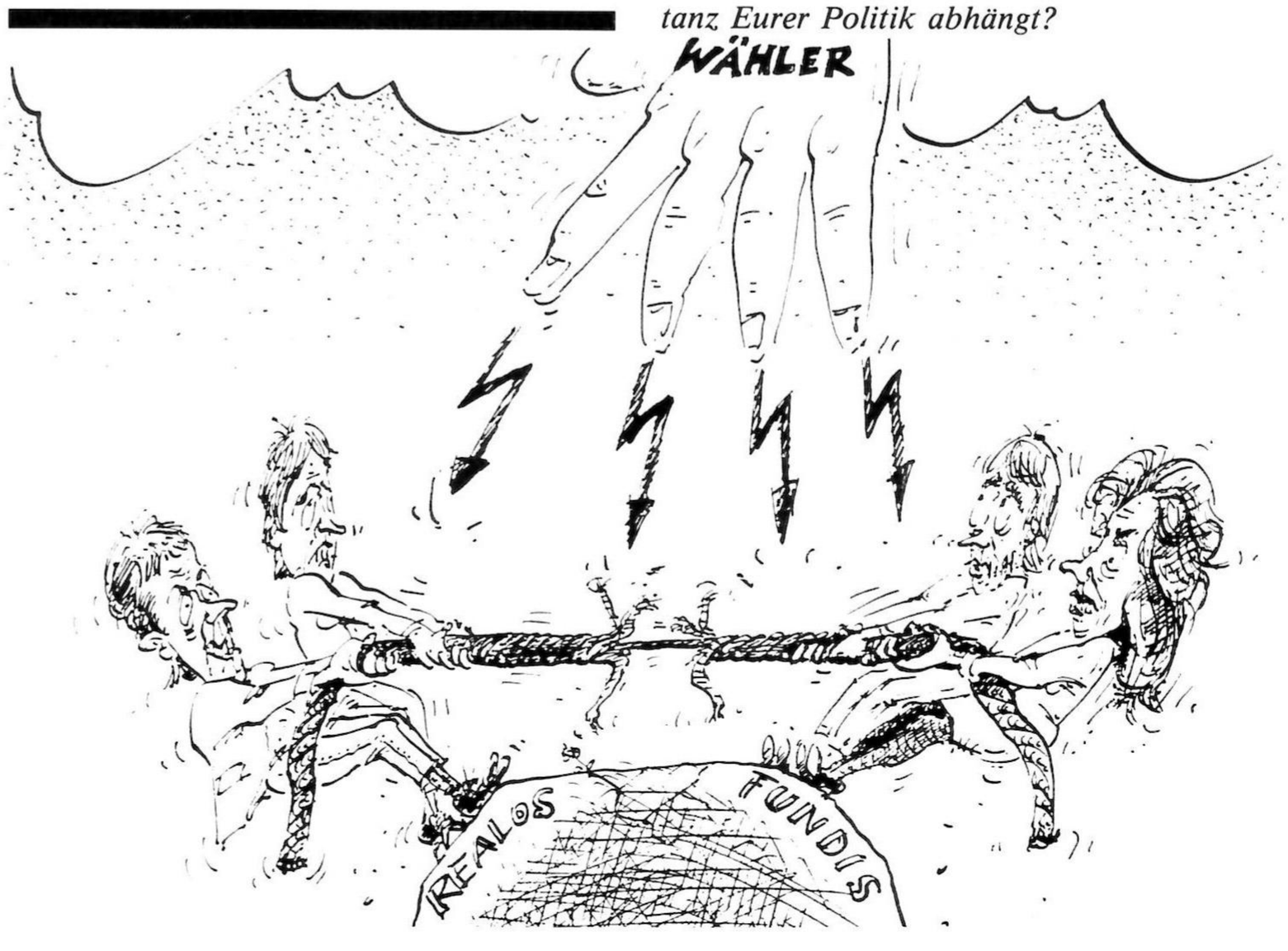
Die dicken Bretter von Reformen

Die erste rot-grüne Koalition im Jahr 1983 in Hessen war nicht nur innerparteilich hart umstritten. Auch große Teile derjenigen, die aktiv in den sozialen Bewegungen engagiert waren, reagierten ablehnend. Der Druck realpolitischer Zugeständnisse und die harten Flügelkämpfe innerhalb der Grünen ließen die damalige Koalition schnell platzen. Der nun beschlossenen zweiten rot-grünen Koalition in Hessen fehlte die öffentliche Auseinandersetzung. Gerhard Krum sprach mit dem Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN im Hessischen Landtag, Rupert von Plottnitz, über die neuen Koaltionsvereinbarungen.

Vor der Hessen-Wahl gab es hier ja eine schwierige Situation: Die GRÜNEN sind aus dem Bundestag rausgeflogen, Berlin ist gescheitert und alle Welt sprach schon vom „Auslaufmodell Rot-Grün". Ist Hessen jetzt eine neue Perspektive?

Rupert von Plottnitz: Hessen ist sicherlich eine neue Perspektive, was das Schicksal der rot-grünen Koalition in Berlin und was vor allen Dingen das Schicksal der GRÜNEN im Bundestag. Allerdings gehöre ich zu den Skeptikern, was die These angeht, ein rot-grünes Modell sei jetzt wieder das Zeichen der Zeit, oder wie es andere gesagt haben, ein rot-grünes Modell sei ausgelaufen. Ich glaube, statische Modelle oder Modellrechnungen dieser Art widersprechen der derzeitigen Zusammensetzung und den derzeitigen Reaktionweisen der Wählerschaft. Da gehe ich mehr von etwas wie einer politischen Unübersichtlichkeit aus. Deswegen neige ich mehr dazu, zu sagen, es ist die Chance für ein Modell auch für die Zukunft, auch über den Bereich Hessens hinaus, aber es ist nicht Ausdruck eines existierenden gesellschaftlichen Lagers, daß ein solches Modell derzeit naheliegt.

Heißt das, daß der Erfolg, der Fortbestand, eventuell die Wiederholung einer rot-grünen Koalition allein vom Erfolg und der Akzeptanz Eurer Politik abhängt?



Rupert von Plottnitz: Sicherlich. Das gilt nun nicht nur für rot-grüne Koalitionen, sondern Politik überhaupt. Ich würde es anders formulieren: Der Erfolg und die Frage, ob Rot-Grün ein Modell für die Zukunft sein wird oder sein kann, wird vor allen Dingen davon abhängen, ob diese Koalition den Nachweis bietet, daß Politik das, was sie sich vorgenommen hat, auch verwirklichen kann, vor allen Dingen dort, wo es um Veränderungen geht.

Die erste rot-grüne Koalition in Hessen war innerparteilich einigermaßen umstritten, ist zumindest zunächst nur mit einer knappen Mehrheit zustande gekommen. Diesmal war das ganz anders. Ist das nur in Hessen so, oder ist Rot-Grün inzwischen ein auf Bundesebene akzeptierter Weg innerhalb der GRÜNEN?

Rupert von Plottnitz: In Hessen ist es schon lange so. Und im Bund sieht es ganz so aus — wenn ich neuere Entwicklungen in Hamburg in Rechnung stelle, was Koalitionsaussagen im Hinblick auf die SPD angeht, wenn ich mir auch vor Augen führe, was eine bayerische Landesversammlung kürzlich beschlossen hat — daß die Frage „Koalition, ja oder nein?" keine Streit- und Glaubensfrage mehr bei den GRÜNEN ist. Dort, wo die Möglichkeit besteht, mit einer Koalition grüne Politikinhalte durchzusetzen, scheint allenthalben Übereinstimmung zu bestehen, daß man von dieser Möglichkeit Gebrauch machen sollte.

Heißt das auch, daß sich die GRÜNEN ein Stück weit wieder „vergesellschaftet" haben?

Rupert von Plottnitz: Es ist sicherlich Ausdruck auch von Veränderungsprozessen, die es bei den GRÜNEN selbst gegeben hat. Es ist sicherlich Ausdruck der mehrheitlichen Einsicht bei den GRÜNEN, daß Politik unter den Bedingungen eines Landes wie der Bundesrepublik nicht mehr darin bestehen kann, das Paradies auf Erden *sofort* zu verwirklichen, sondern daß es darum geht, die dicken Bretter von Reformen zu bohren.

Das soll aber nicht heißen, daß der innerparteiliche Diskussionsprozeß um Inhalte und Ziele ökologischer Politik nun abgebrochen wird, und die Partei sozusagen zu einem Zustimmungsorgan für die Regierungspolitik ernannt werden soll?

Rupert von Plottnitz: Nein, das wäre sehr schlecht, wenn die Partei nur noch zu so etwas wie einem Notariat für Parlamentsvertretung oder Regierungsvertretung der GRÜNEN würde. Aber es bedeutet, daß die Hoffnung, die es früher einmal gab, man könnte gleichsam unter Verzicht auf so traditionelle Elemente wie eine Koalition etwa Politik machen in der Bundesrepublik, daß diese Hoffnung sich als obsolet erwiesen hat und so behandelt werden darf.

Die erste rot-grüne Koalition und der erste große Wahlerfolg der GRÜNEN in Hessen war Resultat von mehr oder weniger funktionierenden ,,sozialen Bewegungen". Das ist heute nicht mehr so. Gleichwohl ist mir aufgefallen, daß alle Schlagworte, die in diesen Auseinandersetzungen eine Rolle spielten, in den Koalitionsvereinbarungen auftauchen. Bedeutet das für die GRÜNEN, daß sie da heute ein Stück weit in der Luft hängen?

Rupert von Plottnitz: Zunächst einmal würde ich sagen, es tauchen nicht Schlagworte auf — es liest sich vielleicht manchmal so — es tauchen die Probleme auf, die es real gibt. Und daß es heute so scheint, daß weniger soziale Bewegungen subjektive Träger der Veränderungsbedürfnisse sind, das liegt für meine Begriffe auch daran, daß sich diese Veränderungsbedürfnisse auch gesellschaftlich verbreitert haben, daß es also viel mehr Menschen gibt als früher, die Zweifel haben, ob ein Mehr an Startbahnen, Straßen usw. unter allen Umständen immer das Richtige ist, daß das aber auch Menschen sind, die anderen politischen Kulturen ,,nichtdemonstrativer Art" entstammen. Insofern glaube ich nicht, daß es keine Trägerschaft gibt für diese Fragen, keine soziale Trägerschaft, ich glaube es gibt mehr Trägerschaft als früher sogar, aber es gibt natürlich eine Trägerschaft, die mißtrauisch auch darüber wacht, ob nur symbolisch mit diesen Fragen umgegangen wird, oder ob auch praktische Antworten gegeben werden. Das ist ja auch der Unterschied gegenüber früher. Früher nährten sich Parteien wie die GRÜNEN davon, daß sie Fragen als Erste stellten, die andere überhaupt nicht für relevant hielten. Heutzutage fragen viele, auch im etablierten — oder älter etablierten — politischen Spektrum, und heutzutage wird gestritten über Antworten.

Gleich am Anfang der rot-grünen Koalitonsvereinbarung heißt es, es soll eine berechenbare und zuverlässige Politik gemacht werden. Sicherlich auch die Antwort auf Vorwürfe, die den GRÜNEN immer gemacht worden sind, sie seien nicht zuverlässig, nicht ,,politikfähig" etc. Auf der anderen Seite kann das ja allein noch kein Ziel sein sondern es hört sich so an: Man will die Koalition auf jeden Fall durchziehen, man will Streit vermeiden. Ist das so?

Rupert von Plottnitz: Man will vor allen Dingen, sollte es Streit geben, diesen Streit rational organisieren. Im übrigen sind diese Passagen sicherlich auch eine Antwort auf Erfahrungen aus der Vergangenheit, die beide Koaltionspartner damals miteinander gemacht haben. Die Frage der Berechenbarkeit stellt sich im übrigen derzeit ja nicht nur im Zusammenhang mit den GRÜNEN, sie stellt sich — wenn man an bestimmte Vorgänge in bestimmten hessischen Kommunen denkt — ja auch im Zusammenhang mit der SPD. Insofern ist das auch Ausdruck eines Problembewußtseins. Und es ist ja gut, wenn man so ein Problembewußtsein dann auch festhält.

Mein Eindruck ist, daß sich innerhalb der Koalitionsvereinbarungen verschiedene Schwerpunkte durchgesetzt haben, die ganz eindeutig auch an Personen gebunden sind. Das wäre an sich nicht verwunderlich, aber mein Verdacht ist, daß hier auch ein bißchen Einfallslosigkeit und Ratlosigkeit mitschwingt.

Rupert von Plottnitz: Beispiele!

Ich möchte als Beispiel die Bereiche nennen, die Joschka Fischer jetzt als Ministerium verwaltet, etwa die Abfallwirtschaft, deren programmatischer Kern ist, daß die Verwertung und Vermeidung Vorrang vor der Entsorgung haben soll. Rennt man mit solchen Sachen nicht offene Türen ein?

Rupert von Plottnitz: Mit der Erkenntnis alleine würde man sicherlich offene Türen einrennen. Aber das Problem besteht ja nicht darin, daß die Leute nicht wüßten, daß Verwertung und Vermeidung ein unverzichtbares Gebot im Umgang mit diesen Problemen ist. Das Problem ist, daß es niemand bisher mit der erforderlichen Stringenz durchgesetzt hat, und insofern gilt hier, wie für alle Punkte in der Koalitionsvereinbarung: die Kunst wird in der Realisierung bestehen. Da habe ich ja nun keine Zweifel, daß jemand mit der Geschichte eines Joschka Fischer entschlossenere Absichten zeigen wird als sein Amtsvorgänger.

Anderes Beispiel: Atompolitik. Ich möchte das etwas provokativ so formulieren: Das Programm ,,Ausstieg aus der Atomenergie" ist innerhalb der GRÜNEN und der Sozialdemokraten konsensfähig, aber es ist nicht durchsetzbar, weil der Bund eben die Kompetenz hat und da andere Mehrheiten vorherrschen. In Niedersachsen hat Frau Griefahn das gerade schmerzlich erfahren.

Rupert von Plottnitz: Richtig ist, daß man von Hessen aus nicht aus der Atomenergie für den Bereich der gesamten Bundesrepublik aussteigen kann. Da braucht man enstprechende Mehrheiten im Bundestag, mit denen sich das Atomgesetz dann ändern lassen könnte in der gewünschten Richtung. Richtig ist aber auch, daß der hessische Verwaltungsbereich, gemeint ist der Genehmigungs- und der Aufsichtsbereich, natürlich auf verschiedene Art und Weise gehandhabt werden kann. Man kann es entweder so machen, wie es in den vergangenen vier Jahren geschehen ist, man kann das Atomgesetz als Begünstigungsgesetz für Betreiber verstehen und anwenden als eine Art Gefälligkeitsgesetz; man kann aber auch, wenn man über den politischen Willen verfügt — und davon gehe ich aus, daß er in der Koalition vorhanden ist und bei dem amtierenden Umweltminister erst recht Sicherheitsinteressen der Bevölkerung und Beteiligungsinteressen der Bevölkerung im Verfahren ernst nehmen, und Genehmigungs- und Aufsichtsentscheidungen davon abhängig machen.

Von daher gehe ich schon davon aus, daß im Verhältnis zwischen Politik von Wiesbaden aus und Betreibern in Hanau und Biblis sich sehr Grundsätzliches ändern wird.

Ein anderer Bereich: Strukturpolitik. Ich finde, Ihr habt da eine ganze Menge guter Ideen entwickelt, beispielsweise die Einrichtung von Regionalkonferenzen. Auf der anderen Seite gibt es auch verschiedene Probleme: Wenn Ihr den Schwerpunkt auf die Regionalisierung oder Dezentralisierung der Strukturpolitik legt, gibt es dann nicht Konflikte mit den Frankfurtern und den Frankfurter GRÜNEN?

Rupert von Plottnitz: Das sehe ich eigentlich nicht so, diese Konflikte. Frankfurt gehört ja nun nach wie vor — bei allen Problemen — zum eher prosperierenden Teil des Landes — unbeschadet der Tatsache, daß es neue soziale Fragen in solchen Ballungsräumen gibt, auf die besonderes Augenmerk gelegt werden muß, aber im Verhältnis zu anderen Regionen in Hessen ist natürlich Frankfurt noch relativ wohlversehen. Deshalb halte ich den Gedanken zur Regionalisierung zugunsten von Regionen, die bisher vernachlässigt sind — die auch vernachlässigt wurden mit der These: der südhessische Ballungsraum mit Frankfurt als Zentrum, ist gleichsam das hessische Schmuckstück und deshalb darf nichts geschehen vom Lande aus, was andere Regionen aufwerten könnte — diesen Ansatz halte ich landespolitisch für völlig falsch und deswegen finde ich es richtig, wenn da für Ausgleich gesorgt wird.

Ein anderer Bereich, der sehr ausführlich — ich glaube sogar der ausführlichste in den Koalitionsvereinbarungen erfreulicherweise — ist, ist der Bereich von Bildung und Erziehung. Vorangestellt wird eine Zielvorstellung von Erziehung und insbesondere schulischer Erziehung und Bildung, die durch Begriffe wie ,,Ethik der Verantwortung", ,,Friedensfähigkeit" und dergleichen Dinge mehr auffällt, alles Sachen, die sich abheben von dem, was früher einmal in diesen Bereichen eine Rolle gespielt hat, z.B. Kritikfähigkeit u.a. Habt Ihr ein pädagogisches Integrationskonzept damit zum Regierungsprogramm erhoben?

Rupert von Plottnitz: Das vermag ich in diesem Teil der Koalitonsvereinbarungen nicht zu erkennen. Es mag ja sein, daß die Kritikfähigkeit nicht ausdrücklich oder in der von Dir vermißten Ausdrücklichkeit angesprochen ist, aber wenn es um Verantwortungsfähigkeit, Verantwortungsbewußtsein geht, das setzt ja Kritikfähigkeit voraus. Worum es geht, ist der Unterschied zwischen einem Erziehungs- und Bildungsverständnis, das die Leute auf Leistung abrichten will und insofern darauf abstellt, daß am Ende ,,ellbogenfähige" Individuen dabei herauskommen, und einem Erziehungsver-

ständnis, das darauf abzielt, daß Menschen in der Lage sind, Probleme, gesellschaftliche Probleme, zu erkennen und mit ihnen auch eigenverantwortlich umzugehen.

Ich habe die Frage gestellt, um überzuleiten zu einem anderen Problem: Paradigmenwechsel in der Politik der neuen sozialen Bewegungen von der Kritik zur Gestaltungsperspektive. Das steckt natürlich in so einem Begriff wie „Verantwortung" ganz stark drin. Ich habe dabei auch im Hinterkopf, daß der Wunsch nach Frieden eben auch ganz zentrales Motiv beim politischen Konflikt um den Golfkrieg gewesen ist. Liegt in diesem Spannungsfeld zwischen politischen Wünschen und der Rationalität des Machbaren ein Konflikt, der die GRÜNEN bald erneut in eine Zerreißprobe stürzen könnte?

Rupert von Plottnitz: Für das Beispiel des Golfkriegs sah und sehe ich keine Konflikte, weil sehr mehrheitlich Kritik derjenigen, die zu Zehntausenden in der Bundesrepublik gegen die Entscheidung für den Krieg demonstriert haben, auch in und bei den GRÜNEN geteilt worden ist. Es gab auch bei den GRÜNEN natürlich Stimmen, die die Mehrheitsmeinung kritisierten, aber ich glaube schon, daß es falsch wäre, zu sagen, „Die GRÜNEN haben im Golfkrieg ohne jedes Wenn und Aber die Positionen der USA und ihrer Alliierten unterstützt", das wäre ja absurd. Insofern sehe ich einen Konflikt für dieses Beispiel nicht.

Natürlich kann ich mir aber vorstellen, daß das, was Du die politische Rationalität oder die Anforderung einer politischen Rationalität genannt hast, und denkbare Interessen sozialer Bewegungen kollidieren, wo etwa auf regionaler oder lokaler Ebene gegenüber bestimmten Deponievorhaben, um ein Beispiel zu nennen, sich sehr manifester Widerstand im Kontext sozialer Bewegungen äußert, auf der anderen Seite aber klar ist, daß, wenn man sich nicht auf den Müllexport kaprizieren und sagen will: „Das geht, wenn es nicht mehr in der DDR möglich ist eben in die Wüste Gobi", der Müll muß dort entsorgt werden, wo er produziert worden ist. Da gibt es natürlich eine gesellschaftliche Rationalität, die wahrgenommen werden muß, die in Konflikt geraten kann zu lokalen Interessenlagen.

Und Ihr seid auch bereit, den Konflikt dann im Zweifelsfalle auszutragen?

Rupert von Plottnitz: Den Konflikt muß man dann zwangsläufig austragen, denn sonst ist man nicht sonderlich politikfähig.

Ihr habt einen ganz kleinen Abschnitt in den Koalitionsvereinbarungen über die Einrichtung einer Stiftung, die mit dem Ziel eingerichtet werden soll, Verfolgten des Naziregimes zu helfen. Wie kommt das in die Koalitionsvereinbarungen?

Rupert von Plottnitz: Das geht zurück auf Initiativen, die wir schon ergriffen haben in den vergangenen vier Jahren als Oppositionsfraktion und die im übrigen auch auf Seiten aller Fraktionen des Hessischen Landtages — wenn ich es richtig in Erinnerung habe — am Ende konsensfähig waren. Wie diese Stiftung am Ende aussehen soll, das ist eine andere Frage. Aber ich gehe davon aus, daß es eine solche Stiftung in Hessen geben soll, da gehe ich davon aus, daß das kein besonderer Streitpunkt sein wird.

Ist das auch eine Reaktion auf die skandalöse Ablehnung solcher Hilfen seitens der Bundesregierung?

Rupert von Plottnitz: Es ist sicherlich die Reaktion auf bestimmte Seiten des Historikerstreits. Es ist die Reaktion auf bestimmte Aspekte des Bitburg-Besuches und der öffentlichen Diskussion, die es dazu gegeben hat. Es ist ein Versuch, auch mit den Mitteln der Politik die Geschichte vor dem Vergessen zu bewahren.

Ihr seid in der Koalition personell verhältnismäßig unterrepräsentiert. Das hat sich auch auf die Gestaltung der Personalpolitik und die Konzeption der Ministerien, insbesondere des Ministeriums, das Iris Blaul verwaltet, ausgewirkt. Es ist schon viel öffentliche Kritik daran geäußert worden, daß es nicht genug Frauen in der Landesregierung gibt. Wie konnte das passieren?

Rupert von Plottnitz: Zunächst einmal sind wir gemessen an dem Wahlergebnis der Landtagswahl nicht unterrepräsentiert. Die Zahl der Minister/-innen und Staatssekretäre bzw. Staatssekretärinnen, die wir stellen, entspricht sehr genau dem, was wir im Wahlergebnis im Verhältnis zur SPD auch erreich haben. Das ist die einzige objektive Bemessungsgrundlage, die es bei der Erstellung von Koalitionen gibt. Was die Frauenfrage betrifft, da fühlen wir uns nun gar nicht ans Portemonnaie gefaßt, denn wir haben durchgängig unseren Anspruch nach Quotierung durchgehalten in unserem Bereich. Daß die SPD, was diese Frage angeht, noch nicht so weit ist wie die GRÜNEN, das ist eine altbekannte Geschichte, und wir können nur hoffen, daß unser Einfluß auch zu weiteren Veränderungen bei der SPD beiträgt. Aber davon auszugehen, daß die SPD überall schon — gerade was die Frauenfrage angeht — so entwickelt ist wie die GRÜNEN, das wäre sicherlich naiv.

Joschka Fischer hat — so habe ich es zumindest in einer Illustrierten gelesen — zu den Personen bei den GRÜNEN geäußert. Er hat gesagt, Du seist die einzige Persönlichkeit innerhalb der GRÜNEN, die das Format hat, ein Bundespräsident zu werden. Wirst Du irgendwann kandidieren?

Rupert von Plottnitz (lacht): Ich wüßte nicht, wann und wo Joschka Fischer das gesagt haben sollte, ob er es ernst gemeint hat, weiß ich auch nicht. Aber ich bin in Hessen zuhause und bin ein Anhänger des Föderalismus und denke allenfalls in Kinobereichen an so etwas. Also ich kann mir diese Äußerung von Joschka Fischer auch nur als Satire vorstellen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Konferenz

Die Linke neu erfinden
Zur Vergangenheit und Zukunft linker Theorie und Politik

Universität Mainz, 24./25. Mai 1991

VeranstalterInnen:
Diskurs-an-stiftung e.V. und Referat Wissenschaft und Gesellschaft des AStA der Universität Mainz

Information und Anmeldung:
Diskurs-an-stiftung, Postfach 3346, 6500 Mainz, Tel.: 06131-237945

Freitag, 24. Mai 1991, 20.00 Uhr

Podiumsdiskussion mit:
Gregor Gysi (PDS/Linke Liste), Christina Schenk (Bündnis 90), Verena Krieger (ehem. "Die Grünen"), Jens-Christian Müller (Radikale Linke)

Samstag, 25. Mai 1991

Diskussionsforen und Workshops:
Von der Kritik des sozialdemokratischen Jahrzehnts zum radikalen Reformismus?; Von der Kritik des Marxismus-Leninismus zur Diskussion um die Reformalternative?; Von der Kritik des Patriarchats zur Machtfrage?; Von der Kritik an der Naturzerstörung zur sozialen Ökologie?; Von der Kritik der Moderne zur Postmoderne?; Der Golfkrieg: ein Grabmahl für die Linksintellektuellen?; Von der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft zum Kampf um die Zivilgesellschaft?; Die Machtverhältnisse durchziehen das Körperinnere. Zur Theorie Michel Foucaults; Marxismus und Stalinismus

Eingeladen sind u.a.:
Michael Brie, Christoph Görg, Gerda Jasper, Synne Andresen, Manon Tuckfeld, Andrea Maihofer, Karl-Heinz Thieme, Andre Gunnar Frank, Alex Demirovic, Jens-Uwe Heuer, Richard Schwarz, Dietmar Wittich, Wladislaw Hedeler, Jürgen Reusch, Heinz Sünker, VertreterInnen von Prokla, spw, IMSF und vom Institut für soziale Ökologie.

PAUL CIUPKE / ANDREAS HEß / KARL-HEINZ KLEIN-RUSTEBERG / NORBERT REICHLING

Der Golfkrieg als zweites Bitburg

Rückfragen an die Hauptverwaltung „Neue Linke"

Selbstverständlich muß man für in die Öffentlichkeit entlassene Erklärungen einstehen, auch dann, wenn es sich um schnell entworfene und in manchen Punkten heute anders zu formulierende Einwendungen und nicht gerade einfühlend formulierte Kritiken handelt. Der Sturm der Entrüstung, den aber unsere Erklärung vom 22.1. zum Golfkrieg unter anderem in der *links*-Leserschaft entfesselt hat, läßt vermuten, daß es sich dabei nicht nur um von uns verschuldete Mißverständnisse gehandelt hat. Diese Mißverständnisse sind vielmehr oft gewollt und werden zum Anlaß genommen, auch persönliche Beziehungen aufzukündigen und eine neue Zulassungsordnung für Linke offenbar geltend zu machen.

Fragt sich nur, in welch feiner Gesellschaft der Rest der einstmals undogmatisch Linken starrsinnig Prinzipienerklärungen mit der Beurteilung sozialer Realitäten und politischer Werte verwechselt. Der gerade stattgefundene Ostermarsch dokumentierte diese neue Wahlverwandtschaft (zumindest im Ruhrgebiet). Solche Häme unsererseits darf aber nun auch nicht die Argumentation verdrängen. Deshalb sei, obgleich wir es müde sind vorzubringen, betont, daß unsere Stellungnahme keine schlichte Rechtfertigung des Krieges am Golf, so wie ihn die Regierung der USA und ihre Verbündeten geführt haben, sein sollte und ist. Wir haben wenige Tage nach Beginn der Luftoffensive der Alliierten auf Äußerungen und Aufrufe der Friedensbewegung und ihrer Repräsentanten mit einer — zugegebenermaßen in der Form wenig argumentativen — Kritik reagiert. Der Kern dieser Kritik hat sich für uns im Lauf der Wochen des Kriegsgeschehens nicht erledigt.

Auch, wenn wir jetzt wieder pauschalieren: Die wenn überhaupt, dann erst spät mit Israel bekundete Solidarität war kein Ergebnis politisch-historischer Situationsbeurteilung — geschweige denn spontane Empathie —, sondern in oftmals selbstgerechter Manier widerstrebend abgegebene Bekundung. Selbstgerecht deshalb, weil wieder einmal Linke und Friedensbewegte sich gar nicht vorstellen konnten, nicht im Zustand historischer Unschuld befindlich zu sein. Das blanke Entsetzen Christian Ströbeles ob des Vorwurfs des Antisemitismus war nicht gespielt, sondern echt. Aber er war auch noch im Rückzug leider typisches Beispiel für den Mainstream linken Denkens und Fühlens in der Bundesrepublik.

Dieser „ehrbare Antisemitismus", wie Jean Améry die Haltung westdeutscher Linker zur Existenz Israels kennzeichnete, war vor allen Dingen hemmungslos bereit, das Junktim Saddam Husseins zwischen dem Kuwait-Irak-Konflikt und dem Israel-Palästinenser-Konflikt zu akzeptieren. Ströbeles Maß wurde dabei von vielen Anderen noch um ein etliches übertroffen. Die so oft geäußerte Meinung, Israel sei wegen der Politik gegenüber den Palästinensern schließlich selbst schuld an seiner Lage, vermeidet nicht nur jede besondere politische Analyse der Situation im nahen und mittleren Osten. Mit dem linken Allgemeinplatz, daß alles mit allem zusammenhänge, wird unter dem vermeintlichen Mangel einer analytischen Aussage durch den Vergleich der Politik Israels mit der des Regimes im Irak ein eindeutiges Werturteil gefällt. Und nicht weniger bezeichnend ist, daß im Vorfeld der militärischen Intervention der Alliierten die Karte einer Nahost-Konferenz im diplomatischen Spiel wie in der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik gespielt wurde, bis die Israelis, mit ihrer völlig berechtigten Weigerung, das Spiel Saddam Husseins mitzumachen, schon fast den schwarzen Peter in die Hand gedrückt bekamen, nämlich am Kriegsausbruch schwere Mitschuld zu tragen. Wenn solche Verkehrungen von Ursachen und Wirkungen noch begleitet werden von einer anfänglich gänzlich ignoranten

Nicht zum erstenmal: antiisraelisches Ressentiment

Haltung gegenüber den Raketenangriffen auf die Zivilbevölkerung Israels — und das läßt sich anhand der Demonstrationsaufrufe und Stellungnahmen der Friedensbewegung in den ersten Tagen nach dem 17. Januar leicht beweisen —, dann ist es nicht nur verständlich, wenn sich die Menschen in Israel verlassen und verraten fühlen, dann ist auch der sicherlich nicht geringe Vorwurf des Antisemitismus gegenüber Teilen der Friedensbewegung nicht einfach leichtfertig erhoben. „Niemand garantiert nichts. Das ist keine paranoide Phantasie und ist mehr als die menschliche Grundverfassung der Gefahr. Die Vergangenheit, die allerjüngste, brennt", schrieb schon 1969 Jean Améry. Und so setze er fort: „Aus der Linken kann man austreten, das Sosein als Jude entläßt niemand."

Die Grenzerfahrung der ständigen Bedrohung der Existenz Israels und des jüdischen Volkes bis heute findet in der Geschichte der westdeutschen Linken keine angemessene Repräsentanz und so wundert es uns auch nicht, daß infolgedessen das Existenzrecht des Staates Israel in den öffentlichen Auseinandersetzungen um den Frieden im Nahen Osten von der Linken in der Regel nicht verteidigt, meistens sogar gar nicht erwähnt wird. Nach wie vor gibt es viele Linke in der Bundesrepublik, die meinen, daß es eine gemeinsame Verfolgungserfahrung von nichtjüdischen Linken und Juden im Nationalso-

zialismus, eine gemeinsame Analyse und Kritik am Nationalsozialismus gebe und daß deshalb auch die Linke mit einem besonderen moralischen Recht und völlig unbefangen auf die ihrer Meinung nach problematischen Punkte israelischer Politik hinweisen dürfe. Dies ist eine linke deutsche Lebens- und Geschichtslüge, die sich aber hartnäckig am Leben hält, obwohl die Ereignisse der nationalsozialistischen Verbrechen begriffen zu sein scheinen. Der Historikerstreit war offenbar doch nur ein Streit unter Historikern.

Die Differenz zwischen Linken und Juden ist die zwischen Verfolgung für eine politische Option, von der man sich distanzieren konnte, um sich zu retten, und der Vernichtung. Es ist auch die Differenz zwischen Nationalsozialismus und Faschismus. Während der Faschismus nach dem vorherrschenden Verständnis immer noch nur die konsequente Fortsetzung der dem Kapitalismus innewohnenden Macht- und Ausbeutungslogik ist, heißt Nationalsozialismus nichts anderes als rassistisch motivierter Terror und Vernichtung. Zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Nationalsozialismus gibt es deswegen auch eher einen Bruch als Kontinuitäten. Mehr noch: Wenn auch die Erfahrungen mit dem Schrecken der stalinistischen und realsozialistischen Gesellschaften herangezogen werden, was nicht die Gleichsetzung impliziert, dann zeigt sich, daß sich Vernichtung und Terror aus den fortgeschrittenen westlichen Demokratien offenbar weniger leicht generieren. Dies ist nichts als ein skeptisches Urteil.

Die USA: Vietnam, fast food und?

Von hieraus erschließen sich aber auch unterschiedliche Einschätzungen der USA: Für manche in der Linken repräsentieren sie immer noch den häßlichen Imperialisten, für andere aus der Ökologie- und Friedensbewegung eine rohstoff- und energieverschlingende Gesellschaft von fast-food-Essern, den Achtundsechzigern unter den Verächtern der USA gelingt es nicht, sich von der Vietnam-Perspektive zu befreien. Es ist natürlich nicht antiamerikanisch, die Politik der USA und die Strukturen und Verhältnisse der US-amerikanischen Gesellschaft zu kritisieren. Antiamerikanisch wird eine Kritik aber dann, wenn sie von solch eindimensionalen und flachen Vorannahmen ausgehend auf eine besondere Untersuchung und Beurteilung des Konflikts am Golf offenbar gleich verzichtet.

Den Menschen in Israel bedeutet die Politik der USA ihnen gegenüber in den beiden letzten Dekaden der einzig verläßliche Schutz. „Wird man mich zwingen, Johnson hochleben zu lassen? Ich bin dazu bereit" soll schon vor dem Sechs-Tage-Krieg 1967 Claude Lanzmann gerufen haben. Man muß sich diese Perspektive nicht vollends zu eigen machen, aber man sollte sie wenigstens zur Kenntnis nehmen.

Einige Mitglieder der westdeutschen Linken und der Friedensbewegung hingegen könnten sich aber auch noch einmal ihres amerikanischen Erbes versichern, anstatt sich in der trügerischen Sicherheit der nochmalig bewiesenen Richtigkeit linker Weltbeurteilung zu wiegen. Kaum ein westeuropäisches Land hat sich in den letzten Jahren in seiner politischen wie in seiner alltäglichen Kultur so stark der amerikanischen Kultur angenähert wie die Bundesrepublik. Die Bürgerinitiativen und die sozialen Bewegungen haben den öffentlichen Raum besetzt und die Gesellschaft in einer Weise sozial aktiviert wie es vergleichsweise nur die sozialen Bewegungen in den USA getan haben. Diese von uns so bewertete Modernität der westdeutschen Gesellschaft und ihre Affinität zu den USA kann aber offenbar von der linken Opposition in der Bundesrepublik nicht positiv bewertet werden.

Recht und Politik: „bloße Ideologie"

Die politische Diskussion um die zivile Gesellschaft wird von ihren Kritikern nur als Verrat der Prinzipien, als naive Resignation oder Enttäuschungsverarbeitung erst nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus bewertet. Souverän werden von den letzten Statthaltern der richtigen Meinung alle sozialen und politischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte übergangen: Als wäre nicht der Kern des Scheiterns des realen Sozialismus das Fehlen politischer Freiheiten, einer Öffentlichkeit, eines Rechtsstaates und kontrollierbarer politischer Institutionen gewesen. Diejenigen, die diese Probleme seit geraumer Zeit und immer noch ganz unschuldig als unbedeutende Desiderate und Mängel ihrer Theorie vor sich hertragen, beschwören weiter ein politisches Modell, das Politik vornehmlich in ökonomische Macht auflöst, aber selbst auf dieser Ebene nicht einmal Alternativen, die man den Menschen zumuten kann, formuliert.

Wenn man, was wir an dieser Stelle nur fordern, aber nicht weiter erläutern können, endlich von allen Letztbegründungen, metaphysischen und geschichtsphilosophischen Spekulationen als Grundlage linker Politik Abschied nimmt, dann bleibt keine Sicherheit, außer dieser ganz bescheidenen, daß sich Menschen über ihr gemeinsam zu gestaltendes künftiges Glück immer erneut zu verständigen und dabei die schlimmen Dinge, die ihnen und ihren Vorfahren angetan wurden, immer wieder zu erinnern haben. Rechtsstaat und Völkerrrecht sind vor diesem Hintergrund keine Lappalien, sondern tragende Stützen eines zerbrechlichen Korsetts für Interessenaustragung und Meinungsfindung. Für das Recht ist es allerdings unerheblich, wer gültige Rechtsstandpunkte reklamiert: Auch wenn die USA in der Vergangenheit das Völkerrecht gebrochen oder nicht anerkannt haben, beweisen diese Umstände doch noch überhaupt nichts für oder gegen die Richtigkeit der von US-Truppen durchgeführten Kriegshandlungen gegen den Irak.

Eine andere Ebene der kritischen Auseinandersetzung ist die Frage, ob der Einsatz militärischer Mittel, ob der Krieg also zu diesem Zeitpunkt des Konflikts zu rechtfertigen ist, angesichts der Verhältnismäßigkeit der Mittel und den auf allen Seiten zu fürchtenden Opfern. So manchen Kritikern des Krieges gegen den Irak stellte sich aber das Problem der Sicherung des Völkerrechts überhaupt nicht, diese Frage war auf einer anderen Ebene bereits vorentschieden: Ihre politische Urteilskraft erschöpfte sich eben in der Feststellung, daß die USA moralisch diskreditiert seien, deshalb dem Völkerrecht keine Geltung verschaffen könnten und ohnehin nur ökonomische Eigeninteressen und hegemoniale Machtansprüche — was sie ge-

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

Druck von unten

„Als kritischer Gewerkschafter vermisse ich vor allem ein Gesamtkonzept, auf dessen Grundlage der DGB und die Einzelgewerkschaften gemeinsam und in gegenseitiger Abstimmung ihre Aktionen durchführen. Um nicht mißverstanden zu werden: Ich plädiere nicht dafür, daß die Vorstände uns fertige Programme liefern, ich erwarte aber, daß die Bedürfnisse und Erfahrungen der Betroffenen in eine Diskussion über mögliche betriebliche Eigentumsformen einfließen, daß ein Meinungsbildungsprozeß um die beste Strukturpolitik geführt und gemeinsam mit allen Mitgliedern ein Forderungskatalog an die Unternehmerseite erarbeitet wird. Ich bin dagegen, daß gewerkschaftliche Verhandlungen mit der Bundesregierung und den Unternehmern hinter verschlossenen Türen ablaufen und über deren Ergebnisse Stillschweigen gewahrt wird!“

**Renate Hürtgen,
Initiative Kritische
Gewerkschaftsarbeit auf der
Berliner Montagsdemo am 8.4.91;**
im *express* dokumentiert

Außerdem
in der **Mai-Ausgabe** des *express*:

100 Jahre IG Metall ● Eine ganz normale Lohnrunde — Der Tarifabschluß der ÖTV ● Gewerkschaftliche Aufbauarbeit in der ehemaligen DDR ● Unternehmenskultur: Dokumentation des Frauenforums ● Co-Management als Schicksal? ● Japan in England — der Fall Nissan ● Buchbesprechungen ● Betriebs- und Gewerkschaftsspiegel ● u.v.m.

**Einzelheft DM 5,—
Abonnement DM 54,—
(incl. Porto)**

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express“ zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06**

wiß auch tun — vertreten. Solange sich so viele in der Friedensbewegung und der westdeutschen Linken einem (völker)rechtlichen Diskurs verweigern, einen solchen sogar diffamieren, setzen sie sich mehrerlei Verdächten aus: Zunächst dem, Frieden in jedem Fall über Freiheit und Recht zu stellen. Dann dem, Menschen- und Völkerrechtsverletzungen mit unterschiedlichem Maß zu bewerten. Schließlich dem, Saddam Hussein und das irakische Regime zu verharmlosen.

▶ Verquere Trauerarbeit ◀

Der Streit um den Krieg am Golf von Persien ist aber auch eine Auseinandersetzung um die legitimen Perspektiven der Erinnerung an den letzten Weltkrieg: War es ein Vernichtungskrieg, den das nationalsozialistische Deutschland entfesselt und geführt hat, oder war es ein Krieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung?

Die jeweilige Erinnerung an diesen Krieg prägte die Wahrnehmungen des nun stattfindenden Krieges am Golf. Auf angelsächsischer Seite wurde selbstverständlich an das Münchner Abkommen und an die damalige Appeasementpolitik gedacht. Wer z.B. mit einem polnischen Gesprächspartner die Sicht auf den Konflikt austauschte, konnte leicht bemerken, daß hier eine Parallele zwischen der polnischen Situation 1939 - 1945 und Kuwait gesehen wurde: Ein kleineres Land und Volk wird von seinem aggressiven Nachbarn überfallen, brutal unterdrückt und muß mit Hilfe anderer Staaten wieder befreit werden. Ob der Vergleich Saddam Husseins mit Hitler richtig war oder nicht, politische Konfliktsituationen der Gegenwart werden mit dem Rückgriff auf die Erinnerung und die Erfahrungen der Vergangenheit gedeutet und dabei geht es auch um die Legitimität der jeweiligen Perspektiven und Erinnerungen. Unser schrecklicher Verdacht ist, daß in Gestalt der Kritik am „alliierten Bombenterror“ gegen den Irak eigentlich eine Kritik am Luftkrieg der Alliierten des zweiten Weltkrieges geäußert und letztlich die Legitimität des Krieges gegen Nazideutschland auf indirekte Weise bestritten wurde. Und es waren wohl nicht nur die noch lebenden Zeugen dieser Zeit, sondern auch die Kinder und Enkel, die eine solche rein deutsche Erinnerungsperspektive entfalteten. Anders kann die Präsenz des Golfkriegs in den Alltagsgesprächen und Alltagshandlungen in den ersten Tagen der Bombardierung des Iraks kaum gedeutet werden. Emotional weniger eingebundene Beobachter fragten sich ernsthaft angesichts dieser Reaktionen, ob der Krieg in Wirklichkeit in der Bundesrepublik und nicht am Golf von Persien, im Zweistromland und in Israel stattfinde. Für manche Sprecher bei Friedensaktionen schien die nicht nur ideelle Endzeit angebrochen.

Viele ernsthafte schwierige Fragen werden noch dazu aufzuwerfen sein. Dabei wird sich die Linke auch fragen müssen, ob sie selber in der Vergangenheit bei der Bewertung des Nationalsozialismus kein Mitleid mit den Bombentoten der deutschen Zivilbevölkerung und gefallenen Soldaten der Naziarmee zuließ. Eine politische Bewertung des zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus darf aber — so schlimm das auch klingen mag — nicht alle Opfer gleich machen und die Unterschiede der Legitimität damaliger kriegerischer Handlungen nicht einebenen, selbst wenn ein solcher Diskurs heute — angesichts noch gesteigerter Vernichtungskapazitäten — ungeheuerlich klingen mag. Versagen politischer Reflexion liegt also unseres Erachtens da vor, wo nicht einmal unterschiedliche Perspektiven historischer Erinnerung und ihre Berechtigung in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen berücksichtigt wurden. Die Friedensbewegung ist deutscher, als sie es sich bisher eingestanden hat, dadurch, daß sie mehr oder weniger unbewußt nur eine nationale Perspektive der Erinnerung für gültig erklärte.

▶ Denunziation oder Diskussion? ◀

Ganz merkwürdig und deplaziert muten uns aber im Kontext der Golfkriegsdiskussion folgende Charakterisierungen derjenigen Personen an, die weder auf die Erörterung der völkerrechtlichen Dimension noch auf die Kritik am Antiamerikanismus und heimlichen oder offenen Antisemitismus verzichten wollen: Klaus Vack warnt vor den Verwirrungen durch „überintellektualisierte Rationalisierungen“, Arno Klönne und Klaus Vack charakterisieren die Verfasser der von ihnen kritisierten Artikel nicht ohne verleumderischen Beiklang als „eloquent“, das klingt mindestens so wie sophistisch. Für Ludi Ludovico und Joachim Hirsch sind es gar „Metropolenlinke“ im Gegensatz zu den emanzipatorisch-universellen — in ihrem Sinne also wahren — Linken, zu denen sie sich selbstverständlich zählen. Hier sind die Konnotationen zum Yuppietum nicht zu überhören und solche Markierung der Gegenposition ist schon nicht mehr ganz so weit entfernt von Ingrid Strobls Entlarvung der „metropolitanen Intelligenz“ als „metropolitane Herrenmenschen“: „Der deutschen Intelligenzia, die in diesem Krieg die amerikanischen Bomberpiloten anfeuerte, geht es nicht wirklich um das Existenrecht Israels oder die Bedrohung der israelischen Bevölkerung. Es geht ihnen um die Legitimierung der eigenen Konsensbedürfnisse, ihrer metropolitanen Privilegien und Bedürfnisse.“

Dagegen kann man sicherlich nicht mehr argumentieren. Aber auch für Klönne, Vack, Ludovico und Hirsch sind nicht nur die Grenzen ihres linken Pluralismusverständnisses erreicht, sie müssen uns als Abweichler, wenn sie es denn nicht real können, wenigstens symbolisch aus der „Partei“ der Linken und Friedensfreunde ausschließen. Einem alten Reflex folgend: Amtsanmaßung? ■

HANS FÜCHTNER

Irrtümer? Schön wär's!

Auch der Krieg in den Köpfen hat erhebliche Schäden angerichtet, eine intellektuelle Kraterlandschaft hinterlassen, menschliche Beziehungen und politische Bildung zerstört, geistige Totalausfälle verursacht. Die Aufräumarbeiten sind dementsprechend schwierig und deprimierend. Wieder einmal hat sich die psychoanalytische Erfahrung bestätigt, die Freud auf den ersten Weltkrieg bezogen formulierte, nämlich, ,,daß sich die scharfsinnigsten Menschen plötzlich einsichtslos wie Schwachsinnige benehmen, sobald die verlangte Einsicht einem Gefühlswiderstand bei ihnen begegnet, aber auch alles Verständnis wieder erlangen, wenn dieser Widerstand überwunden ist". Die Auswirkungen dieses Mechanismus in den Auseinandersetzungen im einzelnen nachzuprüfen, wird seine Zeit dauern.

Von Freuds Feststellung her besteht die Hoffnung, daß ein paar Schäden repariert werden können. Die unabhängig vom Intelligenzgrad aufgetretenen unfreiwilligen Denkhemmungen sind allerdings nicht das schlimmste, was in der öffentlichen Diskussion zu beobachten war. Intellektuelle von Rang und Namen haben es zu ihrer Sache gemacht, auf ihre Art, mit ihren Waffen, mit Hilfe der Massenmedien die Bevölkerung in ein satansgläubiges geistiges Mittelalter zurückzubomben. Es wurden Gefühle angesprochen und psychologische Interpretationen des Konflikts als Waffen gegen gesellschaftskritisch angeleitetes politisches Denken eingesetzt.

Jetzt, nachdem keine militärischen Kampfhandlungen mehr stattfinden, kann man wieder zu Verstand kommen. Jetzt sagt Augstein, nachdem Enzensbergers Thesen mit Hilfe seines Blattes ihre Wirkung getan haben, Saddam Hussein sei doch kein Hitler. Merkwürdig, wo doch beide Kinder gestreichelt haben und beide halbwahnsinnige Kriegstreiber waren. Die Gleichung war doch attraktiv und so leicht mit Bildern zu illustrieren. Im Nachhinein wurde auf diese Weise die faschistische deutsche Vergangenheit wieder auf Hitlerismus reduziert. Alle gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse über den Faschismus als europäisches Phänomen, über den siegreichen Faschismus in den Länden mit großen rückständigen Agrargebieten, über Ungleichzeitigkeiten, über den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus usw. wurden aus der Betrachtung ausgeblendet. Aber nicht nur die. Auch die zahlreichen psychoanalytischen Untersuchungen über die Person Hitlers und ihre sozialpsychologische Bedeutung von Erikson, Fromm, Mendel, Mitscherlich, Reich, Stierlin und anderen mußten unberücksichtigt bleiben. Solche wissenschaftlichen Analysen hätten die Gleichsetzung der beiden Diktatoren nicht nur nicht gestützt, sondern entwertet.

Was von Enzensberger und anderen an psychologischen ,,Erkenntnissen" über perverse politische Führungspersönlichkeiten und ihre todessehnsüchtigen Massengefolgschaften angeboten wurde, war nichts anderes als Vulgärpsychologie. Die rechnet bei jedem mit dem inneren Schweinehunde und mit Halbbildung. Verstehen wir von Psychologie nicht alle etwas, weil wir da von uns selbst ausgehen können? Logisch. Und vom Todestrieb hat ja auch schon jeder etwas gehört. Na also. Was spielt es da schon

Foto: Thomas Kunz

für eine Rolle, daß Freud erklärtermaßen Pazifist war und keineswegs resignierend mehrfach Überlegungen angestellt hat, wie man menschliches Zusammenleben so organisieren könnte, daß Kriege verhindert werden.

Auch zur Verteufelung Saddam Husseins könnte man sich von Freud belehren lassen: ,,Narren, Phantasten, Wahnbesessene, schwere Neurotiker und Geisteskranke im psychiatrischen Sinne haben in der Geschichte der Menschheit zu allen Zeiten große Rollen gespielt und nicht nur dann, wenn der Zufall der Geburt ihnen die Machtvollkommenheit geschenkt hatte. Sie haben zumeist Unheil gestiftet, aber nicht immer". Freud hätte es aber für unangebracht gehalten, solche Figuren als Psychopaten zu klassifizieren oder gar zu verteufeln, ,,denn der Glaube an einen starren Rahmen der Normalität und an einer scharfe Abgrenzung des Normalen gegen das Krankhafte im Seelenleben ist in unserer Wissenschaft längst aufgegeben worden". ,,Wir haben (...) einsehen müssen, daß für die Beurteilung seelischer Vorgänge die Kategorien normalpathologisch ebenso unzureichend ist wie die früher alleinherrschende gut-böse". ,,Trotz der Unstimmigkeiten der Begriffe und der Unsicherheit über die Grundlagen des Urteils können wir im praktischen Leben auf die Unterscheidung von normal und krankhaft nicht verzichten, brauchen uns aber nicht zu verwundern, wenn dieses nicht mit anderen wichtigen Gegensätzlichkeiten zusammenfällt". Für Freud ist der Mensch jedenfalls ,,selten im ganzen gut oder böse, meist gut in dieser Reaktion, böse in einer anderen oder gut unter solchen äußeren Bedingungen, unter anderen entschieden böse". Somit gibt es ,,in Wirklichkeit keine Ausrottung des Bösen".

Auch zum Problem der Zensur, welche ,,die Stimmung der intellektuell so Unterdrückten wehrlos macht gegen jede ungünstige Situation und jedes wüste Gerücht", könnte man bei Freud wesentliche Einsichten finden, die das Verständnis dafür befördern welchen Zwecken Zensur dient. Vermutlich werden wir nie die volle Wahrheit über das Ausmaß der Kriegsfolgen erfahren. Daran ist keiner der kriegsführenden Staaten interessiert. Warum wohl? Die USA, so heißt es in den Medien, haben sich im Golfkrieg psychisch gesundgestoßen, ihr Vietnam-Trauma überwunden. Patriotische Jubelfeiern in New York, London und Paris sind angesagt. Man wird uns ausführlich darüber informieren. Warum wohl? Zur Beantwortung solcher Fragen reicht tatsächlich das alltagspsychologische Wissen, über das jeder verfügt. Der Krieg soll gar nicht als schreckliches Scheitern internationaler Politik verstanden werden, sondern als patriotisch-militärische Großtat. Dann fragt auch niemand mehr nach seinen Ursachen.

In der Politik stellt sich die Frage nach der Verantwortung immer weniger. In der Gesellschaft des medienvermittelten Spektakels kommt es nicht auf Tatsachen an, sondern darauf, was überzeugend wirkt und was nicht. Vulgärpsychologie spielt dabei eine wichtige Rolle. Hinterher können die Akteure immer behaupten, sie hätten sich geirrt. Irren ist menschlich und Irrtum ist in. Wenn man nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann, kann man sich sogar zu gigantischen Irrtümern bekennen. Das ist sogar zweckmäßig als Antidot gegen Betrugsverdacht. Vielleicht sollte man vor dem Kanzleramt, wo diesbezüglich neue Maßstäbe gesetzt worden sind, dem unbekannten Schwaben ein Denkmal setzen, dessen Devise lautete: ,,Was geht mich mei saudummes Gschwätz von gestern an". Alljährlich könnte man eine kleine Nachbildung des Denkmals — vielleicht in schamrot, die Farbe ist ja nur noch selten zu sehen — als Preis für herausragende Irrtümer der politischen Publizistik verleihen. Ach wenn es doch wenigstens Irrtümer gewesen wären! ■

Diskreditierungsversuche auf erweiterter Stufenleiter

Daß der Friedensbewegung auf vielfältige Weise versucht wurde ,,das Wasser abzugraben", ist nicht nur bekannt sondern hatte leider auch Erfolg. An der Karl-Marx-Universität in Trier kam es jedoch zu gezielten Einschüchterungs- und Kriminalisierungsversuchen von Staats wegen. In einer Vollversammlung der Studentenschaft am 24. Januar 1991 wurde eine Resolution verabschiedet, in der unter anderem Soldaten der Bundeswehr dazu aufgerufen wurden, ,,im Falle eines Kriegseintrittes der BRD zu desertieren".

Dies rief die Trierer Staatsanwaltschaft auf den Plan, die Ermittlungen gegen Unbekannt wegen Verstoßes gegen den § 111 StGB (öffentlicher Aufruf zu einer Straftat) einleitete. Es kam im Laufe der Ermittlungen zu Verhören der Leiter der Vollversammlung durch die Kriminalpolizei bzw. durch die Staatsanwaltschaft. Es scheint der Staatsanwaltschaft Trier daran gelegen zu sein, entgegen der Erwartung einer schnellen Einstellung des Verfahrens, die ,,Drahtzieher" der Resolution zu ermitteln, soll heißen: das Verfahren unbeirrt weiterzuführen. Die Ermittlungen und Bespitzelungen haben das politische Klima an der Uni erheblich beeinträchtigt.

Der geschilderte Sachverhalt stellt einen Versuch von ,,polizei-staatlicher" Einflußnahme auf eine kritische, politische Auseinandersetzung mit dem Golfkrieg und dessen indirekten und möglichen Auswirkungen dar, ähnlich wie bei einer von verschiedenen Gruppen in Frankfurt organisierten Demonstration am 23. Januar, bei der es zu 115 (von der Polizei provozierten) Festnahmen kam, handelt es sich hier um einen Vorfall, der die Bereitschaft zu einem härteren Vorgehen gegen solche Formen von Opposition signalisierte.

Protestbriefe und Solidaritätsadressen an die Staatsanwaltschaft Trier (Dietrichstr. 13, 5500 Trier) und den AStA der Karl-Marx-Uni Trier (Postfach 3825 in 5500 Trier).

THOMAS KUNZ

Über vierhundert Kurzrezensionen verschaffen einen kritischen Überblick über die Vielzahl der Neuerscheinungen zu Lateinamerika 1990/91. Ein AutorInnenregister und eine übersichtliche Gliederung (nach Ländern und Sachthemen) erleichtern das Nachschlagen. Besprochen werden:

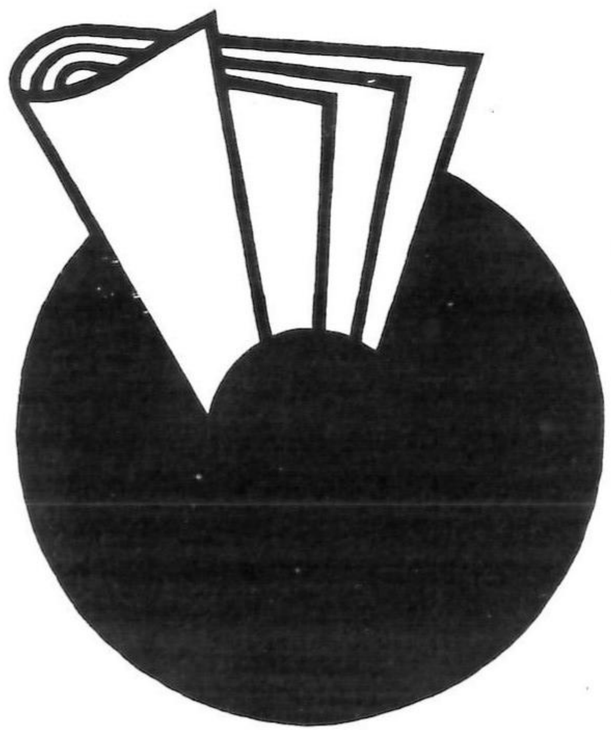
- Sachbücher zu Lateinamerika
- Lateinamerikanische Belletristik in deutschen Übersetzungen
- und eine Auswahl von Büchern, die sich mit dem Nord–Süd–Verhältnis beschäftigen.

144 Seiten für nur DM 2.– (+ 2.– Versandkosten; ab 10 Expl. Versandkosten frei.) Vorkasse in Briefmarken oder Verrechnungsscheck!

Bestellungen an: Der andere Buchladen, Zülpicher Straße 197, 5000 Köln 41 **oder:** Informationsstelle Lateinamerika (ila), Heerstraße 205, 5300 Bonn 1.

Bücher zu Lateinamerika 1990/91 (3)

Hrsg.: Der andere Buchladen, Köln, und Informationsstelle Lateinamerika (ila), Bonn.



Der unvorstellbare Zynismus des Westens

In der zweiten April-Ausgabe (11. - 17.4.1991) veröffentlichte die linksliberale französische Wochenzeitung *Nouvel Observateur* ein Interview mit Kendal Nezam, dem Vorsitzenden des Kurdischen Instituts in Paris, aus dem wir nachfolgend die wichtigsten Passagen dokumentieren. Die Übersetzung besorgte Bob Detobel.

Zwei Millionen Kurden flüchten aus dem Irak in die Türkei und den Iran. Wie erklären Sie einen solchen Exodus?

Während der letzten Jahre hat die Bagdader Führung systematisch alle kurdischen Dörfer geschleift. Die Bevölkerung ist entweder in den Großstädten oder in den Internierungslagern an deren Peripherie neu gruppiert worden. Wenn ein Geschoß auf ein Ballungsgebiet niedergeht, gibt es mehr Opfer. Am 27. März haben die Regierungstruppen unter Einsatz von Hubschraubern und Artilleriegeschützen großer Reichweite ihre Gegenoffensive begonnen. Als der Zivilbevölkerung klar geworden ist, daß die Amerikaner die Regierungstruppen gewähren lassen, haben sich die Leute auf den Weg in die Nachbarländer gemacht.

War denn die irakische Offensive nicht voraussehbar?

Ich persönlich habe zwar eine solche Offensive, nicht aber den unglaublichen Zynismus erwartet, mit dem die Westmächte diesem Vorgehen zugeschaut haben. Die Peschmergas rechneten nicht mit Hilfe der Alliierten, aber sie rechneten wohl damit, daß der Irak daran gehindert werden würde, seine schweren Waffen einzusetzen.

Warum haben sich die Peschmergas ohne vorherige Absicherung der alliierten Unterstützung in den Kampf gestürzt?

Nach Beendigung des Krieges um Kuwait hat die Einheitsfront Kurdistans große Vorsicht an den Tag gelegt. Erst am 11. März hat sie zur Erhebung aufgerufen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich bereits mehr als die Hälfte der kurdischen Städte der Kontrolle der Regierungsgewalt entzogen. Die Erhebung war spontan. Alles hat in Ranya begonnen. Angespornt durch das Beispiel der Schiiten im Süden, haben sich die Bewohner dieser Stadt der militärischen Kontrollstellen bemächtigt. Sie sind dabei kaum auf Widerstand gestoßen. Die Nachricht hat sich wie ein Lauffeuer in den Lagern verbreitet und Aufstände in anderen Städten ausgelöst. Während der Kämpfe haben sich vier Divisionen der Kurden ergeben. Den 7 000 bis 8 000 Peschmergas haben sich etwa 35 000 waffentragende Leute angeschlossen.

Am 23. März erklärten die Amerikaner ihre Absicht, nicht länger irakische Hubschrauber abzuschießen.

Wie erklären Sie diese Reaktion der amerikanischen Regierung?

Einige Verbündete der Amerikaner verfolgten die kurdischen und schiitischen Aufstände mit Argwohn. Zum einen hatte die Türkei den USA während der Operation Wüstensturm freie Hand gelassen, vorausgesetzt, das Kurdenproblem werde nicht auf den Tisch gebracht. Am 27. Februar veranstaltete das Kurdische Institut im US-Senat eine Konferenz. Bei früheren Gelegenheiten hatte ich immer problemlos Zugang zum Unterstaatssekretär für Menschenrechtsfragen. Diesmal vermied die Regierung jeden Kontakt mit uns, um die Türkei nicht zu beunruhigen. Zum anderen hat es noch vor der Bodenoffensive in Kuwait zwischen den westlichen Alliierten und den Petromonarchien ein Feilschen über den Fortbestand des Saddam-Regimes gegeben. Einer sehr zuverlässigen Quelle zufolge haben sich die Saudis für die Rettung gewisser Teile der Republikanergarde stark gemacht. König Fahd fürchtet ein demokratisches System im Irak mehr als die Scud-Raketen! Außerdem ist das derzeitige Regime in Bagdad in sunnitischen Händen. Schiiten an der Macht ist überhaupt nicht nach dem Geschmack der Erdölkönige. Am 8. März hat in Genf ein Geheimtreffen zwischen Barzan al-Tikriti, Beauftragter und Halbbruder Saddams, und einigen hochrangigen saudischen Militärs stattgefunden. Was da vereinbart worden ist, darüber weiß ich gar nichts. Ich weiß nur, was ich jetzt sehe: Saddam konnte seine Bomber und Hubschrauber wieder gegen die eigene Bevölkerung einsetzen.

Was halten Sie von der französischen Initiative einer ,,humanitären Einmischung''?

Diese Kategorie der ,,humanitären Einmischung'' ist kein Allheilmittel, aber sie stellt einen interessanten Vorstoß innerhalb der Rechtssphäre dar. Es sind weitere Maßnahmen notwendig, um dieses aus der Tragödie heraus geschöpfte Recht zu ergänzen. Fürs erste bedeutet die französische Initiative eine Hilfsboje für den moralischen Kredit der UNO. Sie gibt dem Westen, zumal den Amerikanern, auch die Möglichkeit, ihr Gewissen und ihre öffentliche Meinung zu beruhigen. Das grundlegende Problem ist damit freilich nicht gelöst: die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat, die Anerkennung ihrer politischen Rechte. Wenn die internationale Gemeinschaft auf halbem Wege innehalten sollte, wird die ,,humanitäre Einmischung'' nurmehr ein Kundendienst zu allen vorab geduldeten Massakern sein.

Wie ist der Irak zu retten?

Für eine Neuordnung des Irak scheint eine politische Organisation nach Schweizer Vorbild auf der Hand zu liegen — wie im Libanon.

Gegen diesen in der westlichen Presse kolportierten Vergleich mit dem Libanon verwahrt sich in der Financial Times vom 22. April der im Exil lebende Iraker Samir al-Chalil (ein Pseudonym), dessen Buch ,,Republik der Angst'' wohl die beste Analyse des Terrorregimes der Baath-Partei im Irak bietet. Die Analogie, die sich seines Erachtens aufdrängt, ist das Kambodscha während und nach Pol Pot:

,,Der ganze Irak außerhalb der von den Alliierten abgesperrten Gebiete ist von der regierenden Baath-Partei in ein riesiges Todesfeld verwandelt worden. Hauptziel dieses Gemetzels ist es, jede Hoffnung auf eine Alternative zum jetzigen System auszulöschen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß das Regime mehr Leute ermorden, als je vorher gegen sie zu den Waffen griffen. Die immensen Kriegszerstörungen und die erdrückenden Waffenstillstandsbedingungen kann das Baath-Regime nur durch einen Massenmord am eigenen Volk überleben, wie ihn ähnlich die Roten Khmer verübten.

Es hat eine Erhebung gegeben — gewiß. Und diese Erhebung ist von den Resten der Repressionsmaschinerie niedergeschlagen worden. Wenn auch aus Erhebung Bürgerkrieg werden kann, so kann derzeit im Irak nicht von Bürgerkrieg die Rede sein. Die Empörung der Iraker findet deshalb statt, weil sie die Schuld für die über sie hereingebrochene Katastrophe der eigenen Regierung geben. Gegen diese Regierung haben sie sich als *Iraker* erhoben, nicht als Kurden oder Schiiten. Auch werden sie nicht von einer sunnitischen Minderheit unterdrückt, sondern von Leuten, die aus allen Gruppen und Sekten rekrutiert worden und durch die Jahre hindurch mit der Baath in Blutschuld verwachsen sind. Aber es sind nicht die Gegensätze zwischen Kurden, Sunniten und Schiiten, die die Ereignisse bestimmen. So erhoben sich zum Beispiel zwar bestimmte Gruppen des mehrheitlich sunnitischen Bagdad *nicht,* aber dagegen *sehr wohl* die Bewohner der südlicher gelegenen sunnitischen Stadt Zubayr. Der Aufstand im Irak folgt nicht den Linien des Hasses zwischen Sekten und Ethnien.

Ähnlich wurde im Süden der Aufstand durch ein — immer noch andauerndes — Gemetzel und das Schüren sunnitischen und schiitischen Sektierertums unterdrückt. Die Republikanische Garde griff zunächst zivile Ziele an. Wohnviertel wurden von den einrückenden Panzern oder aus der Ferne mit schwerer Artillerie beschossen. Auf den Panzern stand der Schlachtruf zu lesen: ‚Nach heute keine Schiiten mehr'. Haus für Haus wurden die Bewohner gehetzt und abgeschlachtet. In Kerbala, der heiligen Stadt der Schiiten, sind ganze Familien erstochen aufgefunden worden. Frauen und Kinder wurden als menschliche Schutzschilder an die Panzertürme gefesselt. Körper wurden gehäutet, verstümmelt, auf den Straßen gestapelt. Jedem Mitglied der Republikanischen Garde wurde ein Kopfjägergeld von 200 Dinnar für jeden toten Schiiten versprochen und befohlen, jede männliche Person über 15 Jahre zu erschießen.

Es sind derartige Befehle und die zweiundzwanzigjährige Erfahrung der Gewalt, deren die Baath fähig ist, die die Menschen zu diesem Exodus biblischen Ausmaßes getrieben haben. Die Außenwelt, die unwillig mit den Ereignissen im Irak fertig zu werden versucht, sollte sich dieser einfachen Wahrheit bewußt werden: Es gibt keinen Weg, zugleich die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irak und den Massenmord an seiner Bevölkerung zu vermeiden.''

B.T.

Dringender Hilfsaufruf

Humanitäre und medizinische Hilfe für Kurdistan/Irak

Die unterzeichnenden kurdischen und deutschen Hilfs- und Menschenrechtorganisationen richten heute einen dringenden Aufruf an die Bundesregierung, die Vereinten Nationen und an die Europäische Gemeinschaft sowie an die internationale Öffentlichkeit, um unverzüglich alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, einen weiteren Völkermord an der kurdischen Bevölkerung und den Anhängern der demokratischen Opposition im Irak zu verhindern.
Unser Aufruf erfolgt in der Stunde der akuten Bedrohung der ganzen kurdischen Bevölkerung durch Saddam Hussein, dessen hochtechnisierte Armee dabei ist, Städte, Dörfer und Siedlungen zu vernichten.Mindestens 10000 Menschen sind dem Wüten dieser Soldateska schon zum Opfer gefallen, mindestens 50000 Menschen sind verletzt und bis zu 1 Mio. Menschen befindet sich erneut auf der panischen Flucht.

DEMOKRATISCHE REGIERUNGEN UND DIE INTERNATIONALE ÖFFENTLICHKEIT DÜRFEN NICHT ZULASSEN, DASS ERNEUTER VÖLKERMORD IN KURDISTAN STATTFINDET !

Ein erster wichtiger Schritt zur Verhinderung weiterer Massaker wäre die Durchsetzung der strikten Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens, daß der irakischen Despotie den Einsatz von Hubschraubern und Kampfflugzeugen nur für zivile Aufgaben erlaubt, nicht aber für kriegerische Zwecke im Zusammenhang mit der nun stattfindenden flächendekkenden Vernichtung ganzer im Aufstand befindlicher Bevölkerungsteile.
Die unterzeichnenden Organisationen fordern zudem Parteien des Deutschen Bundestages auf, sich für eine sofortige Sondersitzung des Parlaments auszusprechen, die sich mit dem Schutz und der humanitären Versorgung der schon wieder bedrohten kurdischen Bevölkerung beschäftigt.
Schließlich bitten wir die Bundes-und Länderregierungen, Parteien, Verbände und die Öffentlichkeit darum, dringend benötigte medizinische und humanitäre Überlebenshilfe für die Zivilbevölkerung und die flüchtenden Menschen zur Verfügung zu stellen, die vor den Truppen des Regimes in die Berge des Nordiraks fliehen.
Wir bitten um sofortige Spenden für die Soforthilfe unter dem Stichwort "Kurdistan" auf die Konten von :

MEDICO INTERNATIONAL
Postgiro Köln 6999-508 oder
Frankfurter Sparkasse Nr.1800
(BLZ 500 501 02)

IPPNW
Konto : 502 64 639
Stadtsparkasse Gaggenau
(BLZ 665 512 90)

(Alle Spender und Spenderinnen erhalten automatisch eine steuerlich voll abzugsfähige Spendenquittung und einen schriftlichen Bericht über die Verwendung der Gelder in Kurdistan/Irak)

MEDICO INTERNATIONAL FRANKFURT **KURDISH RELIEF ASSOCIATION** KURDISTAN/IRAK **KOMKAR** KÖLN **IPPNW** HEIDESHEIM **INITIATIVE MENSCHENRECHTE IN KURDISTAN** BREMEN

obiger Aufruf kann auch in größeren Mengen kostenlos bei medico bezogen werden

medico international
Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/499041

ö | links 5/91

MARLENE SCHNIEPER

Spielball der Mächte

Das Kurdenproblem ist jetzt als eine Folgeerscheinung des Golfkrieges in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Not, Elend und Verfolgung des kurdischen Volkes führten zu humanitären Hilfsaktionen der westlichen Welt. Allein es fehlt das Nachdenken über eine politische Lösung, für das weltweit größte Volk, das immer noch kein eigenes Land hat. Marlène Schnieper zeichnet in einem Vortrag, den sie an der Universität Zürich hielt, und der in der Schweizer Friedenszeitung zuerst publiziert wurde, die Geschichte des kurdischen Volkes nach.

Nationalstaaten, wie wir sie heute kennen, entstanden im Westen im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts. Sie waren in aller Regel historisch gewachsene Gemeinschaften, verwaltet von einem Zentrum aus, politisch zusammengehalten von einer Staatsarchitektur, einer nationalen Verfassung, und wirtschaftlich gruppiert um einen nationalen Markt.

Das skizzierte Nationalstaatenmodell ist im 19. und 20. Jahrhundert — nach dem Zerfall der Imperien — auf die riesigen Vielvölkerteppiche im afroasiatischen Raum übertragen worden. Zahlreiche ethnische, sprachliche und ethnisch-religiöse Minderheiten fielen dabei durch das neue Raster. Diese Minderheiten wurden in der Folge auf mannigfache Art unterdrückt. Der französische Dritte-Welt-Spezialist Gérard Chaliand, der in Band 1 von „Kurdistan und die Kurden" (Reihe pogrom, Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen, 1988) auf diese Zusammenhänge eingeht, unterscheidet fünf Unterdrückungsmechanismen:

Diskriminierung: Jemand wird abgelehnt oder hintangestellt allein wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe.

Kulturelle Unterdrückung: Einer Nationalität wird das Recht verweigert, die eigene Sprache in Schulen, Medien und öffentlichen Ämtern zu benutzen, diese Sprache und die eigene Kultur überhaupt zu pflegen.

Wirtschaftliche Unterdrückung: Die Minderheit kann die Ressourcen auf ihrem Gebiet nicht zum Wohl ihrer eigenen Gemeinschaft nutzen. Sie hat keine Möglichkeit — weder nach geschriebenen noch nach ungeschriebenen Regeln —, bei der Verteilung des volkswirtschaftlichen Kuchens ihre Interessen anzumelden, geschweige denn sie wahrzunehmen.

Physische Unterdrückung: Darunter fällt jede Art von Gewalt (körperliche, seelische und strukturelle) gegen einzelne Mitglieder einer Gruppe, aber auch Zwangsassimilierung und Zwangsumsiedlung ganzer Bevölkerungsteile.

Völkermord: Gemeint ist der systematische Versuch (und alle dahinzielenden Maßnahmen), eine Gesellschaft auszurotten.

Den Kurdinnen und Kurden ist all dies in den letzten Jahrzehnten wiederholt und oft gleichzeitig angetan worden. Sie sind heute das größte Volk weltweit, das noch immer für seine nationale Existenz fechten muß. Nach seinen eigenen Schätzungen zählt das kurdische Volk mittlerweile zwischen 25 und 30 Millionen Menschen. Es lebt aufgeteilt auf die fünf Nationalstaaten Türkei, Iran, Irak, Syrien und UdSSR und verstreut in der Diaspora in aller Welt. In der Türkei allein gibt es heute rund 13 Millionen Kurden, im

Iran 7 Millionen, im Irak 4 Millionen, in Syrien vielleicht 1 Million und in der Sowjetunion einige Hunderttausend.

Die KurdInnen sind nicht Araber, nicht semitischen Ursprungs. Sie gehören — wie ein Perser — zur Familie der indogermanischen Völker und bewohnen wie diese seit Jahrtausenden das iranische Hochplateau, grob gesagt das Gebiet um den Van-See. Die Kurden sind Moslems, sunnitischer (die Mehrheit) oder schiitischer Richtung. Sie haben eine eigene Sprache ebenfalls indogermanischer Herkunft, die in verschiedene Dialekte zerfällt.

Die Heimat dieses Volkes ist ein Bergland, ein karges Land, das allerdings zum Teil reich an Öl und anderen Bodenschätzen (Wolfram, Zink, Uran) ist. Dieses Land ist auch eine von alters her strategisch bedeutsame Region.

Die Kurden haben trotz aller Unterdrükkung manche Züge ihrer Kultur erstaunlich lebendig erhalten. Diese Kultur ist stark von der nomadischen und vor allem der Tradition eines Bergvolkes geprägt und war wohl nicht zuletzt deshalb den Zentralregierungen der einzelnen Nationalstaaten stets ein Dorn im Auge: Das Volk der Wanderhirten, das die Kurden ursprünglich waren, gliederte sich in Stämme, fühlte sich dem Stammesfürsten, dem Oberhaupt der Großfamilie, dem Dorfältesten gegenüber loyal. Es folgte auf seinen Wanderungen und Handelsrouten mehr den Gesetzen der oft widerborstigen Natur, als daß es sich an künstlich gezogene Grenzen hielt. Grenzen waren für dieses Volk zum Überschreiten da.

Die Kurden leben im kargen Bergland

Sèvres und Lausanne

Eine für die Kurden bis heute schicksalshafte Weichenstellung geschah nach dem Ersten Weltkrieg. *Vor* diesem Krieg hatte das herkömmliche Kurdistan — ein Gebiet von insgesamt rund 500 000 km² — zu 70 Prozent zum Osmanischen Reich gehört, der Rest — getrennt durch seine sehr durchlässige Grenze — zu Persien. Doch das Osmanische Reich wurde in diesem Krieg geschlagen. Die alliierten Siegermächte und die Türkei schlossen 1920 den sogenannten Friedensvertrag von Sèvres. Der Vertrag umriß die neuen Staaten, die auf dem geschlagenen osmanischen Gebiet entstehen sollten. Den Kurden innerhalb dieses Gebiets versprach er Autonomie oder sogar Unabhängigkeit.

Artikel 62 des Vertrages von Sèvres nämlich verlangte, daß eine Kommission ,,einen Entwurf zu einem System lokaler Selbstverwaltung für die zur Hauptsache kurdischen Gebiete (...)'' ausarbeitete. Und Artikel 64 stellte die Unabhängigkeit dieser Gebiete in Aussicht, ,,sofern die Mehrheit der Bevölkerung dieser Gebiete eine solche wünschte und der Rat des Völkerbundes sie dazu für fähig halten sollte''.

Indes: der Friedensvertrag von Sèvres wurde nie erfült. In den folgenden Jahren stritt sich die eine der alliierten Siegermächte, Großbritannien, mit dem stark nationalistisch ausgerichteten türkischen Regime vor allem um die Zuteilung der mehrheitlich von Kurden bewohnten, erdölreichen Bezirks von Mossul, der England — nicht uneigennützig — dem neu zu gründenden Staat Irak zuteilen wollte.

Der Friedensvertag von Lausanne, 1923, schließlich ersetzte denjenigen von Sèvres. Er verankerte den türkischen Nationalstaat Kemal Atatürks und wischte die Kurdenfrage unter den Tisch. Immerhin wurde die Frage einer Zuteilung der strittigen Gebiete um Mossul an einen Untersuchungsausschuß des Völkerbundes überwiesen. Diese Kommission hielt in ihrem Bericht fest, daß die Bevölkerung dort weder türkisch noch irakisch, sondern kurdisch fühle. Sie meinte auch wörtlich: ,,falls aus dem Argument einer ethnischen Isolierung eine Schlußfolgerung gezogen werden müßte, wäre die Schaffung eines unabhängigen kurdischen Staates zu befürworten.

Zwischen den Fronten

Ein zweiter Bericht empfahl, das Territorium von Mossul in den Irak einzugliedern, aber unter Berücksichtigung der Wünsche der Kurden, daß Vertreter ihrer Ethnie in die Staatsverwaltung aufgenommen würden und die kurdische Sprache als Amts- und Unterrichtssprache anerkannt würde. Diesen Bericht hat der Völkerbundsrat dann akzeptiert. Hinter dem Vertrag von Sèvres war der Völkerbund und seine Philosophie gestanden. 1945 aber trat an die Stelle des Völkerbundes die UNO. Damit verblaßte auch der völkerrechtliche Minderheitenschutz.

Der an der Universität Zürich lehrende Völkerrechtler Daniel Thürer hat in einem Beitrag zu diesem Thema auf eine übergreifende Entwicklung aufmerksam gemacht, die für die Kurden hierbei negativ zum Tragen kam. Der Akzent, sagt Thürer, verschob sich von den Kollektivrechten, also den Volksgruppenrechten, die aus den europäischen und asiatischen Verhältnissen hervorgegangen waren, hin zu den Individualrechten, den Menschenrechten, die dem Geist und der Geschichte der Angelsachsen eher entsprachen. Zwar räume die UNO dem *Selbstbestimmungsrecht der Völker* — als Mittel der Friedenssicherung und Grundlage der Menschenrechte — eine Vorzugsstellung ein, habe es aber in der Praxis bisher nur unvollständig ausgestaltet. Dieses Recht sei bisher fast ausschließlich in Fällen angerufen worden, wo ehemalige Kolonialgebiete in unabhängige Staaten umgewandelt beziehungsweise an solche angeschlossen werden sollten. Nur ansatzweise sei es bis jetzt ethnischen Minderheiten gelungen, auch ihre Forderungen auf ein Autonomiestatut oder einen eigenen Staat als legitime Verwirklichungsformen desselben Selbstbestimmungsrechts darzustellen. Teils erfolgreich in dieses Horn gestoßen hat bis heute einzig die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO.

So kommt es, daß die Kurden bis heute in keinem der Nationalstaaten, auf die sie in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts aufgeteilt wurden, auch nur eine regionale Autonomie, ein begrenztes Selbstverwaltungsrecht, verwirklichen konnten. Daß sie im Gegenteil — so lang und so oft sie dieser Forderung anhingen — zwischen den einzelnen Staaten und den hinter ihnen stehenden Großmächten aufgerieben wurden. Daß sie buchstäblich zwischen die Fronten gerieten. 1968 kam im Irak die (verbalsozialistische) Baath-Partei an die Macht. Die Fäden dieser Macht liefen rasch alle bei Saddam Hussein zusammen, obwohl er das Präsidentenamt offiziell erst 1979 an sich riß. Ab 1972 gab es den Freundschaftsvertrag des Irak mit der UdSSR und damit auch die militärische Unterstützung des Baath-Regimes gegen die irakischen Kurden, die unter ihrem legendären Führer, Mustafa Barsani, seit Jahren einen Befreiungskampf gegen die Zentralregierung in Bagdad führten.

Im Nachbarstaat Iran, seinerseits militärisch hochgerüstet von den USA, führte da-

BÜNDNIS 2000

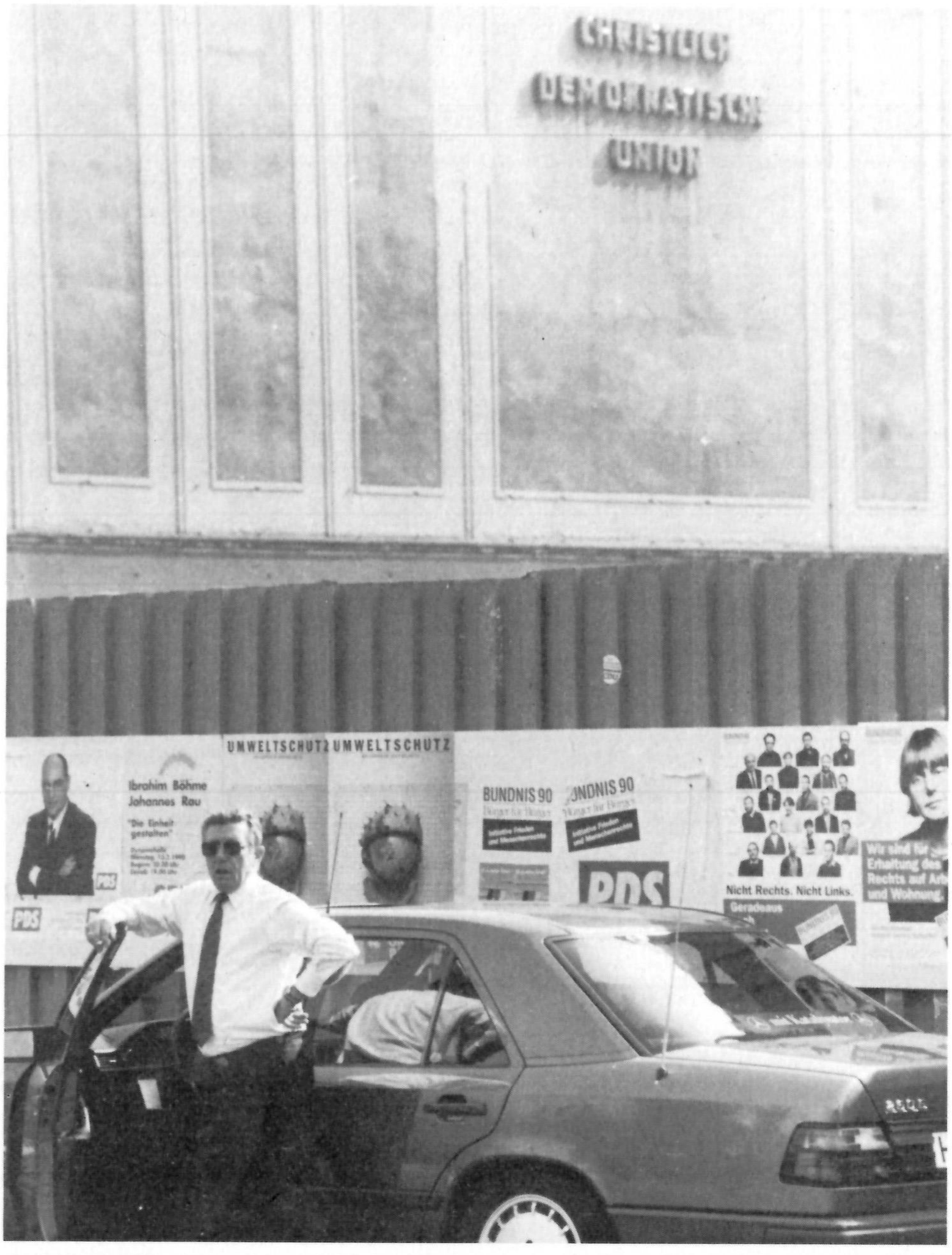
FORUM FÜR DEMOKRATIE, ÖKOLOGIE UND MENSCHENRECHTE

1. Jg. Nr.9 / 5.4.91 (DJ 52)

Preis: Ex–DDR 1 DM / Ex–BRD 2 DM

West-östliche Identitäten

Konflikte und Krisen im deutschen Einigungsprozeß



■ **Konrad Weiß: Wissentlich getäuscht**

■ **Michael Froese: Von der autoritären in die narzißtische Gesellschaft**

■ **Matthias Franz: Ostlinke, Westlinke**

■ **W. Bödefeld: Grüne und Bürgerbewegung**

■ **Länderreport: D. Rohwedder † Kritik an Treuhand Demos gegen Kohl**

Hrsg: Demokratie Jetzt / Initiative Frieden und Menschenrechte

Inhalt:

Schwerpunkt

Wissentlich getäuscht. *Konrad Weiß* 3
Von der autoritären in die narzißtische Gesellschaft. *Michael Froese* 4
Tempo 30 in Mecklenburg. *N. Wendevogel* 6
Ostlinke, Westlinke. *Matthias Franz* 7
Warum mir das "Jetzt" keine Ruhe läßt. *F. Kersten* 8
Du sollst nicht lügen. 10

Meinung & Diskussion

Leserbriefe 10
Antwort auf Dorothea Hoeck. *T. Minnes* 11

Perspektive Global

Informationsbroschüre zum Golfkonflikt 12
Begegnungsstätte Kreisau 12

Länderreport

Detlev Rohwedder/Treuhand 14
Thüringen/Brandenburg 15
Berlin 16

Bewegung intim

Grüne und Bürgerbewegung. *W. Bödefeld* 17

Brauchen & Verbrauchen

Stadtwerke in der Ex-DDR 18
Verbraucherzeitung "Mahlzeit" 18

Kultur & Geschichte

Schwarzenberg 19
Grüne Krise 20

Impressum:

Bündnis 2000, Forum für Demokratie, Ökologie und Menschenrechte.

Erscheint 14 tägig / AN 110415

Hrsg.: Demokratie Jetzt/Initiative Frieden und Menschenrechte

Redaktion: H. Müller-Enbergs, E.O. Müller, M. Lilla (Osteuropa), Regine Auster (Ökologie)

Adresse: Haus der Demokratie, O-1080 Berlin, Friedrichstr. 165
Telefon: 2291134

Kuratorium: DJ: W. Ullmann, U. Poppe; IFM: W. Templin, R. Weißhuhn, M. Birthler; NF: W. Schulz; Grüne: V. Wollenberger, C. Jordan; UFV: T. Böhm

Beirat:
DJ: M. König, C. Noack, U. Poppe; IFM: R. Weißhuhn, R. Templin; Katrin Steinitz (NF)

Herstellung: Hans-C. Hilker, Undruck
Satz: Regina Kroworsch
Fotos in dieser Ausgabe: 1 x Hauswald

Namentlich gekennzeichnete Artikel liegen in der Verantwortung der/des AutorIn; sie geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

ganz so problemlos wie von einigen erhofft, wächst jetzt doch nicht zusammen, was zusammengehört. Zu groß die Kluft zwischen realsozialistischer Arbeitsorganisation und kapitalistischem Effektivitätsdenken, zu groß(mäulig) die Versprechungen des vergangenen Jahres. Zu unterschiedlich auch die in 40 Jahren Ost-West-Konfrontation gewachsenen Identitäten. Wohl kaum ein Zeitdokument spiegelt dies deutlicher wider als **Konrad Weiß'** *Zwiegespräch mit seinen Zwischenrufern, aufgezeichnet im Deutschen Bundestag am 21. März, nachzulesen auf Seite 3 dieser Ausgabe. Den vielschichtigen Konflikten, Krisen und wechselseitigen (Zerr-)Bildern beim Übergang in eine neue Gesellschaft geht der Sozialpsychologe* **Michael Froese** *vom Berliner Haus der Gesundheit auf den Grund. Nicht frei von Zerrbildern ist auch das Verhältnis zwischen Ostlinken und Westlinken, das* **Matthias Franz** *in seinem Beitrag beschreibt.*

Im Schwerpunkt "Perspektive Global" geht es zum ersten Mal seit 5 Ausgaben nicht mehr hauptsächlich um den Golfkrieg, sondern um die **gesamteuropäische Verständigung**, *besonders die deutsch-polnische: Die Begegnungsstätte Kreisau wird vorgestellt.*

Detlef Rohwedder *ist tot. Dies sowie die Treuhandproblematik insgesamt ist bezeichnend für die spannungsgeladene Situation, in der sich der deutsche Einigungsprozeß befindet. 80 000 demonstrierten allein in Erfurt, der Stadt, die noch vor einem Jahr Helmut Kohl zujubelte, gegen den " Lügenkanzler". All dies nachzulesen im "Länderreport".*

Die GRÜNEN sind noch nicht ganz tot. Konzepte, sie aus der Krise zu holen, sind rar. **Wolfgang Bödefeld** *versucht es mit dem "gemeinsamen Haus einer gesamtgrünen Bewegung" auf Seite 17.*

Die Schwarzenberg-Serie erscheint in dieser Ausgabe übrigens in ihrer letzten Folge. Die Rubrik "Kultur und Geschichte" wartet auf Beiträge.

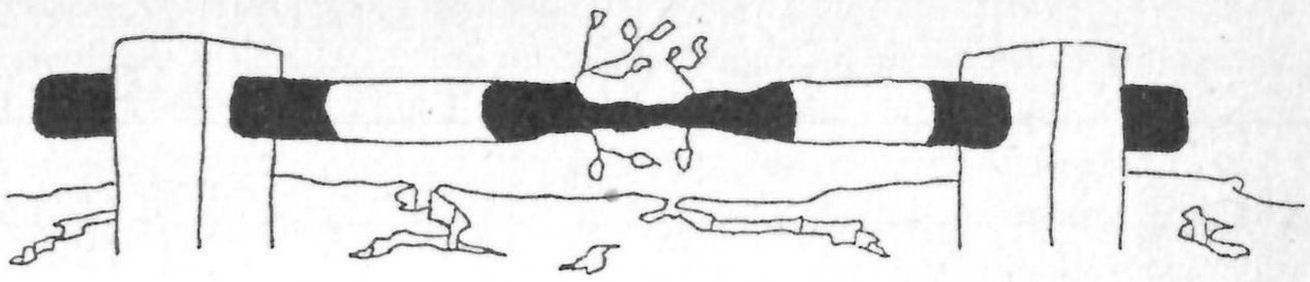
Daß **BÜNDNIS 2000** *in nächster Zeit besonders auf die Basisgruppen u. a. Initiativen angewiesen ist, wurde bereits in den letzten Ausgaben erläutert. Wie die Basisgruppen mit dieser "Aufgabe" sowie überhaupt mit der Aufgabe der* **Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederwerbung** *umgehen, bleibt abzuwarten. Dabei bleibt den Bürgerbewegungen eigentlich kaum Zeit zum Warten: Wird die Aufgabe einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit (Flugblätter, Zeitschriften, Informationen aller Art) nicht ab sofort angegangen, dann werden die Bürgerbewegungen im Wettbewerb um die Gunst der BürgerInnen ihrer Konkurrenz unterliegen. Die Marktwirtschaft läßt grüßen...*

A propos Marktwirtschaft: Die nächste Ausgabe ist dem Thema "Arbeiten und Wirtschaften" gewidmet. Nicht nur wegen dem 1. Mai.

In diesem Sinne grüßt
Die Redaktion

P.S. Der offizielle Redaktionsschluß für die **übernächste** *Ausgabe ist der 17.4.1991. Bitte beachten Sie auch den Abo-Hinweis auf der letzten Seite!*

Ostlinke, Westlinke



VON MATTHIAS FRANZ, HENNIGSDORF

Es gibt bei Brecht in "Furcht und Elend des III. Reiches" eine Szene, die ich interessant finde. Die heißt "Moorsoldaten", und da sieht man es: noch im KZ können die Linken nicht zueinander kommen; sie streiten weiter und wollen sich selbst hier noch gegenseitig die Köpfe einschlagen.

Wer sich nicht erinnern noch selber befragen, wer sich weißwaschen mag, der streckt schnell den Zeigefinger aus, der braucht Sündenböcke, ohne daran denken zu wollen, daß es auch sein Stillhalten war, das es den sogenannten Draculas so leicht machte, das Blut zu saugen und so fett zu werden. Tja, der Ablaßhandel ist wieder mal in vollem Gange.

Es hat sicher keinen Sinn, wieder einmal den Stab zu brechen oder gar den ersten Stein zu werfen. Jürgen Fuchs sagte in einem Zeitungsinterview, daß wir schließlich alle Kinder der Diktatur seien. Das war ja sicher nicht als eine Art Freibrief für alte oder neue Ausgrenzungen gemeint; es beschrieb wohl eher einen Zustand, einen Zustand unserer Seele auch, dem wir uns erst einmal bewußt werden wollen - müssen. Ich glaube, daß wird uns noch bitter ankommen: manchem wird es vielleicht bitterer sein als in den alten SED-Zeiten. Denn da war der Haupt-Ausgrenzer klar, überdeutlich, war ja eine Karikatur seiner selbst - und jedes Kind sah, daß der Kaiser nackt war; und die meisten folgten doch den Ratschlägen der Eltern, nicht hinzusehen oder wenigstens nur hinter vorgehaltener Hand zu lachen. Ventilchen waren ja gewünscht, stille Abmachungen waren das: solange wir Euch mißverstehen können, blökten die Lakaien, werden wir Euch an der Rampe dulden, ein Hof ganz ohne das macht auch einen schlechten Eindruck in der Welt, aber wehe, wenn Eure Metaphern zu deutlich werden oder Ihr gar anfangt, Klartext zu reden. In dem Zusammenhang hör' ich jetzt manchmal das Wort 'Sklaven-Sprache' - aber bei manchen, die es als Persilschein benutzen, geht mir dieses Asche-aufs-Haupt-Streuen auch wieder zu schnell, denn: Wessen Asche ist das eigentlich? Aber was ich sagen wollte: durch diese große Zensorschere, die immer der besten Stelle zu Leibe rücken wollte, entstand ja auch eine gewisse Gemeinsamkeit, die erzeugte doch auch Wärme zwischen uns "Pack" und verdeckte möglicherweise sogar Widersprüche zwischen uns (zumindest schob sie die in den Hintergrund: konnten wir es da lernen, uns ernsthaft und heiter zu kritisieren und Kritik ernsthaft und heiter zu ertragen?) und auch eigene Mängel an Zuhörenkönnen, an Aufeinander-Eingehen, an Toleranz. Und: Ist es nicht möglich, daß uns dieses verfluchte Dogma - ja! als Dogma, als Schutz gegen das bisherige allstaatliche Dogma! - der Ab- und Ausgrenzung auch in den Leib gewachsen ist?

Jauchzen müßten sie, die Westlinken!

In Bonn (ein paar Potsdamer Leute lasen da aus ihren Sachen) ist mir das an mir selber aufgefallen. Nach der Lesung, beim Reden, da sagte einer aus'm Publikum was von 68 und dann über BRD, DDR - ich weiß gar nicht mehr genau was, jedenfalls bekam ich es in die falsche Kehle und fuhr ihm gleich in die Rede, ohne ihm zu Ende zuzuhören. Wahrscheinlich hatte ich den Eindruck, daß da wieder mal jemand, der am anderen Ufer gesessen hatte, zu sehr unsere untergehende Titanic beweinte, obwohl ich ja immer noch der Meinung bin, daß gerade die Westlinken das Verschwinden dieses häßlichen Entleins (ich meine damit nur das alte Machtsystem, nicht etwa den Traum, den viele träumten, ich auch, von einem dritten Weg in der DDR) bejubeln müßten. Jauchzen müßten sie! Aber das ist eben ein Problem: Wenn jemand im Westen etwas sagt, was ich, der ich aus der DDR komme, nicht mehr hören kann, weil ich diese Worte schon kenne, weil mir die zu Hause von irgendwelchen Bonzen um die Ohren gehauen wurden, die damit alles Schlimme bei uns rechtfertigen wollten, kann das gleiche von dem Westler ehrlich gesagt sein, kann das von seinen selber gespürten Schmerzen, seinen eigenen Wunden herkommen. Die gleiche Situation könnte ich mir übrigens auch mit vertauschten Rollen vorstellen. Das ist eben das Vertrackte, daß wir aus so unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Erfahrungswelten stammen. Sicher soll man das auch als Chance begreifen. Aber während wir uns nun mal wieder darüber streiten, wer der bessere Linke oder Grüne oder Alternative ist, machen die Bonzen mit den Bossen - nur frecher als in alten Zeiten - ihre Joints, die wir dann löffeln und schlucken sollen. Da denk ich wieder an Brechts 'Moorsoldaten'. Aber muß denn das ewig so weitergehen? Daß immer der Kohl-Dampf triumphiert über den Hunger? Vielleicht sollten wir darauf achtgeben, daß, wenn wir über unsere Befindlichkeiten, unsere Erfahrungen, unsere Wunden miteinander reden, wir nicht in der Art und Sprache der einen oder anderen Propagandamaschine ähneln.

In Bonn, als ich diesem 68iger in die Rede fuhr, bekam ich sogar noch Beifall; das war eigentlich das Schlimmste. Vorschnelle Worte bekommen schnell vorschnellen Beifall. Aber beim weiteren Reden und Zuhören dann auch, merkte ich, das wir gar nicht so weit auseinander waren mit unseren Meinungen. Doch ich dachte auch: was, wenn ich ihn mit meinen ersten Worten blockiert, wenn er beleidigt geschwiegen hätte oder einfach gegangen wäre? Und was, wenn das jetzt immer öfter passiert zwischen Ost- und Westlinken? Wenn unsere Ressentiments voreinander stärker sind als unsere Bereitschaft, einander zuzuhören?

Nicht nur die langen Würste

Ich geb's ja zu: Ich war überhaupt nicht für eine schnelle Einheit, das war überhaupt nicht mein Problem, ich hab' den Appell "Für unser Land" unterschrieben, weil ich von einer Demokratisierung träumte und nicht nur von den langen Würsten, ich war Deutscher in der DDR, und am 4. November z. B. sehr, sehr froh darüber. Ich bin 65 geboren, da erlebte die Mauer ihren 5. Herbst: und ich bestreite, daß bei Leuten meines Alters der Wunsch nach Einheit in der Mehrheit von irgendwelchen nationalen Gefühlen getragen war. Nein, es ging um den Wohlstand, und ich sage das gar nicht hochnäsig. Meine Hoffnungen waren andere (Ich war sehr dafür, daß wir, die Deutschen aus den beiden Staaten, endlich zueinanderkommen können, aber es waren für mich eben zwei unterschiedliche Staaten, in denen auch sehr verschiedene, sogar gegensätzliche Dinge gewachsen sind, die man nicht einfach so zusammennageln kann, und ich wollte kein Bundesbürger werden), aber nun verlief die Entwicklung anders - nun drehte sie mir hinterm Rücken lachend eine Nase. Ich brauchte 'ne Weile, um mich daran zu gewöhnen, um wieder'n klaren Kopf zu bekommen, und habe

deswegen überhaupt kein schlechtes Gewissen. Aber nun heule ich auch nicht. Es ist ja schon ein Treppenwitz, daß ausgerechnet Linke traurig sind, wenn sich ein Staat auflöst.
Aber gut: als wir in Bonn waren, haben wir Leute gesehen, die hatten sich DDR-Fahnen umgehängt. Da hab ich ein ganz flaues Gefühl im Magen bekommen. Auch hier sehe ich sie ja oft, auf Demos oder so. Ich könnte das nicht, auch nicht aus Trotz. Ich hab' früher keine aus dem Fenster gehängt und denke nicht daran, es jetzt zu tun. Diesen Triumph gönne ich den vereinigten Fürsten in Ost und West nicht. Nein. Sie ist nicht das Symbol der Pariser oder Prager Kommune, sondern das der Dogmatiker und Konterrevolutionäre, die Leute, die sie in ihren Augen lästerten, mit Knast verfolgten. Ich brauch' diesen Mummenschanz nicht, um mich an das zu erinnern, was ich mir bewahren will von meinen DDR-Jahren. Im übrigen: Auf diesem fatalen Fahnen- und Symbolkrempel ruht doch der Staub ganzer Jahrhunderte.

Karl-Heinz Bomberg

Lebensläufe

Dietfried, stark wie ein Koloß,
schwang sich aufs Karriere-Roß.
Fiel zwar zwischenzeitlich ab.
Fand dann schnell den neuen Trab.

Erich kriegte wenig mit.
Ging ganz still den Alltagsschritt.
Als die Änderung gekommen,
ist er leise mitgeschwommen.

Ursel war sehr streng geheim.
Kochte mit am großen Schleim.
Arbeitet auch heute noch.
Hat jedoch nen andern Koch.

Theodor hat laut gelogen,
daß sich stark die Balken bogen.
Lügt ganz unverfroren weiter
und steigt hoch die goldne Leiter.

Siegfried war im Widerstand.
Kämpfte für ein beßres Land.
Als er schließlich an der Macht,
hat er nur an sich gedacht.

Carla ändert sich stets neu.
Bleibt sich dadurch grade treu.
Sie zeigt auf den Widerspruch.
Wo sie lebt, gibt's Brandgeruch.

Heinrich hat sich abgemüht.
ehrlich stets, nicht abgebrüht.
Aufrecht geht er übern Steg,
menschlich streitbar seinen Weg.

Warum läßt mir das "Jetzt" keine Ruhe?

Von Friedrich Kersten (Ringfurth)

Es geht hier nicht um Orthographie oder Grammatik, ob Klein oder Groß. Ich bin ein Handwerksmeister vom Lande, geboren 1950. Weder die Pionier- noch FDJ-Bluse konnte mich reizen, es waren nur die Lehrer. Trotz sehr guter Zensuren keine Delegierung zur EOS. Erst nach einer Anstrengung der Eltern und einer Prüfung zur Schule nachdelegiert. Keine Jugendweihe, kein FDJ-Mitglied trotz intensiver Bemühungen der Schulleitung und Mitschüler. Resultat nach 2 Jahren: ich war am Ende, meine Schulzeit auch. Nach einem Jahr Lehre Abschluß als Facharbeiter! Vorgeschlagen zur Ingenieurfachschule nach Friesack. Kein FDJ-Mitglied: schon war Ende.
Als Facharbeiter auf Montage, nach Eheschließung in einen ortsansässigen Betrieb gewechselt. Dort mit schriftlicher Begründung (ein sozialistisches Kollektiv stellte ich mir anders vor) die Auszeichnungen "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" und "Aktivist" öffentlich nicht angenommen. Ergebnis: Umbesetzung in ein 150%iges Kollektiv. Durch Umstrukturierung Übernahme einer Brigade (Fertigung Ratiomittelbau, Sonderobjekt Prototyp des Fahrleitungsmontagewagens für DR, Elektrifizierung der Strecken). Einsatz als Meister, nur zur Meisterschule trotz Antrag nicht zugelassen. Auszeichnung mit einer Reise nach Kuba für 2 Personen. Diese Reise durfte ich nicht antreten, da durch Überprüfung meiner Person durch die Stasi(!) meine politische Einstellung nicht gefestigt war.
Da mich die Einstellung der Menschen zur Arbeit, zum Betrieb und das Verhältnis der Leitung dazu anekelte, beschloß ich, mich selbständig zu machen, machte meinen Meister als Schlosser und Schmied, und leistete meine Arbeit für mein Geld. Vertrat weiter meinen Standpunkt von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit.
Und meine Vorstellungen vom Sozialismus, den es in der DDR kaum in den Ansätzen gab. Erfolg: jährliche Steuer- oder Preisprüfungen, Vorladungen, Drohungen bis zum Hinweis: Wenn ich meine Aktivitäten (Meinung immer und überall öffentlich gesagt) nicht einstelle, wird meine Gewerbegenehmigung entzogen, und ich mit meiner Familie werde des Landes verwiesen, aber vorher enteignet. Nun erst recht bekundete ich offen meine Sympathie für die Friedensbewegung "Schwerter zu Pflugscharen", bis ich mich durch einen Aufruf der Bürgerbewegung "Demokratie Jetzt" anschloß. Mußte ich auch den Inhalt zweimal bis dreimal lesen, um es zu verstehen, so gab mir doch der Inhalt, den die Begründer von Fischbeck bis Bartoschek, U. Poppe, M. König, W. Ullmann, K. Weiß und andere niederschrieben, eine gewisse Zustimmung, da ich auch noch ein absoluter Nichtwähler war.
Wir, auch meine Familie, die nicht selten Angst hatte, fuhren nach Magdeburg zum Dom, nach Leipzig zur Demo und nach Berlin in die Gethsemanekirche. Hier, merkte ich in der Stadt, in der eine gewisse Menschenmenge da ist, finden sich genug, die hören und sich trauen. Doch dort spricht man nicht die Sprache vom Lande und merkte gar nicht, was bei uns draußen passierte. Also gab ich mir selbst den Ruck, und wir begannen in Tangerhütte mit der Demo und den dazugehörigen Reden: das Papier von DJ umgesetzt in die Sprache vom Lande. Waren es spontan am ersten Abend ca. 1000 Menschen, so waren es am nächsten schon über 3000. Die Tangerhütter Bürgerbewegung war geboren mit den Thesen von DJ. Unter "Tangerhütter Kreis" begannen wir mit unseren Einsätzen für Demokratie an Runden Tischen: Kommissionen und was wir noch so bewältigen konnten. Wir hatten unser Ziel: Freie Wahlen, Reiserecht, Demokratie, Mitbestimmung. Doch dann kam der Hurrikan: Grenze offen - zur groß angesetzten Veranstaltung auf einer Freilichtbühne kamen nur ca. 20 Leute.

Es begann das Zusammenwuchern

Nach dem Erwachen, trotz des Lockmittels 100 DM, kamen auch wieder die Menschen. Es ware keine tausende, doch hunderte. Der Streit entbrannte: Partei ja oder nein. Unsere Basisgruppe, ca. 25 Aktive, teilte sich in Parteigründer, die jetzige SPD in Tangerhütte, und den Rest, der bis auf 5 zusammenschrumpfte. Unsere Meinung, unsere Mahnungen, unsere Hinweise, keiner wollte etwas hören: die

Währungsunion stand vor der Tür. Achtete man bis dahin noch unseren Mut, lächelte man nun nur über uns. Trotzdem ließen wir den Kopf nicht hängen. Das Zusammenwachsen war vorbei, es begann das Zusammenwuchern unaufhaltsam. Tag der Einheit, erste freie gesamtdeutsche Wahlen, und nun sind wir beim dicken Ende. So haben wir es nicht gewollt, so haben wir uns dies nicht vorgestellt, es wurde das kurzfristige Ziel weit überschritten.

Vom SED-Stasistaat zur Blockflötenmafia

Die SED-erste Reihe haben die Bürgerbewegungen vom Sockel geholt, die Blockflöten-zweite Reihe hat diese wieder in den Reihen aufgestellt, natürlich in zweiter Position. Parteilos natürlich. Ihr seid daran schuld (persönlich gemeint). Auf Anfrage: keiner hat die CDU gewählt - bloß woher kommen die fast 50%? Keiner war es, doch an den ersten freien Wahlen zweifeln wir nicht, aber an den Menschen.
Es ist kein Zweifel, sondern schiere Verzweiflung. Die Landwirtschaft kaputt, 3 Kuhställe im Dorf, im Konsum nur Milch aus Uelzen, LPG-Milch landet im Trog der Schweine. Spanplattenwerk Tangermünde: bis auf die Leitung fast alle entlassen. Spanplatten aus Finnland werden nur noch bearbeitet. Schokoladenfabrik: bis auf die Leitung entlassen, es werden nur noch alt-bundesdeutsche Waren verpackt?

Kommunen zur Verwaltungsgemeinschaft zusammengeschlossen: positiv, nur der Verwaltungsapparat hat sich gegenseitig gewählt, alle hauptamtlichen Bürgermeister in hauptamtliche Stellungen, da ja kein hauptamtlicher BM mehr gebraucht wird. Von den neuen hatte keiner Mut, und die Kommunen, die mit Leuten der Bürgerbewegung durchsetzt sind, wurden durch die Zeitungsmitteilung vor vollendete Tatsachen gestellt, im alten Trott!
Werden Betriebe von BRD-Firmen übernommen, ist die Selbstbestimmung dahin, der Leitung geht es nur um ihre persönliche Arbeitsplatzsicherheit. Die neuen Herren bestimmen, woher Aufträge angenommen werden, woher Lieferungen kommen können. Aber auch die Menschen lassen die althergebrachten Produkte stehen, sägen an dem Ast, auf dem sie sitzen. Viele sind stolz auf ihre Arbeitslosigkeit, wollen die Zeit voll ausnutzen, welch eine Moral?
Keiner hat den Mut, den Schritt nach vorn zu tun, alle warten auf den Schub aus Bonn. Die Löhne bleiben niedrig, aber für Energie und Kohlen steigen die Preise.
Die Arbeit liegt auf der Straße, keiner kann es bezahlen. Ein Arbeiter muß mit ca. 1.000,- DM für seine Familie auskommen. Warum können nicht die Politiker im Land, in Bonn, nur 6 Monate einmal mit 2.500,- DM auskommen, oder 1 Jahr, und diese Gelder könnten für Kindereinrichtungen (Kindergärten, Schulen) oder Krankenhäuser genutzt werden.
Warum muß alles, was es in der ehemaligen DDR gab, zerstört werden?
SERO, Schulen, Kindergärten, Polikliniken, Behinderteneinrichtungen, Altenbetreuung - denn in den Bereichen ist vieles in den alten Bundesländern viel schlechter, der Glanz, die Farbe täuscht!!
Die Gleichberechtigung der Frau, ihre Freiheit für den Abbruch der Schwangerschaft. War denn der Wahlbetrug der SED viel schlimmer als die Wahllügen der jetzigen Wahlsieger? Es sollte keinem schlechter gehen! Waren damit nur die alten Blockflötenbonzen gemeint und einige wenige, die es schon in der SED-Zeit verstanden, mit dem Rücken an die Wand zu kommen?
Der Weg geht unaufhaltsam in ein Armenhaus Deutschlands. Die Währungsunion knackte die Sparstrümpfe der DDRler und der Absatz der Ladenhüter sowie Ähnliches war sicher, welch ein wirtschaftlicher Aufschwung im Westen. Grundstein war unbestritten die Mankowirtschaft. Der Ausblick auf die Ersparnisse macht ein schnelles Geschäft in der ehemaligen DDR lohnend. Der Einsatz ist gering, ohne Risiko und über Scheinfirmen fließen auch die Fördermittel in die "richtigen" Kassen. Und wenn die Ersparnisse aufgebraucht sind, ist einige Zeit ins Land geflossen, so daß dann immer noch ein lohnendes Geschäft zu erwarten ist.
Westdeutsche Betriebe 40 Jahre mit Technologien gewachsen, sind den DDR-Betrieben immer um Nasenlängen voraus, denn diese Zeit läßt sich nicht in zwei bis drei Jahren aufholen, wenn das Mitwachsen fehlt!

Kredit- und Versicherungshaie überschwemmen unser Land. Der Wust an Bürokratismus kennt keine Grenzen und der muß bezahlt und vor allem bewältigt werden. Da hilft keine Kenntnis über Linientreue und auch nicht die wenigen bundesdeutschen Angestellten. Wer will schon für diesen niedrigen Lohn arbeiten? Der Patriotismus ist auch den Bundesbürgern nicht angeboren. Nur mit Vernunft, Ehrlichkeit und Gleichheit sowie Gerechtigkeit ist die Einigung vollziehbar, sonst bleiben wir ein geteiltes Land auch ohne Mauern.

Was hier nicht steht, steht in der taz.

taz, die tageszeitung.

"Du sollst nicht lügen"

Seit dem 13. März werden Unterschriften für den Rücktritt der Regierung, für Neuwahlen und für eine lebendigere und funktionierende Demokratie gesammelt.

Träger der Aktion ist die IDEE e.V. (Initiative DEmokratie Entwickeln), die im Herbst 1988 als bundesweite Bürgerinitiative gegründet wurde. Die größte bisherige Kampagne der IDEE war die ebenfalls mit großem bundesweitem Echo und der Sammlung von 400 000 Unterschriften betriebene FCKW-Stop-Initiative.

Die Wahlen sind bisher die einzige Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, einen gewissen Einfluß auf die politischen Entscheidungen zu nehmen. Das ist zu wenig. Die IDEE will, daß die Menschen, außer in Wahlen, auch in Volksbegehren und Volksentscheiden direkt politische Entscheidungen treffen können.

Anlaß zur aktuellen Kampagne ist die große Enttäuschung und unbändige Wut zahlloser Menschen. Dadurch, daß die Repräsentanten der Parteien sich nicht an die im Wahlkampf getroffenen Versprechungen halten, wird die Bevölkerung auch die letzte Beteiligungsmöglichkeit genommen. Die Wahl wird zur Farce.

Die jetzige Bundesregierung hat im Wahlkampf gelogen, daß sich die Balken bogen. Noch am 15. November 1990 erklärte Helmut Kohl: *"Wenn ich dem Bürger jetzt vor der Wahl sage: Wir machen keine Steuererhöhung im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit, dann machen wir keine."*

Heute, kaum drei Monate nach der Wahl, präsentieren dieselben Herrschaften das größte Steuererhöhungspaket in der Geschichte der Bundesrepublik. Wir sind nicht gegen Steuererhöhungen. Aber wir sind entschieden gegen die Lüge als Mittel der Politik.

Die jetzige Bundesregierung hat sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen an die Macht gebracht. Sie muß diese Macht wieder abgeben und den Menschen eine neue Entscheidung ermöglichen. Denn, wenn es keine Rolle mehr spielt, was eine Regierung vor der Wahl verspricht und ob sie sich daran hält, ist die Demokratie am Ende.

IDEE: "Wir wollen nicht, daß sich Wahlbetrug auszahlt. Und wir wollen nicht, daß sich die Menschen damit abfinden, als Stimmvieh gebraucht und getäuscht zu werden.

Das 8. Gebot:

Du sollst nicht lügen

"Wenn ich dem Bürger jetzt vor dieser Wahl sage: Wir machen keine Steuerhöhungen im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit, dann machen wir keine." (Bundeskanzler Helmut Kohl am 15.11.1990)

Liebe mitbetroffene Bürgerinnen und Bürger,
die Wiedervereinigung kostet viel Geld, klar.
Aber warum wurden die Karten nicht vor der Wahl auf den Tisch gelegt?
Eine solidarische Steuererhöhung hätte die große Mehrheit unserer Bevölkerung verstanden und mitgetragen. Denn die neuen Bundesländer brauchen Hilfe, dringender als die Verantwortlichen in Bonn denken.

Jetzt sind die Wahlen vorbei, Wahlversprechen zählen nicht mehr, nachträgliche Kontrollmöglichkeiten durch die Bevölkerung sind bisher nicht vorgesehen.
Stattdessen werden die Wählerinnen und Wähler für dumm verkauft.
Wir wollen keine Zuschauerdemokratie.
Und wir haben am 2. Dezember keinen Blankoscheck unterschrieben.
Wahlbetrug darf sich nicht auszahlen.

Steuern Ja - Wahlbetrug Nein. Wir verlangen Neuwahlen!

- Diesen Wahlbetrug mache ich nicht mehr mit!
- Schluß mit dieser Schein- und Zuschauerdemokratie.
- Ich fordere die Regierung auf, freiwillig zurückzutreten und den Weg für Neuwahlen freizumachen (Art. 68. Grundgesetz).

Name	Straße	plz/Ort	Unterschrift

Ende der Unterschriftensammlung: 1. Juni 1991
Einsenden an IDEE - Initiative DEmokratie Entwickeln e.V., Prinz-Albert-Straße 43, 5300 Bonn 1

Leserbriefe

Erfurter Polizei - Dein Freund und Helfer?

Es hat sich jüngst in Erfurt folgendes zugetragen: Jemand, nennen wir ihn Hans, der häufig die Mahnwache im Stadtzentrum während des Golfkrieges besetzt hatte, ging eines Abend auf dem Bahnhof Zigaretten kaufen. Dort wurde er von einem Dutzend Skinheads erkannt und mit dem Ruf "Das Schwein kennen wir doch" verfolgt. Die Brüder hatten Schlagstöcke und Ketten bei sich. Hans gelang die Flucht bis nach Hause. Daraufhin wurden ihm mehrere Fensterscheiben mit Steinen und Stahlkugeln (Schüsse oder Katapult?) eingeschlagen. Am nächsten Tag ging Hans zur zuständigen Polizeidienststelle - und wurde mit dem Hinweis abgewiesen, wenn er sich an der Mahnwache und Friedensbewegung beteilige, könne man ihm nicht helfen. Einen Tag später im gleichen Revier dieselbe Reaktion. Es wurde beide Male nicht mal ein Protokoll aufgenommen. Den Schaden muß er wohl selbst tragen - und das als Arbeitsloser. Wenn ich mir umgekehrt vorstelle, es würde unsereinem einfallen, jemand aus der rechten Szene zu bedrohen, da würde man sicher sehr schnell von der Polizei zum Verhör zitiert werden.

Jetzt denke ich wieder daran, wie im letzten Herbst in der Erfurter Oststraße eine besetzte Wohnung von einer Antiterroreinheit der Polizei geräumt wurde. Die Punks wußten vor lauter Schreck gar nicht, wie ihnen geschah. Man hatte sie nach Waffen durchsucht und auf die Polizeiwache geschleppt. Eine junge Frau, auch der Punkszene zugehörig, die sich in dieser Wohnung aufgehalten, aber einen Mietvertrag in diesem Haus hatte, wurde, obwohl sie ein kleines Kind hat, gleich mit rausgesetzt, in eine Bruchbude - deutsche Gründlichkeit.

Offensichtlich wird mit zweierlei Maß gemessen.

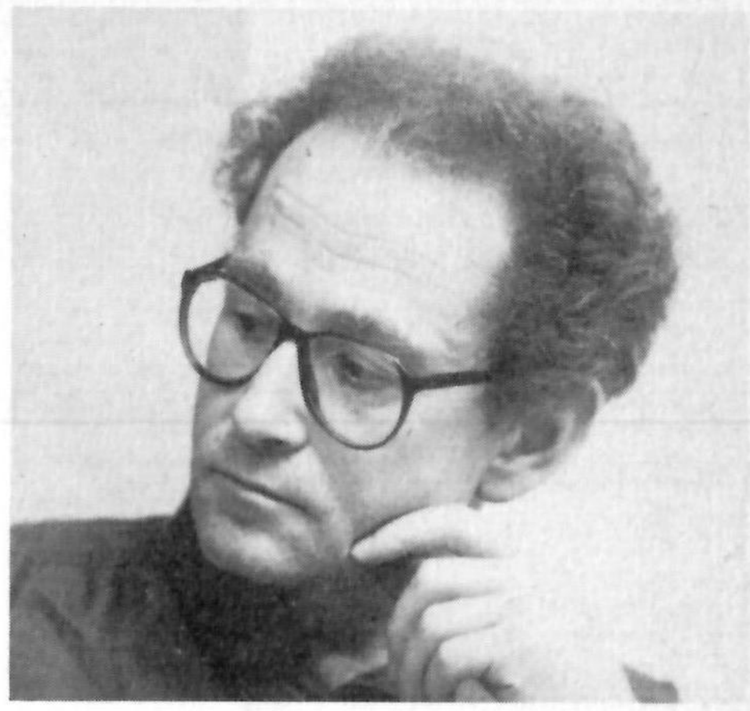
Die Reihe ließe sich problemlos fortsetzen. Sieht man Rechte und Hooligans zerstörungswütig durch die Stadt ziehen, schreitet die Polizei kaum ein. (Also wie in der DDR vor der Wende, da waren die Skinheads zum Im-Zaum-Halten von Punks und Langhaarigen anscheinend auch sehr willkommen.)

Es wird immer mehr zur Gewißheit: Dieser "Rechtsstaat" ist ein recht rechter Staat!

Angelika Link, DJ Erfurt

Wissentlich getäuscht

Konrad Weiß im Bundestag über die Haltung der Bundesregierung zur sozialen Lage in den fünf neuen Bundesländern



Zahllose Menschen in den östlichen Bundesländern sind in tiefer Not. Da wirken zweifellos 40 Jahre Mißwirtschaft der SED und der ihr verschwisterten christdemokratischen und liberalen Vasallen nach. Niemand wird das bestreiten. Aber ebenso unbestreitbar ist, daß das soziale Elend, die Hoffnungslosigkeit, die Resignation vieler ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger das Ergebnis einer verfehlten Politik dieser Bundesregierung sind.

Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, haben vor den Volkskammerwahlen, vor der Währungsunion, vor dem Tag der Einheit, vor den Bundestagswahlen immer und immer wieder Versprechungen gemacht, die Sie nicht einhalten können. Und das mußten Sie doch wissen, das wußte doch jeder, der über ein wenig Sachverstand verfügt. Nein, Sie haben die Wählerinnen und Wähler im Osten wissentlich getäuscht.

(Zurufe CDU/CSU: Scharfmacher! Unverschämt! Unverschämtes Zeug!)

Niemand solle es durch die deutsche Einheit schlechter gehen als zuvor, haben Sie versprochen. Und: Steuererhöhungen werde es durch die deutsche Einheit nicht geben. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Längst heißt Herr Kohl in der ehemaligen DDR nicht mehr Einheitskanzler, sondern Lügenkanzler.

(Zurufe CDU/CSU: Alter Scharfmacher! Unverschämter Lümmel! Wohl nichts dazugelernt!)

Die Chance, das so lange getrennte deutsche Volk sich annähern, es zusammenwachsen zu lassen, hat Ihre Koalition - allein um der Macht willen - vertan. Oder ist es die Wirtschaft, die in Deutschland regiert?

(Zuruf CDU/CSU: Ist das jetzt die große Elendsnummer?)

Sie haben entgegen Ihrer heiligsten Pflicht dem deutschen Volk Schaden zugefügt. Sie haben das tiefe Vertrauen in die Demokratie erschüttert, das die Ostdeutschen nach 60 Jahren Erdulden totalitärer Systeme mit in die deutsche Einheit gebracht hatten. Sie haben den Glauben an den Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland mit Füßen getreten.

(Zurufe CDU/CSU: Pfui! Ausgemachter Blödsinn, was Sie da reden!)

Und nun erdreisten Sie sich zu behaupten, das Volk in den östlichen Bundesländern würde von Unruhestiftern aufgewiegelt.

(Zuruf CDU/CSU: So ist das!)

Der Bundeskanzler hat sich in seiner Festung Bonn verschanzt und will nicht hören und sehen, was im Lande vor sich geht.

Ohne Hoffnung, voller Wut

Die meisten Bürgerinnen und Bürger in den östlichen Bundesländern fühlen sich als Deutsche zweiter Klasse. Jeder dritte Ostdeutsche meint, daß es ihm vor fünf Jahren in der DDR besser ging als heute. Das ist das Ergebnis einer soeben vorgelegten Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

(Zuruf CDU/CSU: Ist das seriös?)

Jeder Dritte: Das sind nicht nur die ehemaligen Genossen und Unionsfreunde, das sind die Arbeitslosen, die Nullarbeiter, die Rentner, die alleinerziehenden Mütter, die aufs neue benachteiligten Frauen. Das sind die Bauern in den alten Genossenschaften und den neuen, tapfer gegründeten Familienwirtschaften, die in diesem Frühjahr nach neun Monaten Währungsunion ihre Felder brachliegen lassen müssen. Allein in Mecklenburg-Vorpommern ist das die Hälfte aller Landwirte. Schlechter als zuvor geht es auch zahllosen Existenzgründern, die den Schritt in die mittelständische Wirtschaft gewagt hatten, dank dieser Bundesregierung aber ohne Chancen sind.

(Zuruf CDU/CSU: Geht es Ihnen persönlich auch schlechter?)

Enttäuscht, ohne Hoffnung und voller Wut sind schließlich die Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter, die Wissenschaftler und Angestellten, deren Betriebe und Institute abgewickelt, geschlossen, liquidiert werden.

(Zuruf CDU/CSU: Was haben Sie denn für eine Sprache? "Liquidiert"!)

Die Treuhand veruntreut die kargen Früchte vierzigjähriger, von der SED mißbrauchter und ausgebeuteter Arbeit. Das endlich volkseigen gewordene Volksvermögen wird nun im Ausverkauf zu Spottpreisen verramscht.

(Zuruf CDU/CSU: Bringen Sie endlich einmal einen Vorschlag, Herr Weiß, einen einzigen!)

Mit Hilfe altgedienter Opportunisten zerstören Sie die Wirtschaft in der ehemaligen DDR und verwalten und regieren ein Volk, das sich zunehmend unterlegen, deklassiert und unverstanden fühlt.

(Zuruf CDU/CSU: Was wollten Sie denn retten? Den real existierenden Sozialismus oder was?)

Wenn Sie schon nicht auf Ihre lebenden Kritiker hören wollen, meine Damen und Herren von der Koalition, dann hören Sie doch bitte auf die Toten: Ums Zehnfache ist die Selbstmordrate in den östlichen Bundesländern gestiegen.

(Zuruf FDP: Und die Toten an der Mauer?)

Täglich nehmen sich Menschen das Leben, die nicht gelernt haben, überflüssig zu sein, die ihre Hoffnung und ihren Mut verloren haben, die nicht warten können auf den Aufschwung in acht oder zehn Jahren.

Die Bürgerinnen und Bürger im Osten sind nicht mehr gewillt, ihre Enttäuschung und Verletzung stumm zu ertragen.

(Zuruf CDU/CSU: Schämen Sie sich eigentlich nicht? Bei einem solchen Beitrag würde ich an Ihrer Stelle rot werden! Zuruf SPD: Sie sollten sich schämen, daß Sie das alles nichts angeht!)

Sie gestatten sich endlich ihre Trauer und ihren Zorn und beginnen sich wieder zu wehren. Sie besinnen sich auf ihre Kraft und nehmen endlich ihre demokratischen Rechte in Anspruch. Lassen Sie es nicht soweit kommen, daß friedliche Proteste in Gewalt umschlagen.

(Zuruf CDU/CSU: Das kriegen Sie auch noch hin! Machen Sie so weiter!)

Herr Bundeskanzler, gestehen Sie das Scheitern Ihrer Politik ein, treten Sie zurück und machen Sie den Weg frei für eine Regierung des nationalen Notstandes, in der alle politischen Kräfte dieses Hauses gemeinsam die Verantwortung für Deutschland übernehmen können.

(Zuruf CDU/CSU: Wollen Sie die Mauer wieder haben? Zuruf SPD: Unerhört!)

Berichtigung

Ein sinnentstellender Druckfehler ist uns auf S. 3 der letzten Ausgabe im Beitrag von Heiko Lietz unterlaufen: In Zeile 12 heißt es nicht "Botschaft der Mächtigen", sondern "Botschaft **an die** Mächtigen".

Von der autoritären in die narzißtische Gesellschaft

Teil 1: Konflikte und Krisen beim Übergang in eine neue Gesellschaft

VON DR. MICHAEL FROESE (BERLINER HAUS DER GESUNDHEIT)

Immer wieder werde ich im Westen gefragt, wie denn wir, die ehemaligen DDR-Menschen, mit der jetzigen Situation zurechtkommen. Ob wir uns denn auch der neugewonnenen Freiheit erfreuten, ob wir die große Herausforderung annähmen, unser Leben in Freiheit neu zu verankern und zu gestalten? Wie es uns denn ginge mit den ja wohl ungewohnten demokratischen Umständen, den vielen neuen Annehmlichkeiten des Alltags, den riesigen Einkaufs- und Reisemöglichkeiten, den sehr unterschiedlichen Chancen, Geld zu verdienen.
Oder ob wir nicht manchmal verunsichert seien, irritiert oder leiden würden? Man hat ja von den Schwierigkeiten in den fünf neuen Bundesländern gehört.

Es gibt im neuen Deutschland für neue Zustände neue Begriffe. Zehntausende befinden sich in sogenannten "Warteschleifen". Sie warten auf ihre sogenannte "Evaluation" und die darauf meist folgende "Abwicklung". Diese bedeutet das Aus für die Betroffenen. Und die große Pleitewelle von Betrieben steht erst noch bevor.
Ja, die Stimmung ist schlecht in diesen Tagen, so schlecht war sie bisher noch nicht. Im ZDF-Politbarometer äußern Ende Januar repräsentativ befragte Ostdeutsche eine tiefe Unzufriedenheit über ihre Lage: 82% von ihnen meinen, die Bundesregierung tue zu wenig, um die Schwierigkeiten im Osten überwinden zu helfen. An der Spitze der Liste geklagter Probleme stehen Existenzfragen, Arbeitslosigkeit sowie Lohn- und Gehaltsunterschiede.
In einer SPIEGEL-Umfrage, veröffentlicht in dieser Woche, fallen die Werte noch ungünstiger aus. In wenigen Monaten stieg die Unzufriedenheit über die Folgen der deutschen Einheit auf Seiten der ehemaligen DDR-Menschen beträchtlich. Glaubten im September vergangenen Jahres 75%, im vereinten Deutschland Bürger zweiter Klasse zu sein und es auch noch eine Weile bleiben zu müssen, so sind es im Januar schon 86%. Die Ungeduld der Menschen wächst.
Momentan spitzen sich die Widersprüche zu. Wächst bei den Bundesbürgern die Gereiztheit über nicht enden wollende Kosten, kumulieren im Osten Enttäuschung, Ungeduld und Frustration; sozialer Sprengstoff auf Jahre.
Dabei scheint sich die psychologische Problematik der Deutschen an je unterschiedlichen Positionen festzumachen. Während sich viele autoritätsgewohnte Ostler wegen der fehlenden, enttäuschenden, anders-als-erwartet-bekommenen, politischen, ökonomischen, menschlichen Zuwendung beschweren, wächst bei den Westdeutschen die Gereiztheit über Schwerfälligkeit, Abwartehaltung, fehlende Risikobereitschaft und individuelle Verantwortung ihrer Nachbarn. Die in den Tagen der nationalen Euphorie so leicht phantasierte Integration von Ost und West in Deutschland geht schwerer als gedacht.
In diesem Prozeß fixieren sich Vorurteile und Zerrbilder voneinander. Sehen die ehemaligen DDR-Bürger ihre westdeutschen Pendants in positiver Hinsicht selbstsicher, kompetenter, risikoreicher, durchsetzungsfähiger, werden ihnen aber auch leicht Arroganz, Rücksichtslosigkeit, Kälte und Egoismus bescheinigt. Umgekehrt werden wir oft ehrlich, menschlich, offen, aber schnell auch bequem, unselbständig, ängstlich, rückständig, unzuverlässig und faul gesehen. Im Zerrspiegel meint man individuelle Variationen des autoritären bzw. des narzißtischen Charakters zu erkennen. Oder hat man recht?

Wendeschock

In einer SFB-Fernsehsendung mit dem markanten Titel "Wendeschock" wurde das bekannteste Kabarett Ostberlins, die Distel, zitiert, das zur Zeit einen Sketch bringt, in dem ein Patient seinem Nervenarzt seine Krise beschreibt:
"Meine Wahnvorstellungen sind zwar vorbei, aber jetzt habe ich die Krise, diese Identitätskrise. Ich bin doch jetzt dieser Bundi, nicht wahr. Und solange ich bei uns dieser Bundi bin, also bei den alten Ossi-Bundi, da ist auch alles in Ordnung. Da fühl ich mich wohl und da weiß ich, was ich von jedem zu halten habe. Aber kaum bin ich drüben bei den richtigen echten Bundis, da fühl ich mich wie ein Pinscher, der aus Versehen auf 'ne deutsche Schäferhundausstellung geraten ist. Man will da immer mitbellen, aber es kommt nur ein Kläffen raus ..."

Die Szene entwickelt sich dann so weiter, daß der Nervenarzt seinem Patienten Selbstbewußtsein dadurch verschaffen will, daß er ihn unter anfeuernden Zurufen wie ein Schäferhund bellen läßt. Das will trotz Unterstützung durch den Seelenprofi nicht glücken; mehr als ein Kläffen kommt eben nicht heraus. Das rechtfertigende Argument "Pinscher sind doch auch Hunde" läßt der Doktor nicht gelten. Er treibt seinen Klienten weiter und gibt erst Ruhe, nachdem dieser den richtigen Ton gefunden hat. Und das geschieht erst, nachdem er gegen andere Pinscher anzubellen beginnt.
Die karikierende Phantasie eines Kabarett-Autors? Dieses Bild symbolisiert ganz gut das gegenwärtige Alltagsgefühl vieler Menschen bei uns. Der Prozeß der deutschen Einigung wurde von den meisten zwar begrüßt, insgesamt aber als eine Sturzgeburt empfunden. War "Wahnsinn" zum Codewort der Befreiungszeit geworden, ist der noch immer übliche Spruch "So hatten wir uns das nun nicht vorgestellt!"

Bundesdeutsches Alltagsgefühl vertont ein bekannter Poet so:
"Zweifel ertrinken bei uns im Champagner und dem Kopf hilft Kokain/
die Träume werden leider immer kleiner, nur wer überlebt, ist auch auserwählt/
Umgeben uns mit Kashmir und mit Seide, alle Wünsche sind erfüllt/
Ideale verkauft, Hoffnungen Hirngespinste/ Luxus ist das was uns zusammenhält/
Wir drehn uns um uns selbst, denn was passiert, passiert/ Wir wollen keinen Einfluß, wir werden gern regiert/
Die Lok auf der Hauptstrecke/ Seitengleise stillgelegt/ Warnsignale werden überfahren/
Gehetzt wird jeder, der dem Rausch im Wege steht/ Soll erfüllt: vereint und immer mehr allein
(Grönemeyer, LUXUS 1990)

Dabei hatte alles so hoffnungsvoll angefangen. Im Herbst beginnen viele Dagebliebene in einer Atmosphäre allgemeiner Politisierung, zunächst schüchtern, dann immer mutiger, sich dem politischen Widerstand anzuschließen. Kirchliche Friedensgruppen demonstrieren Basisdemokratie und Gewaltfreiheit für den Umgang mit den noch Mächtigen.

Brandenburger Kurzmeldungen

Die Brandenburger Bürgerbewegungen gründeten eine **kommunalpolitische Vereinigung**. Kontakt über Harald Klaucke: Potsdam 4431 App. 224.

Die Brandenburger Landtagsfraktion Bündnis 90 zog sich im März zu einer dreitägigen **Klausurtagung** zurück. Beraten wurde die weitere perspektivische Arbeit und die stärkere Anbindung an die Bürgerbewegungen. Das bisherige Engagement im Landtag wurde kritisch, aber dennoch als gut bewertet. Fazit von Günter Nooke, Fraktionsvorsitzender B90: "Die Ampelkoalition steht, die CDU-Opposition schwankt".

Bernd Reuter (B90) war als Mitglied der Delegation des Landtags Brandenburg in Israel, um vor Ort Einblick und Verständnis für die Probleme des israelischen und palästinensischen Volkes zu gewinnen.

Polizeipräsident: Manfred Such ist nach wie vor Vorschlag der LT-B90-Fraktion für einen der sechs Polizeipräsidenten.

Ausländerbeauftragte: Almuth Berger ist endlich Ausländerbeauftragte des Landtags Brandenburg. Sie ist der Arbeitsministerin unterstellt.

GEW begrüßt Schulgesetz

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat dem Brandenburger Schulgesetz-Entwurf im Vergleich zu den Bildungsgesetzen der anderen Bundesländer gute Noten erteilt. In einem Offenen Brief an die Mitglieder der Landesregierung und die Abgeordneten des Landtages von Brandenburg lobte GEW-Vorsitzender Dieter Wunder anläßlich einer Landtagsanhörung zum Schulgesetz vor allem den hohen Stellenwert, der dem Elternwillen bei der Bildungsentscheidung eingeräumt wird. Dazu zählen der Verzicht auf Auswahlverfahren nach der 6. Klasse auf dem Weg zu weiterführenden Schulen, die Einführung der Hauptschule und die grundsätzliche Möglichkeit, behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam im Unterricht zu erziehen.
Anerkennung zollt die Gewerkschaft dem brandenburgischen Gesetzentwurf vor allem auch, weil er die Gesamtschule als Regelschule vorsieht.

Donnerstagsdemo in Erfurt

80 000 auf dem Erfurter Domplatz: Wo vor einem Jahr Kohl von 100 000 bejubelt wurde, wird sein Rücktritt gefordert

Noch ist es in Erfurt nicht soweit wie in Leipzig, wo Gewerkschaften, Bürgerbewegungen und Kirchen an einen Tisch gefunden haben und gemeinsam Träger der wöchentlichen Demo sind. Doch auch in Erfurt ist der Ruf nach der traditionellen Donnerstagsdemo laut. Es fehlt nur noch die endgültige Entscheidung des DGB Thüringen. Täglich demonstrieren andere Berufsgruppen (LehrerInnen, KindergärtnerInnen, Bauern, Metaller), um auf wirtschaftliche und soziale Probleme und Mißstände aufmerksam zu machen. Aber eben vereinzelt. Die Donnerstagsdemo kann die Vereinzelung überwinden und Solidarität befördern. Sie ist ein politischer Impuls. Außerdem ist die Misere so komplexer Natur, daß Einzelentscheidungen nichts bewirken, wenn politische und ökonomische Konzepte den Ruin nicht abwenden.
Noch fand diese Demo um 14.00 Uhr auf dem Domplatz statt. So konnten nicht alle Erfurter kommen, denn einige haben noch Arbeit. Es gibt sogar noch Gewerkschafter (ehemals FDGB-Vertrauensfrau), die mit dem Hinweis "Wir haben ja noch Arbeit" Kollegen von der Demonstration abhalten wollen. (Medizinische Akademie Erfurt)
Unter Losungen wie *"Wir sind das Volk; Ostermarsch nach Bonn; Wahlbetrüger zurücktreten; Treuhand, der Tod ist dein Beruf; Wir brauchen Arbeit, Bananen und Kohl haben wir jetzt genug; Weg mit der Treuhand und allen, die an unserer Verarmung verdienen; Kein Vertrauen in die Politiker; Wir grüßen Dich, Margot Honecker; Außen Kohl, innen hohl; Vorwärts und nicht vergessen: Keinem soll es schlechter gehen; 40 Jahre sind genug, wir fordern Arbeit, keinen Betrug; Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht; Vereint, verarscht, verarmt"* und vorgefertigten DGB-Transparenten wurde deutlich gemacht, daß die Wahlversprechen jetzt auch in Erfurt eingeklagt werden. Neben vielen Gewerkschaftsvertretern sprachen auch die SPD, die Bürgerbewegungen und die Kirche.

"Die reden ja auch bloß!"

Die Demonstration hat viele auch enttäuscht. Zu viele Redner, zu lange Reden ohne neue Inhalte durch Westredner, die letztlich doch wieder über die Köpfe der Arbeiter hinwegredeten. So kam es, daß viele Arbeiter schon vor dem Ende enttäuscht gingen. "Die reden ja auch bloß!" Wenn die Gewerkschaften so weiter machen und keine neuen Inhalte bringen und keine weiteren Aktivitäten zeigen, werden die richtigen Forderungen zu sinnentleerten Parolen. Der DGB sieht sich einer Situation gegenüber, die er nicht kennt, die ihm noch nicht geheuer ist. Nämlich politische Verantwortung in größerem Umfange für die Gesellschaft mitzuübernehmen. Für Revolutionen waren sie bisher noch nicht verantwortlich, so daß man sich in diesen Dingen doch lieber an die Bürgerbewegungen und Ostkirchen hält. So waren die Beiträge von beiden erfrischend und wurden auch begeistert von der Menge aufgenommen. Positiv ist zu vermerken, daß keine Polizei aus den alten Bundesländern und kein BGS aufgefahren wurde. Die Polizeigewerkschaft meldete sich zu Wort. Man will wohl bei der nächsten Wende nicht wieder zu spät kommen?
Veit Voigt, Erfurt

die andere
Wochenzeitung für Bürger und Bewegung
6 Wochen zur Probe für DM 10,–
Gegen Vorkasse in bar oder mit Verrechnungsscheck.
Jetzt abonnieren bei:
BasisDruck Verlag GmbH, Leserservice, PF 148, Berlin, O-1058

U K W 103.4 RADIO 100

Keine Rettung für Radio 100?

Freies Radio auf 103,4 MHz vor dem Konkurs

Gut drei Jahre ist es her, daß Radiofans sich aufmachten, in Berlin den Ton anzugeben. Zunächst auf gleicher Welle, aber in getrennten Betten mit Springer, Holtzbrinck und Bertelsmann, gab es erst vier und dann sechs Stunden Radio. Es durfte auch mal "Konterrevolutionäre Propaganda gegen die DDR" (Volksblatt Berlin 2. Februar 88) sein, dieser Schuh des Zentralorgans wurde sich jedoch von der Sendung "Radio Glasnost" nicht angezogen. Übrig blieb jedoch der Vorwurf der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (hinter dem im übrigen immer ein kluger Kopf steckt) vom 3. Februar 88, das Radio habe anläßlich des Reagan-Besuchs die "Randalierer mit gezielten Angaben über die Polizei unterstützt". Seit September 89 wird frech 24 Stunden am Tag gesendet.

Viele Berliner kennen die Frequenz (103,4) in der Nachbarschaft von DT 64 und können sich kaum vorstellen, aufzuwachen und z. B. einmal nicht mehr ihr Sprachrohr für Aktionen gegen den Golfkrieg zu hören.

Zu aktuellen Informationen aus Politik, Kultur, Sport (die Berliner Hochburg von Boris Becker soll dort in der Geschäftsleitung sitzen), Spiel, Spaß und Untergrund tragen das "Morgengrauen" und das "Großstadtfieber" bei. Frauenfunk gibt es in "Dissonanzen", Schwulen- und Lesbenradio in der "Eldoradioshow", und wer den Puls der hungrigen Herzen fühlen und hören will, schaltet sich regelmäßig dienstags um 20.05 ins RoZ (Radio ohne Zensur) ein. Bei "Musik für Langhaarige" (freitags 22.00) kommt schon mal der eine oder andere Kick aus der "guten alten Zeit" wieder ins Gedächtnis.

Unter Kollegen und Fachkennern aus dem gesamten Sendegebiet ist die "Jazz-Zeit" (montags 22.00) eine der besten Jazzsendungen in Deutschland überhaupt.

Genug geschwärmt, kommen wir zurück auf den Boden der Marktwirtschaft. Zu etwa 34% in den Händen der Mitarbeiter gesellen sich 32% "TAZ", "Argument" u. a. alternative Unternehmen sowie das "Neue Radio Berlin". Seit gut einem Jahr soll das Radio verkauft werden, da die Erlöse nicht die Kosten decken. Keiner weiß oder will sagen, wie hoch diese nun tatsächlich sind. Die Geschäftsführung gibt nicht einmal den Mitarbeitern Auskunft. Schätzungen richten sich nach Erfahrungen des süddeutschen Radio "Dreyecksland" und belaufen sich auf ca. 120.000 harte DM im Monat.

Einem Konkurs steht wohl der Verzicht bzw. Verlust aller Mitarbeiteranteile und Löhne von vielen Monaten gegenüber, denn gearbeitet wird z. T. bis zur Selbstausbeutung. Also Löhne und Anteile retten und das Radio verkaufen? Dem steht der baldige Verlust der Identität als Alternativradio gegenüber.

Wie also weiter?

Um die Identität zu erhalten und zu gewährleisten, daß es auch in Zukunft alternatives Radio in und um Berlin gibt, müssen unserer Meinung nach, und dieser Meinung sind auch Marianne Rosenberg, Rosa von Praunheim, Kala Schnikow, Lothar Bisky, Marianne Enzensberger und die HörerInnen-Initiative zur Rettung von Radio 100, eben wir, die HörerInnen, Abos übernehmen. Daher RETTET RADIO 100 JETZT. Monatliche Daueraufträge am besten ab vorgestern auf Konto:

Marc Förster, "Sonderkonto" Nr. 463489-103, Postgiroamt Berlin, BLZ 100 100 10

Der Bath ist ab

Berliner Landesschulrat Bath pensioniert

Mit "Freude und Erleichterung" hat die Projektgruppe "Menschenrechte für Kinder" der IFM die Nachricht von der Pensionierung des Berliner Landesschulrats Herbert Bath zur Kenntnis genommen. Jahrzehntelang habe Bath seinen Machttrieb auf dem Rücken der Berliner Schüler und Schülerinnen ausgetobt. Unter seiner tatkräftigen Anleitung sei vielen Kindern und Jugendlichen, die sich z. B. in Schülerzeitungen und Schülervertretungen für eine Demokratisierung der Schulen einsetzten, das Rückgrat gekrümmt worden. Ebenso wurden Lehrerinnen und Lehrer, die die Schulen zu Orten freier Diskussion gestalten wollten, von ihm schikaniert.

Der von Herrn Bath bevorzugte Erziehungsstil hat nach Auffassung der Projektgruppe bewirkt, daß sich die Westberliner Schulen von denen des Umlandes im wesentlichen nur durch ihre Gliederung und politische Schattierung unterschieden, während ihnen ein wesentliches Ziel - die Erziehung zum Untertanen - gemeinsam war.

Herrn Bath sei es nun nicht mehr möglich, die Ansätze demokratischer Schülermitbestimmung, die sich in Ostberlin seit dem Herbst 89 herangebildet haben, weiter zu zerschlagen. Es bleibe zu hoffen, daß sein Nachfolger für die Notwendigkeit einer emanzipatorischen Entwicklung des Erziehungsbereichs mehr Verständnis aufbringen wird.

Die Projektgruppe "Menschenrechte für Kinder" trifft sich dienstags um 17 Uhr im Haus der Demokratie, Raum 208.

links

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch.

Ich bestelle
○ 1 Probeexemplar (kostenlos)
___ Ex. *links* vom .....
(Einzelheft 6,– DM)

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

***links*, PF 10 20 62, 6050 Offenbach**

Der DDR-Bürger läßt sich leicht korrumpieren

Mit der Maueröffnung findet die kaum begonnene friedliche Revolution ein jähes Ende. Die durch das bedrohlich aufmarschierende Volk unter Druck geratene Krenz-Regierung zieht die Notbremse. Und es funktioniert. Zur befürchteten Abrechnung mit den Mächtigen kommt es nicht und ist es ja bis heute nicht gekommen.
Der Bundesregierung kam der Schritt wenn auch recht früh, so doch zupaß. Der DDR-Bürger läßt sich leicht korrumpieren. Der arme, eingesperrte, lange darbende Häftling darf endlich ins gelobte Land.
H. J. Maaz hat vom chronischen Mangelsyndrom gesprochen, das den durchschnittlichen DDR-Bürger beherrscht. Die Beschreibung zielt auf die objektive, durch jahrzehntelange materielle Deprivation produzierte allseitige Mangellage ebenso wie auf das im autoritär-sozialistischen Staat sozialisierte, depressiv-zwanghafte Bedürfnisniveau breiter Kreise der Bevölkerung. Zwischen den Herrschenden und den Beherrschten gab es folgenden unausgesprochenen Konsens: Wenn ihr uns in Ruhe regieren laßt, dann bekommt ihr euren moralischen Bonus und eure Nische!
Die aggressiv gehemmten, oral begierigen Ostbürger wählen die angenehmere Alternative. Mit schillernden Versprechungen rechter Politiker gespickt, treten sie an die Wahlurnen und besiegeln ihr Schicksal. Während das Volk seine Wut auf die Büttel der Macht kanalisiert, kann sie die eigene Geschichte belassen und emsig in die Zukunft schauen. Kollektiver Ichverlust, in dem man vorher lebte, wird mit Hilfe solcher Projektionen fortgesetzt. Zur individuellen Betrauerung eigenen Mitmachens bleibt keine Zeit. Alte Abhängigkeitssüchte bleiben unbenannt. Die unbewußte autoritäre Verehrung der Elternfiguren wird durch massenhafte Unterwerfung unter die Machtinstanzen der bürgerlichen Demokratie abgelöst. Wohlstand, Markt und Geld heißen die neuen Autoritäten.

Von jetzt an sehe ich in der psychologischen Praxis Identitätskrisen der verschiedensten Art. Zu Anfang dominieren zwei Beschwerdebilder. Die Geängstigten mit dem schlechten Gewissen, sich mit der alten Macht eingelassen zu haben, deren Wertezerfall, Gekränktheit und Verlassenheitsgefühle. Und die Trauernden, denen ein Bewußtsein ihrer verlorenen Jahre, nicht gelebter Möglichkeiten und betrogenen Lebenschancen erwächst.
Eine Zeitlang spielen besondere Ängste vor Abrechnung und Bestrafung eine Rolle. In den Medien überschlagen sich die Meldungen über die Schweinereien der alten Machthaber. Jahrelang unterdrückter Haß bricht sich Bahn. Es kommen mehr Menschen in die Psychotherapie, die sich real bedroht fühlen, die vor Abrechnung Angst haben. Stasi-Mitarbeiter und Genossen gehen angstschlotternd umher. Wirkliche Klärungen und berechtigte Anklagen sind von projektiven Schuldzuweisungen schwer zu unterscheiden. Da nahezu alle sozialen Schichten kollektive Verdrängung praktizieren, werden Ersatzobjekte gesucht. Auf tieferer Ebene bietet sich die Stasi als Sündenbock für alle an. Ex-Mitarbeiter sind oder fühlen sich als Zielscheibe.
Selten, viel seltener als erwartet, kommen Menschen, um sogenannte Trauerarbeit zu leisten, also um die problematischen Verstrickungen mit der Vergangenheit zu hinterfragen. Das machen die Ehemaligen mit sich ab. Dazu geht man bei uns nicht zum Psychotherapeuten. Hier und da ist ein gutwilliger Genosse dabei, ehemalige Stasi-Mitarbeiter kann ich an einer Hand abzählen. Und diejenigen, die kamen, kamen erst in jüngster Zeit und dann nicht mit dem Anliegen, Vergangenheit zu bewältigen, sondern aktuelle Probleme zu lösen.
Mehr leiden dagegen andere. Die beispielsweise, die ihre Arbeit verloren oder leichtfertig aufgegeben haben, diejenigen, die vor dem Westen Angst haben, oder solche, die aus verschiedenen Gründen dort scheitern.
Insgesamt entsteht der Eindruck, daß man im alten Osten ganz gut schimpfen und projizieren konnte: "Ich kann ja nicht, weil...". Jetzt gibt es im Unterschied hierzu eine fast völlige Umkehrung: "Wenn du etwas nicht kannst, bist du und nur du Schuld!" Das neue System belastet das System mit erheblichen Personalisierungen, bei erheblich geringeren Solidaritätsbedingungen.

Jetzt beginnt ein langer Marsch.

Für die Ostdeutschen jedenfalls, die in vielem von vorn anfangen müssen. Ihr System war das falsche. Sie dürfen, ja sie müssen von Grund auf umlernen. Ihre westdeutschen Schwestern und Brüder erleben da eher einen Bestätigungseffekt: Im Westen gelebt zu haben, war richtig. Es war die rechte Seite, das bessere System und trotz mancher Probleme eine Position kultureller Überlegenheit. Das verleiht vielen ein Gefühl von Sicherheit, Wohlbehagen, nicht selten auch von Selbstgefälligkeit und Arroganz. Jedenfalls sieht man es so mit dem Auge des Ostlers, der noch längere Zeit mit den Gefühlen zu tun haben wird, die aus seiner minderen ökologischen, ökonomischen und politischen Situation resultieren.
Integrationen werden Zeit brauchen. Alteingesessene Bundesbürger werden noch länger übersiedelnde Ostdeutsche auf Distanz halten. Wir-Gefühle artikulieren sich bei den Alten zunächst gegenüber den Zugereisten. Da halten Konservative und Progressive erstaunlicherweise zusammen. Bangen die einen um Wohnungen und Arbeitsplätze, fürchten sich die anderen vor einer Stärkung des rechten Wählerpotentials. Und die Ostler, ob als Übersiedelnde oder als Bleibende, sehen zu, ihre Situation zu bessern, indem sie das Ihr-Deutsch-Sein sowohl gegenüber den Eingesessenen als erst recht gegenüber den Nicht-Deutschen ins Spiel bringen.
Kein Wunder, daß sich die Ehemaligen nach einer SPIEGEL-Umfrage (19.11.90) doppelt so sehr und ganz anders als ihre westlichen Verwandten sorgen. Gehen den Westlern Drogen, Luft- und Wasserverschmutzung, die Bedrohung der Gesundheit und die chemische Belastung von Lebensmitteln an die Nieren, machen sich die Ossis über ein Anwachsen von Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Drogenkonsum und Gewalt Sorgen. Das alles sind natürliche Symptome. Es sind Oberflächenphänomene dafür, daß trotz Einführung der Deutschen Mark und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung die Marktwirtschaft noch nicht greift. Der große ökonomische Strukturwandel ist bisher nicht vollzogen. Nehmen Sie als Beispiel das Telefonieren. Hier hat sich außer der Erhöhung der Grundgebühren bisher kaum etwas verändert.
In der nächsten Ausgabe:
Teil 2: Was muß sich bei uns ändern?

Argon-Verlag Berlin, 256 S., 19,80 DM

Tempo 30 in Mecklenburg ist zu langsam

Westliche Eindrücke aus einem anderen Deutschland

Wer von einem der alten Bundesländer in eines der neuen fährt, fährt immer noch in ein anderes Land. Vor allem mit der Eisenbahn.

Auf dem Bahnsteig von Eutin hatte es sich als schwer erwiesen, einen Bahnbeamten zu finden. Eutin gehört zu Schleswig-Holstein, einem alten Bundesland, und dort unterscheiden sich heutzutage die Bahnhofsvorsteher in nichts mehr von ihren Passagieren. In meiner Jugend war ein Bahnhofsvorsteher ein stolzer Mann, eine Amtsperson, die eine weithin leuchtende knallrote Mütze sowie als eine Art von Zepter die Abfahrtskelle sichtbar in der Hand trug. Nach einer derartig würdevollen Figur hielt ich vergeblich Ausschau. Erst als der Zug, nach dem ich mich erkundigen wollte, einlief, bemerkte ich, daß ein in saloppes Zivil gekleideter Mensch plötzlich eine Trillerpfeife an den Mund setzte. Wir Älteren glaubten immer noch, jeder deutsche Beamte müsse so etwas wie eine Uniform anhaben.

Das trifft auch noch zu, sobald man die Grenze erreicht hat, die zwar keine mehr ist, aber sich doch noch deutlich bemerkbar macht. Mauer und Zaun sind bei Herrnburg abgetragen bis auf einen leicht übersteigbaren Rest, und statt mit Hammer und Zirkel wird der Reisende von einem glau-gelb-roten Mecklenburger Fähnchen begrüßt. Aber überall, in Lüdersdorf, Schönberg, Lenzendorf, Grieben, Grevesmühlen, Plüschow, Bobitz, Bad Kleinen, wo immer der Zug hält - und er hält mehr, als daß er fährt -, sieht man noch deutsche Stationsvorsteher in blauer Uniform mit seltsam geschnittenen Hosen - keine paßt richtig - und roter Schirmmütze einherstolzieren. Was auch für die Frauen gilt, denen die roten Mützen eigentlich viel besser stehen als ihren männlichen Kollegen.

Den nostalgischen Eindruck verdirbt allerdings jener Schaffner, der die Fahrkarten kontrolliert, wortlos, mürrisch, finster blickend, mit herabgezogenen Mundwinkeln. Er kommt mir bekannt vor, wenn auch in anderer, grüner Uniform. Die Wende scheint sich überhaupt bis hier nur unvollkommen herumgesprochen zu haben. Ich habe das deutliche Gefühl, daß er meine Frau und mich im Verdacht hat, etwas Ungebührliches zu planen, weil wir Westfahrkarten haben. Er mustert uns skeptisch, zieht dann aber achselzuckend weiter.

Aber tun wir ihm kein Unrecht. Er ist nicht der einzige, der so etwas wie latente Feindseligkeit spüren läßt. Was so bedrückend über dem Land hängt, das quälend langsam vorbeistreicht, ist weniger die Verfallenheit der alten Bauten noch die absurde Häßlichkeit der neuen, die die schöne Gegend verschandeln, sondern eine allgemein spürbare Unzufriedenheit, ein griesgraugrämiger Alltag, der die anfängliche Wiedervereinigungseuphorie nachhaltig verdrängt hat.

Nun ja, wir waren aufgeschreckt, kamen wir doch, wie gesagt, aus Eutin. Und die besorgten Eutiner hatten einen Altbürgermeister in ihre neue Patenstadt geschickt, nach Putbus auf Rügen, einen reizenden Ort, den ich vor kurzem hier in diesen Spalten vorgestellt habe. Friedrich Knutzen, dies sein Name, ist in Putbus zeitweilig ansässig geworden - eine gute Methode, den neugewählten Partnern näherzukommen. Was er dann allerdings bei einer Stippvisite in Ostholstein vor der Presse äußerte (im "Ostholsteiner Anzeiger" getreulich verzeichnet), ließ uns die Haare zu Berge stehen.

...werden noch im Sommer die Städte brennen

In Schwerin erzählte ich es einem Freund, der uns abholte. Was Eutins Altbürgermeister berichtet hatte, konnte er bestätigen. Das Bild des Westdeutschen wird "drüben" von jenen Leuten geprägt, die auf persönlichen Nutzen aus sind. Knutzen wörtlich: "Einzelne 'Gauner' aus der Bundesrepublik werden für die ganze Bundesrepublik angesehen, und die 'sozialen Errungenschaften' der DDR erhalten einen nicht gerechtfertigten Stellenwert." Die Enttäuschung, so der "Ostholsteiner", gehe so weit, daß sogar die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik angezweifelt werde. "Das Recht gilt nur für Bürger der Bundesrepublik, nicht für die der ehemaligen DDR."

"Tja", kommentierte mein Freund, der vierzig Jahre lang als "Amerikaner" in der DDR nur eine beschränkte, auf persönliche Tüchtigkeit beruhende Karriere machen konnte, "es geht eben alles viel zu langsam. Wir haben uns die Entwicklung hier schneller vorgestellt."

Er führte uns zu seinem Wagen, einem 21 Jahre alten Skoda: "Ich habe ihn penibel gepflegt all die lange Zeit hindurch und er fährt immer noch 30!" Es klang ein bißchen gewiß berechtigter Stolz in seiner Stimme. "Dreißig was?" fragte ich verdutzt, "Stundenkilometer?"

So war es. "Immer noch mehr Tempo, als wir beim Zusammenwachsen vorlegen", grinste er und fuhr los.

Tatsächlich hat sich wenig oder nichts geändert seit meinem letzten Aufenthalt vor zehn Jahren, stellte ich fest, während wir also im Tempo 30 durch Schwerin zockelten - für Besichtigungsfahrten übrigens eine nicht einmal unpassende Geschwindigkeit. Das Schloß ist immer noch zur Hälfte eingerüstet, die Altstadt inzwischen wiederaufgebaut, wenn auch in Plattenbauweise, was ihre endgültige Zerstörung besiegelt. "Na, immerhin...", so mein Freund, "ihr Wessis habt eben andere Maßstäbe. Wir haben getan, was wir konnten...!"

Er bestimmt. In seiner winzigen Wohnung im Neubauviertel (Mietpreis: 65 DM im Monat) erzählt er von seinen Zukunftssorgen als Pensionär. Wird die karge Rente steigen - karg, weil er nicht in der Partei war? Das Gehaltsniveau liegt bei 40 Prozent der Bundesrepublik, was die Fachkräfte in den anscheinend immer noch goldenen Westen abwandern läßt, aber keine dringend benötigten Fachleute aus dem Westen anzuziehen geeignet ist. Ich zitiere nochmals Knutzen: "Es ist unerträglich, daß im Einigungsvertrag die Eigentumsverhältnisse nicht überschaubar und endgültig geregelt worden sind, wobei nach dem Grundgesetz eine entsprechende Entschädigungspflicht selbstverständlich ist." Die Unsicherheit wird langsam unerträglich. Einziges Zeichen einer Art von Normalisierung: auf den Schweriner Museumstreppen wurde gegen diese Situation mit Transparenten und Lautsprecherreden protestiert (nicht, wie ich zunächst annahm, gegen den Golfkrieg).

Als wir mit dem Bummelzug über Lübstorf, Bad Kleinen und an der Mecklenburger Fahne in Grieben vorbei zurückfuhren, ging die Sonne im Westen blutrot unter. Unwillkürlich mußte ich an Knutzens Gespräch mit einem, wie er ihn nannte, "ernstzunehmenden Partner" denken, der gesagt haben soll: **"Wenn die Chance dieser letzten Minuten vertan wird, werden noch im Sommer die Städte brennen."**

Man sollte öfter rüberfahren, häufiger mit denen "drüben" ins Gespräch kommen, nicht alles immer nur der langsam mahlenden Bürokratie überlassen. Tempo 30 ist auf die Dauer doch wohl zu langsam. *N. Wendevogel, Tagesspiegel*

Ein "Bündnis 2000"

Im Vorfeld des Grünen-Parteitags (Ende April) plädiert Wolfgang Bödefeld für ein "gemeinsames Haus einer grünen Gesamtbewegung", in dem die Erfahrungen der Bürgerbewegungen gebührend Raum finden.

Die Gründung der GRÜNEN konnte zu Beginn mit sehr viel Erfolg geschehen, da sie getragen war von einem historischen Impuls, von einem Schritt in der Entwicklung des Kollektivbewußtseins, einem Schritt in unserem Selbstverständnis als Mensch. Dies fand zunächst Ausdruck in der allgemeinen Annahme unserer ökologischen Verantwortlichkeit, und die GRÜNEN waren die ersten, die in größerem Umfang dies an den Tag brachten und einforderten. Jedoch war dieser Impuls letztlich sehr viel umfassender, und die GRÜNEN standen insgesamt dafür als einer der Hoffnungsträger.

In dieser unausgesprochenen Hoffnung und mit großem Engagement kamen dort sehr viele zusammen. Andere warteten, ob diese Erwartungen sich erfüllen würden:

- als Partei: ja, breite Akzeptanz der Politik bis hin zu deren Übernahme durch die anderen Parteien;
- als Partei, die jedoch das bisherige Parteien-Verständnis als Interessenvertretung überwinden sollte: ja, auch das wurde geleistet;
- als Träger eines neuen Kulturimpulses: nein, das wurde nicht geleistet, nirgendwo. Es kam die Restauration. Ohne diesen Schritt in unserem Menschsein zu erbringen und bloß als eine Partei blieben die GRÜNEN in ihrem 10%-Gefängnis und verloren dann letztendlich die Wahl im Dezember.

In der Hoffnung auf einen solchen kulturell neuen Impuls haben viele lange gewartet - und sind ihnen dann nicht beigetreten. Andere waren mit viel Idealismus und Engagement am Beginn mit dabei - und sind dann ausgetreten. Sehr viele waren das.

Der Autor dieser Gedanken ist zwei Tage nach der (verlorenen) Wahl Mitglied geworden, in der Hoffnung: Jetzt oder nie! - Entweder die GRÜNEN schaffen jetzt in dieser Situation des Scherbenhaufens die wirkliche Besinnung und die Öffnung und den Anfang zu einem Neuen, oder sie gehen einen der beiden anderen möglichen Wege, als sozial-ökologische Reformpartei oder in die Bedeutungslosigkeit.

Gelingt demgegenüber jedoch der Beginn eines Neuen, gelingt es uns, den ursprünglichen Hoffnungen und der historischen Möglichkeit entgegenzugehen, was sind dann die Strukturen, in denen dieses möglich wird?

Zunächst ist das Gesamte, was hier gefordert ist, mehr als nur eine neue Partei. Hinzukommen muß eine Ebene und ein Raum der Besinnung, und es will die Zukunft auch in Form unserer eigenen, initiativen Lebens-Modelle gestaltet sein:

Neue politische Kultur

Der Beginn eines Neuen kann natürlich zunächst in dem bereits Bestehenden erfolgen, der Partei. Und der Begriff hierzu kommt uns aus der vormaligen DDR, von den Bürgerbewegungen: "Neue Politische Kultur". Politik als Kultur, nicht mehr nur lediglich als ein Mittel um eines Ergebnisses willen; sondern wir richten uns ebenso auf sie selber und kultivieren sie zu einem Ausdruck unseres Seins und unseres Verständnisses von Menschenwürde, Freundschaft, Wahrheit und Gerechtigkeit: der runde Tisch, die Kultur des Gesprächs, die Akzeptanz des anderen, die Akzeptanz unterschiedlicher Interessen als die unterschiedlichen Bausteine zu einem gemeinsamen sozialen Organismus, das Streben, über das Eigeninteresse hinweg aus der Sicht dieses gemeinsamen Ganzen her Politik entwerfen zu wollen.

Zur Politik hinzukommen muß eine Ebene, ein Raum der Besinnung. - Weshalb machen wir diese grüne Politik und nicht eine andere? Aus welchem Grund treffen wir die jeweiligen Entscheidungen, aus welchem Grund sind wir überhaupt Grüne? Dies ist eine Frage nach unserem eigenen Bewußtsein und nach dessen Grund. Und nur wenn wir diese Frage immer wieder auch an uns selber richten, können wir verstehen lernen, aus welchem Grund die Anderen anders sind - und wie die Brücken zu ihnen gebaut werden können.

In der Vergangenheit hat die Erfordernis zu einer solchen Ebene der Besinnung keine allgemeine Zustimmung gefunden und auch keinen Raum innerhalb der Grünen. Dieser Mangel hat seine Konsequenz gehabt auch in unserem politischen Ausdruck; und er konnte nicht verborgen bleiben, war dies doch Teil unserer Vision einer neuen Gestalt unseres Menschseins gewesen, die zur Gründung der Grünen geführt hatte.

Bürgerinitiative als Lebensmodell

Und ebenso hinzukommen muß das gelebte Sein, das initiativ von uns selber erbrachte Lebens-Modell, die Bürgerinitiative. Was ist das für eine Bewegung, die einzig nur für die anderen Menschen ihre Politik entwirft? Es käme vielmehr darauf an, darüber hinaus das Neue als Modell selbst in die Welt zu setzen und zu leben: neue Schulen, neue Wohn- und Betriebsmodelle usw. Auch wäre es wichtig, von finanzieller Zuwendung unabhängige, sich selbst tragende Unternehmen zu haben. Ein Aufeinander-Zugehen zu gemeinsamen Aktivitäten, zu Bürgerinitiativen ist hier also gefordert; neue Bäume pflanzen in dem verdorrten Gefilze. Dies auch im Privaten. Hier hinzugehörig ist auch das Forum, das öffentliche Gespräch zwischen der Politik und den Menschen, der Kunst und den Menschen, der Publizistik und den Menschen - und untereinander.

Die Partei, die Ebene und der Raum der Besinnung (die "Akademie") und das Lebens-Modell, die Bürgerinitiative, dies wäre also das Gesamte, um das es hier geht.

Unterschiedliche Räume eines Ganzen

Nun darf man jedoch nicht den Fehler machen, diese drei unterschiedlichen "Fakultäten" allesamt in die Partei hineinstopfen zu wollen. Jedes einzelne hat seine eigene Gesetzlichkeit, unter der es steht, und diese muß eigens für sich bleiben und getrennt von den anderen. Es macht keinen Sinn, als Partei auch Bürgerinitiative sein zu wollen und umgekehrt. Partei und Bürgerinitiative haben ihre je eigene Gesetzlichkeit und würden durch das Hereinspielen der anderen nur behindert. Das gleiche gilt für die "Akademie".

So finden wir also die Erfordernis unterschiedlicher Arbeitsbereiche, die sich jedoch als Organe eines gemeinsamen Ganzen verstehen: die unterschiedlichen Räume einer Grünen Gesamtbewegung. Hierhin gehört auch die 'Rotation'. Es macht in höchstem Grade Sinn, nicht völlig abgekoppelt allein nur 'Politiker' zu sein, sondern eine wesenhafte Rückverbindung haben zu müssen zur Bür-

gerbewegung und zu einer Fakultät der gemeinsamen Reflexion und Besinnung.
Dieses Gesamte klingt nun sehr umfangreich. Das mag sein: Aber erstens wäre es vordringlich wichtig, daß die Strukturen hierfür geschaffen werden, und dann kann man klein anfangen, und dies wird dann wachsen. Und zweitens muß dieses gemeinsame Haus mit den unterschiedlichen Räumen nicht erst mühsam geschaffen werden, sondern es ist bereits da. Es ist bereits da, wenn man die Bürgerbewegungen der vormaligen DDR mit in Betracht zieht. Wenn man dann dieses Gesamte betrachtet, wird deutlich, daß dies bereits eine derart in sich differenzierte Gesamtbewegung mit den verschiedenen Räumen ist. Die Ideal-Situation ist de facto bereits da, wir brauchen sie nur als solche zu ergreifen und zu realisieren.
Dies so zu sehen und zu realisieren und jetzt die Chance zu ergreifen und eine gemeinsame, aber arbeitsteilige Gesamtbewegung zustande zu bringen, wäre die historische Aufgabe der jetzt anstehenden Struktur- und Bündnisverhandlungen. Ein gemeinsames Haus aller neuen Kräfte gilt es jetzt auf den Weg zu bringen, ein BÜNDNIS 2000, das in den wieder auflebenden Impulsen zu einem neuen Schritt in unserer kulturellen Entwicklung insgesamt dann auch "mehrheitsfähig" sein könnte.

Stadtwerke in der Ex-DDR

Öko-Institut macht den Ost-Kommunen Mut

Die Kommunen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sollten unbedingt eigene Stadtwerke aufbauen. Mit diesem Rat stellt sich das Freiburger Öko-Institut auf die Seite der Ost-Kommunen, die mit der Berliner Treuhandanstalt und westdeutschen Konzernen über die Struktur der Stromversorgung zwischen Ostsee und Erzgebirge streiten. Die "grünen" Wissenschaftler verweisen darauf, daß Stadtwerke schon kurzfristig Gewinne abwerfen. Ferner stellten sie "die kostengünstigste Form regionaler Beschäftigungspolitik" dar.
West-Firmen haben sich über den sogenannten Stromvertrag jeweils 51 Prozent an den 15 Regionalversorgern in der Ex-DDR gesichert. Die restlichen Anteile sind für die Kommunen reserviert, sozusagen als "Entgelt" für lokale Kraftwerke und Netze. Die hatten bis Anfang der fünfziger Jahre den örtlichen Stadtwerken gehört, wurden dann aber enteignet. Gemeinden wie Leipzig, Dresden, Potsdam oder Erfurt beharren nun auf der Wiedererrichtung der Stadtwerke und verlangen die Rückübertragung ihres früheren Besitzes. Einen Kompromiß, der Stadtwerke in gemeinsamem Besitz von Westkonzernen/Regionalversorgern und Kommunen vorsieht, lehnen sie ab.
Seine Einschätzung stützt das Öko-Institut auf ein Gutachten zur Situation in Dresden. Die ökonomischen und rechtlichen Ausgangsbedingungen für den Aufbau eigener Querverbundunternehmen, die außer Strom auch Fernwärme und Gas anbieten, seien außerordentlich günstig. Dresden habe Anspruch auf die "unentgeltliche Übertragung" der früheren Netze und Anlagen. Schon im ersten Jahr sei mit einem Überschuß von sechs Millionen Mark und Einnahmen aus Konzessionen von 42 Millionen zu rechnen. Mitte der neunziger Jahre wäre ein Gewinn von 80 Millionen drin.

Zudem könne der Ausstoß von Stickoxid um 75 Prozent, der von Schwefeldioxid um 85 Prozent innerhalb der kommenden 15 Jahre gedrückt werden, falls das vom Öko-Institut erarbeitete Energiekonzept (Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmesanierung an Gebäuden) verfolgt werde. Die westdeutschen Konzerne will das Institut auf keinen Fall an den Stadtwerken beteiligt wissen, weil dann ein Abnahmezwang bestehe. Dies beschränke jedoch die Chancen von lokalen Versorgungskonzepten. *ptz*

MAHLZEIT!

Verbraucherzeitung für Umwelt, Landbau und Ernährung

Das Interesse an gesunden Lebensmitteln ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Immer mehr Unternehmen werben für ihre Produkte mit klangvollen Bezeichnungen "aus ökologischem Anbau", "biologisch", "naturgemäß" oder "rückstandskontrolliert". Aber nicht alle "Bio"-Lebensmittel halten, was sie versprechen. In Deutschland ist "Bio" eine wenig aussagekräftige Vorsilbe geblieben. Sind Verbraucher also vollkommen orientierungslos? Keineswegs! Seit 1983 ist in den Naturkostläden die Kundenzeitschrift **Mahlzeit!** erhältlich. Der Untertitel "Verbraucherzeitschrift für Umwelt, Landbau und Ernährung" verdeutlicht, worum es in dieser Zeitung geht.
Die **Mahlzeit!** setzt sich für eine bessere Qualität unserer Lebensmittel ein und fördert die Zusammenarbeit zwischen Landwirten, Handel und Verbrauchern im Naturkostbereich. Das bedeutet nicht, daß sich diese Zeitung keine kritischen Stellungnahmen leistet. Im Gegenteil! Das Vertrauen der Verbraucher kann auf Dauer nur gewonnen werden, wenn in einer öffentlichen Diskussion Probleme der Qualitätsarbeit und -sicherung im Naturkosthandel benannt und zukunftsweisende Alternativen erarbeitet werden. Die **Mahlzeit!** bringt Hintergrundinformationen über die neuesten Entwicklungen bei den Anbauverbänden des ökologischen Landbaus und kommentiert ihre Arbeit kritisch.
Unsere Lebensweise wirkt sich oft auf die Umwelt und die Lebensbedingungen in der sogenannten 3. Welt negativ aus. Ein verantwortungsbewußter Konsument bemüht sich, die wirtschaftlichen, umweltpolitischen und sozialen Zusammenhänge bei der Nahrungsmittelproduktion zu durchschauen und ganzheitliche Aspekte bei seinem Kaufverhalten zu berücksichtigen. Die **Mahlzeit!** versucht jeden Monat durch interessant aufbereitete Informationen über Vollwertkost, praktische Rezepte und Produktinformationen gangbare Wege für einen ökologisch und sozial ausgerichteten Konsum aufzuzeigen.
Bezug und Probeexemplare gegen Einsendung von 2,40 DM in Briefmarken: **Mahlzeit!** Luisenstr. 98, 4150 Krefeld. Ein Abonnement kostet 25 DM im Jahr.

Zähneknirschende Akzeptanz

Tom Minnes (USA) antwortet auf Dorothea Hoecks Argumente gegen den Golfkrieg

Frau Hoeck ordnet ihre Ausführungen nach Argumenten ("Es wird argumentiert...") für die Notwendigkeit dieses nunmehr beendeten Krieges, die sie der Reihe nach zurückweist. Die Urheber dieser Argumente werden nicht genannt, aber man darf annehmen, daß es "Realpolitiker" gewesen sind, die diesen Krieg (und die meisten anderen Kriege) eben nicht als "Krieg gegen die Zivilbevölkerung und Soldaten aller beteiligten Länder und gegen die gesamte Menschheit" (Thüringer Pfarrerinnen und Pfarrer) verstehen, sondern als eine Auseinandersetzung, in der die eine Seite die bessere Sache vertritt und die andere Seite die schlechtere. Der "realpolitisch" Argumentierende, sofern er kein gewissenloser Zyniker ist, nimmt dann Partei für die bessere Sache. Die Thüringer Pfarrerinnen und Pfarrer sehen den Krieg und speziell den Golfkrieg als eine generelle Menschheitsgeißel wie Kinderlähmung oder Aids oder die Sünde selbst, die Gerechte wie Ungerechte zerstampft und verschlingt. Es gibt wohl solche Kriege, vielleicht den Ersten Weltkrieg oder den Iranisch-Irakischen Krieg der 80er Jahre, wo die einzig mögliche Parteinahme besagt, daß mein Stamm für die bessere Sache einsteht, weil er **mein** Stamm ist. Aber der Golfkrieg fällt nicht in diese Kategorie. Die Argumente "für" den Golfkrieg sind stärker als die Argumente gegen ihn als Menschheitsgeißel, weil die bessere und die schlechtere Sache jeweils klar erkennbar waren und die schlechtere Sache reichlich verdiente, unterzugehen.

Frau Hoeck listet die richtigen Argumente "dafür" auf, aber ihre Gegenargumente leiden unter der Menschheitsgeißel Sehweise und verwischen die Sachverhalte. Die Verteidigung Israels ist für mich das entscheidende Argument "dafür" gewesen. Frau Hoeck benutzt das viel zu große Wort "Völkermord", die Iraker haben wohl zehn Tote in Israel zu verantworten, aber die Tatsache bleibt, daß Israel akut bedroht war. Israel hat viel an Attraktivität verloren, aber wenn man sich die nunmehr vier Jahrzehnte währende existentielle Bedrohung wegdenkt, bleibt strukturell und kulturell das Beste zurück, was die westliche politische und gesellschaftliche, intellektuelle und religiöse Werteskala kennt. Das verdient unsere Solidarität. (Frau Hoecks Hinweise auf "Völkermord" an Kurden und "Assyrern", an Irakern und Kuweitis verwirren nur und haben nichts mit der Verteidigung Israels zu tun.)

Das zweite Argument "dafür", das Frau Frau Hoeck entkräften möchte, besagt, daß Iraks Militärmacht so angewachsen war, daß sie an sich gefährlich geworden war und gebrochen werden mußte. Die viertgrößte der Welt soll sie gewesen sein, und sie hielt gerade sechs Wochen und tötete gerade hundert Amerikaner. Es stimmt schon, was Frau Hoeck sagt, daß die Iraker selbst das vornehmliche Opfer ihrer eigenen Entwaffnung gewesen sind, aber das ist kein Argument gegen die Notwendigkeit ihrer Entwaffnung. Sie merken, ich spreche hier von den Irakern und nicht vom Diktator. Frau Hoeck geht von der Unschuld des Volkes aus, aber ein bewaffnetes Volk ist nicht unschuldig, wenn es zuläßt, daß die Waffen zu Mord und Raub benutzt werden, und wenn ihm von einem noch so verruchten Diktator befohlen wird.

Und das dritte Argument "dafür", das Frau Hoeck nicht gelten lassen will, ist, daß der Bruch des Völkerrechts in der irakischen Annexion Kuweits den Krieg rechtfertigt. Es bestehe ein zu großes Mißverhältnis zwischen Mittel, "Genozid an drei Völkern", und Zweck, der Befreiung eines Landes, von dem "ohnehin zu erwarten" sein, daß es "unbewohnbar sein wird". Kuweit als **casus belli** beflügelt nicht meinen Sinn fürs Höhere, aber man kann dem Autodieb, der das gestohlene Auto zu Schrott fährt, den Wagen obendrein nicht noch schenken, weil er sowieso zu nichts mehr zu gebrauchen ist.

Völkermord?

Frau Hoeck benutzt viel zu leichtfertig das Wort "Genozid" oder Völkermord. Der einzige anvisierte Völkermord in diesem Krieg sah Israel als Mordopfer vor. (Vielleicht entging mir das, ich habe die Kriegsereignisse nicht gebannt verfolgt, aber ich weiß von keinem "Völkermord" an den Kurden im Zusammenhang mit diesem Krieg. Meint Frau Hoeck vielleicht, daß die Kurden als irakische Staatsbürger Opfer der irakischen Entwaffnung und folglich Völkermordopfer geworden sind?) Diese drei Argumente "für" den Krieg, wie auch das vierte, daß politische Mittel, ja sogar das ausgedehnte Vorzeigen der Folterwerkzeuge im sechsmonatigen militärischen Aufmarsch, wirkungslos geblieben sind, hat Frau Hoeck nach meiner Einschätzung nicht ausgeräumt.

Ich sagte eingangs, der Golfkrieg sei schon ein Krieg, wo man zwischen einer besseren und einer schlechteren Sache entscheiden können und entscheiden müsse. Dies heißt natürlich nicht, daß ich meine, die jungen Männer (oder die jungen Frauen und Männer) hätten begeistert zu den Fahnen strömen sollen, noch triumphiere ich ob des prächtigen Sieges. Dieser Krieg verdiente lediglich zähneknirschende Akzeptanz, vermischt mit Trauer über die wieder einmal erwiesene Dummheit, Gier, Niedertracht und letztlich auch Tragik der Menschen. Hoffentlich habe ich den großen Vorteil des Rückblicks, den Frau Hoeck Anfang Februar nicht hatte, nicht unfair ausgenutzt. Das Maß des Entsetzens ist bestimmt so voll gewesen, wie sie befürchtete, auch wenn es nicht so schlimm gekommen ist, wie es hätte kommen können. Ich habe noch keine genauen Zahlen gehört. Ich fand den pazifistischen Eifer, der sich in Deutschland ausbreitete, richtig und gut, aber die Politik des offiziellen Deutschlands, Geld statt Soldaten zu schicken, war auch richtig, wenn auch wenig hehr, dafür wirklichkeitsnah.

Golfkrieg im Rückblick:

Vom Alten Testament bis zur Besetzung Kuweits

Informationsbroschüre zum arabisch-israelischen Konflikt

Immer häufiger erhalten wir Anfragen nach Informationsmaterial über die Hintergründe und Ursachen des arabisch-israelischen Konflikts im Nahen Osten. Als kürzlich die erste Parlamentarierdelegation aus Brandenburg Israel besuchte, bestand anschließend parteiübergreifend die Auffassung, es müßten große Anstrengungen unternommen werden, das während der SED-Herrschaft verfälschte Bild über Israel zurechtzurücken. Es müßten mehr Kenntnisse über das Judentum und den jüdischen Staat vermittelt werden. Sowohl in Brandenburg als auch jetzt in Thüringen (nach dem Besuch des israelischen Außenministers im KZ Buchenwald) war man sich einig in dem Bemühen, Städte- und Schulpartnerschaften, Schüler- und Jugendaustauschaktivitäten zu fördern.

Schaut man sich zum Beispiel die früheren DDR-Schulgeschichtsbücher Band 8, 9 und 10 an, stellt man mit Erschrecken fest, daß sich zum Thema "Juden" nur sehr wenig, zum Thema "Zionismus" und "Israel" praktisch nichts findet. Lediglich in Band 10 läßt sich unter der Zwischenüberschrift "Der nationale Befreiungskampf der asiatischen und arabischen Völker" in folgendem Zusammenhang das Wort "Israel" entdecken:

"Als sich die ägyptische Regierung (während der SUEZ-Krise 1956, Anm. von mir) weigerte, die Forderungen Frankreichs und Großbritanniens zu erfüllen, organisierten sie den Überfall Israels auf ägyptisches Territorium, der am 29. Okt. 1956 begann..." (Bd. 10, Seite 112).

Wer in das Thema erstmals ausführlich "einsteigen" will, kann seit einigen Monaten auf eine außergewöhnlich informative Broschüre der Bundeszentrale für politische Bildung aus der Reihe "Kontrovers" zurückgreifen: "Der israelisch-arabische Konflikt", im September 1990 herausgekommen.

Hier werden auf 149 Seiten - in vier Kapitel gegliedert - anhand von Quellenmaterialien, Buchauszügen, Interviews, Zeitungsberichten und Karikaturen die wesentlichen Hintergründe des Konflikts und der daran beteiligten Parteien aufgearbeitet. Sowohl die israelische wie die palästinensische Seite kommen ausführlich zu Wort. Die unterschiedlichen Interessen der einzelnen arabischen Staaten, der Großmächte, EG und anderer werden analysiert und die zahllosen zumeist erfolgten Friedensinitiativen dargestellt.

Wer dieses Heft durcharbeitet, hat Grundlagenwissen erworben und dürfte gefeit sein gegen einfache Schuldzuweisungen. Die Kompliziertheit der vielen Widersprüche im Mittleren Osten einerseits und die besondere historische Verantwortung Deutschlands für die Existenz Israels andererseits werden nicht plakativ behauptet, sondern anhand der Fakten nachgewiesen. Der Band bezieht die Zeit bis September 1990 ein, d. h., auch die Besetzung Kuweits durch den Irak und deren Vorgeschichte wurden noch berücksichtigt.

Bundeszentrale für politische Bildung, Reihe Kontrovers, "Der israelisch-arabische Konflikt", Bonn, Sept. 1990.

Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden (für Lehrer unter Angabe der Schule auch im Klassensatz) bei der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, W-5300 Bonn.

W. Schenk

Europäische Begegnung in Kreisau

Im Sommer 1990 hat sich - nach einiger Vorlaufzeit - die "Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung" offiziell gegründet. Ziel ist, wie der Name bereits sagt, die europäische Verständigung zu fördern. Insbesondere die deutsch-polnische.

Dies ergibt sich schon aus dem Ort für die geplante Begegnungsstätte: Im Kreisauer Schloß, ehemaliger Sitz derer von Moltke, in unmittelbarer Nähe des Treffpunktes des Kreisauer Kreises, sollen künftig europäische Begegnungen stattfinden.

Außerdem beabsichtigt die Stiftung, die Ideen des Kreisauer Kreises wieder zu verbreiten und aus ihnen für die heutige Politik Nutzen zu ziehen. Hier einige Auszüge aus den "Grundzügen für die Neuordnung" des Kreisauer Kreises vom 9. August 1943:

1. Das zertretene Recht muß wieder aufgerichtet ... werden.

2. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet. Bestehende Gesetze und Anordnungen, die gegen diese Gesetze verstoßen, werden sofort aufgehoben.

3. ... Jedermann wirkt in voller Verantwortung an den verschiedenen sozialen, politischen und internationalen Lebensbereichen mit. Das Recht auf Arbeit und Eigentum steht ohne Ansehen der Rassen-, Volks- und Glaubenszugehörigkeit unter öffentlichem Schutz. ...

6. Die persönliche politische Verantwortung eines Jeden erfordert seine mitbestimmende Beteiligung an der neu zu belebenden Selbstverwaltung der kleinen und überschaubaren Gemeinschaften. In ihnen verwurzelt und bewährt, muß seine Mitbestimmung im Staat und in der Völkergemeinschaft durch selbstgewählte Vertreter gesichert und ihm so die lebendige Überzeugung der Mitverantwortung für das politische Gesamtgeschehen vermittelt werden. ..."

Ein Impuls für viele in der Stiftung engagierte Polinnen und Polen war das Interesse, sich der Kultur der Landschaft Schlesien anzunehmen und sie zu pflegen. Von großer Wichtigkeit ist hierbei, wie Ludwig Mehlhorn (DJ) versichert, die Person des Grafen Helmuth James von Moltke. Der Gründer des Kreisauer Kreises wird zum Symbol, das Polen in Schlesien den Zugang zur deutschen Kultur erleichtert und umgekehrt. *ml.*

Interview mit Eva Unger, Vorsitzende des Rates der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung

Frage: Kreisau ist bekannt durch den Widerstand im Dritten Reich. Woher kam die Idee, das Schloß für eine Begegnungsstätte zu nutzen?

Eva Unger: Der Anstoß kam von zwei Seiten. Wir vom Klub der katholischen Intelligenz (KIK) hatten sie zuerst. Dazu kamen die Leute der "Aktion Sühnezeichen". Wir setzten uns zusammen und redeten miteinander. Das Resultat war ein weiteres Treffen, zu dem schon etwa 40 bis 50 Leute kamen. Durch Aktion Sühnezeichen waren weitere Interessenten eingeladen worden, so daß neben Polen, Holländern und einem US-Amerikaner Deutsche aus allen drei Teilen kamen, aus der Bundesrepublik, Westberlin und aus der DDR. Vor allem waren es aber natürlich Polen. Zum nächsten Treffen kamen noch mehr Leute, und wir arbeiteten erstmals an der Stiftung. Ein internationaler Beirat wurde gewählt, der den KIK hier in Wroclaw unterstützen sollte. Denn eines war uns bald bewußt - es würde viele Schwierigkeiten geben, die wir allein nicht bewältigen können.

Zwischen diesen beiden Treffen hatte ja auch die Versöhnungsmesse stattgefunden, die uns indirekt sehr geholfen hat. Beide "Würdenträger", Kohl und Mazowiecki, hatten nämlich bei dieser Gelegenheit beschlossen, daß in Kreisau eine Jugendbegegnungsstätte entstehen soll. Dieser Beschluß bedeutet natürlich auch finanzielle Unterstützung.

Wir haben aber vor, nicht nur eine Jugendbegegnungsstätte aufzubauen. Zusätzlich soll ein Museum zum Gedenken an den Widerstand gegen Totalitarismen entstehen - also nicht nur ein Museum des Kreisauer Kreises oder des Widerstandes gegen Hitler, sondern auch des Widerstandes gegen den Kommunismus. Dieses Begegnungszentrum soll verschiedene Leute zusammenführen, verschiedener Herkunft, Generation und Konfession. Es soll in seine Umgebung integriert sein, um nicht zum Fremdkörper für die umliegende Bevölkerung zu werden. Unter anderem der Zustand eines Flüßchens in der Nähe hat uns auf den Gedanken gebracht, auch ein kleines ökologisches Landgut zu bewirtschaften.

Ein Gesichtspunkt, der sich aber schlecht planen läßt, ist die Art des Zusammenlebens in dieser Begegnungsstätte. Es werden ja neben den Leuten aus vielen Ländern auch viele Polen aus der Umgebung dort arbeiten und auch wohnen. Wir wünschen uns, daß für alle mehr als ein Broterwerb entsteht, daß es eine wirkliche Gemeinschaft wird.

Bis jetzt gibt es erst einmal die Stiftung, einen Stiftungsrat (der international besetzt ist) und erste Ergebnisse des Aufbaus. Ehrenvorsitzende des Stiftungsrates ist übrigens Freya von Moltke, die Witwe Helmuth James von Moltkes.

Frage: Wurde das Schloß bisher genutzt?

E.U.: Bisher wohnten dort Leute einer LPG. Allerdings wurde an den Gebäuden nichts getan, und so verschlimmerte sich der Zustand ständig, bis alle ausziehen mußten.

Die Wirtschaftsgebäude werden aber bis heute von dieser LPG genutzt. Dafür werden wir noch Ersatz schaffen.

Frage: Spielt das deutsch-polnische Verhältnis die Hauptrolle, obwohl ja verschiedenste Völker vertreten sind?

E.U.: Ja. Aus zwei Gründen ist dieses Verhältnis so bestimmend. Erstens war der Ort ja in Deutschland und ist jetzt polnisch. Außerdem sind die meisten Interessenten Polen und Deutsche. Wir wollen ja auch keinen Fremdkörper hier aufbauen. Zur Zeit denken wir darüber nach, die Tschechen noch stärker zu interessieren. Es sollen also die Völker, die seit Jahrhunderten hier zusammen leben, auch die Hauptträger dieser Initiative sein. Wir finden, diese Idee ist wirklich brauchbar, gerade hier in dieser Gegend. Hier in Schlesien.

Frage: Nun kam Ihnen ja die Vereinigung Deutschlands "dazwischen". Spiegelt sie sich schon in dem Projekt wider?

E.U.: Natürlich. Zum Beispiel hatten wir im Dezember '89 bei der Besetzung des Stiftungsbeirates darauf geachtet, daß die Deutschen aufgeteilt waren - zwei kamen aus der Bundesrepublik, zwei aus der DDR und einer aus Westberlin. Plötzlich sind sie alle aus Deutschland. Ich kann auch die Gefühle der Deutschen verstehen. Als Polin weiß ich, was es bedeutet, kein eigenes oder ein geteiltes Heimatland zu haben. Wie alle Völker haben auch die Deutschen ein Recht, in einem Staat zusammen zu leben. Obwohl es natürlich auch Befürchtungen gibt.

Frage: Allgemein wird angenommen, daß dieses starke Deutschland nach einer Phase der Beschäftigung mit sich selbst nach Osten wirken wird. Dieses Wirken wird aber sowohl als Hoffnung als auch als Gefahr empfunden.

E.U.: Ja, wir haben solche Ängste, daß der Drang nach Osten in alter Form wieder aufleben könnte. Es gibt aber ebenso Befürchtungen, daß sich über unsere Köpfe hinweg Deutsche und Russen verständigen könnten. Das hat ja schon mehrmals in der Geschichte schlimme Folgen für Polen gehabt.

Frage: Es gibt in Deutschland - sicher vor allem unter Schlesiern - Leute, die Schlesien gern als ein deutsches Bundesland erleben würden. Und da taucht dann auch das Argument auf, selbst viele Polen wollten das so.

E.U.: Oh nein. Da muß ich ganz laut widersprechen. Es gibt eine deutsche Minderheit hier, das bestreitet inzwischen niemand mehr. Aber es geht nicht darum, daß Schlesien wieder deutsch wird. Wir sind jetzt seit 45 Jahren hier, und ein neues Verschieben der Grenzen in Europa könnte zu gar nichts Positivem führen. Höchstens zur Zerstörung.

(...)

Frage: Gibt es Möglichkeiten, Sie zu unterstützen?

E.U.: Wir haben einen großen Freundeskreis, der sich bisher viermal traf. Es sind verschiedene Interessengruppen entstanden, die bis Mai 1991 arbeiten. Dann treffen wir uns wieder.

Natürlich kann man uns durch Geldspenden unterstützen, davon brauchen wir jede Menge. Aber auch die Verbreitung der zugrunde liegenden Idee ist eine willkommene Unterstützung.

Frage: Woher kam bisher die größte finanzielle Unterstützung?

E.U.: Für die Sicherungsarbeiten kam Geld von der deutschen Botschaft in Absprache mit der Bundesbaudirektion. Die deutsche Botschaft hat durch die Visagebühren unendliche Mengen Zloty. Es gibt auch Absprachen für die weitere Finanzierung - hoffentlich klappt es.

Frage: Wenn man sich nun näher informieren möchte, gibt es dafür schon Informationsmaterialien oder Publikationen?

E.U.: Von den ersten drei Zusammenkünften haben wir ein Heft zusammengestellt. Das kann man im Büro erhalten. Eine umfassende Information wird gerade erstellt, eine Art Werbeblatt. Durch eine zweckgebundene Spende können wir auch einen Informationsband herausgeben. Auch er wird gerade erarbeitet.

Die Adresse des Stiftungsbüros lautet:
Biuro Zarządu Fundacji
ul. Ofiar Oświęcimskich 7/13
(wejscie brama nr. 17, pokój 201)
RP-50-069 Wrocław.

Interview leicht gekürzt aus: VIADUKT, Journal für die schlesische und sächsische Lausitz und ihre Umgebung, Demianiplatz 28, O-8900 Görlitz

Zum Tod von D. Rohwedder

Der Sprecherrat von DEMOKRATIE JETZT ist entsetzt über den Meuchelmord an Detlev Rohwedder. Diese Tat zeugt von einer Perversion des Klassenkampfdenkens, dessen menschenverachtende Konsequenzen sich auch in Prinzip und Praxis der Staatssicherheit geäußert haben.
Sie geschieht in einer Zeit, da Millionen Arbeitsplätze bedroht sind durch eine Politik ökonomischer Gewalt, deren Grundlinien nicht die Treuhand, sondern die Bundesregierung zu verantworten hat. Der Mord an Detlev Rohwedder fördert Gewalt in einer Situation sozialen Unfriedens, die auch ihre namenlosen Opfer hat. Ein solches Verbrechen aber löst keines der sozialen Probleme.
Die legitimen Massendemonstrationen in der ehemaligen DDR haben mit dieser Untat nichts gemein. Im Gegenteil, sie haben eine Neuorientierung der Politik der Treuhand zur Sanierung und Schaffung von Arbeitsplätzen bewirkt. Wir rufen dazu auf, bei der nächsten Montagsdemonstration in einer Schweigeminute die Betroffenheit über diesen Mord zum Ausdruck zu bringen und ein Zeichen für Gewaltlosigkeit zu setzen.
Die Bundesregierung fordern wir auf, in einen offenen Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften über Konzepte zur Bewältigung des sozial-ökonomischen Notstands in den östlichen Bundesländern einzutreten.
Sprecherrat DEMOKRATIE JETZT

Treuhand zu Unrecht im Feuer der Kritik?

VON MICHAEL WEBER (MITLGIED DES SÄCHSISCHEN LANDTAGS)

Seit Monaten steht die Treuhandanstalt, verstärkt auch ihre Außenstellen in den früheren Bezirksstädten, im Feuer der Kritik. Der schleppende Fortgang der Privatisierung des früheren Volkseigentums, insbesondere der früher volkseigenen Betriebe und der zugehörigen Grundstücke sowie des nach Kommunalvermögensgesetz (KVG) den Städten, Gemeinden, Landkreisen und Ländern zustehenden Eigentums, wird wesentlich der Treuhandanstalt angelastet.
Diese Kausalität ist falsch. Trotz schwerwiegender Bedenken im Einzelfall mußten wir feststellen, daß die Treuhandanstalt im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages arbeitet. Dieser gesetzliche Rahmen aber ist nur als chaotisch zu bezeichnen. Die bestehende Gesetzlichkeit zum Treuhandvermögen (wie im übrigen auch die in die gleiche Richtung zielenden Gesetze - "Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen" sowie das "Gesetz über besondere Investitionen" - sowie die zur Unterscheidung von Verwaltungs- und Finanzvermögen im Einigungsvertrag getroffenen Festlegungen) enthält schwerste formale Mängel und Lücken, ist vielfach widersprüchlich zu jeweils anderen Gesetzen.
Inzwischen ist auf vielfachen Protest der politischen Opposition und besonders auch der kommunalen Spitzenverbände von seiten der allein hierfür verantwortlichen Bundesregierung die Nichthandhabbarkeit dieser Bestimmungen zumindest teilweise erkannt worden. Nicht erkannt wurden die Ursachen, die dem zugrunde liegen:

1. Für die Schaffung von Eigentum in den neuen Bundesländern werden Grundgesetzänderungen, vor allem im Blick auf Art. 14, nötig sein.
2. Die daraus folgende Gesetzlichkeit zum Eigentum muß eine radikale Vereinfachung erfahren, ohne daß das Grundrecht auf Widerspruch gegen Verwaltungsentscheidungen (Art. 19, Abs. 4) ausgehöhlt wird.
3. Zur Durchführung der dann gültigen Gesetze hat der Bund gesetzliche Verpflichtungen zu übernehmen, den ausführenden Verwaltungen in den Städten, Gemeinden, Landkreisen und Ländern jede erdenkliche ideelle, materielle und juristische Hilfestellung zu leisten.

Neue Verfassung notwendig

Die jetzt in unterschiedlichem Reifestadium - teils als Referentenentwürfe, teils als Kabinettsbeschlüsse - in Bonn vorliegenden Gesetzentwürfe, die den Anspruch erheben, zu einer Vereinfachung der Rechtslage beizutragen, sind dafür restlos untauglich. Sie vergrößern lediglich die Regelungsdichte und schränken die Praktikabilität auf nahezu Null ein.
Wir fordern die für die entstandene Lage allein in der Verantwortung stehende Bundesregierung auf, sich von einer arroganten Haltung der kleinen Korrekturen wegzubewegen zu einer Haltung, die anerkennt, daß die deutsche Wiedervereinigung tiefgreifende Folgerungen bis hin zur Notwendigkeit einer neuen Verfassung für ganz Deutschland haben muß.

Bereitet Diestel Rückzug vor?

Peter-Michael Diestel, Ex-Innenminister und aktuell noch Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Brandenburg, bestach ein weiteres Mal - als Dünnbrettbohrer.

Die "Berliner Morgenpost" schrieb am 26. März 1991: *"Diestel selbst kündigte an, er werde zwar Fraktionsvorsitzender bleiben, aber bald als Rechtsanwalt arbeiten. Diese Tätigkeit sei dann für ihn "das Attraktivste". Überhaupt sei er nur in die Politik gegangen, um Rechtsanwalt werden zu können. Seine Zulassung erhielt er drei Tage vor der Volkskammerwahl 1990. Seinen eigenen politischen Standpunkt definiert Diestel heute so: 'Ich bin DDR-Bürger, ich habe eine DDR-Mentalität. Und mit dieser Eigenschaft werde ich auch in den Sarg gelegt.' Wer wie Verkehrsminister Günther Krause (CDU) behaupte, er habe die DDR immer gehaßt, der sei einfach nicht ehrlich. Schließlich habe es auch* **gute Dinge** *gegeben:* **vernünftige Polizeistrukturen, den Sandmann, den grünen Pfeil.**
Konsequenterweise engagiert sich der Oppositionsführer auch besonders für die Menschen, die den alten Staat funktionieren ließen: Stasi- und Kripoleute, die Angestellten der Bezirksverwaltungsbehörden. Diese gemeinsame Klientel ist es auch, die Verbundenheit mit der PDS schafft."
Scheinbar verlassen die letzten das sinkende Schiff der CDU-Brandenburg. Lothar de Maizières wird nur noch politisch gehalten, Peter-Michael Diestel nun auch mit Rückzugsvorbereitungen beschäftigt? Schade, dabei war doch eine konstruktive Opposition versprochen worden und nun zeigt sich, das eigene Wohlergehen ist wichtiger als die Probleme der Brandenburger Bevölkerung.

"Schwarzenberg konnte doch nicht größer sein als Ulbricht"

In der letzten Folge unserer Schwarzenberg-Serie schildert Zeitzeuge Paul Korb (heute 86), wie die offizielle und die inoffizielle Geschichtsschreibung der DDR sich mit dem Phänomen der unabhängigen Erzgebirgsrepublik auseinandersetzte.

Frage: Sie haben gestern das Buch "Die ersten Schritte" vorgestellt. Es ist 1961 geschrieben worden. Von diesen sechs Wochen Schwarzenberg 1945 bis 1961 ist ein sechzehn Jahre großes Loch da. Was glauben Sie, warum man erst 1961 begonnen hat, sich mit der Geschichte Schwarzenbergs zu beschäftigen?

Paul Korb: Ich habe mich während der Forschungszeit zu "Die ersten Schritte" mit einem Berliner Funktionär über diese Frage unterhalten, und er sagte mir, wir hätten doch nicht in Schwarzenberg größer gewesen sein können als Walter Ulbricht. Walter Ulbricht kam ja erst nach der bedingungslosen Kapitulation. Er kam halt viel später mit einer ersten Gruppe aus der Sowjetunion zusammen mit führenden Kräften der Partei, und da hatten wir hier schon in Schwarzenberg die Macht ergriffen.

Ich habe hier die acht Bände der "Geschichte der Arbeiterbewegung", darin ist Schwarzenberg auch nur mit einem einzigen Satz erwähnt; dieses einmalige Vorkommnis mit nur einem Satz. Das hängt genauso damit zusammen.

Frage: Stefan Heyms Buch "Republik Schwarzenberg" ist ein Roman mit z. T. auch fiktiven Personen, wie z. B. Wolfram. Wolfram ist Jude, er hat im Buch die Verfassung der Republik Schwarzenberg geschrieben, und er, der Theoretiker, wurde festgenommen und in die Sowjetunion gebracht. Alles Dinge, die so in Schwarzenberg nicht passiert sind. Was glauben Sie, warum hat Stefan Heym diese Person und diese Begebenheiten in seinen Roman hineingeschrieben? Worauf gründet sich Heyms Kritik an der Sowjetunion, die er im Wegbringen Wolframs sowie in Tatjanas Ausführungen andeutet? Wie wirkt das auf Sie?

Paul Korb: Stefan Heym hat bei und mit mir zu Hause 1982 recherchiert und mir gleich nach Erscheinen das erste Exemplar illegal zugesandt. Ich muß ehrlich sagen, ich war erst einmal enttäuscht, weil er so unendlich weit von der realen Geschichte weggekommen ist. Er bringt ja noch mehr. Er bringt ja in seinem Buch eine Auseinandersetzung in der Führung der sowjetischen Streitkräfte. Das hat also mit uns doch überhaupt nichts zu tun. Auch die Geschichte mit der Zwangsarbeiterin Tatjana. Die hat es nie gegeben. Warum bringt er dann dies Zeug da hinein? Ich kann es einfach nicht verstehen. In seiner Kontrastellung zur damaligen Zeit und auch schon früher zur Regierung und zur Partei hier, das hat ihn wahrscheinlich dazu verleitet, doch wieder einmal einen Schlag abzugeben. Ich habe keine andere Erklärung. Ich habe auch mit Johannes Arnold an seinem Roman "Aufstand der Totgesagten" (Mitteldeutscher Verlag Halle/ Saale 1969) gearbeitet. Bis zu seinem Tode vor drei Jahren haben wir öfter zusammen gearbeitet.

Paul Korb war 1945 Mitglied der Provisorischen Regierung der Republik Schwarzenberg

Frage: Ist "Der Aufstand der Totgesagten" authentischer als Stefan Heyms Buch?

Paul Korb: Nein, "Der Aufstand der Totgesagten" ist aus zwei 1964 erschienenen kleinen Heftchen entstanden. ("Die letzten Stunden des Dr. Rietzsch" und "Hauptquartier Höllental", Deutscher Militärverlag 1964) und ist romanhaft gestaltet. Als Johannes Arnold die Manuskripte fertig hatte, hat er sie mir vorgelegt. Ich habe ihm dann einige Hinweise gegeben, wo er viel zu weit von der Wahrheit abgewichen ist. So, und als er den Roman fertig hatte, da hat er mir den nicht vorgelegt. Als ich dann den fertig gedruckten Roman vor mir hatte und mit Arnold zusammengekommen bin, da habe ich ihm gesagt, "du, mein lieber Freund, hättest du dich etwas mehr an die geschichtliche Wahrheit gehalten, dann hättest du auch eine schöne Story zusammengekriegt." Ja, das wäre nun aber die Freiheit von einem Dichter, er kann daraus machen, was er will, hat er mir entgegnet.

Mit Heym kam ich direkt über den Inhalt nicht mehr ins Gespräch. Warum Heym also so weit abgewichen ist - ich kann es nicht verstehen. Ich sage auch ganz offen: Das Buch hat hier nicht viel Anklang gefunden, hier, wo das Stück Geschichte stattgefunden hat. Wahrscheinlich, weil die Menschen hier doch in etwa wissen, was hier abgelaufen ist. Wenn die dann das Buch von Heym lesen, merken die doch, daß das keinen Realitätsbezug hat. Ich weiß also keinen, na gut, ich will das nicht absolut sagen, aber ich hab noch niemand gefunden, der mit mir darüber geredet hat und dem dies Buch gefallen hat. Es haben viele Leute mit mir darüber gesprochen, nicht nur Mitglieder von der kommunistischen Partei und von der SED, auch Parteilose usw., die haben alle gesagt: "Ne, das gefällt mir nicht", das Buch ist nicht angekommen.

Frage: Aber es sind viele Menschen zur Buchlesung gekommen?

Paul Korb: Ja, das war voll, ja. Ich habe da auch gesprochen.

Frage: Denken Sie, das hat auch viel mit der Person Stefan Heym zu tun? Sind die Leute gekommen, weil er bekannt ist?

Paul Korb: Nein, Sie müssen bedenken, "Republik Schwarzenberg" ist ein Roman von hier. Hinzu kommt: Alles Verbotene reizt bekanntlich, und die Mehrzahl der Menschen wußte, daß das Buch hier verboten war.

Frage: Noch eine Anekdote zum Schluß?

Paul Korb: Ich habe Ihnen ja gestern von unseren Briefmarken erzählt. An anderen Orten, da haben sie das viel einfacher gemacht: Da hat der Postbote seinen Daumen genommen und einmal Tusche und draufgedrückt. Und so eine Marke, die habe ich jetzt hier. *(Er zeigt uns eine mit Fingerabdruck unkenntlich gemachte Hitlermarke.)* Für den Postbetrieb, da hatten wir einen Parteilosen eingesetzt, und der kam dann zu mir ins Polizeiamt hinunter und sagte: "Die Leute wollen Briefmarken kaufen, aber ich kann denen doch nicht diese Hitlerköpfe verkaufen." Ich sag zu ihm: "Dann sollen die Leute doch an den Schalter kommen, ihr Porto bezahlen, und es

kommt nur ein Stempel auf die Briefe." Darauf er: "Ich habe da eine andere Idee: Wir machen einen Gummistempel mit dem Schloß Schwarzenberg und überstempeln die alten Marken." Ich sag: "Wenn ihr denkt..." Das hat mich weiter gar nicht interessiert. Ich hatte ganz andere Aufgaben und Probleme. Nach ein paar Tagen kam er wieder und brachte mir mehrere überstempelte Bögen. Die hat er mir vorgelegt. Ich sage: "Gut, kannst du verkaufen." Er fragt: "Willst du solche Briefmarken kaufen?" Ich sage: "Wozu sollte ich Briefmarken brauchen?" Er darauf: "Die werden einmal Sammlerwert kriegen." - Was hat mich das denn damals interessiert - ein Sammlerwert!? Ich sagte: "Wenn du denkst, werde glücklich mit deiner Briefmarke." Ich habe jetzt einmal gehört - das ist allerdings auch schon ein wenig her - daß diese Briefmarken in Westdeutschland schon vor der Wende mit 400 DM gehandelt worden seien. Ich weiß nicht, ob das stimmt.

Das ist schon gut möglich.

Paul Korb: Und er wollte mir gleich einen ganzen Bogen verkaufen. Na, ich bin kein Briefmarkensammler.

Mit dieser Folge ist die Schwarzenberg-Serie vorerst abgeschlossen. Die Redaktion würde sich jedoch über Reaktionen aus dem heutigen Schwarzenberg - möglicherweise von anderen Zeitzeugen - freuen.

Abo-West:

Ich abonniere BÜNDNIS 2000 ab sofort
O für 1 Jahr (52 DM)
O für 1/2 Jahr (27 DM)
Anschrift

Vorname/Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto Nr. Bankleitzahl

Datum/Unterschrift

Bündnis 2000, Haus der Demokratie,
Friedrichstr. 165, O-1080-Berlin

TERMINE

Verfassungstagung

Die Erarbeitung von Verfassungen für die neuen Bundesländer - einschl. Berlins - wird ein wichtiger Beitrag zur Konstituierung tragfähiger politischer, wirtschaftlicher und kultureller Strukturen in dem Gebiet der ehemaligen DDR sein. Die Diskussion über diese Fragen bedarf daher in besonderem Maße der Öffentlichkeit.

Die Berliner Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege lädt dazu ein, einige der anstehenden Verfassungsprobleme auf einer Fachtagung zu erörtern. Die Einladung richtet sich an Parlamentarier, Regierungs- und Verwaltungsarbeiter, Mitglieder von Bürgerbewegungen und Verbänden, Politiker, Wissenschaftler und andere interessierte Bürger.

Die Tagung beginnt am 30. April 1991 um 10.00 Uhr in der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin, Kurfürstendamm 207 bis 208, Raum 723 (Großer Hörsaal). Anmeldungen bitte an die o.g. Adresse.

BUCHTIPS

FORSCHUNGSJOURNAL

Neue Soziale Bewegungen

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt. 4 x pro Jahr auf 122 Seiten.

**PRAXIS MIT REFLEXION.
ANALYSE MIT SUBSTANZ.
KONZEPTE MIT KONTUREN.**

Zukunft der Reformpolitik?
Die politische Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels bei SPD und den Grünen Heft 1/91

Bewegung, Gegenbewegungen und Staat
Heft 2/91

Triumph der Verbände?
Bewegungen zwischen Gesellschaft und Staat Heft 3/91

Power in der Provinz?
Ländlicher Raum und neue soziale Bewegungen Heft 4/91

Joachim Raschke
KRISE DER GRÜNEN
Bilanz und Neubeginn
Hrsg. Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
Schüren Presseverlag
ISBN 3-924800-47-2 19,80 DM 224 Seiten

Abo: DM 48,- (DM 36- erm.); Einzelheft: DM 12,50
Bestellungen über den Buchhandel
Probehefte gratis beim Verlag
Verlag: Schüren Presseverlag
Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg
Redaktion: Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen,
c/o Dr. Thomas Leif, Neubauerstr. 12, 6200 Wiesbaden

Nach einigem Hin und Her wurde jetzt das endgültige SPENDENKONTO für BÜNDNIS 2000 eingerichtet.
Kto-Nr. 00 434 111 00,
BLZ 120 500 00, Sparkasse Berlin

Abo-Ost:

Nur für Ex-DDR:

Muß bis zum 10. des Monats vor Beginn des Inkassozeitraumes beim zuständigen Postzeitungsvertrieb vorliegen!

Bestellung einer Zeitung/Zeitschrift
zu den Bedingungen der Postzeitungsliste und der Postzeitungsvertriebs-Anordnung

06

Alle Haushaltangehörigen bestellen unter einer Kundennummer!

ab (Datum)

Titel der Zeitung/Zeitschrift: BÜNDNIS 2000

Stück

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr., Wohnungs-Nr., Zustellfach, Postfach | Ort | Postleitzahl

Datum und Unterschrift

8 232 41 VV Spremberg Ag 310/88/DDR/3207 I/21/3

Mitglied werden!

☐ *Ich bin an einer Mitarbeit in einem zukünftigen BÜNDNIS 90 interessiert. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial der Bürgerbewegungen zu!*

☐ *Ich möchte Mitglied werden! Bitte schicken Sie mir Programm und Statut von "Demokratie Jetzt und "Initiative Frieden und Menschenrechte"!*

mals Schah Resa Pahlewi das Szepter. Seit Mitte der sechziger Jahre strebte er danach, die Grenze am Schatt-el-Arab ein bißchen zum eigenen Vorteil zu verschieben. So schürte der Schah — mit Hilfe der USA — den Partisanenkampf der Barsani-Kurden im irakisch-iranischen Grenzgebiet, bis sich dieser Kampf zum eigentlichen Stellungskrieg ausweitete. Am 6. März 1975 einigten sich Saddam Hussein und der Schah von Persien im Abkommen von Algier zwar auf die einstweilige Beilegung des Grenzstreits am Schatt-el-Arab. Kaum war indes das Terrain für diese Verhandlungen bereitet, entzog der Schah den Barsani-Leuten seine Unterstützung: Waffen, Nahrungsmittel, Weizen, Nachschubbasen. Schlimmer noch: Heimlich stimmten die beiden Machthaber auch einer Klausel zu, nach welcher die irakische und die iranische Regierung die kurdische Bevölkerung in ihrem jeweiligen Grenzgebiet auf einer Breite von 20 Kilometern vertreiben sollten. Während der Schah zögerte, hat Saddam diese Politik der „verbrannten Erde" in seinem Teil gleich in die Tat umzusetzen vermocht.

Im Februar 1979 mündete die iranische Revolution — eine Bewegung breitester Bevölkerungskreise — in den Sturz des Schahs. Auch die iranischen Kurden unter Abdolrahman Ghassemlu beteiligten sich mit dem Slogan „Demokratie für Iran, Autonomie für Kurdistan" aktiv an der Revolution. Doch innert weniger Monate wendete der Schiitenführer Chomeini die iranische Revolution zur Islamischen Revolution und installierte sich selbst als neue Zentralmacht im von ihm ausgerufenen „Gottesstaat". Bereits im August 1979 stempelte er Ghassemlus Parteigänger zu „Verrätern auf Erden", schickte seine mordenden Revolutionswächter und seine Kampfbomber aus Schah-Beständen gegen die Kurden im eigenen Land aus.

Ein Jahr später, 1980, riß Irak den Grenzstreit am Schatt-el-Arab erneut vom Zaun und entfachte damit den ersten Golfkrieg, der acht Jahre dauern und Millionen Tote und Verwundete kosten sollte. Wen wundert es, daß sich die Kurden im Iran in diesen Krieg zum Teil vom Saddam Hussein gegen Chomeini anheuern ließen, während die beiden goßen Organisationen der Kurden im Irak wiederum Waffen und Geld von den Mullahs in Teheran entgegennahmen?

Lektion in Menschenwürde...

Saddam rächte sich grausam an der kurdischen Zivilbevölkerung im eigenen Staat: Am 17. und 18. März 1988 ließ der irakische Herrscher über der Stadt Halabdscha im irakischen Bezirk Suleimanja wiederholt Giftgasbomben abwerfen: 5 000 Menschen, vor allem Frauen, Kinder und GreisInnen, starben gleich, über 7 000 wurden schwer verletzt. Ein Aufschrei ging um die Welt. Doch er verhallte rasch. Am 20. August 1988 trat der — unter UNO-Ägide vereinbarte — Waffenstillstand zwischen Irak und Iran in Kraft. Wenige Tage später, am 25. August bis 15. September, setzten Saddams Elitetruppen im nördlichen Teil von Irakisch-Kurdistan, im sogenannten Badinan, zu einem wahren Vernichtungsfeldzug gegen die Bevölkerung an. Dabei wurden Hunderte von kurdischen Dörfern dem Erdboden gleichgemacht, Zehntausende von Zivilisten sanken erneut unter Gilftgaswolken dahin. Hunderttausende flohen in die Türkei und in den Iran.

▶ Saddam Husseins Rache ◀

In der Türkei, wo die eigenen Kurden bis in die allerjüngste Zeit nicht einemal „Kurden" heißen durften, sondern „Bergtürken" genannt wurden, weil es nach offizieller Doktrin in der Türkei nur „Türken" gibt — in diesem Land schloß Staatspräsident Turgut Özal vor laufenden Fernsehkameras die Flüchtlinge von jenseits der Grenze symbolisch in die Arme und dokumentierte damit der europäischen Öffentlichkeit einmal mehr seine „Menschlichkeit". Das Schicksal von 30 000 bis 40 000 kurdischen Flüchtlingen aus dem Irak in armseligen türkischen Auffanglagern ist seither praktisch aller Aufmerksamkeit entzogen: Journalisten und unabhängige Beobachter mußten sich über die Menschenrechtsituation in Südostanatolien schon vorher auf Schleichwegen informieren — seit dem 6. August 1990, als die Türkei beim Europarat in Straßburg offiziell die Aufhebung der Grundrechte in ihren kurdischen Provinzen bekanntgab, hat sich die Informationslage nochmals verschlechtert.

Die Kurden sind, wie erwähnt, ein Volk von 25 Millionen, das seit Jahrzehnten unterdrückt wird, verfolgt und gefoltert. Trotzdem spricht man relativ wenig von der kurdischen Sache. Die Frage steht im Raum: Was für eine Lektion von Menschenwürde erteilen wir diesem kurdischen Volk eigentlich hier und heute, wenn wir seinen Flüchtlingen nicht einmal jetzt, in dieser furchterregend atemlosen Zeit, eine Atempause gönnen — durch einen Ausschaffungsstopp? ■

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Kinder? Kinder! (Heft 38)
Sünker: Das Kind als Subjekt. Notizen zu Kindheit und Kinderleben heute ● *Dokumentation:* „Wenn das Auge über die Mauer springt". Reggio-Pädagogik in Hamburg ● *Kazemi-Veisari:* Augen-Blicke in Reggio-Emilia. Erfahrungen mit der Reggio-Pädagogik — Ein Reisebericht ● *Seehausen:* Arbeitswelt und Familie: Wege aus der Krise. Auswirkungen neuer Technologien auf die öffentliche Entwicklung von Kindertageseinrichtungen ● *Preissing:* Entspricht das KJHG der kindlichen Lebensrealität? ● *Ahlheim:* „Traurigkeit hat in der Kindheit nichts zu suchen". Der Golfkrieg und die Angst der Kinder ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Verlust und Befreiung.
Nach dem Umbruch im Osten (Heft 37)
Widersprüche-Redaktion: Schwierige Abschiede. Fragmente zu den Erfahrungen der Jahre 1989/90 ● *Kunstreich:* Demokratische Revolution und nationale Konterrevolution. Die Fortsetzung des deutschen Sonderweges ● *Diemer:* Was ist links? Nach dem Sturz des „realen Sozialismus" ● *Feurich:* „Wir müssen uns von dem trennen, woran wir lange geglaubt haben." ● *Nickel:* Deutschlands bleiche Schwestern. Ost-Frauen und West-Frauen: Vereinigte Uneinigkeit ● *Krahulec:* Erziehung nach Wandlitz. Probleme und Perspektiven sozialer Arbeit in den „fünf neuen Bundesländern" ● *Bamberg:* Modell Deutschland? Gelingt dem Sozialstaat die deutsch-deutsche Integration? ● *Bock:* Der Traum des Fliegens. Von der „Sozialunion" zu Übergangsarbeitslosigkeit ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Mehr Demokratie durch Recht? (Heft 36)
Kreissl: Regulation durch Recht: freiheitsverbürgend — freiheitszerstörend ● *V. Schöneburg:* Sozialismus und Strafrecht. Visionen, Forderungen und Erfahrungen mit dem Strafrecht in der DDR ● *Interview mit K.-H. Schöneburg:* „Die Verfassungsfrage verankern in den Widersprüchen der Gesellschaft selbst". Was bleibt von der Verfassungsdiskussion des Runden Tisches? ● *Kimmich:* Wie mit „Multikultur" Politik gemacht wird ● *Ahrens:* Drogenpolitik und Gesellschaft: „war against drugs" ● *Kryszon:* Weiterkommen durch Weiterbildung? ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

JOHN ELY / SIGRID MÜLLER

Der Golfkrieg und die Friedensbewegung in den USA

Falsche Erwartungen und Ratlosigkeit unter den Linken

Als in der Nacht vom 16. auf den 17. Januar das Bombardement auf den Irak begann, herrschte hierzulande alles andere als Kriegseuphorie. Im Gegensatz zu den antikommunistischen, militärischen Aktionen der Reagan-Ära, die von einer ,,Hurra''-patriotischen Stimmung begleitet waren, reagierte die Bevölkerung diesmal zurückhaltend. Auch die amerikanische Friedensbewegung. Deren Aktivierung und den Verlauf der Proteste untersucht der folgende Beitrag.

Der Golfkrieg führte zu überraschenden Koalitionen. Am rechten Rand belebte sich der traditionelle ‚Isolationism', der während des ‚Kalten Krieges' nahezu in der Versenkung verschwunden war. Viele Rechtskonservative wie der Reagan-Ghostwriter Patrick Buchanan, die Journalisten Evans und Novak oder die ‚Washington Times' haben die Aufrüstung in Saudi-Arabien scharf kritisiert. Einige konservative JuristInnen und JournalistInnen forderten gemeinsam mit liberalen Demokraten Präsident Bush auf, den Einsatz US-amerikanischer Truppen in Form einer ‚Kriegserklärung' durch den Kongreß legitimieren zu lassen.

Sanktionen wurden vor allem in liberaldemokratischen Kreisen befürwortet. Regierungsberater und andere think-tanks, auch ehemalige Carter- und Reagan-Minister, mahnten zur Vorsicht (z.B. C. Weinberger, H. Brown, Z. Brzezinski).

Unter vielen Linksintellektuellen herrschte Konsens darüber, die wirtschaftlichen Sanktionen durch militärischen Druck zu verstärken, um Saddam Hussein zum Rückzug aus Kuwait zu zwingen. Allerdings verschärfte sich hier sehr rasch die Kritik an der kompromißlosen US-amerikanischen Außenpolitik.

Der Aufbruch der Friedensbewegung

Die Friedensbewegung verhielt sich nach der irakischen Besetzung Kuwaits zunächst zurückhaltend und ließ auch die Truppenverstärkung Ende November kommentarlos passieren. Sie fiel erst *nach* dem gescheiterten Gipfeltreffen zwischen James Baker und Tarik Aziz auf die Beine. Neben diesem unmittelbaren Auslöser wirkte vor allem die Kongreßdebatte zum Golfkonflikt mit ihrem ‚Höhepunkt' am 12.1., der Ermächtigung für Bush, Gewalt gegen den Irak anzuwenden, wie ein Katalysator auf die Proteste. In spürbarem Gegensatz zum ‚Peace-Movement' der 60er Jahre konnten diesmal lokale Friedensnetzwerke sehr schnell (re-) aktiviert werden. Hauptzentren der ‚Anti-War-Rallies' waren die Universitäten. Eine auffällige Parallele zur BRD bildete der überraschend massive Schülerprotest.

Allerdings war die Ablehnung jeglicher militärischer Aktion gegen den Irak weit weniger eindeutig und absolut wie die gegen den Vietnam-Krieg, so die Beobachtung Jim Millers, eines Historikers der 60er Jahre. Eine Polarisierung zwischen ‚Superpatrioten' auf der einen Seite und ‚maoistischen Revolutionären' auf der anderen existiert inzwischen zwar nicht mehr. Dagegen war jede ‚Anti-War-Rally' von einer ‚Support-Our-Troops-Demo' begleitet. Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen kam es dabei nur in wenigen Fällen. Vor allem die Protestaktionen in kleineren Städten verliefen strikt gewaltfrei. Die Polizei hielt sich dementsprechend zurück und war tendenziell um Absprachen mit den Organisatoren bemüht.

Die größten überregionalen Friedensdemonstrationen fanden in Washington DC und San Francisco statt. Allein in San Francisco versammelten sich über 100 000 Menschen, soviele wie seit 1971 nicht mehr. Daß gerade diese Metropole zu einem Zentrum der ‚civil disobedience' (ziviler Ungehorsam) und der Menschenproteste wurde, hängt unter anderem mit dem besonderen Engagement der ‚gay- and lesbian-commu-

nity' in der Antikriegsbewegung und mit ihren Erfahrungen in der Anti-Aids-Bewegung zusammen.

Spektakuläre Aktionen wie die Besetzung der Golden-Gate-Bridge durch die Gruppe ‚SANOL' (‚Stop Aids Now Or Else') im vergangenen Jahr hatte Vorbildcharakter für die Brückenblockaden gegen den Golfkrieg. Mit dem ‚Abdrosseln' wichtiger Verkehrsadern , was zu mehrstündigen Staus führte, sollten die US-amerikanischen Autofahrer daran erinnert werden, im Energieverbrauch pro Kopf weltweit an erster Stelle zu stehen. Schließlich lautete eine zentrale Protestparole: ,,No blood for oil''.

Neben Brücken und Highways wurden Stadtverwaltungen, Bundesgerichte, ‚draft-offices' (Meldebüros zur US-Armee für Freiwillige) und andere US-Armeeinrichtungen blockiert. Einige Kirchengemeinden in San Francisco erklärten sich ‚sanctuary' (zum heiligen Zufluchtsort) für DeserteurInnen und hielten entsprechende Gottesdienste ab.

Der Anti-War-Protest war auch geprägt von Ängsten vor einer möglichen Zwangsrekrutierung bis hin zum Aufruf zum Desertieren aus Gewissensgründen, dem einige Soldaten auch folgten. Ihnen droht eine mehrjährige Gefängnisstrafe.

Postmaterialistischer Protest?

Die Anti-Kriegs-Bewegung in den USA deckt sich nicht vollständig mit den traditionellen Mustern zur Analyse alter und neuer sozialer Bewegungen. Im Gegensatz zu Europa fehlen in den Vereinigten Staaten noch immer jegliches sozialstaatliche Wohlfahrtsnetz und minimale Sozialabkommen. Die Opposition zum Golfkrieg war deshalb nicht eindeutig ‚postmaterialistisch'. Obwohl ein beträchtlicher Anteil der Friedensaktionen von den Universitäten ausging, waren es eher nicht-universitär ausgebildete junge Amerikaner, die Bush's Kriegspolitik ablehnten. Im Gegensatz zum Vietnamkrieg blieb der Anti-Kriegs-Protest einer postmaterialistischen Schicht universitär ausgebildeter Amerikaner zwischen 20 und 30 aus. Dementsprechend weisen die Umfragen auch keinen so scharfen Altersunterschied zwischen Kriegsgegnern und Kriegsbefürwortern auf wie in einer charakteristischen ‚postmaterialistischen' Situation. Die unter Dreißig jährigen unterstützten militärische Aktionen nur geringfügig schwächer als die Älteren. Universitätsabsolventen waren rascher von einer Interventionspolitik zu überzeugen als Menschen ohne Hochschulausbildung.

Daß dieser Krieg eher von materialistischen Schichten aus den Großstädten abgelehnt wurde, hängt mit dem ‚poverty'-draft, d.h. einer Zwangsrekrutierung aus Armut zusammen, wobei die Armee Funktionen eines Wohlfahrtsstaates übernimmt.

Statt einer materialistischen-postmaterialistischen Polarisierung entstand ein sogenannter ‚gender-gulf' (Wortspiel mit d Doppelbedeutung ‚Kluft/Spaltung' un ‚Persischer Golf'). Louis Harris, der seine Umfragen auch nach Geschlechtern getrennt durchführte, stellte fest, daß fast 10 % weniger Frauen als Männer eine militärische Intervention in der Golfregion unterstützen, und zwar unabhängig vom Bildungsniveau (aus: The New York Times, 7.12.91). Nach dem Kriegsausbruch stieg zwar die Zahl der Befürworterinnen an, die Tendenz blieb jedoch unverändert. Harris fragte sich, inwieweit dieser ‚gender gulf', d.h. ein deutlicher Protest von Frauen gegen den Krieg, Charakteristika der neuen sozialen Bewegungen erfüllt, zu denen er auch die neue Frauenbewegung zählt. Er betont, daß diese Ablehnung mehr von einer Angst vor dem Verlust (von Ehemännern, Freundinnen und Freunden, Schwestern und Brüdern, Töchtern und Söhnen, Müttern und Vätern) getragen ist als von einer Ablehnung von Gewaltanwendung (Sanktionen, Einsatz von Waffen). Harris glaubt darin eine Art ‚Lebenspolitik' von Frauen erkennen zu können. Neben dieser zumindest statistisch virulenten Friedensmehrheit unter Frauen intensivierte sich die seit der ‚Panama-Invasion' geführte Diskussion über einen weiblichen Kampfeinsatz, der bislang für Soldatinnen nicht möglich war.

10 % weniger Frauen als Männer unterstützen eine militärische Intervention in der Golfregion, unabhängig vom Bildungsniveau: Eine Art ,,Lebenspolitik'' von Frauen?

Die Reaktionen der US-amerikanischen Linksintellektuellen

Der Verlauf der Proteste gegen den Golfkrieg läßt sich nicht eindeutig den jeweiligen Modellen zur Analyse von ‚alten' und ‚neuen' sozialen Bewegungen zuordnen.

Ebensowenig ist klar, ob dieser Krieg als ‚fordistisch' oder ‚postfordistisch' bezeichnet werden kann. Zunächst könnte angesichts der technischen und ‚postfordistischen' ökonomischen Entwicklungen eine entsprechend ‚postfordistische' Form des Krieges angenommen werden.

Bereits der Vietnam-Krieg wurde unter links-liberalen AkademikerInnen als ‚postfordistischer' Krieg mit düsteren Auswirkungen beschrieben, der die USA infolge seiner immensen Kosten in einer ohnehin instabilen ökonomischen Situation in ihre erste bedeutende Nachkriegsrezession stürzte. Vergleichbare Folgen wurden auch im Zusammenhang mit dem Golfkrieg prognostiziert, die jedoch ausblieben.

Unter Vernachlässigung der fluktuierenden Ölpreise zeigten sich vor und während des Krieges keine gravierenden Einwirkungen auf die US-Ökonomie im Sinne eines ‚Heating-Up' durch eine keynesianische Politik der Militärausgaben.

Aufgrund der mittlerweile mehrjährigen Entwicklung und Produktion von Militärtechnologien waren die Waffensysteme und riesigen Munitionsbestände, die im Golfkrieg zum Einsatz kamen, bereits unter Reagan eingekauft worden, belasteten also nicht den aktuellen Militärhaushalt. Zudem setzen Armeen Waffen mit einer ‚use it and loose ist'-Mentalität ein, so daß eine Reparaturindustrie für die Kriegsökonomie im klassisch fordistischen Sinn keine Bedeutung mehr hat. Aufgrund des starken Falls des Ölpreises, dem entsprechend steigenden Vertrauen der Verbraucher und der militärkensyianischen Nachfrage (z.B. volle Auftragsbücher für den ‚Patriot'-Hersteller Raytheon plus die nicht zu vernachlässigenden Bauaufträge für US-Firmen in Kuwait) zeichnet sich inzwischen das Gegenteil ab: die US-amerikanische Wirtschaft zeigt wieder leichte Aufschwungstendenzen.

Die Frage nach den Militärkosten lenkt den Blick auf das American Seventh Armored Corps, welches seit Jahren in Süddeutschland stationiert ist, um das ‚Fulda Gap' zu verteidigen, und infolge der Truppenverlegungen an den Golf nicht mehr in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehren wird, unabhängig von den Entwicklungen zwischen den USA und der UdSSR. Die Art und Weise, wie die UdSSR ihre militärstrategischen ‚Vorteile' (das ‚Fulda Gap', die militärische Dominanz in Osteuropa) aufgegeben hat in der Hoffnung, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, suggeriert, daß, um bestimmte nationale Ziele zu erreichen, ökonomische Macht letztlich wichtiger ist als geostrategische. Bezogen auf die Hegemonie innerhalb kapitalistischer Weltmärkte wäre zu fragen, ob die militärische Intervention der US-amerikanischen Regierung den Versuch darstellt, ihre letzten militärischen Karten auszuspielen, um damit ihre ökonomische Niederlage auf den ‚zivilen' Märkten zu verhindern. Die ‚Nutznießer' dieses Konfliktes scheinen jedoch eher diejenigen Industriestaaten zu sein, die sich nicht direkt am Golfkrieg beteiligt haben: Japan und die BRD, die vor allem von den niedrigen Ölpreisen profitieren. Offensichtlich bietet das Weltmarktsystem keine Möglichkeit mehr, militärische Macht in ökonomische Erpressung umzuwandeln.

Der moralische Druck der USA auf die anderen GATT-Verhandlungspartner wird zusätzlich dadurch geschwächt, daß der Golfkrieg ‚weniger' gekostet hat als die schon gezahlten bzw. zugesagten Zuschüsse der anderen Staten. Um diesen ‚Kriegsgewinn' zu vertuschen, wird bereits versucht, laufende Militärkosten im Bundeshaushalt unter ‚Kriegskosten' zu subsumieren (vgl. Sylvia Nasar, ‚A Gain in Trade From Gulf War', The New York Times vom 13.3.1991.

Innerhalb der US-amerikanischen Linken werden indes alte Mißverständnisse über Kriege und ihre politischen Konstellationen fortgeschrieben. Viele sind enttäuscht, daß zur imperialistischen US-amerikanischen Kriegsmaschinerie keine Antithese existiert. Und übersehen darüberhinaus, daß die Ähnlichkeiten dieses Krieges nicht im Vergleich mit Vietnam, sondern mit dem Zweiten Weltkrieg bestehen. Im Vietnamkrieg führte die US-amerikanische Regierung einen schrecklichen und grotesken Krieg, der durch eine antikommunistische Hysterie und einem Mißtrauen gegenüber der sowjetischen Nachkriegspolitik geprägt war. Dabei wurde verkannt, daß es sich in Vietnam nicht um eine osteuropäische Variante kommunistischer Machtergreifung handelte, sondern um einen nationalen Befreiungskrieg.

Ähnlich wie während des Zweiten Weltkriegs war zu Beginn der irakischen Invasion der Spielraum zwischen ‚good' und ‚evil' sehr eng. Hussein vertrat symbolisch die Armen gegen die Reichen, die ägyptischen und jordanischen Leute von der Straße gegen die ‚Rolex' tragenden Sheiks aus Kuwait, den Kampf zwischen Nord und Süd. Dennoch war Hussein's ‚Lösung' eine faschistische. Das verkleinerte das Feld des Diskurses zwischen den Kritikerinnen der Regierungspolitik (wozu auch der aus dem konservativen Süden stammende demokratische Senator und Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Sam Nunn zählte) und den Kriegsbefürwortern, allerdings innerhalb eines grundsätzlichen Konsensus, daß internationale Maßnahmen notwendig seien, um den Irak zum Rückzug zu zwingen. Sowohl Befürworter als auch Gegner der Regierungspolitik statteten ihre Positionen mit Symbolen patriotischer Gesinnung aus.

Diese Ambiguität ist Ausdruck eines größeren Problems innerhalb der US-amerikanischen Linken. Ein Vergleich mit den Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung auf die (west-)deutsche Linke drängt

Alte Mißverständisse in der Linken

sich geradezu auf. In beiden Fällen haben die Ereignisse einen anderen Verlauf genommen als den von vielen Linksintellektuellen prognostizierten, was dazu führt, daß sie in ihrem Bemühen, eine eigene politische Identität aufrechtzuerhalten, alte Vorurteile bestätigten. In der BRD stellten einige ehemalige grüne PDSler ihre maoistisch-leninistischen Vorurteile zur Schau und die ‚Realos' machten eine noch nicht vollkommen feudale Parteistruktur verantwortlich für den aktuellen Verlauf der Weltgeschichte. In einer wachstumsorientierten, nationalistischen Stimmung gerät eine antiwachstumsorientierte und antinationalistische Position offensichtlich ins Schwanken. Das Ergebnis ist Ratlosigkeit. Die veralteten Analysen des US-Imperialismus versagen und die Notwendigkeit neuer Analysen schwächt die Argumente der US-amerikanischen Linken gegen den Golfkrieg.

Alexander Cockburn, ein linksradikaler Journalist, warnte vor dem High-Tech-Taumel, vor der seiner Meinung nach nicht gewährleisteten Funktionsfähigkeit computergesteuerter Raketen. Cockburn berief sich auf das Versagen alter Wunschvorstellungen eines strategischen Bombardements, wie sie das Pentagon während des Zweiten Weltkriegs entwickelte. Ein solcher Kommentar wird angesichts des Erfolgs von ‚Patriot' u.a. als peinlich empfunden. Die linke Wochenzeitschrift ‚The Nation' befürchtete noch katastrophalere Szenarien. Sie prophezeite, daß der Golfkrieg den Tod für tausende von Amerikanern bedeuten würde, und daß die Kriegskosten nicht bezahlbar wären. Mit dem Waffenstillstand verfiel ‚The Nation' in eine für die Linke hierzulande typische Amnesie, die das eigentliche Problem darstellt. Hilflos stehen nun viele der Tatsache gegenüber, daß dieser Krieg nicht, wie in den ‚sixties' zu einem ‚Auferstehen' der Friedensbewegung und einem sich ausweitenden Kampf für Gerechtigkeit und Menschenrechte führte. Solche aktionistischen Perspektiven sind eine traurige Reminiszens an einen Trotzkismus, der die ‚Weltrevolution' als das Ende des Zweiten Weltkrieges vorhersagte. Daran erinnert der auf so mancher Anti-War-Demo erteilte Ratschlag, einen ‚Aufstand von unten' anzuzetteln als ‚Alternative' zu militärischen Auseinandersetzungen.

Noch bizarrer erscheinen Pläne einiger Linksintellektueller, den ‚Tyrannenmord' an Hussein ausgerechnet mithilfe des israelischen Geheimdienstes MOSSAD durchführen zu wollen, der jahrelang als ‚Aufhänger' für verschiedenste Verschwörungstheorien diente. Die US-amerikanische Linke geht schweren Zeiten entgegen. Bereits der ökonomische ‚Kollaps' in Osteuropa hat das Reden über ‚socialism' und ‚social politics' verdächtig gemacht. Der Golfkrieg hat dem militärisch-technischen Komplex neuen Auftrieb gegeben und diesem eine steigende Produktion beschert. In den USA sieht sich die Linke in der Tat mit einer neuen ‚Pax Americana' konfrontiert. ■

MICHAEL T. KLARE

Pax Americana II

Die Operation „Wüstensturm" bedeutet eine Zäsur in der Geschichte nicht nur der USA, sondern in der Weltgeschichte. Die Ära des Kalten Krieges, die mit dem Abriß der Berliner Mauer zu Ende ging, war von der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft der USA geprägt — die Pax Americana I. Der Golfkonflikt leitet eine neue Ära ein, die zwar nicht wie vor von einer militärischen, aber nicht länger mehr wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft der USA gekennzeichnet ist — die Pax Americana II. Diese These vertritt der Autor in einem Beitrag, der in „The Nation" vom 11. Februar erschien.

Das Mutterschiff hat Schlagseite bekommen; mit den Konsequenzen dieser unbequemen Lage wird die Nation und mit ihr die Welt in den nächsten Jahren leben müssen. Mit großen Ölreserven und gut 50 % der Weltproduktion von Fertiggütern startete die USA die Zeit nach dem II. Weltkrieg. Auf diese Wirtschaftsmacht gestützt, bauten sie die „high tech Army" auf und schlossen mit Dutzenden von Staaten Militärbündnisse. Den militärischen Einfluß der multilateralen Bündnisse verstärkte der industrielle Einfluß multinationaler US-Unternehmen.

Zu bröckeln begann die Pax Americana I während des Vietnamkrieges; die Kosten des Imperiums überstiegen den beabsichtigten Nutzen. Muskularstraffung des militärischen Arms und eine weit ausgestreckte Hand nach ausländischen Kreditgebern waren die Hauptrezepte des Reaganismus zur Wiederherstellung des amerikanischen Primats, aber am Ende der tosenden 80er Jahre trugen, was die Weltwirtschaft betrifft, Japan und, was die Weltpolitik betrifft, Deutschland den Innovationslorbeer davon.

Geoökonomische oder geostrategische Lösung

Dieser offenkundige Niedergang der amerikanischen Macht ließ die politischen Führer fieberhaft nach neuen archimedischen Punkten suchen, die Welt wieder von Washington aus anzuhebeln. In diesem Bestreben hat sich die politische Klasse in zwei Schulen geteilt. Da ist einerseits der „geoökonomische" Ansatz, der auf eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit im Welthandel nach Art des japanischen oder westdeutschen Modells abstellt, und andererseits der „geostrategische", der sich die Lösung vom rechten Gebrauch der militärischen Stärke zur Beherrschung der strategischen Weltressourcen verspricht. Mit der Operation „Wüstenschild" haben die „Geostrategen" in Washington die Oberhand gewonnen und haben begonnen, die Grundfeste ihrer langfristigen Ziele zu zementieren.

Aus den militärischen Operationen am Golf scheinen die Umrisse dieses strategischen Projekts auf. Obwohl Präsident Bush unentwegt die „Befreiung Kuwaits" in den Vordergund stellt, sind die hintergründigen Ziele der Intervention nicht mehr zu übersehen: die Ausschaltung des Iraks als eines seriösen Favoriten für die Hegemonie am Golf; Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate für ihre äußere und möglicherweise auch für ihre innere Sicherheit in Dauerabhängigkeit von der militärischen Stärke der USA bringen; jede regionale Macht, Israel nicht ausgenommen, dazu bringen, vor jedem politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Schritt von einiger Bedeutung Washington zu konsultieren; schließlich mögliche spätere Störenfriede („den nächsten Saddam") der amerikanischen Vormachtstellung auf den nahöstlichen Ölfeldern abschrecken. Darüber hinaus: Japan und Deutschland an die Kandare nehmen, indem sie für die Sicherung ihrer Öllieferungen in den Schutz der amerikanischen konventionellen Schlagkraft gezwungen werden, wie einst vor der Bedrohung durch die Sowjetunion in ihre atomare Schlagkraft.

Um diese Zielsetzungen in einer Zeit niedergehender Wirtschaftsmacht im Innern und zunehmender politischer und ideologischer Differenzen nach außen zu erreichen, werden die US-Regierungen immer mehr Ressourcen der amerikanischen Gesellschaft binden müssen, angefangen mit dem Militärdienst junger Männer und Frauen. So der freiwillige Zustrom zum Wehrberuf versiegte, was unvermeidbar wäre, falls die Operation „Wüstensturm" die ständige Stationierung im arabischen Wüstensand erforderte, würde das Pentagon auf die Wiedereinführung der Wehrdienstpflicht drängen. Für solche Tausendundeinenacht-Abenteuer werden sich die US-Bürger, zumal die Alten und Schwachen, einige Flausen aus dem Kopf schlagen müssen: keine Steuererhöhungen, kein weiterer Abbau der sozialen Absicherung, Butter für Kanonen, Häuser für Kasernen. Es wird Proteste gegen diese Zwänge und Entbehrungen regnen. Die drüben geschaffene Pax Americana II wird hüben Unfrieden stiften: verschärfte Repression, hysterischer Patriotismus und Intoleranz. Wer es wagt, den Sinn des Engagements in der Fremde anzuzweifeln, wird der Wehrdienst und Steuerverweigerung geziehen, verfolgt und bestraft werden, es wird werden: „Amerikanismus" und althehre Soldatentugend besungen, „fremde" (sprich: unwestlich) und „weichliche" (sprich: feministisch, homophil, pazifistisch) verpönt und verhöhnt. Jene „Kasernengesellschaft", die George Orwell in „1984" nahen sah, wird eintreten.

Wir sind eingetreten in die Ära der Pax Americana II. Die Ära dürfte bald zu Ende sein, wenn die Operation „Wüstensturm" verheerend ausgeht. Sonst wird sie Jahre, vielleicht lange Jahre währen. Wie diese Ära gestimmt sein würde, davon bietet heute schon vieles einen Vorgeschmack: lasergesteuerte chirurgische genaue Waffen, eine Welle von Golffilmen, Golfromanen, etc. Wem diese Gardistenmaßlosigkeit nicht gefällt, bleibt keine andere Wahl, als Antimilitarismus zum Hauptinhalt einer fortschrittlichen Politik der 90er Jahre zu machen. ■

LESERBRIEFE

Betr.: *links* Nr. 250

Sektenunwesen

In seinem Kommentar zum Golfkrieg verweist Herr Jansen auf ein Flugblatt des ,,Bund gegen Anpassung". Damit wird suggeriert, der ,,Bund gegen Anpassung" sei eine Gruppierung, die eine ernstzunehmende Position in und aus der sog. 91er Friedensbewegung heraus vertritt. Dem ist nicht so.

Der ,,Bund gegen Anpassung", ehemals Marxistisch-Reichistische Initiative Freiburg (MRI), ist eine psychostalinistische Sekte, die seit den Siebzigern in der grün-alternativen Szene in Unwesen treibt, im wesentlichen wohl aus Gründen der Mitglieder- und Geldbeschaffung. Insofern kann es dem ,,Bund gegen Anpassung" nur recht sein, daß seine Flugblätter zustimmend oder ablehnend zitiert werden. Peter-Erwin Jansen zumindest hat aus einer der gefährlichsten Sekten der westdeutschen Trümmerlinken eine ernstzunehmende Fraktion der 91er ,,Friedensbewegung" gemacht. Die charismatischen Führer des ,,Bund gegen Anpassung" werden ihm dafür dankbar sein.

Informationen über den ,,,Bund gegen Anpassung" sind zu beziehen über die Zentralstelle zur Erfassung von MRI-Aktivitäten, c/o ASTA Uni Mainz, Staudinger Weg 21, 6500 Mainz.

ASTA
Uni Mainz

Betr.: *links* Nr. 250/251

Die Axt im Haus erspart den Scheidungsrichter

Draußen, im wirklichen Leben, hat sich bei Scheidungen das Zerrüttungsprinzip durchgesetzt: Nach allgemeinem Konsens ist es sachangemessener und humaner, die Möglichkeit oder Unmöglichkeit, eine Beziehung fortzusetzen, zu untersuchen, als Schuldzuweisungen vorzunehmen. Anders ,,bei uns" im linken Pißpott: Da wird weiterhin zugelangt, daß die Fetzen fliegen — am deutlichsten, wenn eine Partei des Streits sich gleich zum Scheidungsrichter aufschwingt und selbst die säuberlichen Trennungen und Vermögensaufteilungen vornimmt. Da gibt's für die eine Seite die Moral, die Empathie mit den Kriegsopfern, überhaupt die Menschlichkeit, und für die andere Seite bleibt dann nur noch die Kriegsgeilheit, die emotionale Stumpfheit, die midlife crises.

Die Diskussionsverweigerung und Exkommunikation, die Vack u.a. glauben exekutieren zu können, entbehrt jeder anderen Rechtfertigung als der persönlichen Aura der Schreibenden und ihrer Verdienste um die Linke. Ansonsten setzen sie die Grobschlächtigkeit fort, mit der SprecherInnen der Friedensbewegung, der Grünen usf. seit Beginn des Januar-Krieges hantierten, die u.a. in unserer Erklärung ,,Kein Frieden ohne Israel!" eine nicht weniger ungenaue Erwiderung fand, die aber in manchen Diskussionszusammenhängen mittlerweile überwunden ist. (Merkwürdig, daß das Ende der Diskurs-Fahnenstange in der undogmatischen *links* schneller erreicht ist als in ,,konkret"!) Von den meisten KritikerInnen wird souverän ignoriert, daß der Text seinen Ausgangspunkt — die in den Tagen vor der Bonner Demo am 26.1. kursierenden Aufrufe — benennt und deren Defizite angreift. Stattdessen werden Pauschal-Rundschläge gegen alle Renegaten ausgeteilt — von Enzensberger bis Zahn, von Cora Stephan bis Pohrt, deren einzige Aussage der Wunsch ist, mit all dem nichts zu tun zu haben: ,,von links her kommend", ,,psychologische Kriegsführung", ,,Kriegsfundamentalisten" usf.

Wer hat denn in seinen Auslassungen seit Januar permanent die Aporien und Zerrissenheiten geleugnet, die in fast jedem Gespräch über den Golfkrieg vorkamen, von denen ihr jetzt behauptet, sie uns noch gerade durchgehen zu lassen, wer hat denn das ,,widerspruchsfreie Fühlen" (Cora Stephan) als einzige Richtschnur propagiert? Ist schon ein Kriegsschreiber, wer die Aggressivität der irakischen Regierung festzuhalten für wichtig hält? Zeigt sich in der Einschätzung der UNO neben berechtigter Kritik und Skepsis nicht auch jener Rechtsnihilismus der Linken, dessen Kritik im SB einmal eine politische Heimat hatte? Auf all diese und andere Fragen gibt unsere Erklärung vom 22. Januar keine Antwort, aber sie drückt die berechtigte Wut darüber aus, daß das Problem der Bedrohung Israels in diesen Tagen systematisch ignoriert wurde, daß die deutsche Linke — wieder einmal — die Komplexität des Konflikts im Nahen Osten meint reduzieren zu können auf Gut und Böse (Ströbele war eben doch der Bauchredner einer wenn nicht mehrheitlichen, so doch starken Stimmung).

Natürlich hat ,,Sovieticus" recht, daß in der Februar-*links* zuviel Fortissimi zu vernehmen waren. Aber: ,,Sinnlos den Spiegel zu schelten, wenn das Gesicht schief ist" lautet eine russische Volksweisheit, die denen offenkundig nicht zugänglich ist, die sich immer noch einer Kampagne von Bundesregierung, überempfindlichen Israel-Freunden und durchgeknallten Ex-Linken ausgesetzt sehen, die an ihrer Seite plötzlich ,,Stoltenbergs voice" vernehmen. Mag sein, daß Trennungen und Entmischungen auf der Tagesordnung stehen, aber bildet Euch nicht ein, daß Ihr mit solcher Selbst- und Schnelljustiz, ohne ,,geordnetes Verfahren" davonkommt!

Mit gemischten Gefühlen

NORBERT REICHLING

Betr.: *links* Nr. 251

Klarheiten

Einen Vorteil hat die Debatte um den zweiten Golfkrieg und die Befreiung Kuwaits immerhin: sie bringt Klarheit über das, was einige von uns, einmal in Rage, zu denken bereit sind. In diesem Sinne bekamen die Autoren des vielgescholtenen Heftes Nr. 249 (so viel Papier in all den Jahren bedruckt!) besonders im Nachhinein durch die Attacken ihrer Kritiker recht.

Nur ein Beispiel: In seinem Leserbrief der April-Nummer schreibt Dieter Maier, wenn Ihr ihn richtig wiedergebt, folgenden Teil seines Schlußsatzes nieder, ohne daß sich sein Schreibgerät vor Scham krümmt: ,,Wer immer, wie in der *,,links"* vorausschauend geschehen, das Stalingrad, das die US-Truppen den irakischen Truppen bereiten, moralisch rechtfertigt (...)". Nehmen wir den angebotenen Vergleich ernst, heißt das doch, daß Maier entweder 1942 die von den sowjetischen Truppen den deutschen ,,bereitete" Niederlage ,,moralisch" nicht ,,gerechtfertigt" hätte. Oder daß er heute — wie damals — die Niederlage, die Stalingrad für die Okkupanten bedeutet, begrüßt. Letzterem widerspricht der Rest seines Textes. Was meint er also? Ich werde das Gefühl nicht los, daß er ersteres (vorsichtig ausgedeutet: ,,deutsche Wunde Stalingrad", ,,die von den Amerikanern den Deutschen beigebrachte schmähliche Niederlage") wirklich glaubt, aber bislang sich nicht zu sagen traute. Jetzt im Übereifer rutscht es nebenbei raus, und verrät all die anderen Worte.

Noch eine Anmerkung: Daß Leser eine Zeitschrift abbestellen, ist normal. Sich allerdings moralisch so aufzuplustern, als wäre der bürokratische Akt eine Absichtserklärung hohen politischen Ausmaßes, verkennt nicht nur den Debattencharakter der *,,links"*, so wie ich ihn jedenfalls in den letzten 16 Jahren verstanden habe, sondern wohl auch die eigene Person. Die so schreiben, treten auf, als seien sie der Papst einer Kirche, die sich ,,ich" nennt, und in dieser Funktion sprechen sie Lese- und Denkverbote aus, vielleicht weil sie um ihre Kirche fürchten.

DIETRICH LEDER

Betr.: *links* Nr. 251

,,Mein lieber Wolf"

Dank an Arno Klönne und Klaus Vack für den Artikel ,,Härtere Zeiten — ,geschiedene Leute"'. Hören wir mit dem ,,Kriegsspielen" auf. Krieg ist kein Spiel, Krieg verletzt in vielfältiger Weise Leben. Der ,,gute Krieg" oder der ,,gerechte Krieg" ist und war immer ein Propagandatrick. Wir leben in einer Welt, in der ,,der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist." Der Gipfel der Verachtung ist es, aus eigener Not über Sandkastenspiele zu entfliehen. Dazu gehört für mich auch die ,,Kopf-ab-Mentalität", die gegenwärtig in der linken Szene zu beobachten ist. Mir z.B. ist Wolf Biermann viel zu schade dafür, deshalb ein kleinen Gedicht für Ihn und uns:

Mein lieber Wolf, / nun stehst Du da / in Deinem kurzen Hemd. / Das Kriegsgeschrei, / was Du gemacht / das machte Dich / mir fremd. — / Du hast das Buch, / beim Lesen nur, / verkehrt herum gehalten. / Gib zu, daß Du ein Geißlein bist — / dann will ich Dich behalten.

JÜRGEN GEHRS

LUDI LODOVICO

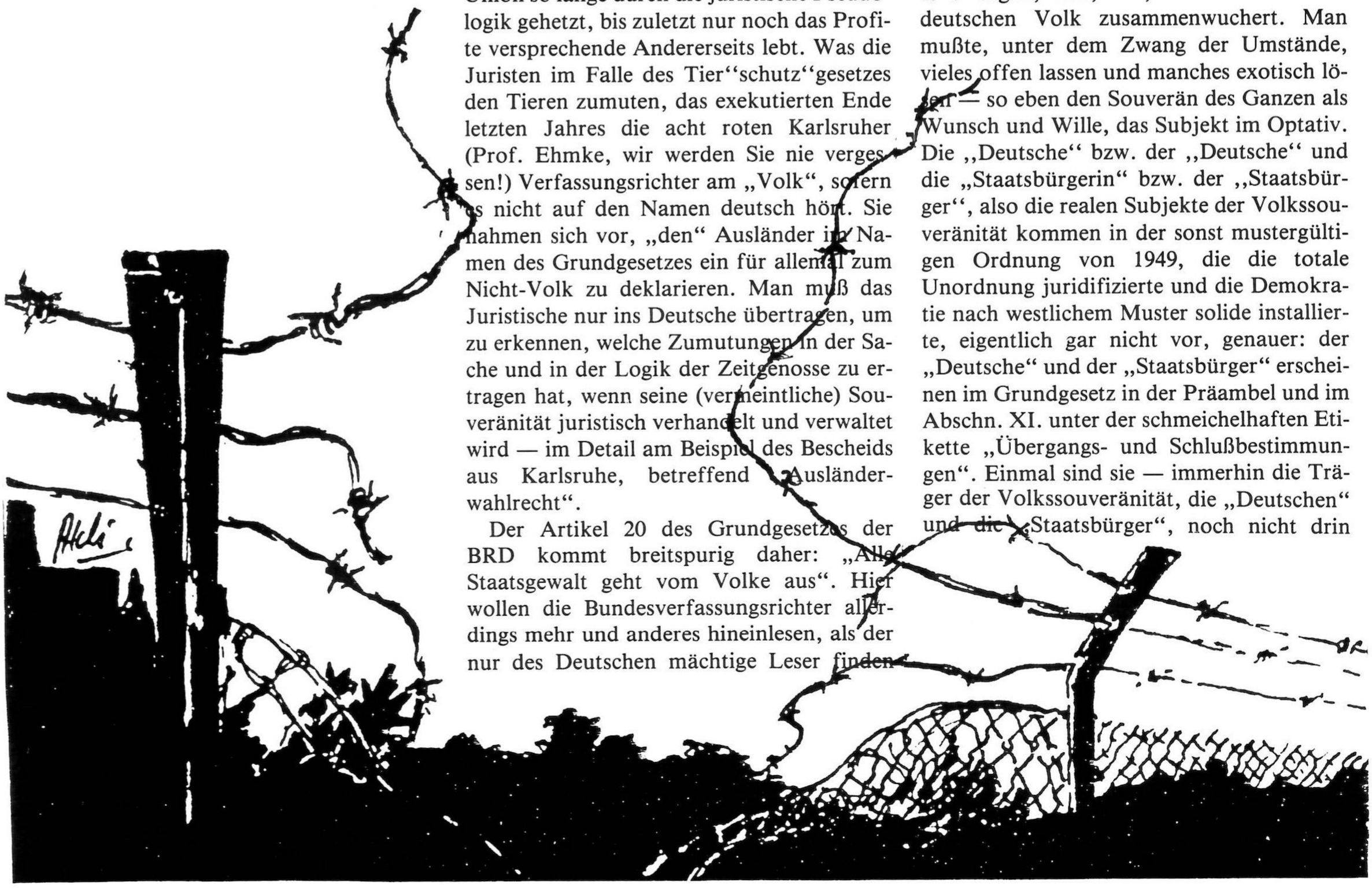
„Die Deutschen sind das Volk“

Anmerkungen zur Karlsruher Hausmetaphysik

Das Karlsruher Urteil in Sachen Ausländerrecht liegt schon ein paar Monate zurück. Aber der exklusive Rang, der dort dem deutschen Volk zugesprochen wird, entwickelt sich langsam aber sicher zum politischen Problem im Zusammenleben von Deutschen und Ausländern.

Den besten Kommentar zum Tierschutzgesetz von 1986 schrieb kein Jurist, sondern der unvergleichliche Hans Wollschläger: Musiker, Übersetzer, Schriftsteller, Essayist (1). Wo Juristen die Zweckbestimmung des Gesetzes — „Zweck dieses Gesetzes ist es, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen“ — und dessen sofortige, systematisch und legislatorisch gewollte Verleugnung begründen, (Tierversuche z.B. sind erlaubt, wenn sie „unerläßlich“ sind, wann sie „unerläßlich“ sind, bestimmt allerdings die Pharmaindustrie selbst in trauter Zusammenarbeit mit der zuständigen Wissenschaftsindustrie und ein paar überfordert-unterbelichteten Bürokraten), führt Wollschläger vor, worin der „Schutzcharakter“ des Gesetzes besteht: das Einerseits zugunsten des Tieres wird vom Andererseits im Dienste der Pharma-Wissenschaft-Arbeitsplätze-Gewerkschaften-Profit-Union so lange durch die juristische Pseudologik gehetzt, bis zuletzt nur noch das Profite versprechende Andererseits lebt. Was die Juristen im Falle des Tier‘‘schutz‘‘gesetzes den Tieren zumuten, das exekutierten Ende letzten Jahres die acht roten Karlsruher (Prof. Ehmke, wir werden Sie nie vergessen!) Verfassungsrichter am „Volk“, sofern es nicht auf den Namen deutsch hört. Sie nahmen sich vor, „den“ Ausländer im Namen des Grundgesetzes ein für allemal zum Nicht-Volk zu deklarieren. Man muß das Juristische nur ins Deutsche übertragen, um zu erkennen, welche Zumutungen in der Sache und in der Logik der Zeitgenosse zu ertragen hat, wenn seine (vermeintliche) Souveränität juristisch verhandelt und verwaltet wird — im Detail am Beispiel des Bescheids aus Karlsruhe, betreffend „Ausländerwahlrecht“.

Der Artikel 20 des Grundgesetzes der BRD kommt breitspurig daher: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Hier wollen die Bundesverfassungsrichter allerdings mehr und anderes hineinlesen, als der nur des Deutschen mächtige Leser finden kann: „Der Verfassungsgrundsatz ... enthält ... nicht allein den Grundsatz der Volkssouveränität. Vielmehr bestimmt diese Vorschrift selbst, wer das Volk ist“. Von jedem Alphabeten kriegte diese kühne Behauptung, die sich am Wortlaut des Art. 20 überhaupt nicht verifizieren läßt, sondern allenfalls am Firlefrans, den eine in diesem Punkt äußerst aufschlußreiche Interpretationsrabulistik unter der schönen Firma „herrschende Meinung“ produziert, nicht einmal den Schimmer einer ernsthaften Beachtung, denn das Gegenteil ist richtig: im Art. 20 wird pikanterweise nicht gesagt, „wer das Volk ist“, aber „es“ soll dennoch das Sagen haben. Selbstverständlichkeiten, wie die Definition, wer das Volk ist, konnten die Verfassungsgeber 1949 eben nicht, wie es sich gehörte in einer demokratischen Verfassung, an Ort und Stelle lösen. Die Gründe dafür sind klar. Wer wollte denn in der historisch-politischen k.o.-Situation von 1949 sagen, was, wie, wann wieder zum deutschen Volk zusammenwuchert. Man mußte, unter dem Zwang der Umstände, vieles offen lassen und manches exotisch lösen — so eben den Souverän des Ganzen als Wunsch und Wille, das Subjekt im Optativ. Die „Deutsche“ bzw. der „Deutsche“ und die „Staatsbürgerin“ bzw. der „Staatsbürger‘‘, also die realen Subjekte der Volkssouveränität kommen in der sonst mustergültigen Ordnung von 1949, die die totale Unordnung juridifizierte und die Demokratie nach westlichem Muster solide installierte, eigentlich gar nicht vor, genauer: der „Deutsche“ und der „Staatsbürger“ erscheinen im Grundgesetz in der Präambel und im Abschn. XI. unter der schmeichelhaften Etikette „Übergangs- und Schlußbestimmungen“. Einmal sind sie — immerhin die Träger der Volkssouveränität, die „Deutschen“ und die „Staatsbürger“, noch nicht drin



(„Präambel), und zuletzt erscheinen sie als zeitlich befristete Residualkategorien („Übergang"). Es wird Zeit, ein paar unausweichbare Tatsachen festzustellen:

Das Grundgesetz kennt ein Volk und eine Volkssouveränität, kann und will aber, 1949 nicht weiter verwunderlich, nicht so genau sagen, wer da gemeint ist und in der Zukunft gemeint sein könnte mit „Volk". Vier Armeen standen im Land, die Grenzverläufe erschienen noch sehr provisorisch, und die Besatzungsrechte waren erheblich.

In der unklaren Lage von 1949 nahm man die logische und politische Blamage in Kauf, das Substrat der demokratischen Verfassung, die Staatsbürger, als dehnungs- und streckfähige Übergangswesen zu definieren, um allerlei Optionen und Rechtsansprüche im Osten nicht vorzeitig aufzugeben. Was für den Staatsbürger gilt, trifft analog auf die Volkssouveränität zu. Wer das Volk ist, bleibt verschleiert. Warum sollten sich damals Verfassungsgeber anders verhalten als ganz normale Erben, die nach dem Ableben des Erblassers nach dem Motto handeln: Anspruch erheben ist alles, verlieren kann man immer noch. Deshalb hieß es, lieber eine Verfassung ohne eindeutig bestimmte Staatsbürger — eine Demokratie mit fiktivem Demos, wenn das keine hochjuridische Groteske ist! —, als eine Verfassung, die potentielle oder ehemalige Staatsbürger ausschließt, sozusagen vorzeitig ans Ausland „verschenkt". Das Grundgesetz enthielt, bei allen unbestreitbaren aufgeklärt-demokratischen Qualitäten, immer auch diesen quasi-revanchistischen Restaurationsvorbehalt — quer durch alle Parteien hindurch, die KPD ausgenommen. Heute, nach dem Beischluß der DDR — also dem halbwegs geglückten Abschluß der Erbfalls — bestehen solche Optionen auf ehemalige Staatsbürger bzw. ehemals deutsche Territorien nur noch in besonders vernagelten Köpfen, jedoch in einigen recht starken Vertriebenenverbänden und anderen Veteranenorganisationen. Um diese zu beruhigen und in ihren Hoffnungen baden zu lassen, bleibt der Begriff „Volk" weiterhin unterbestimmt und unbestimmt.

Den rechtlichen Hintergrund bilden die Übergangsbestimmungen im Art. 116, wo freilich nicht — wie es sich gehörte — gesagt wird, wer nun deutscher Staatsbürger und wer nicht. Alle demokraktischen Verfassungen auf der ganzen Welt kennen Staatsangehörige und Nicht-Staatsangehörige — tertium non datur. Auch das Völkerrecht gebietet, daß ein Staat nur über seine real vorhanden Staatsbürger Gesetze erläßt und nicht über solche die es vielleicht einmal waren und/oder wieder werden möchten. Art. 116 dagegen unterscheidet nicht zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen, sondern zwischen „deutschen Staatsangehörigen", also Menschen, die in den Grenzen des Reiches von 1937 lebten, und „sonstigen Deutschen", also jenen, deren Vorfahren oder die selbst einmal Deutsche waren, auswanderten oder inzwischen in Gebieten leben, die nach 1945 abgetreten werden mußten, und Nicht-Deutschen. Dazu der maßgebliche und staatskonformistische GG-Kommentar von Maunz, Düring und Herzog: „Der Rechtsbegriff der 'sonstigen Deutschen' ist dabei neu geschaffen worden"; „dabei" und juristisch meint dies: bei der Schaffung des Grundgesetzes. Für die normale Logik bedeutet es, daß bis zum 23.5. 1949 auf der ganzen Welt nur Personen deutscher Staatsangehörigkeit und solche nicht-deutscher Staatsangehörigkeit lebten. Das neue Gesetz bescherte der Welt durch die Rechtsfiktion des „sonstigen Deutschen" ein Drittes — die zeit- und ortlosen Germaninnen und Germanen, kurz die Abruf-Deutschen. Hinter der demokratischen Fassade des Grundgesetzes lauert immer noch das völkische Erlösungsversprechen: „eines Tages machen wir auch dich wieder zum Deutschen".

Im rechtsstaatlichen Regelwerk wallen ordinäre Blut- und Bodenideen weiter, und die Karlsruher Richter haben das mit ihrem Urteil zum Ausländerwahlrecht nochmals bestätigt. Das ist nicht nur historisch bedenklich, sondern angesichts der realen Zustände skandalös anachronistisch. Zwar liegt der Anteil der hier lebenden und arbeitenden Ausländer gesamtstaatlich unter 10 Prozent, aber in den Agglomerationen steigt er auf

Europäische Gemeinschaft der „inneren Sicherheit"

Der europäische Binnenmarkt steht vor der Tür. Die Grenzen zwischen den beteiligten Ländern sollen fallen. Im Zuge dieser ökonomischen Entwicklung machen sich die westeuropäischen Staaten an sogenannten Ausgleichsmaßnahmen zu schaffen, die das befürchtete Sicherheitsdefizit anläßlich des Grenzverlustes verhindern sollen. Insbesondere die internationale „organisierte Kriminalität" und der „internationale Terrorismus" werden der Öffentlichkeit als publikumswirksame Legitimationsformel zur rechtfertigung dieser neuen Epoche der europäischen Vereinheitlichung im Sicherheitsbereich angeboten.

Dabei ist das „(Sicherheits-) Modell (West-) Deutschland" auf dem besten Wege, ganz Europa zu erobern: In der Grauzone des internationalen Rechts, abseits demokratischer Entscheidungen wird im Westeuropa des Kapitals und der Konzerne schon jahrelang, unter Federführung der Bundesrepublik, an supranationalen Überwachungs- und Repressionsinstrumenten gearbeitet. Ein grenzenloser Datenaustausch im Direktverfahren ist geplant. Die Europäisierung des doch recht einmaligen bundesdeutschen „Antiterrorsystems" ist bereits in diversen multilateralen Abkommen und Arbeitsgruppen (z.B. „Trevi") weitgehend projektiert. Das sogenannte Schengener Abkommen der Benelux-Staaten, Frankreich und der BRD von 1985 (und spätere Zusatzabkommen) gibt dabei den sicherheitspolitischen Trend vor:

1. Es geht in Richtung eines europaweiten zentralisierten präventiven Sicherheitssystems — analog zur Sicherheitsentwicklung in der Bundesrepublik der letzten zwei Jahrzehnte. Vorgesehen sind: intensive polizeiliche und geheimdienstliche Kooperation, verstärkte Überwachung, Kontrolle, Datenerfassung, — Speicherung und Datenaustausch im europäischen Rahmen.

2. Eine europaweite Anwendung geheimpolizeilicher Mittel und Methoden der aktiven Informationsbeschaffung führt auf den Weg zu einer unkontrollierbaren europäischen Geheim-Polizei, parallel zur bereits weit gediehenen Herausbildung einer neuen Geheim-Polizei (Abteilungen des BKA, Verfassungsschutz, usw. lt. Nachfrage d.R.) in der Bundesrepublik Deutschland.

3. Demgegenüber mangelt es fast durchgängig an einem effektiven europäischen Individualrechtsschutz und an einer effizienten öffentlichen Kontrolle der Entscheidungs- und Ausführungsinstanzen, die — angesichts der Entwicklung — kaum je zu realiseren sein werden. Gegenüber dem anvisierten europäischen Datenverbund wird der Begriff Europäischer Datenschutz ein Fremdwort bleiben.

4. Es ist geplant, daß mit Wegfall der nationalen Grenzen innerhalb Westeuropas zum einen die Kontrollen an den Außengrenzen der Gemeinschaft verstärkt werden (Abschottung gegen Asylbewerber, Flüchtlinge, sog. Drittausländer; Visumspflicht); zum anderen werden die Grenzen ins jeweilige Landesinnere verlagert werden — mobil und in Bedarfsfällen auch tausendfach (z.B. mit Hilfe von Kontrollstellen). Die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen für die rationalisierten Massenkontrollen sind längst geschaffen.

Angesichts dieser europäischen Sicherheitsentwicklung stellt sich die Frage nach einer wirksamen, ebenfalls gesamteuropäischen Opposition sowie nach der Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Menschenrechts- und Datenschutzordnung vollkommen neu.

ROLF GÖSSNER

Bei dem vorstehenden Taxt handelt es sich um ein Thesenpapier, das der Autor anläßlich einer Tagung des Comite international de reflexion sur l'union europeene (CIRUE) Ende 1990 vorlegte. Wir entnehmen ihn der STIMME, Zeitschrift für In- und AusländerInnen im Land Bremen, 12/1 — 91.

rund 25 Prozent an. Und viele dieser Ausländer wohnen seit Jahrzehnten hier, sind zum Teil bereits hier geboren, sollen aber nichts mitzureden haben. Das Urteil ist Ausdruck eines bornierten Anachronismus, der die Lebenszeit rechtlicher Regeln, die vielleicht einmal sozial adäquat und politisch vernünftig waren, in die Zukunft verlängert. Die juristische Norm und die gesellschaftliche Wirklichkeit leben in verschiedenen Zeitepochen. Die juristischen Normen, den Textbüchern nach dazu da, den Rechtsfrieden zu stiften und zu sichern, werden so geradewegs zur Quelle von Konflikten, in dem sie Bürger 1. und Bürger 2. Klasse schaffen und damit die gegenseitigen Ressentiments bestätigen.

Die FAZ mag das Urteil „zeitgemäß" nennen und sich auf „das immer noch christlich geprägte 'Abendland'" (2.11.90) berufen, um dezent rassistisch auszudrücken, daß man sich hier weder mit Moslems noch mit Farbigen — und lebten sie noch so lange hier — auf eine Stufe zu stellen gedenkt.

Die Fiktion, mittels juridischer Normen, die für europäische Verhältnisse endgültig überlebte, in den Deutschen Reichen eins bis drei nie vollständig realisierte Einheit von Nation und Staat über eine rigide Fassung des Volksbegriffs festschreiben zu können, wird noch zu einem Bösen Erwachen führen. Die Interpretation des Begriffs 'Volk' durch das Verfassungsgericht ist schlicht reaktionär, weil das Gericht nach Herkunft und Abstammung, virtuell völkisch und rassisch definierten Kriterien verfährt, anstatt nach westeuropäisch-amerikanischer und genuin demokratischer Tradition nach dem politischen Substrat des „Volkes" im Begriff Volkssouveränität zu fragen.

Das Volk im politischen Sinne bestimmt sich eben nicht nach Abstammung und Herkunft, sondern meint die autonomen und rechtsfähigen Bürger bzw. Einwohner, die ihre Sache selbst in die Hand nehmen und sie auch bezahlen. So gesehen sind Deutsche und niedergelassene Ausländer (keiner denkt an ein Wahlrecht für Durchreisende) gleich. Für den politischen Begriff 'Volk' sind die Trivialitäten, daß jedes empirische Volk auch „völkische" Qualitäten im Sinne von Herkunft, Sprache, Tradition etc. aufweist, belanglos — mindestens so lange, wie die durch Herkunft, Sprache und Tradition unterschiedlichen Teile eines politischen Gemeinwesens gleichberechtigt agieren können, kulturell und politisch nicht unterdrückt werden durch ein quasi-imperiales Staatsvolk. „Die Deutschen sind das Volk" (FAZ 1.11.90) — das ist, gemessen an der wirklichen Zusammensetzung der Bevölkerung und an den realen sozialen und politischen Problemen der Zukunft, nichts weiter als ein Kampfprogramm gegen die ausländische Minderheit.

Wo rechtliche Normen und gesellschaftliche Realität offensichtlich nicht mehr zueinander passen, verfahren die Karlsruher Richter ganz ungeniert nach der brachialen Juristenweisheit: um so schlimmer für die Tatsachen: „Es trifft nicht zu, daß wegen der erheblichen Zunahme des Anteils der Ausländer an der Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes der verfassungsrechtliche Begriff des Volkes einen Bedeutungswandel erfahren habe". Ebenso gut hätten die Richter ins Urteil reinschreiben können, „was sich ändert, bestimmen wir". Selbst wo sich der realitätsferne Dogmatismus aufs Argumentieren zunächst einläßt, dekretiert er an der entscheidenden Bruchstelle einfach das Ende der Fahnenstange und implantiert dem Grundgesetz Absichten, die so nicht oder nur sehr andeutungsweise drin stehen. Die Richter erwägen, „es entspreche der demokratischen Idee, insbesondere dem in ihr enthaltenen Freiheitsgedanken, eine Kongruenz zwischen den Inhabern demokratischer politischer Rechte und den dauerhaft einer bestimmten staatlichen Herrschaft Unterworfenen herzustellen". Diese vernünftige Annäherung an demokratische Minimalstandards kommt freilich nicht sehr weit voran, heißt es doch im nächsten Augenblick: „Das ist im Ausgangspunkt zutreffend, kann jedoch nicht zu einer Auflösung des Junktims zwischen der Eigenschaft als Deutscher und der Zugehörigkeit zum Staatsvolk als dem Inhaber der Staatsgewalt führen. Ein solcher Weg ist durch das Grundgesetz versperrt". Mitnichten, denn dieses sagt ja nicht einmal eindeutig, wer das Volk ist, und obendrein haben sich die faktischen Verhältnisse seit 1949 so verändert — trotz der Schoppenstecher-Vorstellung, „ein Bedeutungswandel" liege erst vor, wenn er auch bei Gericht wahrgenommen und verstanden wird, daß man statt Dogmen fortzuschreiben auch mal die Verfassung an die Realitäten anpassen könnte.

Nicht um eine solche Anpassung an die gesellschaftliche Realität, sondern um eine rechtshistorische Abstützung ihres Urteils bemühten sich die Richter. Die Stein'sche Städteordnung von 1808 und allerlei süd- und mitteldeutsche Verfassungen aus dem Vormärz müssen deshalb herhalten für den Nachweis, daß in Sachen Wahlrecht heute immer noch nicht angemessen sei, was damals nicht sein durfte. Was sollen die Verhältnisse in halb-konstitutionellen Obrigkeitsstaaten, die die ganze Malaise der deutschen Misere ausmachten und sich weit unter dem Niveau der Geschichte tummelten, für die heutigen Verhältnisse wohl hergeben? Einem demokratischen Gericht hätte es etwas mehr zur Ehre und zur Legitimität gereicht, wenn es sich statt dessen auf die Staatsbürger-Debatten in der Amerikanischen und Französischen Revolution bezogen hätte. Zwar gab es auch da erhebliche Schranken (Zensus, Aktivbürger und Passivbürger, Auschluß der Frauen — nicht bei Condorcet und Sieyès!), aber keine fundamentalistischen rechtlichen Abgrenzungen entlang der Blut- und Herkunftsideologie, die das Bundesverfassungsgericht am Leben erhält. ■

(1) Hans Wollschläger, „Tiere sehen dich an" oder Das Potential Mengele. Essay (Zürich 1989).

SCHÜREN
Marburg
Berlin

Ralf Ludwig/ Jürgen Neumeyer (Hrsg.)

DIE NARKOTISIERTE GESELLSCHAFT?

Neue Wege in der Drogenpolitik

180 Seiten, br., DM 19,80
ISBN 3-924800-44-8

Der Kampf gegen die Drogen wird als große gesellschaftspolitische Aufgabe propagiert, ohne daß die Ursachen des Konsums kritisch hinterfragt werden. Die AutorInnen - öffentliche Drogenbeauftragte, MitarbeiterInnen der AIDS-Hilfe und andere Fachleute - hinterfragen die Drogenpolitik und -hilfe und zeigen neue Wege auf - auch, indem sie über Tabuthemen wie Entkriminalisierung und Legalisierung nachdenken.

Produziert in Zusammenarbeit mit der deutschen AIDS-Hilfe.

Joachim Spangenberg

UMWELT UND ENTWICKLUNG

Argumente für eine globale Entwicklungsstrategie

180 Seiten, Pb, DM 19,80
ISBN 3-924800-45-6

Die hochtechnisierten Staaten Europas und Amerikas verdanken ihren Wohlstand zum guten Teil der Nutzung der Ressourcen der Entwicklungsländer. Während in Europa allmählich mehr Wert auf eine ökologisch verträgliche Wirtschaft gelegt wird, leidet die Dritte Welt mehr denn je an den Folgen von Umweltzerstörung und Industriemüll.

Joachim Spangenberg zeigt, wie auch in der Dritten Welt wirtschaftliche Prosperität ohne Naturzerstörung möglich wäre.

Bezug durch den Buchhandel

CARL-WILHELM MACKE

Los von Rom

Über den Aufstieg der „Ligen“ in Italien

Der Osten wird zum Mezzogiorno Deutschlands. Was der Süden des Landes, der Mezzogiorno, schon seit über einem Jahrhundert für Italien bedeute, werde der Osten, die Ex-DDR, für Deutschland in Zukunft sein. Extrem ungleiche soziale Entwicklung, Konzentration von Geld & Macht in einem Teil des Nationalstaates, Industrieruinen & Armut in dem anderen, gegenseitige Vorurteile und mentale Abwehr hier wie da. Eine politische wie soziale Analogie zwischen zwei Gesellschaften zu unterstellen, wie es derzeit in den Diskussionen über die weitere Entwicklung der deutschen Gesellschaft mit dem Verweis auf Italien häufig geschieht, ist immer problematisch.

Dennoch zeichnen sich am Horizont etwa mit den italienischen Ligen Phänomene ab, die, bei aller Differenz der beiden Gesellschaften, in Zukunft auch in Deutschland möglich sind. Hat nicht zum Beispiel die bayerische CSU ihren letzten Landtagswahlkampf mit einem extrem Wohlstands-Chauvinismus gegen die „da oben“ in Vorderpommern und Mecklenburg gewürzt? Warum soll es nicht in Zukunft auch in Deutschland neue politische Formationen jenseits der etablierten Parteien geben, die Stimmungen gegen alle Versager, Fremde und Verlierer, gegen die „Ossis“ macht?

Die Ligen in Italien werden in diesem Zusammenhang oft zitiert, aber wer oder was sind eigentlich diese Gruppierungen, die nun schon seit Monaten das politische Leben in Italien von Norden nach Süden durcheinanderwirbeln?

Zum ersten Mal sind die „Ligen“ Anfang der achtziger Jahre in den reichen Regionen des italienischen Nordens, der Lombardei, Piemont und Venetien-Friaul aufgetreten. Das Alto-Adige (Südtirol) war stets aufgrund der besonderen Problematik dieser Region ein Sonderfall in der politischen Landschaft Italiens. Hier konnte sich der regionalistische Wählerprotest „gegen Rom“ stets in anderen Formen artikulieren (Südtiroler Volkspartei). Nur hier haben die gegen die deutschsprachige Mehrheit auftretenden Neofaschisten in den letzen Jahren auch Stimmen gewinnen können, während sie ansonsten überall deutliche Niederlagen hinnehmen mußten. Bei den Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 haben die Neofaschisten aber auch im Alto Adige große Stimmenverluste erlitten.

Mit eingängigen, vagen und demagogischen Parolen, aber ohne ein ausformuliertes Programm, haben hingegen die Ligen ihren Anhang in den übrigen voralpinen Regionen Jahr für Jahr und von Wahl zu Wahl stetig erweitert. Anfang 1991 haben sich unter der rigoros autoritären Führung von Umberto Bossi, dem leader storico (historischen Führer) der Lega Lombarda, die Ligen der Lombardei, Piemonts, Venetiens, Liguriens, der Toscana und der Emilia-Romagna zu einer einzigen Lega Nord zusammengeschlossen. Bei den Kommunal- und Regionalwahlen von 1985 votierten in der Lombardei, dem Ursprungsland der Ligen 2,5 % für diese neue politische Kraft. 1987 reichten die Stimmen bereits, um je einen Repräsentanten der „Lega Lombarda“ in den römischen Senat und die Kammer zu entsenden. 8,1 % der Lombarden wählten anläßlich der Europawahlen von 1989 zwei Abgeordnete ins Brüsseler Parlament. Zwar konnte jeder Kenner der Stimmungen besonders in einigen norditalienischen Regionen ahnen, wie sehr die Unterstützung der unter dem Etikett „Liga“ kandidierenden neuen politischen Listen in den letzten Jahren stetig zugenommen hat. Aber niemand hat die Explosion der Ligen bei den Kommunalwahlen vom Mai 1990 vorausgesehen.

Symptom der Spaltung

Seit diesem Datum sind die Ligen in der Lombardei und im Veneto endgültig zu einem politischen Faktor geworden. So stellt zum Beispiel in der Lombardei die Lega Lombarda nach den Christdemokraten im Regionalparlament mit 20,2 % der abgegebenen Stimmen die zweitstärkste Fraktion. In kleineren Orten des Hinterlandes von Mailand, Bergamo, Varese oder Como haben bis zu 40 % für die „Lega Lombarda“ votiert. Hochgerechnet auf das ganze Italien sind die „Ligen“ heute bereits nach den Christdemokraten, den Kommunisten und den Sozialisten zur vierten Kraft im politischen Spektrum avanciert. Differenzierteren Beobachtern ist schnell klar geworden, daß die den „Ligen“ publikumswirksam aufgedrückten Etiketten „rechts“ und „rassistisch“ zwar Aspekte ihres Auftretens richtig erfassen, aber die ganze Tiefendimension dieses Phänomens nicht ausreichend erklären können. Diese „Wiederentdeckung der kleinen Heimat“ und Ablehnung der zentralstaatlichen Politik läßt sich nach dem Urteil von Alberto Asor Rosa, einem der führenden politischen Kolumnisten Italiens, nicht „einfach in den Begriffen von Wider stand, Fortschritt und Reaktion definieren“.

Die Ligen sind das auffälligste politische Symptom einer in den letzten Jahren deutlich gestiegenen sozialen und kulturellen

Spaltung der italienischen gesellschaft entlang der traditionellen geographischen Achse Nord-Süd, der politischen Achse Zentrum (Rom) und den Regionen, der sozialen Achse Gewinner und Verlierer des Wirtschaftsbooms in den achtziger Jahren. Die Ligen sammeln diesen seit Jahren aufgestauten Unmut mit dem politischen System, der sich mit sozialer Unzufriedenheit, regionalistischem Chauvinismus und Fremdenabwehr(-angst) vermengt. Die gewalttätigen Scharmützel in den Fußballstadien, die Jagden von Jugendbanden auf „Terroni"/Süditaliener in einigen norditalienischen Städten, Akte rassistisch motivierter Gewalt in den Peripheriestadtteilen der großen Metropolen Mailand, Rom, Neapel, die Zunahme „mafioser Kultur" (Nando Dalla Chiesa) in Staat und Gesellschaft usw., sind andere Symptome.

Welche Stimmungen und Interessen artikulieren nun diese „Ligen", wer sind ihre Mitglieder und Sympathisanten? Für Rocco Cordi, Sekretär der PCI-PDS in Varese, dem Zentrum der norditalienischen Ligen, ist es irreführend, diese „Ligen" als das politische Sprachrohr sozial deklassierter Opfer des norditalienischen Wirtschaftsbooms zu interpretieren. "Die Ligen" haben sich gerade in den wohlhabenden Zonen der Lombardei gegründet, wo traditionell Christdemokraten und Katholiken über einen besonders großen Einfluß verfügen". Cordis Einschätzungen decken sich auch mit empirischen Studien über die Wählerschaft der „Ligen". Nach einer Untersuchung der Katholischen Universität Mailand sind die Wähler der „Lega Lombarda" in ihrer Mehrzahl zwischen 20 und 40 Jahre alt, männlichen Geschlechts, finanziell gut bis sehr gut abgesichert und entstammen vornehmlich dem Angestelltenmilieu im Umfeld prosperiernder Wirtschaftsunternehmen. Von den 732 Kandidaten der Ligen bei den Kommunalwahlen im Mai des vergangenen Jahres, waren fast 90 % Männer, 50 % unter 30 Jahren und fast ebensoviele als Angestellte tätig. In ihren anti-zentralistischen und fremdenfeindlichen Stimmungen treffen sie sich jedoch auch mit Einstellungen, wie sie bis hinein in das traditionelle Arbeiterklientel der Kommunisten verbreitet sind. In ihren Hochburgen haben die Ligen sowohl von ehemaligen christdemokratischen wie von kommunistischen Wählern überdurchschnittliche Unterstützung erhalten. Zur Verteidigung des eigenen sozialen Besitzstandes kündigen Politiker und Wähler der „Ligen" offensiv jede Solidarität mit den sozial Schwächeren auf, die für sie vornehmlich die Arbeiteremmigranten aus dem wirklichen Afrika und dem „inneritalienischen Afrika", dem Mezzogiorno, darstellen.

Die Sympathisanten der „Ligen", so interpretiert es jedenfalls der Kommunist Cordi, kündigen mit ihrer sehr aggressiven Verteidigung sozialer Interessen die offene Konfrontation jeder gegen jeden an. Für Riccardo Terzi, einem führenden Gewerkschaftsfunktionär in Mailand, sind „nicht die politische Kultur, sondern ein sehr partikulares Einzelinteresse, nicht die Gemeinschaft, sondern das Individuum die wichtigsten Bestandteile der Ideologien dieser „Ligen". Hauptgegner sind für sie die „faulen und parasitären Süditaliener", das „korrupte Rom", kurz das ganze ineffiziente, zentralisierte „römische System". „Rom saugt uns das Blut aus den Adern" — „Unsere Heimat ist die Lombardei". Schrittweise will man sich vom „römischen Zentralismus" befreien und separate eigene regionale Strukturen aufbauen. Die „Ligen" segeln gegenwärtig, so formulierte es, der Gründer und Sprecher der „Lega Lombarda", Senator Umberto Bossi aus Varese, „mit dem separatistischen Wind von Litauen, Estland und Slowenien im Rücken". Neben dem inner- und außeritalienischen Rassismus und dem Anti-Zentralismus ist es für Vittorio Moioli, Autor einer Studie über die „Lega Lombarda" insbesondere die Krise der offiziellen Politik und der sie tragenden traditionellen Parteien (einschließlich der Opposition), die das Gedeihen der „Ligen" fördern. Mit ihren zum Teil kruden Provinzialismus stoßen die „Ligen" in ein Identitätsvakuum, das mit dem Niedergang des Einflusses von katholischer Kirche und der alten Arbeiterbewegung dort aufgerissen wurde, wo die Menschen heute anonymisiert und individualisiert leben. Hinter der Zustimmung für die Ligen stehen „tiefgreifende Ängste vor seelenlosen Großräumen und unkontrollierbaren Entscheidungen ferner Instanzen" (Giorgio Galli).

Sehnsucht nach Heimat

Wenn auch konfus und untereinander extrem zerstritten, artikulieren die „Ligen" die Folgen jenes großen Fragmentierungsprozeßes, der die italienische Gesellschaft in den letzten Jahren im Sog des Modernisierungsprozesses deutlich gezeichnet hat. Nicht nur regionale Interessen werden immer partialisierter gegen den Staat und andere Bevölkerungs- und Berufsgruppen verteidigt, sondern wie etwa die neuen Formen „gewerkschaftlicher" Interessenvertretung, die Cobas, zeigen, mit besonderer Hartnäckigkeit auch soziale Einzelinteressen. Die Autofahrer beginnen sich genauso zu organisieren wie die um längere Öffnungszeiten kämpfende Diskothekenbesucher oder die um die Reinheit der venezianischen Küche besorgten Gourmets. „Das partikularisierte, egoistische, rassistische Italien ist aufgewacht", polemisierte jüngst Renzo Dirienzo in einem Dossier des Magazins "L'Espresso".

Andere Journalisten und Politikwissenschaftler warnen aber inzwischen davor, die diesem populistischen Protest zugrundeliegenden Miseren mit vordergründigen Dämonisierungen und vorschnellen Urteilen zu dramatisieren. Asor Rosa etwa bringt diesen Aufschwung des Partikularismus in einen Zusammenhang mit der Krise und dem Zerfall der „großen Ideologien und Systeme". Mit dem schwindenden Vertrauen in die Möglichkeiten genereller Gesellschaftsveränderungen, so Asor Rosa, verengt sich der Horizont immer mehr und werden gleichzeitig auch die Interessen immer partikulärer.

In den Sympathien für die „Ligen" vermischt sich diese „Sehnsucht nach den kleinen Heimaten" (Asor Rosa) mit dem populären Unmut gegen den ineffizienten zentralstaatlichen Apparat in Rom und einer oft auch aggressiven Abwehr gegen alles Fremde außerhalb der eigenen vier Wände. Die „Ligen" als ein eindeutig „rechtes" Phänomen zu klassifizieren, greift auch deshalb zu kurz, weil die „Ligen" wie die Grünen und die PCI-PDS in ihrer Kritik an dem klientelistisch verrotteten politische System Italiens fast identische Positionen vertreten.

Aber weder die Grünen noch die Ex-Kommunisten, sondern die „regionalchauvinistischen Ligen" (Werner Raith in der TAZ) schaffen es, diesen Unmut politisch für sich zu kanalisieren. Mario Tronti, einer der intellektuellen „Vordenker" der PCI-PDS, forderte die Linken dann auch auf, eine Politik zu formulieren, die den berechtigten anti-zentralistischen Protest der „Ligen" abtrennt von den rassistischen und undemokratischen Positionen.

Während sich die politische und intellektuelle Klasse Italiens an Bekundungen für „Europa 92" überbietet, breitet sich in der Bevölkerung immer mehr eine gegen das „römische System" und gegen den großen „Moloch Europa" gerichtete Stimmung aus. Die Grenzen Europas werden poröser oder fallen, aber in den einzelnen Ländern wächst spürbar die Bereitschaft, Festungswälle gegen Fremde und Arme anzulegen.

Die Bewegung der italienischen Ligen ruft auf zur Verteidigung des „rechtschaffenden Nordens" gegen die „Schmarotzer" aus dem inner- und außeritalienischen Süden. Wann gründen sich die ersten Vereinigungen in Westdeutschland gegen „Armutswanderungen" aus dem Osten...? ■

Reformismus von unten

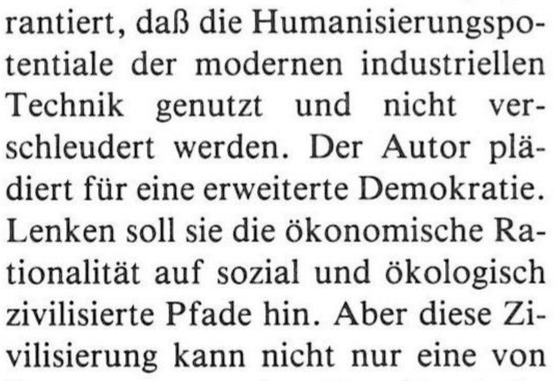
Der Begriff der *zivilen Gesellschaft* hat wie kein zweiter politische Karriere gemacht. Diesen semantischen Trend machte neulich ein Kommentator der Frankfurter Allgemeinen aus. Der konservative Kritiker monierte einen Etikettenschwindel. Was heute zivile Gesellschaft heiße, habe man früher abschätzig bürgerliche Gesellschaft genannt. Die Verächter der bürgerlichen hätten sich in Lobredner der civil society verwandelt. Wendehälse also — so konnte man zwischen den FAZ-Zeilen lesen — denen ihr früherer Marxismus peinlich wie eine Jugendsünde ist.

Auch Johano Strasser hält es mit dem Begriff der zivilen Gesellschaft. Aber sein Buch würde keinem Konservativen als Anbiederung eines Ex-Linken erschienen, obwohl es doch am kanonisierten Marxismus kein gutes Haar mehr läßt. Aber mit der Kritik der realsozialistischen Dogmen hat sich für Strasser die Kritik der bestehenden Gesellschaft nicht erledigt. Diese mißt er an ihren eigenen Maßstäben. Point d'honneur, Ehrenpunkt einer marktwirtschaftlich regulierten Gesellschaft sind ihre freien und gleichberechtigten Bürger. Als Wirtschaftssubjekte erkennen sie sich wechselseitig an und tauschen ihre Waren ohne Zwang und Gewalt. Der Autor hält Freiheit und Gleichheit nicht vulgärmarxistisch für einen Lug und Trug. Er will die Ideen der bürgerlichen Revolution verwirklicht wissen, läßt sich aber den Zweifel nicht abhandeln, ob sie es sind. Er bezweifelt, daß die kapitalistische Ökonomie, die so viele in bloße Rädchen der industriellen Apparatur verwandelt, die für das menschliche Arbeitsvermögen beste aller Welten ist. Wie substantiell ist die Freiheit eines Menschen, dessen Arbeitsprozeß ihn in ein Ding, in ein Objekt verwandelt? Geht er aus dieser täglichen Mühle unbeschädigt und aufrecht abends nach Hause? Läßt diese Ankettung an inhumane Arbeit sein Humanum, sein Selbstbewußtsein unangetastet? Als Antwort kann nicht der Verweis beruhigen auf die Depotenzierung des einzelnen in den alten staatssozialistischen Ländern. Auch die Effizienz der westlichen Technologie und Ökonomie kann keine menschenunwürdigen Beschäftigungsformen rechtfertigen. Denn an dieser Effizienz nimmt nicht nur menschliche, sondern auch außermenschliche Natur viel zu sehr Schaden. Aus solchem Schaden klug zu werden und ihn abzuwenden, können, so Strasser, die Utopien helfen. Seine sind nun keineswegs verblasene Träumereien ohne rechten Wirklichkeitssinn. Der utopischen Idee, inhumane Formen von Industriearbeit weitgehend abzuschaffen, kommt eine Menge an Wirklichkeit in Gestalt der Mikrotechnologien entgegen. Diese Technologien verlangen nach einem komplexeren Typus menschlicher Tätigkeit als die alten Produktionskonzepte mit ihrem Taylorismus und den entnervenden Taktvorgaben.

Aus Jobs können wieder Berufe werden, diese Chance bietet der technologische Wandel. Und er ermöglicht eine drastische Reduzierung der Arbeitszeit. Ja, er verlangt sie geradezu; denn die Arbeitszeitverkürzung ist eine Arznei gegen die Schwindsucht, an der die Arbeitsplätze leiden. Privatwirtschaftliche Produktionskonzepte dürfen, schreibt Strasser, gesellschaftlicher Mitbestimmung nicht entzogen bleiben. ebensowenig wie Forschungs- und Investitionsentscheidungen. Nur die demokratische Mitbestimmung garantiert, daß die Humanisierungspotentiale der modernen industriellen Technik genutzt und nicht verschleudert werden. Der Autor plädiert für eine erweiterte Demokratie. Lenken soll sie die ökonomische Rationalität auf sozial und ökologisch zivilisierte Pfade hin. Aber diese Zivilisierung kann nicht nur eine von Staats wegen sein. Der klassische Reformismus von oben reicht da nicht aus. Er braucht die Schubkraft der alten und der neuen sozialen Bewegungen. Reformismus von unten, so könnte man Strassers Begriff von ziviler Gesellschaft übersetzen.

PETER KERN

Johano Strasser
„Leben ohne Utopie?"
Luchterhand Literaturverlag Ffm 1990, 144 Seiten, DM 20,—



Der Mensch inmitten der Geschichte

Löwith, einziger Habilitant Heideggers in der Marburger Zeit, der aus Nazi-Deutschland über Italien nach Japan und von dort 1941 in die USA emigrieren mußte, sah in Heideggers Auflösung der Philosophie das Ende einer sich seit langem abzeichnenden Entwicklung. Nietzsche und Jacob Burckhardt hatten die nihilistischen Konsequenzen prognostiziert, die sich aus den modernen Demokratien entwickeln werden: „*Terribles simplificateurs* werden über das alte Europa kommen und das Muster alles Daseins werde noch vielmehr als schon jetzt die bis ins Einzelne durchgebildete Zweckmäßigkeit des Militärwesens werden." Die Entfaltung des historischen Bewußtseins des 19. Jahrhunderts, nachdem Hegels unermeßliche Anstrengung Philosophie und Geschichte zusammenzudenken notwendig gescheitert war, führte unerbittlich zur Logik des Zerfalls: „Nichts ist mehr wahr."

In dem jetzt erschienenen Band ist Löwiths Auseinandersetzung mit diesem Denken von den frühen 30er bis zum Ende der 60er Jahre dokumentiert. Seine Studien dienten nie einem philologisch-akademischen Impuls, die problematischen Erfahrungsweisen des modernen Menschen angemessen zu reflektieren. Eine *einzige* Intention soll hier verdeutlicht werden. Wie kann der Relativismus, der durch die geschichtliche Selbstauslegung des menschlichen Daseins hervorgerufen wurde, zugunsten einer die Humanität begründenden, nicht-ephemeren Natur überwunden werden: „Sich inmitten der Geschichte an ihr orientieren wollen, das wäre so, wie wenn man sich bei einem Schiffbruch an den Wogen anhalten wollte."

Interessanterweise verdankt sich Löwiths Kritik trotz den zum Teil verblüffenden Übereinstimmungen in der Stoßrichtung ihrer Argumente einem grundsätzlich anderen Motiv, als das Denken der Kritischen Theorie. Während der frühe Marcuse und die Autoren der „Dialektik der Aufklärung" die Radikalisierung des historischen Bewußtseins vorantreiben, um sich den Zwängen der Natur, die sich gesellschaftlich reproduzieren, endgültig zur Freiheit zu entwinden, marginalisiert Löwith die Bedeutung der Geschichte für den Menschen. Seine Depotenzierung dieses Bewußtseins greift zurück auf die antike Vorstellung eines kontingenten, nicht weiter kontrollierbaren geschichtlichen Geschehens. Dies soll ihm den Blick frei geben auf die Natur und auf den natürlichen Kosmos einer nach Weltgesetzen geregelten Ordnung, die allererst das verbindliche Maß für die alteuropäische Idee der Humanität bilden könnte. Obwohl der Mensch sich als kulturschaffendes und arbeitendes Wesen der Natur paradoxerweise entgegensetzen kann, die ihn doch zugleich hervorbringt und in der er wieder versinkt, bleibt „die Natur immer sie selbst". Sie ist die ewige Wiederkehr des Gleichen. Das Geschichtliche am Menschen birgt nicht die Kraft in sich, sich aus diesem natürlichen Zusammenhang herauszusprengen.

Die klammheimliche Freude, die insgeheim den postmodernen Leser ergreifen könnte, wenn er sich Löwiths radikale Kritik am historischen Bewußtsein vergegenwärtigt, führt aber aufs Glatteis. Nicht wegen seines *alteuropäischen Gestus* und seiner Rehabilitierung des Humanismus, sondern wegen seiner unbestechlichen Entlarvung dieses Bewußtseins. Die bloße Negation des Marxschen Denkens zugunsten eines pluralistisch-relativistischen anything goes, das unterschwellig aber immer noch mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt kokettiert und von ihm abhängt, wird von Löwith scharf zurückgewiesen. Schon 1963 beschreibt er „Das Verhängnis des Fortschritts": „Eine unheimliche Koinzidenz von Fatalismus und Fortschrittswille kennzeichnet jetzt alles Denken über den Fortgang der Geschichte." Die Einheit des Nihilismus, den das moderne Europa hervorgebracht hat, besteht in dem geheimen Zusammenhang, der sowohl die eschatologischen Hoffnungen des nun zusammengebrochenen Marxismus wie auch den Fortschrittsmythos der westlich-kapitalistischen Länder verbindet. In den radikalen gesellschaftlichen Umwälzungen in Osteuropa hätte Löwith nur die einseitige Auflösung des Problems gesehen: „Eine prinzipielle, das ist philosophische Kritik der Lehre von Marx, kann sich deshalb nicht damit begnügen oder gar darin Gefallen unter dem Namen einer negativen Freiheit vom Zwang die faktischen politischen Verhältnisse derjenigen Mächte zu kritisieren, die unter dem Dogma des Marxismus" standen. Das Faktische, das jetzt nur noch in einer Form überlebt, darf nicht zur normativen Kraft werden. Löwith hat endlose Male den Weg von Hegel zu Nietzsche abgeschritten und die Konsequenzen des letzten Metaphysikers zu Ende gedacht, ohne Heideggers affirmativen Kniefall vor dem „Willen zur Macht" mitzugehen, der allen universalistischen Prinzipien der Philosophie im Namen der Geschichtlichkeit die Destruktion ankündigte.

JOACHIM VOLKE

Karl Löwith. Der Mensch inmitten der Geschichte. Philosophische Bilanz des 20. Jahrhunderts. Verlag J. B. Metzler 1990, 390 Seiten, DM 48,—

HAUKE BRUNKHORST

Demokratische Frage und volonté générale

In den Diskussionen um ein neues Verständnis von Demokratie wird mit der starken These gearbeitet, am Ende unseres Jahrhunderts sei klar, daß die ,,soziale Frage'' des 19. Jahrhunderts im zwanzigsten durch die ,,demokratische Frage'' abgelöst werde. Im Buch von Rödel, Frankenberg und Dubiel (,,Die demokratische Frage'', Frankfurt/M. 1989; vgl. auch *links* Nr. 237 und 239) wird zu Beginn diese These im Rückgriff auf die bürgerliche Revolution des 18. Jahrhunderts formuliert, dem man eine Frage nach der Freiheit des Individuums zuordnen könne. Man kann unterstellen, daß damit nicht gemeint sein soll, Emanzipationsprobleme seien im 19., soziale Probleme westlicher Gesellschaften im 20. Jahrhundert gelöst worden, nun, an der Schwelle des nächsten stünden die Demokratisierungsprobleme der Weltgesellschaft zur Lösung an. Es geht hier vielmehr in allen Fragen um die Dialektik der Freiheit und das übergreifende, in jedem Jahrhundert neu akzentuierte Thema ist das einer freien Gesellschaft.

Implizit zumindest gehen die Autoren, nicht anders als eine lange Liste von Denkern, die vom jungen Schelling bis zu John Rawls reicht, vom *Vorrang der Freiheit* aus. Das wird schon aus ihrer zentralen Prämisse deutlich, daß unsere Probleme sich immer noch in den Bahnen, die einst die Französische und die Amerikanische Revolution gebrochen haben, bewegen. Weil es also in den der Emanzipation folgenden Fragen um deren eigene Dialektik und Entwicklungsdynamik geht, ist auch der Dreischritt von libertärer, sozialer und demokratischer Frage mehr als ein Zufall. Dem entschlossenen sich aus allen Traditionen ,,losreißenden'' (Hegel) Freiheitsbewußtsein des 18. Jahrhunderts folgt im 19. der soziale ,,Gegenstoß'' (Hegel), der auf die Folgeprobleme der liberalen Freiheitsrechte einer ,,bürgerlichen Gesellschaft'' (Hegel) von ,,Privateigentümern'' (Marx) reagiert. Die demokratische Frage unserer Zeit kann dann zwanglos als eine Art dialektischer Synthese, als ,,Zusammenschluß'' von ,,Stoß und Gegenstoß'' (Hegel) verstanden werden. Denn die demokratische Frage zielt auf eine Korrektur der bürokratischen und individualistischen Einseitigkeiten der zweiten und der (im doppelten Sinne) ersten Frage. Deshalb ist ,,intersubjektive Freiheit'' (Habermas) oder ,,kommunale Freiheit'' (Theunissen) ihr Grundbegriff. Bei Rödel, Frankenberg und Dubiel sind die entsprechenden Begriffe ,,civil society'', ,,autonome Öffentlichkeit'' oder ,,zivile Solidarität''. Dabei ist der Begriff der ,,civil society'' vielleicht der unglücklichste, schon deshalb, weil er sich schwer übersetzen läßt. Denn das beste Angebot der deutschen Sprache, ,,bürgerliche Gesellschaft'', ist schon von Hegels liberal-kapitalistischem ,,System der Bedürfnisse'' (dem Wirtschaftssystem, wie die Soziologen heute sagen) besetzt. So bleibt nur der häßliche Ausdruck ,,Zivilgesellschaft'', der freilich zu dem von den Autoren ausgerufenen ,,Aktivbürger'' nicht so schlecht paßt, hat der doch schon in der Studen seiner Geburt Aktenstaub angesetzt.

Trotzdem trifft der Ausdruck ,,Zivilgesellschaft'' ein sachliches Problem, das aber zugleich zeigt, daß sich hinter diesem Problem eine neue Einseitigkeit verbirgt, weshalb die Häßlichkeit des Ausdrucks wiederum mehr als ein Zufall ist und etwas mit der Sache zu tun hat.

Fraglos einleuchtend ist die Anwendung des Begriffs der Zivilgesellschaft autonomer Öffentlichkeiten und demokratischer Kulturen auf die poststalinistischen Gesellschaften des Ostens. Hier geht es immer noch um die Durchsetzung einer zivilen Demokratie gegen eine militarisierte Organisationsgesellschaft ohne Öffentlichkeit. Castoriadis, auf den die Autoren sich berufen, war einer der letzten westlichen Marxisten, der vor allem dem militaristischen Zug der Entwicklungs-

Arbeitsgruppentagung des SB:

Eine andere Moderne?

Die Frage nach gesellschaftlichen Alternativen hat nach dem Zusammenbruch des ,,realen Sozialismus'' auch die Demokratietheorie wiederbelebt. In den aktuellen Diskussionen geht es um Modelle der ,,Zivilisierung'' und ,,Demokratisierung'' des kapitalistischen Systems. Die theoretische Diskussion dieser Problematik ist nicht ohne Auswirkungen auf die politische Auseinandersetzung innerhalb des ,,links-grün-alternativen Spektrums'' geblieben.

Die gegenwärtigen Kontroversen (Golfkrieg!) haben aber zugleich einen erschreckenden Mangel offenbart: einen (mit der gebotenen Vorsicht: scheinbar) fehlenden Bezug zu den Problemen und Herausforderungen der realen gesellschaftlichen Entwicklung (der sie zumindest ihre Attraktivität verdanken). Diesen Zusammenhang herzustellen, soll eine zentrale Intention und Aufgabenstellung der geplanten Veranstaltung sein.

Es fällt auf, daß die Kluft zwischen den subjektiven Wahrnehmungen gesellschaftlicher Realität und deren ,,objektivem'' Verlauf größer zu werden droht (oder bereits größer geworden ist). Vor diesem Hintergrund spielt die Frage nach dem Zusammenhang gesellschaftlicher Erfahrung eine wesentliche Rolle für die Entwicklung von Kriterien zur Kritik der bestehenden Gesellschaft und Alternativen.

Die Feststellung, daß es bei den Diskussionen in Ost und West um völlig verschiedene Dinge gegangen ist, bzw. geht, ist trivial: daß nämlich die Transformation des ,,realen Sozialismus'' und die Modernisierung des kapitalistischen Systems der Produktion und Reproduktion sowohl zeitlich zusammenfallen als auch Prozesse von einem hohen Grad an Ungleichzeitigkeit darstellen. Zu insistieren wäre jedoch darauf, daß sie unter einer Fahne wie ,,Zivilgesellschaft'' offenbar auch nicht vereinheitlichbar sind. Eine ,,andere Moderne'', die beide Aufgaben miteinander vereinbart, setzt eine Politik voraus, die Chancen der Demokratisierung des Kapitalismus konsequent ausschöpft. Die Frage nach den Voraussetzungen eines solchen ,,radikalen Reformismus'' steht im Mittelpunkt der diesjährigen Arbeitsgruppentagung des Sozialistischen Büros (SB).

Ausgehend von den Erfordernissen einer sozial-ökologischen Gesellschaftspolitik sollen in thematisch strukturierten Foren Thesen und Konzepte zur Diskussion gestellt werden, die sich kritisch mit der gegenwärtigen Theorieproduktion auseinandersetzen:

- *Der Golfkrieg hat neben vielen anderen die Frage aufgeworfen, unter welchen politischen Bedingungen eine ,,zivile'' Utopie der ,,Weltgesellschaft'', deren Inkarnation die UNO ist, denkbar und ggf. herstellbar wäre?*
- *Vor dem Hintergrund der vergrößerten Bundesrepublik haben sich neue soziale Probleme und gesellschaftliche Gewaltpotentiale entwickelt. Wie ist eine ,,zivilgesellschaftliche'' Problemlösung und Konfliktregulierung vorstellbar?*
- *Die osteuropäische Diskussion der ,,Zivilgesellschaft'' basiert auf einem grundlegend verschiedenen Erfahrungshintergrund. Wie läßt sich diese Diskussion mit der ,,westlichen'' Pespektive der ,,Demokratisierung'' verbinden?*

Termin: *8. Juni 1991*
Ort: *Frankfurt/M.*
Kontakt und Information:
Sozialistisches Büro,
PF 10 20 62,
6050 Offenbach/M.,
Tel 069/88 50 06,
FAX 069/82 11 16

diktaturen des Ostens brillante Studien und eine vernichtend treffende Polemik zugeeignet hat. Je geringer jedoch in diesen Gesellschaften das zivilisatorische Niveau und je totalitärer sie noch organisiert sind, desto geringer scheint die Plausibilität des Modells einer gewaltfreien Zivilisierung zu sein, desto relevanter werden strategische Kräfte, Organisationsmacht, vielleicht sogar so etwas wie die ,,zivilisierende Tendenz des Kapitals'', von der Marx gesprochen hatte. Die totale Privatisierung und Atomisierung eines gänlich zerstörten öffentlichen Lebens ist nicht das einzige, fundamentale Problem der Gesellschaften des Ostens. Das andere, das sich mit rein kommunikativen Mitteln nicht wird lösen lassen, ist die pathologische

Mangel an Zivilisiertheit

Struktur einer vormodern gebliebenen, repressiven Bürokratie, die noch nicht einmal das Problem des Nepotismus gelöst hat. Der Grund ist einfach und von Hegel in dessen Analyse des absolutistischen Feudalstaats mit aller Schärfe gesehen worden. Der Staat ist im Privatbesitz einer Partei. Die Aufhebung *dieses* Privateigentums aber scheint eine ganz unverzichtbare Bedingung *moderner* Gesellschaften zu sein. Das ist vor allem dort vordringlich, wo es historisch noch nie einen modernen Staat gegeben hat, also vor allem in Ländern wie der Sowjetunion oder in China. Es scheint so, daß die Entwicklung einer uneingeschränkten und gewaltfreien Öffentlichkeit nur möglich ist, wenn der Staat und seine Bürokratie zu Mächten des Allgemeinen geworden sind. Es geht dort noch nicht um die Folgeprobleme einer liberal verfaßten Sozialbürokratie, sondern überhaupt erst um die Schaffung einer modernen, rationalen Bürokratie im Sinne Max Webers.

Deutlicher faßbar wird die begrenzte Verwendbarkeit des Begriffs der ,,civil society'', wenn wir uns den fortgeschrittenen Gesellschaften des Westens zuwenden und dabei einmal von der ärgerlichen Tatsache eines fast unglaublichen Mangels an demokratischer Zivilisiertheit bei manchen *westdeutschen* Politikern absehen. Hier, im Westen, ist die ,,civil society'' und die ,,demokratische Frage'' doch nichts eigentlich Neues. Es gibt sie schon, oft freilich noch in sehr grober Annäherung und mit vielen Widersprüchen. Neu ist die demokratische Frage nur, wenn man sie mit der ,,sozialen Frage'' konfrontiert, dann macht sie deren eklatanten Mangel schlagartig sichtbar. Aber auch die ,,soziale Frage'' war zu ihrer Zeit nichts wesentlich Neues. Sie wurde seinerzeit vor allem von einem, in seinem Freiheitsbewußtsein tief verunsicherten deutschen Bürgertum gestellt. Sie ist nicht zufällig die zentrale Frage eines ,,Vereins für Sozialpolitik'' gewesen, in dem sich liberale und konservative Intellektuelle trafen, die sich mit dem Vorrang der nationalen Einheit vor der demokratischen Freiheit in Deutschland bereits abgefunden hatten, und die nun glaubten, das letzte Problem der Nation sei eine soziale Frage, die von der Freiheit isoliert gelöst werden könnte. *Diese* ,,Sozialstaats''-Illusion war bis tief in die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wirksam. Das war bei Marx anders, der wirklich neue Fragen nach dem Verhältnis von Gesellschaft und Staat und von Kapital und Arbeit gestellt hatte, dabei aber — als guter Schüler Hegels — immer vom Vorrang der Freiheit ausgegangen war. Diesen Vorrang erneuert auch die demokratische Frage

gegenüber der sozialen, aber das ist ersichtlich nur von begrenzter Relevanz.

In Anwendung auf die Probleme westlicher Gesellschaften hat das Konzept eines zivilen, ,,demokratischen Dispositivs" (Lefort) vor allem in der *normativen Dimension* Gewicht. Hier weist es in die Zukunft westlicher Gesellschaften, die sich gerade dann öffnen dürfte, wenn schließlich die ganze Welt zum Westen geworden ist. Normativ ist die *emphatische Demokratieidee* einer durch freie Vereinigung, durch freie öffentliche Diskussion unter (auch sozial halbwegs) Gleichen regierten Gesellschaft immer noch eine radikale politische Idee und ein kaum ausgeschöpftes Potential neuer Möglichkeiten. Diejenige Gesellschaft ist die freieste, in der Wissen und Macht so scharf voneinander geschieden sind, daß die Erzeugung praktischen Wissens in der freien Diskussion der Bürger zur Macht über die gesellschaftliche Organisation wird. In den Organisationsgesellschaften des Ostens war es genau umgekehrt. Und nur diejenige Diskussion ist wirklich frei, die den ,,Wohlfahrtsdespotismus" (Tocqueville) bloß faktischer Mehrheiten (extremer Fall: die ,,Diktatur des Proletariats") immer wieder zur Disposition stellt, um die Produktivität der Minoritäten und der einzelnen Individuen zu entfesseln, die der Lebensnerv der Demokratie ist. Der Idealfall einer demokratischen, und das heißt, egalitären und libertären Gesellschaft wäre, das hat der amerikanische Philosoph Richard Rorty meines Erachtens zu Recht hervorgehoben, nicht die reformistische Parlamentsgesellschaft und ebensowenig die revolutionäre Parteigesellschaft, sondern eine Gesellschaft, in der der ,,Unterschied zwischen Revolutionär und Reformer ausgelöscht" ist. Denn in dieser Gesellschaft müssen Revolutionäre keine Gewalt mehr anwenden, um sich Gehör zu verschaffen (vgl. Rorty, Kontingenz, Ironie und Solidarität, Frankfurt, Suhrkamp 1989, 109f). Obwohl diese Gesellschaft nirgends verwirklicht ist, gibt es doch so erhebliche graduelle Unterschiede, daß zumindest in den westlichen Gesellschaften der Unterschied von Reform und Revolution kaum noch Sinn macht, allenfalls als Kulturrevolution gegen den Rückfall in den Reformismus.

Es bleibt dabei aber zumindest ein Punkt strittig, und damit komme ich zum Schluß zu dem Problem, das ich mit der demokratischen Frage ebenso habe wie mit Rortys liberalem Utopismus. Beide, der Neopragmatiker und die eher neokommunitär gesonnenen Theoretiker der ,,civil society" gehen von einem ziemlich idealisierten Bild der amerikanischen Revolution aus, und sie teilen das konservative Vorurteil über die Französische Revolution als der eigentlichen Quelle des modernen Totalitarismus. Ich glaube, daß diese Vorstellung falsch ist. Sie setzt einen ebenso radikalen Bruch mit der Tradition des alteuropäischen Denkens voraus, wie die Systemtheorie Niklas Luhmanns. Bei Rödel und seinen Mitautoren ist es die These der *totalen Säkularisierung* moderner Gesellschaften. Sie impliziert, und das ist auch der Grundgedanke Rortys und Luhmanns, daß unsere Freiheit sich in reine Kontingenz auflöst und jede Spur des Unbedingten, nicht Relativierbaren aus dem öffentlichen Leben getilgt wird. In der älteren kritischen Theorie wurde das die ,,eindimensionale Gesellschaft" genannt. Dann aber wäre nicht mehr klar, worin die ,,unaufhebbare Spannung zwischen dem symbo-

Nach dem Sturz der Metaphysik

lischen Dispositiv der Demokratie und der gesellschaftlichen Realität" eigentlich noch bestehen soll, auf die Rödel, Frankenberg und Dubiel doch — und mit Recht — so großen Wert legen.

Denn wenn von der Metaphysik im Augenblick ihres Sturzes gar keine Wahrheit übrigbliebe und nichts, was noch einer allgemeinen Idee ähnlich sähe, dann wäre das Dispositiv der Demokratie dasselbe wie der ,,*Idealfall* einer liberalen Gesellschaft" bei Rorty: bloße Reklame für die Demokratie und ohne einen *nicht relativierbaren Anspruch auf Wahrheit*. Er allein ist aber der Garant von Gewaltfreiheit und Fallibilität, der Revidierbarkeit jeder Entscheidung und jedes Gesetzes und jedes Mehrheitsbeschlusses. Denn Argumente, deren Austausch das Wesen der Demokratie ist, zwingen nur, *wenn sie zwingend* (d.h. gültig und wahr) *sind*, sanktions- und gewaltfrei. Nicht Gewaltfreiheit ist die Grundlage der Wahrheit, sondern Wahrheit die Bedingung möglicher Gewaltfreiheit. Ohne volonté générale keine Demokratie. Aber der wahre oder allgemeine Wille ist nichts Faktisches wie derjenige wechselnder Mehrheiten. Sein Operationsfeld ist das Reich des hypothetisch Möglichen. Der platonische Fehler Rousseaus war die Identifikation des Möglichen mit dem Wirklichen in einer konkreten Polisgemeinschaft. Er selbst hat sich an die von ihm eingeführte *Unterscheidung* des allgemeinen vom bloßen Mehrheitswillen nicht gehalten, sowenig wie später der tugendhafte Robespierre. Man darf aber den allgemeinen Willen nicht in den der Mehrheit projizieren. Sein Ort — und damit der Lebensnerv der Demokratie — ist dort, wo letzterem widersprochen wird. Die volonté générale sitzt also genau da, wo die Theoretiker der ,,civil society" und des ,,demokratischen Dispositivs" ihn abgeschafft wissen wollen: in der Revidierbarkeit jeder Entscheidung und jedes Gesetzes, die ohne die permanente Belagerung des Institutionensystems durch eine expansive und autonome Öffentlichkeit nicht möglich wäre. Das ist die Wahrheit, die nach vollendeter Säkularisierung, nach dem Sturz der Metaphysik von ihr bleibt.

Die gesamte Kontroverse über die ,,civil society" ist ziemlich schwammig und nicht sehr klar. Auf jeden Fall hat sei eine wahre und eine falsche Seite. Falsch ist, wie wir gesehen haben, die voreilige Preisgabe der kritischen Differenz von allgemeinem und Mehrheitswillen. Wahr aber ist die Semantik der ,,civil society" in der scharfen Trennung von Rede- und Eigentumsfreiheit. Anders als bei Hegel ist die bürgerliche Gesellschaft nicht der Unterbau der zivilen universellen Gleichheitsrechte. Das ist schlechter Marxismus. Mit Ronald Dwarkin (Bürgerrechte ernstgenommen, Frankfurt, 1984) sollte wir diesen Ausgangspunkt für einen nicht resignativen und nicht utilitaristischen Liberalismus aber noch weit schärfer herausstellen als die ,,civil society"-Apologeten das gewöhnlich tun. Der Liberalismus der freien Rede und der gleichen Rechte ist nicht der Liberalismus des Kapitals. ■

FORSCHUNGSJOURNAL
Neue Soziale Bewegungen

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt. 4 x pro Jahr auf 122 Seiten.

PRAXIS MIT REFLEXION.
ANALYSE MIT SUBSTANZ.
KONZEPTE MIT KONTUREN.

Zukunft der Reformpolitik?
Die politische Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels bei SPD und den Grünen Heft 1/91

Bewegung, Gegenbewegungen und Staat
Heft 2/91

Triumph der Verbände?
Bewegungen zwischen Gesellschaft und Staat Heft 3/91

Power in der Provinz?
Ländlicher Raum und neue soziale Bewegungen Heft 4/91

Joachim Raschke
KRISE DER GRÜNEN
Bilanz und Neubeginn
Hrsg. Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
Schüren Presseverlag
ISBN 3-924800-47-2
19,80 DM 224 Seiten

Abo: DM 48,- (DM 36,- erm.)
Einzelheft: DM 12,50
Bestellungen über den Buchhandel
Probehefte gratis beim Verlag
Verlag: Schüren Presseverlag
Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg
Redaktion: Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen,
c/o Dr. Thomas Leif,
Neubauerstr. 12, 6200 Wiesbaden

CHRISTOPH GÖRG

Die Verfassung des Fortschritts?

Ohne Zweifel haben sich im letzten Jahr die Koordinaten politischer Orientierung verschoben. Eines der Defizite, das dabei zum Vorschein kam, war das Fehlen einer gesellschaftlichen Veränderungsperspektive, die der neuen Situation und den Problemen der Gegenwartsgesellschaften angemessen ist. Ulrich K. Preuß kann mit seinem Essay zum Verhältnis von ,,Revolution, Fortschritt und Verfassung'' zeigen, daß es keineswegs angemessen ist, die bestehenden politischen Systeme als das letzte Wort anzusehen. Und er kann zumindest Anregungen geben, in welche Richtung die Suche nach weiterführenden Perspektiven gehen müßte.

Von Demokratie wird allerorten viel geredet. Für manche zeigt sie angesichts des Zusammenbruchs der sozialistischen Staaten in Osteuropa schon in der Form der westlichen parlamentarischen Gesellschaftssysteme das Ende der Geschichte an. Andere wiederum glauben, durch die bloße Verwendung des Adjektivs ,,demokratisch'' die Lösung sozialer Probleme garantieren zu können. Beiden Varianten dieses verkürzten Demokratieverständnisses tritt Ulrich K. Preuß entgegen. Weder waren ihm zufolge die ,,Revolutionen von 1989'' allein die Korrektur eines Irrwegs, durch die die Staaten Osteuropas sich wieder auf die beste aller Herrschaftsformen besonnen haben, bzw. in einer ,,nachholenden Revolution'' (Habermas) allererst die Bedingungen dafür geschaffen haben. Dieser Sichtweise, die die Demokratie allein an den bestehenden Verfassungen der westlichen Industrienationen bemißt, hält Preuß die These entgegen, gerade in Osteuropa habe sich ein neues Verfassungsverständnis vorbereitet. Und ohne dieses neue Verfassungsverständnis, so die zweite Frontstellung, lassen sich die Probleme der Gegenwartsgesellschaften, die Preuß in Anlehnung an die Analysen von Ulrich Beck als ,,Risikogesellschaften'' charakterisiert, nicht lösen.

Diese Sicht, die zwei der wichtigsten zeitdiagnostischen Fragen miteinander verbindet, wird bei Preuß durch einen weiten Verfassungsbegriff vorbereitet. Dieser meint nicht allein eine kodifizierte rechtliche Ordnung, sondern die umfassenden Möglichkeiten gesellschaftlicher Selbsteinwirkung. Demokratie wird damit gemessen an den realen gesellschaftlichen Bedingungen und nicht an einem Idealzustand. Sie ist der Ausdruck der Fähigkeit der Gesellschaft, ihre Widersprüche wahrzunehmen und ihre Konflikte auszutragen. Mit dieser weiten Fassung des Begriffs vermeidet Preuß die Dichotomie von Anspruch und Wirklichkeit, von Normalität und Faktizität. Aber es droht die Gefahr, daß sich die Veränderungsperspektive allzu eng an den bestehenden Verhältnissen orientiert und es versäumt, der Realität ihre unterdrückten Möglichkeiten kritisch entgegenzuhalten.

Die Bedeutung des Verfassungsbegriffs läßt sich nach Preuß am besten durch seine beiden Gegenbegriffe verdeutlichen: Unterdrückung (despotische Herrschaft) und Verdrängung (die Unfähigkeit zur Selbstthematisierung). In einem historischen Durchgang durch die Wandlungen des Verfassungsverständnisses von der amerikanischen und französischen Revolution bis heute bereitet er die These vor, daß sich in den Umwälzungen in Osteuropa ein neuer Umgang mit einem, das Verhältnis von Fortschritt und Revolution zentral prägenden Widerspruch abzeichnet. Denn einerseits ist die Verfassung Ausdruck potentiell unbeschränkter Volkssouveränität. Andererseits ist sie aber gerade der Versuch, diese Macht zu bändigen, damit sie sich nicht selbst zerstört. Genau diese Selbstzerstörung war das Schicksal des verkürzten Emanzipationsverständnisses, das sich im Zusammenbruch des ,,real existierenden Sozialismus'' artikuliert. Preuß verfolgt dieses Emanzipationsverständnis bis zu Marx zurück. Schon bei Marx und Engels läßt sich nach seiner Ansicht das Auseinanderreißen von sozialer und politischer Emanzipation beobachten, das zu einer ,,Vertreibung der moralischen Dimension aus den sozialen Auseinandersetzungen und aus der Revolution'' geführt habe. Weil im Proletariat als der ,,universalen Klasse'' die Emanzipation aller anderen Gesellschaftsmitglieder faktisch verbürgt sein sollte, wird die Frage nach den sozialen Bedingungen von Emanzipation falsch gestellt und das Problem der Rechtfertigung politischer Macht instrumentell verkürzt und geschichtsphilosophisch umgangen.

Die Kritik an der ,,Entnormativierung sozialer Konflikte'' bei Marx ist nun nicht neu. Zutreffend ist sie sicherlich insoweit, als es bei ihm keine Ausarbeitung dieser normativen Dimension sozialer Konflikte und ihrer politischen Institutionalisierung gibt. Falsch ist sie aber insoweit, weil sie die normativen Implikationen seines Gesellschaftsbegriffs, die Implikationen der ,,Kritik der politischen Ökonomie'' unterschlägt. Diese drehen sich aber gerade um das Verhältnis von Ökonomie und Moral, auf das noch zurückzukommen sein wird.

Preuß gibt der Kritik an der Entnormativierung sozialer Konflikte eine aktuelle Wendung. Wenn die Regime in Osteuropa gescheitert sind, dann als späte Rache an der Verkürzung sozialer Emanzipation. Eine faktisch unbeschränkte Macht hatte die Fähigkeit verloren, gesellschaftliche Prozesse noch adäquat wahrnehmen zu können und sich dadurch selbst um die Fähigkeit zur Selbstkorrektur gebracht. Demgemäß geht

es in Osteuropa heute um die Wiedergewinnung der politischen Lernfähigkeit.

Preuß schließt hier an die ,,Idee der Autonomie der Zivilgesellschaft'' an und gibt ihr quasi verfassungsrechtliche Konturen: Ein ,,moralisch reflexiver Konstitutionalismus'' ist ihm zufolge das den Problemen der Gegenwartsgesellschaften adäquate Verfassungsverständnis. Nun ist zu beobachten, daß sich die Verbreitung des Begriffs der ,,zivilen Gesellschaft'' umgekehrt proportional verhält zu seiner Begründung. Was jedoch Preuß von den ideologieträchtigen Veranstaltungen unterscheidet, ein Produkt einer spezifischen Oppositionskultur in den Staaten Osteuropas zum Allheilmittel für die Sinnbedürfnisse moderner Industriestaaten zu erklären, ist seine Anstrengung, das Problem der Angemessenheit dieser Idee in den Vorgergrund zu stellen, ja dieses Problem gerade als Folie zu benutzen, dieser Idee allererst einen brauchbaren Sinn zu geben.

Notwendigkeit eines Neuen Demokratieverständnisses

Das neue Verfassungsverständnis ist demgemäß vor allem dadurch gekennzeichnet, daß es verstärkt den anderen Gegensatz zum Verfassungsbegriff in den Vordergrund rückt: die Verdrängung. Das Problem, für das eine Lösung gesucht wird, ist das der Möglichkeit der Wahrnehmung und Bearbeitung selbstgeschaffener destruktiver Potentiale. Demokratie kann dann aber nicht mehr im Sinne der Durchsetzung einer souveränen Macht in alle gesellschaftlichen Bereiche interpretiert werden, sondern ist Ausdruck der Selbstbezüglichkeit der Gesellschaft. Zur Selbstermöglichung von Lernfähigkeit gehört es zudem auch, seine eigenen Schwächen mitzureflektieren. Eine intelligente Selbstbegrenzung ist Ausdruck des Versuchs, moralische Ordnung und Handlungssouveränität zur Deckung zu bringen. Ob aber die Einsicht in die Unvollkommenheit sozialer Institutionen schon per se einen besseren Umgang mit selbstgeschaffenen Destruktionspotentialen ermöglicht, bleibt fraglich.

Dies gilt erst recht dann, wenn die moralische Dimension sozialer Risiken genauer betrachtet wird. Inzwischen hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß es sich nicht um Risiken im technischen Sinne eines Kalküls handelt, das die Eintrittswahrscheinlichkeit und die Schadensfolgen berechnet. Vielmehr geht es um die Verantwortbarkeit dieser Kalküle sowohl im Hinblick auf die gesellschaftlichen Entscheidungsprozeduren als auch hinsichtlich der sozialen Akzeptanz: Sie folgen nicht einem neutralen Sachzwang, sondern unterliegen notwendig sozialen Bewertungen. Obwohl aber in den selbstgeschaffenen Destruktionspotentialen unabweisbar eine moralische Dimension impliziert ist, sind diese, wie auch Preuß feststellt, nicht durch eine neue Ethik der Wissenschaften, durch einen Moralisierungsdiskurs zu bearbeiten. Es bleibt nach wie vor offen, wie andere soziale Bewertungen gegenüber den etablierten Formen der Produktion von Risiken geltend gemacht werden können.

Auch bei Preuß wird nicht recht deutlich, wie ein ,,moralisch reflexiver Konstitutionalismus'' die ,,moralische Dimension des Fortschritts wieder denkbar machen'' soll. Die gesellschaftliche Selbstthematisierung ist unauflöslich mit gesellschaftlichen Interessenlagen verknüpft. Die Defizite des Wissens über Risiken kommen gerade deswegen nicht immer oder erst verspätet zur Geltung. Und keineswegs führt die Erkenntnis von Nicht-Wissen dann zu Nicht-Handeln, sondern auch zur Fortsetzung einmal eingeschlagener Wege. Das Verhältnis von Macht, sozialen Interessen und den Mechanismen gesellschaftlicher Selbstverständigung gibt wenig Anlaß dafür, die Bedingungen für eine moralische Verfassung des Fortschritts allzu positiv einzuschätzen. Und es hält sich der Verdacht, daß dies etwa damit zu tun hat, daß zentrale gesellschaftliche Bereiche in ihrer Entwicklungslogik gerade auf der Verselbständigung gegenüber moralischen Fragen beruhen (auch wenn sie dann, und zwar gerade deswegen, normative Fragen berühren). Entsprechende Einsichten von Marx sind nach wie vor aktuell.

Das macht nun keineswegs die Anregungen hinsichtlich der Notwendigkeit eines neuen Demokratieverständnisses zunichte, die in der Darstellung von Preuß enthalten sind. Aber bei aller Suche nach neuen Perspektiven gesellschaftlicher Veränderung dürfen auch die Momente an Kontinuität nicht übersehen werden. Bei Preuß scheint dagegen die Hoffnung, daß die reflexive Rationalität gesellschaftlich auch zur Geltung kommt, in einem evolutionären Modell verankert zu sein: Ist mit dem modernen Verfassungsstaat erstmals das Unterdrückungsproblem, das Verhältnis von Macht und Freiheit, institutionalisiert, dann kann sich die Menschheit, dem nächsten Problem zuwenden. Dieses evolutionäre Modell führt dazu, daß er von der Feststellung der Möglichkeit der ,,Verfaßbarkeit'' , d.h. der Entscheidungsabhängigkeit von Risiken, allzu schnell auf ihre ,,Verfaßtheit'' schließt. Eine evolutionäre Hoffnung ist heute aber weniger denn je angebracht. Gegen sie spricht nicht zuletzt das Schicksal der Verfassung des ,,Runden Tisches'' in der ehemaligen DDR. Wenn dort nach Ansicht vor Preuß Ansätze für die institutionelle Verankerung einer erweiterten sozialen Rationalität angelegt waren, dann hat sich bislang noch die Arroganz der größeren politischen und ökonomischen Macht gegen die intelligente Selbstbegrenzung durchgesetzt. ■

,,Revolution, Fortschritt und Verfassung zu einem neuen Verfassungsverständnis''
Wagenbach, Berlin 1990, 100 Seiten

AKP Alternative Kommunal Politik

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik

Was wären wir ohne unsere kleinen EXTRAS?

Die grün-alternative Fachzeitung **ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK (AKP)** gibt nun wirklich nicht nur sechs lesenswerte, reguläre Hefte pro Jahr zum Abopreis von 48,- DM heraus. Wäre ja auch gelacht und würde unserer Mitteilsamkeit viel zu enge Grenzen setzen. Nein, wir machen natürlich auch laufend Bücher und Sonderhefte zu brandaktuellen Themen.

* * *

Als da sind:

☐ Unser Buch „**Müllverbrennung — ein Spiel mit dem Feuer**" (128 Seiten; 15,-DM plus 1,50 Versand). Die unverzichtbare Argumentationshilfe bei der Frage: Darf Abfall verbrannt werden?

☐ Sonderheft 5: „**Verkehr in der Stadt und auf dem Lande**" (68 Seiten, 8,- DM plus 1,50 Versand). Enthält das Grundwissen zur verkehrspolitischen Gesamtlage.

☐ Sonderheft 6: „**Planungsrecht in der DDR und der BRD**"
(12 Seiten und ein A1-Plakat, 2,50 DM und 1,50 Versand). Alles Wissenswerte über Planungsrecht, Baugesetzbuch und Raumplanung in anschaulicher Form.

☐ Sonderheft 7: „**Haushaltspolitik in der Kommune**"
(68 Seiten, 8,- DM plus 1,50 Versand). Nicht nur für Anfänger, die verständliche Einführung in Haushaltssystematik und Gemeindefinanzen.

* * *

Gesamtkatalog und kostenloses Probeheft der regulären AKP-Ausgabe können angefordert werden bei:

Redaktion und Vertrieb
ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(Tel.: 0521/17 75 17)

RÜDIGER DANNEMANN

Die Linke und die Utopie einer populären Kunst

Anläßlich des 50. Geburtstags von Bob Dylan

RÜCKBLICK

In seinen persönlichen Erinnerungen an Michel Foucault berichtet Pierre Boulez mit pointiertem Mißvergnügen von Begegnungen mit Leuten, die philosophisch ambitioniert waren, von Nietzsche oder Heidegger begeistert, sich aber tatsächlich nicht genierten, „irgendwelche Rockgruppen" zu hören (P. Boulez, Einige Erinnerungen, in: W. Schmid, Denken und Existenz bei M. Foucault, Ffm 1991, S. 283). Solchem Verdikt hätten sich die Großen des Neomarxismus oder der Frankfurter Schule ohne Zögern angeschlossen: man lese die einschlägigen, auf Aktuelles leicht applizierbaren Passagen bei Lukács (etwa in seiner „Eigenart des Ästhetischen") oder Adorno (zum Beispiel in der „Einleitung in die Musiksoziologie") nach. Trotz des analytischen Gehalts wird im fast missionarischen Eifer des U-Musik- und des Jazz-Kritikers Adorno schnell die Befangenheit im Bann bildungsbürgerlichen Denkens sichtbar, die auch nicht ansatzweise zu diskriminieren vermag zwischen Schlagern und den Vorfahren der subkulturellen Kultur der Rockmusik. Die Perpetuierung des bildungsbürgerlichen Gestus darf nicht überraschen. Spätestens seit Bourdieu wissen wir, wie relevant die feinen, die kulturellen Unterschiede für die Aufrechterhaltung sozialer Differenzierung sind.

Der in der gegenwärtigen Diskussionskultur kaum noch präsente Herbert Marcuse bildet die Ausnahme unter den linken Theoretikern, wenn er auch im Blues, Jazz, im Rock'n Roll „Bekundungen einer neuen Sensibilität" (H. Marcuse, Versuch über die Befreiung, Ffm 1969, S. 60) erkennt. Trotz der inzwischen gebotenen Ernüchterung lohnt es sich, über Marcuses Begeisterung nachzudenken, die den amerikanischen Movements der 60er Jahre ebenso gilt wie der Mai-Rebellion in Frankreich. Marcuse war aufgefallen, daß politische Aktion und kulturell-subkulturelle Praxis in den Revolten der 60er Jahre punktuell zusammengehörten.

Ich möchte Dylan, der — man mag es so recht nicht glauben — tatsächlich in diesen Tagen 50 wird, in den folgenden, sehr thesenhaften Bemerkungen als einen keineswegs unproblematischen, aber virtuell aktualisierbaren Repräsentanten dieser Konstellation vorstellen. Natürlich ist mir bewußt, daß es inzwischen gute Gründe gibt, skeptisch zu reagieren. Längst ist die Rockmusik wieder Bestandteil der Phonoindustrie, weithin pures Entertainment. Ihr tiefere Bedeutung zuzumessen, scheint — gelinde gesagt — kontraintuitiv. Meine Sicht des Paradigmas Dylan ist anders: ich glaube, „die" Linken sollten ihr masochistisches Verhalten gegenüber ihren philosophisch-theoretischen wie ihren kulturellen Traditionen transformieren in eine kritische Erinnerungsarbeit an den dort gespeicherten utopischen Potentialen. Und dazu gehört auch die Utopie der populären Kunst.

Die Politisierung der Folkmusik

Dylans unumstrittene Wirkung beruht auf seinen Protestsongs, die weltweit rezipiert wurden und werden. *„Blowin' in the wind, The times they are a-changin', Hard rain, Masters of war"* lieferten Artikulationsmuster und Orientierungschancen für eine Generation sich politisierender Individuen in Amerika und Westeuropa. Es ist deshalb lohnend, über den ideologischen und künstlerischen Status dieser Statements zur Situation nachzudenken. Die Songwriter der frühen 60er Jahre nehmen Traditionen auf, die mit den Namen Woody Guthrie und Pete Seeger verbunden werden können. Die „Protesting Sixties" entstanden um 1962, als die Unzufriedenheit mit dem american way of life sich zu einer Massenbewegung verdichtete und der Protest nicht länger die Sache „einer kleinen Splittergruppe linker Intellektueller war, die sich in einer Telefonzelle treffen konnten, ohne sich beengt zu fühlen" (so sarkastisch R. Shelton, Bob Dylan, München 1986, S. 197). Die im Zusammenhang der Bürgerrechtsbewegung entstandenen Lieder haben einen journalistischen, auf den Movement-Kontext bezogenen Charakter. Typisch ist Dylans *„The lonesome death of Hattie Carroll"* von 1964. Ein realer Vorfall — am 8./9. Februar 1963 wird eine Mutter von elf Kindern getötet, ihr Mörder, dessen Vater in Maryland politischen Einfluß besitzt, kommt mit einer leichten Gefängnisstrafe davon — wird von Dylan zu einer suggestiven Ballade über rassistische Justiz verdichtet. Dylan trägt ein strukturell ganz ähnliches Lied über die Ermordung des NAACP-Führers in Missisippi, Medgar Evans, am 28. Augsut 1963 vor 250 000 Demonstranten zum Abschluß des „Marsches auf Washington" vor.

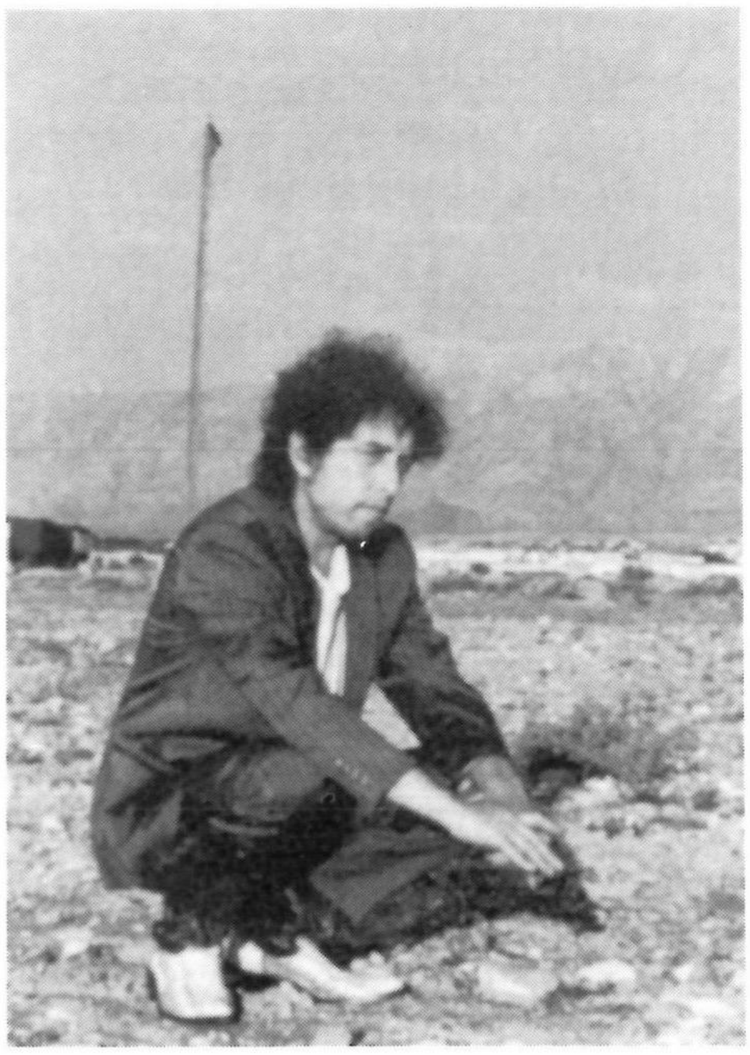
Dylans Protestsongs sind keineswegs limitiert auf den Horizont einfacher, aber effektiver Lieder, die die Ideen der New Radicals reproduzieren. Selbst das zur Hymne gewordene *Blowin' in the wind* ist anders als *We shall overcome* kein „Wir"-Lied: die Erzählerperspektive ist die eines anonymen Fragestellers, der die aktuellen Desaster der Menschen festhält, ohne eine klare und einfache Antwort anzubieten. Weil Dylan von Anfang an schlichten Antworten mißtraut, greift er zunehmend zum Medium einer manchmal hermetischen Symbolsprache. Erstes Paradigma ist *A hard rain's a-gonna fall* (1963), in dem Dylan die Erfahrungen der Kuba-Krise verarbeitet. Im Februar 1964 ist Dylan soweit, seine Protestlieder in Form einer Langspielplatte zu präsentieren, die zutreffend als „Turntable-Literatur" bezeichnet worden ist. Dylan verdichtet eindrucksvoll und konsequent die Leitmotive der politisch-musikalischen Avantgarde dieser Jahre: die soziale Frage *(Ballad of Hollis Brown),* die Kritik des militaristisch-aggressiven Nationalismus mit religiöser Legitimationsideologie *(With God on our side),* die Rassenfrage *(Only a pawn in their game),* das kapitalistische Wirtschaftssystem *(North country blues),* aber auch — und das haben manche Aktivisten nicht verstanden — private Songs, in denen Dylan Liebesbeziehungen und seine eigene Praxis reflektiert *(Restless farewell).* Das Lebensgefühl einer Generation formuliert der Songwriter in seinem *The times they are a-changin'*, das nach dem Befund der erwähnten Lieder nur als selbstverständliches Resümee erscheinen kann. Wie *When the ship comes in* zeigt, ist sich Dylan damals durchaus sicher, daß es Rettung gibt. Aber er läßt das Wann, Wer und Wo undefiniert. Offen bleibt, wer die Agenten des weltgeschichtlichen Heils sind. Dylan erinnert in manchem an Heinrich Heine. Präzise wie dieser ist der Satiriker Dylan. Erinnert sei nur an den vom amerikanischen Fernsehen verbotenen *Talkin' John Birch society blues* (1962), in dem der neurotische, letztlich faschistoide Antikommunismus und Rassismus der rechtsradikalen Vereinigung karikiert wird. Dylan weiß exakt, wogegen er ist. Aber er sieht — mit der bedeutsamen Ausnahme der Bürgerrechtsbewegung — keine Gruppierung, die er längere Zeit als die seine anerkennt.

Populäre Musik als Kunstform

Mit Dylan beginnt sich die populäre Musik Mitte der 60er Jahre zu verändern: in Richtung auf Experiment und Rebellion, zwei (so Daniel Bell) wesentliche Aspekte der kulturellen Moderne. Die Entwicklung Dylans seit dem 5. Newport-Festival (1965), die von Folksong-Puristen und traditionellen Linken mißtrauisch beobachtet wurde, zeigt, wie Dylan der populären Musik eine neue Dimension erschließt, die diese aus dem

Bannkreis der Schemaliteratur befreit. Dylan bricht bewußt mit den Erwartungen seiner Adressaten, die ihn auf die Rolle eines neuen Woody Guthrie festlegen wollen. Die Relevanz des Folkrock von Dylan besteht darin, dem Ästhetischen (hier: der Lyrik) eine extrem seltene Massenwirkung verschafft zu haben. Dylan erweist sich in diesen Jahren als der erste Lyriker, der sich bewußt des Mediums der modernen populären Musik bedient.

Die neue Entwicklungsphase beginnt mit der Desillusionierung über die Chancen der Emanzipationsbewegungen der 60er Jahre. Dylan reflektiert früher als andere die Idealisierungen und Vorurteile der neuen Radikalen; Durchschlagskraft gewinnt diese Kritik, weil sie manifeste Selbstkritik ist. Eine frühes Beispiel ist *My back pages* (1964). In den achtundvierzig Zeilen dieser Gedankenlyrik verzeichnet der Autor das eindrucksvolle Arsenal der eigenen Voreingenommenheiten. Als sensus rerum erweist sich das Vorurteil, zwischen Schwarz und Weiß, Gut und Schlecht mit einfältiger Radikalität unterscheiden zu können (vgl. Strophe 2). Dylan bricht mit voller Konsequenz aus der Rolle des Predigers (preachers) aus. In den ,,jacket notes'' seines ersten überwiegend elektrischen Albums *Bringing it all back home* (1965) formuliert Dylan sein neues Credo, das ihm auch neue ästetische Dimensionen eröffnet: ,,I accept chaos. I am not sure whether it accepts me.'' Dieses Bewußtsein, das in vielerlei Hinsicht dem der avantgardistischen Literaten (Rimbauds, Baudelaires, Kafkas, des jungen Brecht) ähnelt, entfaltet Dylan in den Poemen der Jahre 1964 bis 1966 einfallsreich. Zu erinnern ist an *It's alright, Ma (I'm only bleeding,* 1965), an *Like a rolling stone* (1965) und das enigmatische *Desolation Row* (1965). *It's alright, Ma* ist ein die formalen Grenzen der bisherigen populären Musik sprengender Song, der das soziale Universum U.S.A., ja das Projekt der Moderne in einer Radikalität in Frage stellt, die die gestandenen linken Theoretiker wie Jürgen Habermas in mancher Hinsicht übertreffen. Dylan zeichnet eine Welt der Verlierer (Strophe 3), in der es selbst keinen Sinn mehr macht, Selbstmord zu begehen (2), die nichts Heiliges mehr kennt (5); in diesem Kosmos machen die Menschen mit, weil sie ihre Selbstachtung verloren haben (11); der Friedhofs-Gesellschaft kann sich keiner entziehen, bereits das radikale Andersdenken wird — wie der letzte, variierende Refrain formuliert — mit der Guillotine bestraft. Der *Desolation Row* der modernen Gesellschaft vermag sich keiner zu entziehen, ganz besonders nicht die Intellektuellen, die für sich den Status der Aufgeklärtheit und reflexiven Gründlichkeit beanspruchen. Ihnen widmet Dylan einen seiner gnadenlosesten Songs, *Ballad of a thin man* (1965). Gerade die selbsternannte Avantgarde versteht nichts von dem, was an Verrücktheiten unsere Normalität bestimmt. Der Intellektuelle — oder sagen wir ehrlicher: auch wir linken Intellektuellen — finden uns ohne Barmherzigkeit als Kamele gezeichnet, die die Realität allzugern und allzuoft verfehlen.



Häufig haben Augen- und Ohrenzeugen geschildert, wie Dylan mit den Songs dieser Jahre seine Adressaten überfoderte. Die verschlüsselte, oft assoziativ-alogische Darstellungsweise, die die früher typische balladeske Erzählweise verdrängte, setzte neue Maßstäbe für populäre Musik. Dylans Texten liegt nun kein ,,memorable event'' mehr zugrunde, keine nacherzählbare Chronik der Ereignisse, er sucht die Komplexität der sozialen Welt mit einer Collagetechnik zu erfassen, die — obwohl die Details zufällig scheinen — durchaus ein Sinnkontinuum aufweisen. Michael Gray (1972) hat den Versuch unternommen, Dylans Lyrik in den Kontext der englischen Literatur zu rücken, unter besonderer Berücksichtigung der mittleren Phase Dylans. Dabei wurden Übereinstimmungen mit John Bunyan (Pilgrim's Progress, 1611), John Donne, William Blake, T.S. Eliot und D.H. Lawrence erörtert, die teils thematische Ähnlichkeiten, aber auch formale Analogien betreffen. Unter anderem wird deutlich, daß Dylans Lyrik nicht nur der Tradition des Surrealismus und der Beat-Lyrik und Prosa (Kerouac, Ginsberg) verpflichtet ist, sondern auch älteren Traditionen, etwa der metaphysisch-visionären Attitüde William Blakes oder der Browning'schen Technik des dramatic dialogue. Auf die Anleihen bei Baudelaire und Rimbaud hat Dylan selbst hingewiesen. S. Schmidt-Joos urteilt 1973 zu Recht: ,,Spätestens mit Dylans assoziationsreicher Gedankenlyrik, mit den Klangcollagen der Beatles, den Improvisationen der Cream und den raffinierten Partituren der Mothers of Invention hatte die Popmusik das professionelle Niveau der Jazz-Elite erreicht.''

Ich breche die Skizze von Dylans Entwicklung an dieser Stelle ab, füge nur hinzu: Dylan hat bis heute sein Verfahren der Irritation und der Evolution in Brüchen fortgeführt (D. Bell, in: H. Meier (Hrsg.), Zur Diagnose der Moderne, München 1990, S. 50). Freilich war sein Fortexistieren in den 70er und 80er Jahren prekär. Es mußte prekär sein, war doch die populäre Musik erneut zur Unterhaltungsmaschinerie geworden. Das avantgardistische Niveau der frühen und mittleren Phase konnte Dylan nicht halten. Zwar kann keine Rede davon sein, daß die artistischen Kapazitäten Dylans verschwanden. Im Gegenteil. Aber die soziale Bewegung, in der Dylans Projekt einer populären Kultur seinen Ort hatte, scheiterte. Eine konkrete Utopie der Kultur wurde im Kältestrom der Realität abstrakt, weithin zurückgeworfen auf den Horizont des Privaten, in die Netze der individuellen Lebenswelten.

Anarchisches, Anti-Elitäres und Experimentelles

Das 20. Jahrhundert war das der sozialen Emanzipationsversuche. Teil dieser Bewegung waren kulturrevolutionäre Ideen einer neuen Massenkultur. Benjamin träumte von einer proletarischen Massenkultur, die der neuen postauratischen Kunst eine antifaschistische, emanzipatorische Gestalt geben sollte. Brecht imaginierte ein allzu zugängliches Theater, in dem jeder Lehrer und Lernender zugleich wäre. Georg Lukács, der dezidierte Anti-Utopist, skizzierte das kulturelle Utopia einer neuen Klassik, die erst einzelnen, schließlich allen die Pforten der Entverdinglichung öffnen würde. Die Utopie der Rockmusik gehört in die Kette dieser Versuche. Auch ihr lag die Idee zugrunde, die Zusammenführung von Avantgarde und Rockmusik könne die Disjunktion von Kunst und Leben aufheben. Alle genannten Versuche sind, wie wir jetzt wissen, gescheitert. Dieses Desaster sollte aber nicht länger als Vorwand dienen für mehr oder minder subtile Lamentos sondern mit Agnes Heller/Ferenc Feher als Chance begriffen werden.

Viele Linke hatten und haben Probleme, die chaotischen, unfrisierten Töne und Gedanken Dylans (und anderer Rockmusiker) zu affirmieren. Die Verdrängung der Tatsache, daß es für viele keinen Adorno ohne Jimi Hendrix und keinen Habermas ohne Bob Dylan gab, scheint einfacher. Wie das Paradigma Dylan zeigt, gibt es für diese Verdrängung durchaus Motive. Die Rockmusik ist nicht nur zu Zeiten ein Artikulationsmodus linker Intelligenz, sie kann auch Medium ihrer begründeten Destruktion sein. Natürlich tut sich die Intelligenz schwer, eine externe Kritik an den Bornierungen des eigenen Diskurstyps anzuerkennen. Dabei könnte es zu dem Projekt einer Neubestimmung dessen, was Sozialismus ausmacht, gehören, auf Dylan und die Avantgardisten der Rockmusik zu rekurrieren. Dylans gescheiterte und gelungene Versuche, diese Mischung aus Anarchischem, Anti-Elitärem und Experiment, könnten helfen, das nicht nur unter Konservativen kursierende verdinglichte Bewußtsein zu destruieren. Derart nützlich, wäre aber — laut Brechts Definitionsvorschlag — Dylans Oeuvre Kunst. ■

„Auferstanden aus Ruinen“

Der Verein zur Erforschung der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler 1945-50 e.V., das Dezernat für Kultur und Freizeit der Stadt Frankfurt/M. und der Fischer Taschenbuch Verlag sind Veranstalter einer Vorlesungsreihe, die am 16.4. 1991 unter dem Titel „Auferstanden aus Ruinen“ in Frankfurt/M. begann und sich in insgesamt elf Vorträgen mit der „Sanierung der Wissenschaften nach dem Nationalsozialismus“ befaßt. Im Mai stehen drei Termine auf dem Programm:

7. Mai 1991:
Ernst Klee:
Persilscheine und falsche Pässe.
Die Kirchen als Nazifluchthelfer.

14. Mai 1991:
Diemut Majer:
Rechtswissenschaft nach Hitler.
Die Verführbarkeit der Juristen durch die politische Macht

28. Mai 1991:
Margherita von Brentano:
Zur Lage der Philosophie nach der Nazi-Zeit
Gerd Irrlitz:
Anfänge der Philosophie in Ostdeutschland

Alle Veranstaltungen beginnen um 20.00 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Ort jeweils: Frankfurt/M., Philanthropin, Hebelstr. 15-19,
U5 (Musterschule)
Straßenbahn 12 (Hessen-Denkmal)

Mission, Macht, Märkte

1992 ist das Jahr, in dem sich die koloniale Eroberung Lateinamerikas zum 500. Male jährt. 1992 ist auch das Jahr der Vollendung des Europäischen Binnenmarkts, jenes Projekts der herrschenden Politiker, Manager und Bänker, das der EG eine Hegemonialposition in der Weltwirtschaft verschaffen soll. Im gleichen Jahr findet in Brasilien die UNO-Konferenz zu Entwicklung und Umwelt statt. Es ist offensichtlich, daß diese Ereignisse nicht nur in einem zeitlichen, sondern auch in einem inhaltichen Zusammenhang stehen: Sie stehen im Kontext tiefgreifender weltgeschichtlicher Umbrüche. Das Ende der Blockkonfrontation und der mit dem Zusammenbruch des „Real-Sozialismus“ verbundene Siegeszug der westlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung bedeuten jedoch für die „Dritte Welt“ keine Verbesserung.

Im Gegenteil, vieles spricht dafür, daß die politischen und wirtschaftlichen Vermachtungsprozesse auf dem Weltmarkt große Teile der „Dritten Welt“ völlig ins Abseits drängen. Nicht nur, daß der Golfkrieg mögliche Hoffnungen auf Abrüstung zunichte gemacht hat — er demonstriert darüberhinaus, daß die Mächtigen trotz aller gegenseitigen Widersprüche willens sind, mit militärischer Gewalt ihre Interessen gegenüber der „Dritten Welt“ durchzusetzen.

Die entwicklungspolitischen Aktionsgruppen werden auf ihrem 15. Bundeskongreß vor dem Hintergrund der „92er-Ereignisse“ in Arbeitsgruppen und Plenumsdikussionen die durch die beschriebenen Veränderungen aufgeworfenen Fragen zuspitzen, um Widerstandsmöglichkeiten und Alternativen zur herrschenden Wirtschaft und Poiltik zu diskutieren. Absicht ist es, die inhaltlich-politischen und aktionsbezogenen Konturen einer auf die zusammenhängenden Ereignisse 1992 bezogenen internationalen Kampagne herauszuarbeiten.

15. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)
Termin: 9.-12. Mai 1991
Ort: Alte Feuerwache, Köln
Anmeldung: bis spätestens 19.4.91
Kontakt und Information: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/393156

Ziele setzen — Wege finden

Wer fühlt sich von der aktiven Widerstandsarbeit nicht öfter „ausgebrannt“ oder resigniert? Enttäuschung und Frust machen sich meist dann breit, wenn eigene oder fremde Erwartungen nicht erfüllt, gesetzte Ziele nicht — ganz— erreicht wurden.

Zeit zum Überdenken: Sind meine Ziele zu hoch angesetzt, entsprechen sie meinen Fähigkeiten, bzw. welche Fähigkeiten brauche ich und welche habe ich? Welche Ziele sind wirklich „meine“ und welche sind „aufgesetzt“ oder übernommen?

Dieses Wochenende soll all jenen Gelegenheit bieten, eigene Ziele zu überprüfen, sich neue zu setzen und die eigenen Wege dorthin zu finden, die bereit und neugierig genug sind, die Ressourcen unserer „inneren Ökologie“ zu entdecken und für eine Neuorientierung zu nutzen.

Das Seminar führt auch in die Grundlagen der neurolinguistischen Kommunikation (NLP) ein.
Termin: 24. bis 26. Mai 1991
Ort: Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion „KURVE Wustrow“
Anmeldung und Information:
KURVE Wustrow, Kirchstraße 14, 3135 Wustrow, Tel. 05843/507

Sozialpolitik in der EG

Wir gehen davon aus, daß die Lebensbedingungen mit der Einführung des europäischen Binnenmarktes nicht nur unmittelbar durch die ökonomischen Verhältnisse, sondern mittelbar auch über die jeweils herrschende Sozialpolitik und deren materiellen und immateriellen Auswirkungen auf die davon Betroffenen definiert werden.

Sozialpolitik kann somit als *integraler Bestandteil der Lebensbedingungen* verstanden werden. Die Konkretisierung von Sozialpolitik erfolgt einerseits unmittelbar materiell in Form monetärer, auf das Individuum bezogener Leistungen, andererseits in Form von infrastrukturellen Rahmenbedingungen oder Hilfe- und Beratungsangeboten. Sie können jeweils *ausgrenzend-marginalisierenden* und/oder *integrativ-partizipierenden* Charakter haben.

Zur Vorbereitung für die im Herbst 1991 stattfindende **Internationale Tagung** soll ein **Schwerpunktheft** erscheinen, das die skizzierte Problematik aus der Perspektive unterschiedlicher europäischer Länder beleuchtet. Für dieses Heft bitten wir um **Beiträge**, die sich u.a. an folgenden Punkten orientieren sollten:

- Überblick über die in den einzelnen Ländern zu erwartenden Veränderungen der ökonomischen Verhältnisse durch den EG-Binnenmarkt und die Öffnung der Grenzen nach Osteuropa;
- Vergleich der unterschiedlichen sozialpolitischen Strukturen und deren Einbettung in die ökonomischen Rahmenbedingungen der einzelnen Staaten;
- Darstellung der Aufgabenbereiche und der jeweiligen landesspezifischen Umsetzungsformen lokaler Sozialpolitik;
- Diskussion unterschiedlicher Ansätze und deren ausgrenzend-marginalisierender oder partizipativ-integrierender Strategien auf kommunaler und nationaler Ebene.

Interessierte AutorInnen bitten wir um Zusendung von Manuskripten bis zum 31.3.1991.
Termin: 4. - 8. September 1991
Ort: Potsdamm
Kontakt: Redaktion Widersprüche, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach/M., Tel: 069/88 50 06

Die Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf hat ihr kommentiertes **Literaturverzeichnis „Rechtsextremismus und Neonazismus“** akutalisiert und erweitert. Bezug der neuen Ausgabe 8/Febr. 1991 (90 Seiten DIN-A4 mit Register, DM 6,— plus Porto) über:

Beratung in der Friedensarbeit e.V., Ria Proske, Hunsrückstr. 11, 5000 Köln 60

express-Forum

Jenseits der Beschlußlage

Zur Politikfähigkeit der Gewerkschaften in der Kommune und Region

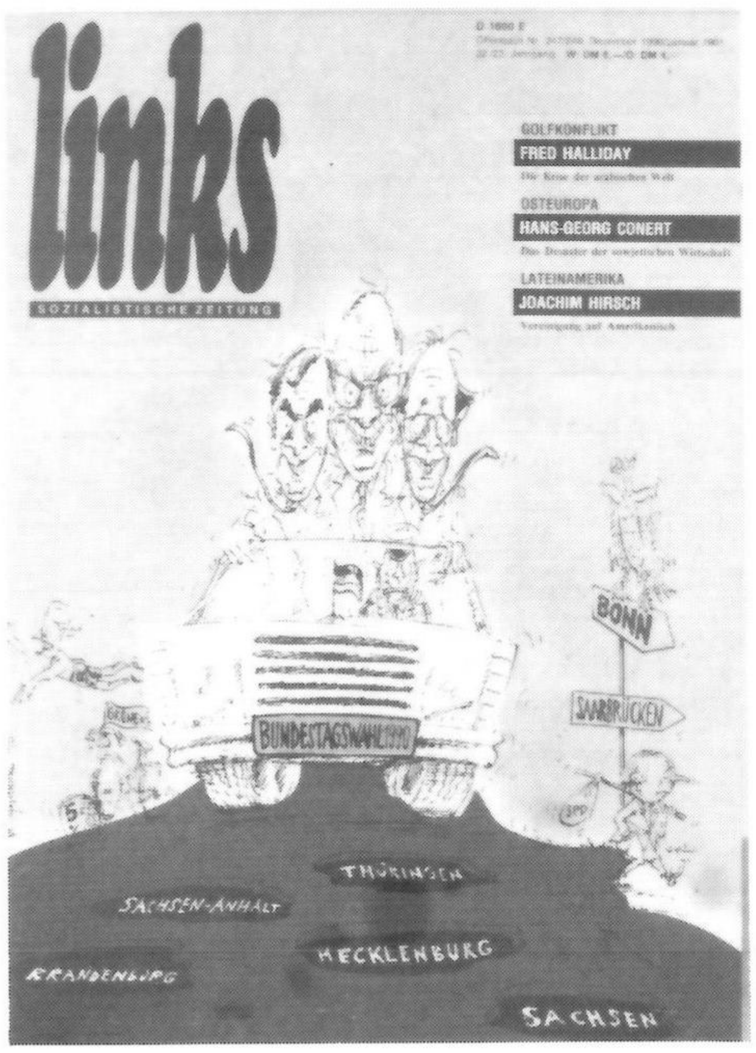
Wo sich Städte modernisieren, lösen sich alte Zusammenhänge auf. Neue Lebens- und Arbeitsbedingungen entwickeln sich in einem rasanten Tempo und verschieben die klassische Arbeitsteilung gewerkschaftlicher Interessenvertretung und kommunaler Politik. Selbstbestimmungs- und Gestaltungsansprüche beziehen sich auch auf außerbetriebliche soziokulturelle Handlungsfelder, wie z.B. Kinderbetreuung, öffentlicher Nahverkehr. Dies erfordert einen erweiterten Arbeits- und Interessenbegriff für die Gewerkschaften.

Die Hans-Böckler-Stiftung hat dazu das Gutachten „Jenseits der Beschlußlage“ erstellen lassen.

Aus der Sicht praktischer Gewerkschaftspolitik diskutieren über die zentralen Aussagen des Gutachtens:
Heinz Bierbaum, 1. Bevollmächtigter der IGM Frankfurt
Michael Hendrisch-Verseck, Bezirkssekretär der IG Medien Frankfurt
Brigitte Sellach, Staatssekretärin im hessischen Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Termin: 28. Mai 1991, 20.00 Uhr
Ort: Club Voltaire, Kleine Hochstraße, Frankfurt
Kontakt und Information: *express*-Redaktion, Tel. 069/88 50 06

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch



Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zum Golfkrieg.

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Abo-Bestellschein

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

Bitte senden Sie die links ab der nächst erreichbaren Ausgabe an

Name _____ Vorname _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ u. Wohnort _____

Das links-Jahresabonnement kostet W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl _____ Konto-Nr. _____

Name der Bank _____ Datum _____

Das Abo erhält:

Name _____ Vorname _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ u. Wohnort _____

Datum und Unterschrift (Bestellunterschrift)

Datum und Unterschrift (Bestätigungsunterschrift)

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1991) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE LINKS ZU BÜCHERN IST:

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelhof 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Bücherstube Dausien & Erb
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-Buchl.
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
Glasstr. 80
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Ringbuchhandl. Nethe
Hohenzollernring 38
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wien
Buchhandlung Frick
Graben 27
Buchhandlung B. Herrmann
Grünangergasse 1
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7